

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

1/2012

Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik (e.V.)

Spendenempfehlung: 8,50 €

Antiimperialistischer Widerstand

Texte und Dokumente

Schulungsmaterial der Kommunistischen Initiative

Sonderheft der Zeitschrift offen-siv

offen-siv 1-2012

Redaktionsnotiz	1
mperialismus und "Neue Weltordnung"	2
J. W. Stalin:	
aus: Probleme des Leninismus - Die Leninsche Theorie des	
Imperialismus als des letzten Stadiums des Kapitalismus und	
als Vorabend der proletarischen Revolution	2
W. I. Lenin:	
aus: Die drohende Katastrophe und wie soll man sie	
bekämpfen? - Der Imperialismus als sterbender Kapitalis-mus	
und als Vorabend der proletarischen Revolution	10
W. I. Lenin:	
aus: Vorwort zu N. Bucharins Broschüre: "Weltwirtschaft und	
Imperialismus" - Der Imperialismus ist eine stürmische,	
sprunghafte, katastrophen- und konfliktreiche Epoche	11
Programm der Kommunistischen Internationale:	
Der Imperialismus und der Zusammenbruch des Kapitalismus	15
Programm der Kommunistischen Internationale:	
Die allgemeine Krise des Kapitalismus	17
Michael Opperskalski:	
Einige Thesen zur so genannten "Neuen Weltordnung"	18
ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands:	
Entwicklungen im imperialistischen Weltsystem - der Kampf	
der Völker	53
Michael Opperskalski:	
Wo wir stehen Einige Thesen zur derzeitigen Situation der	
kommunistischen Bewegung	68
Grundsätze des anti-imperialistischen Kampfes	80
W. I. Lenin:	
Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische	
Internationale (Auszug)	80
IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1922:	
Gesamtthesen des IV. Weltkongresses, Abschnitt: Leitsätze	
zur Orientfrage	80
Michael Opperskalski:	
Imperialismus und Krieg, Klassenkämpfe heute -	
eine Analyse zur Rolle des politischen Islam	92

offen-siv 1-2012

The Beirut International Forum for Resistance, Anti-	
Imperialism, Solidarity between Peoples, and Alternatives:	
Schlusserklärung	128
Robert Medernach:	
Strategische und taktische Schlussfolgerungen aus der Beiruter	
Konferenz	132
Palästina	135
Wikipedia:	
Zionismus	135
George Rashmawi, Michael Opperskalski:	
Palästina – Unterdrückung und Widerstand (Textauszüge)	136
Alan Hart:	
Israels Existenzrecht?	142
Erster Kongress der palästinensischen Widerstandsbewegung:	
Nationalcharta des 1. Kongresses der palästinensischen	
Widerstandsbewegung, Januar 1968	145
3. Palästinensischer Nationalrat:	
Politisches Kommuniqué des 3. Palästinensischen Nationalrats	.147
12. Palästinensischer Nationalrat:	
Vorläufiges Politisches Programm des 12. Palästinensischen	
Nationalrats	150
Yassir Arafat:	
	151
·	171
	171
•	.171
Umsturzexport: Das neue libysche Regime schickt Kämpfer	
	174
	175
•	
- · · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	177
Rede vor der UNO-Vollversammlung auf Ihrer 29. Sitzung in New York, 13. November 1974	171 171 .171 174 175

	Michel Chossudovsky:	
	Ein "humanitärer" Krieg gegen Syrien?	179
	Voltaire Netzwerk:	
	Der Vorsitz der arabischen Liga versucht den Bericht ihrer	
	Experten zu verheimlichen	189
Iran.		190
	Abou Hassan, Michael Opperskalski, Hamid Soltanpour:	
	Wenn Schah-Anhänger grün tragen	190
	Michel Chossudovsky:	
	Der Dritte Weltkrieg könnte mit einem atomaren Präventiv-	
	krieg gegen den Iran beginnen	224
	Hugo Chávez, Mahmud Ahmadinedschad:	
	Pressekonferenz in Venezuela, 5. August 2011	232
	Mahmud Ahmadinedschad:	
	Rede vor der 66. UN-Generalversammlung am 22. 9. 2011	234

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik e.V. Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www. offen-siv. com <u>Spendenkonten:</u>

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80. Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49, Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: Redaktionsadresse, aber Mail: freundeskreis@offen-siv.com

Redaktionsnotiz

Der Anti-Imperialismus erstickt in Pazifismus und Äquidistanz, jedenfalls hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Während man in Syrien Oppositionsgruppen mit schweren Waffen ausrüstet und versucht, einen Bürgerkrieg zu entfachen, beklagt man gleichzeitig die Gewaltanwendung der Regierung gegen diese Mörderbanden und während man schon seit mehr als sechs Jahren Atomkriegspläne gegen den Iran schmiedet, klagt man die dortige Regierung gleichzeitig an, angeblich an einem Atomwaffenprogramm zu arbeiten.

Nun, möchte man sagen, gut, das ist das Geschäft der Imperialisten wie schon seit eh und je. Sicherlich.

Das Problem ist aber, dass große Teile der bundesdeutschen Linken (Stichwort: "Gewalt gegen das eigene Volk", "Der Irre von Teheran" usw.) den Lügen der Herrschenden auf den Leim gehen und sich dann darin gefallen, Aufrufe zu verfassen an die Damen und Herren Imperialisten und ihre Regierung, diese Länder doch bitte nicht anzugreifen und stattdessen die Probleme friedlich und mittels Verhandlungen zu lösen (welche Probleme eigentlich?), - bei gleichzeitigem stirnrunzelnden Hinweis auf die problematische Lage der Menschenrechte in den bedrohten Ländern (da seien die Frauen nicht frei, da werde Gewalt gegen das eigene Volk ausgeübt, da sei der Islam die Staatsdoktrin, da würden oder wurden Kommunisten verfolgt, da herrsche keine Demokratie, die Menschenrechte würden verletzt usw.usf.).

Die Lage ist furchtbar, denn Pazifismus und Äquidistanz, was ja beides klassenneutrale und damit kleinbürgerliche Standpunkte sind, hindern die Friedenskräfte bei uns an einer klaren anti-imperialistischen Position.

Und das Problem ist groß, will sagen weit verbreitet; dass Friedensratschlag, Linkspartei, Sozialforen und ähnliche Vereinigungen sich rettungslos in diesem Minenfeld verheddern, das verwundert nicht weiter, dass aber auch sich zur kommunistischen Bewegung gehörig Fühlende diesen Fallstricken nicht entgehen, muss die Alarmglocken läuten lassen.

Der Krieg steht vor der Tür – und die bundesdeutsche Linke sowie weite Kreise der sich zur kommunistischen Bewegung Zählenden sind sich über Opfer und Täter, über Angegriffenen und Aggressor wenig im Klaren und bewegen sich deshalb im Sumpf der Äquidistanz und der Appelle an bürgerliche Regierungen.

Die Kommunistische Initiative hat deshalb ein breit angelegtes Bildungsprogramm beschlossen, um der aktuellen Situation, in der die unterschiedlichen Kräfte um mehr oder weniger opportune "Positionen" streiten und um ebensolche "Formulierungen" ringen, einen eher aus der Theorie denn aus der Opportunität und dem ideologischen Sumpf kommenden, die Analyse wieder auf die Tagesordnung setzenden Klärungsprozess einzuleiten: Was ist Anti-Imperialismus? Was ist eine anti-imperialistische Volksfront? Was heißt in diesem Zusammenhang Bündnispolitik der kommunistischen Kräfte?

Das Arbeitsprogramm der Kommunistischen Initiative für sich selbst und für Sympathisanten, Interessenten und Außenstehende hat folgende Umrisse:

Inhalte:

- Neue Weltordnung (darin auch die sehr dynamische aktuelle Entwicklung des Imperialismus)
- Grundsätzliche Klärung: Was sind anti-imperialistische Kämpfe, welche Herkunft hatten sie bisher, wie ist im allgemeinen ihre Klassensituation, welche Ideologien gab es bisher?
- Konkrete Lagebeschreibungen für Nahost (Ägypten, Palästina, Libanon, Israel, Syrien, Türkei) und in Mittelost (Irak und Iran)
- Analysen zu den an den Orten der Kämpfe vorhandenen kommunistischen (oder sich kommunistisch nennenden) Parteien
- Darüber hinausgehend: Analyse der Situation der internationalen kommunistischen Bewegung
- Analyse der Situation der kommunistischen Bewegung in der BRD
- Analyse der politischen Ausrichtung der Friedensbewegung (bzw. ihrer Reste) in der BRD, Fragen der Bündnispolitik und der Rolle der Kommunisten in einem Friedensbündnis
- Politische Schlussfolgerungen für die KI (darin auch: Bedeutung und Folgen von Unklarheiten, ideologischen Schwächen und Uneinigkeit)
- Inhaltliche Vorschläge für einen der KI eine klare und einheitliche antiimperialistische Orientierung gebenden - Resolutionsentwurf für die Bundesmitgliederversammlung der KI.

Organisations form und Zeitplanung:

Bis Mitte Februar: Erstellen eines Readers zwecks vorbereitender Pflichtlektüre (als Sonderheft der offen-siv – liegt hiermit vor).

10./11. März 2012: Zweitägiges Arbeitstreffen für die bisherigen Teilnehmer/innen der Kaderschulung der KI und alle, die eine Funktion in der KI innehaben (als erweitertes Seminar der Kaderschulung)

Drei regionale zweitägige Arbeitstreffen für Mitglieder, Sympathisanten und Interessierte:

31.3./01.4. in Düsseldorf

21.4./22.4. in Stuttgart

12.5./13.5. in Berlin

Der Prozess wird angeleitet von den Schulungskräften der Kaderschulung der KI und begleitet vom Sekretariat, das dafür (vorläufig) vom Exekutivkomitee eingesetzt wurde.

Funktionäre der KI <u>müssen</u> am 10./11. März teilnehmen, dies wird eine KI-interne, <u>geschlossene</u> Veranstaltung sein.

Die Arbeitswochenenden in Düsseldorf, Stuttgart und Berlin sind konzipiert für die Mitglieder der KI, aber auch <u>offen für Sympathisanten und Interessierte</u> – wer teilnehmen möchte, muss sich bei uns anmelden – unangemeldet ist eine Teilnahme nicht möglich, weil wir verbindlich planen müssen. Konkrete Infos, also Zeitrahmen, Tagesordnung, Übernachtung und Verpflegung, voraussichtliche Kosten (wir werden sie so gering wie möglich halten) usw. gibt unter der gleichen Adresse:

Post: Redaktion offen-siv, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Mail: redaktion@offen-siv.com, Tel. u. Fax: 0511 – 52 94 782

Und nun einige Bemerkungen zum Aufbau der vorliegenden Broschüre. Wir haben sie in fünf Abteilungen gegliedert:

Zunächst geht es um die Frage des Imperialismus, diese gestellt sowohl ganz grundsätzlich (Lenin) als auch konkret, also Lenins Imperialismusanalyse bezogen auf die Verhältnisse nach der siegreichen Konterrevolution in Europa ("Neue Weltordnung").

Als zweites beschäftigen wir uns mit den Grundsätzen des anti-imperialistischen Kampfes. Dieser Schwerpunkt ist uns sehr wichtig, denn hier scheinen uns die meisten Unklarheiten zu liegen – und deshalb ist der Klärungsbedarf am größten. Wir wiederholen die Fragen nochmals: Was heißt Anti-Imperialismus? Was ist eine anti-imperialistische Volksfront? Was heißt in diesem Zusammenhang Bündnispolitik der kommunistischen Kräfte?

Danach geht es um die Konfliktherde: wir dokumentieren wichtige Dokumente der Kämpfe in Palästina, in Syrien und im Iran, sowohl historische als auch aktuelle. Diese drei Schwerpunkte, Palästina, Syrien und Iran verdeutlichen die Verhältnisse und die Probleme am konkreten Kampf, an der konkreten Bedrohung.

Unsere Broschüre bleibt zunächst eins schuldig: eine konkrete politische Orientierung. Sie ist nur eine Vorform einer solchen: Schulungsmaterial zur Erarbeitung ideologischer und damit auch konkret-politischer Klarheit. Auf der Grundlage dieses hier vorgelegten Materials und eventuell weiterer Quellen wird die Kommunistische Initiative eine fundierte, auf den Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung fußenden und diese analysierende Orientierung zur Frage des Anti-Imperialismus erarbeiten.

Wir freuen uns darüber, an einem solchen kollektiven Arbeitsprozess beteiligt zu sein, er ist angesichts der Lage, in die der revisionistische Verfall die Friedensbewegung, die Linke und Teile der kommunistischen Bewegung in Deutschland gebracht hat, mehr als notwendig und das beste, was wir tun können.

Zeitungmachen kostet Geld, solche Reader wie diesen hier zu machen, kostet noch mehr Geld.

Aber bevor wir um Spenden bitten sei hier ein großer Dank ausgesprochen: unsere eindringlichen Bitten um finanzielle Unterstützung sind nicht auf taube Ohren gestoßen, im Gegenteil, wir konnten über den Jahreswechsel ein erfreuliches Spendenaufkommen verbuchen. Allen daran Beteiligten sei deshalb nochmals unser herzlicher Dank ausgesprochen! Ohne Euch wäre beispielsweise diese vorliegende Material- und Textsammlung zum Thema Anti-Imperialismus so nicht realisierbar gewesen!

...und es muss selbstverständlich weiter gehen.

Redaktion offen-siv. Hannover

Spendenkonto Offensiv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover,

BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv Ausland: Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer(IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: "Offensiv".

Imperialismus und "Neue Weltordnung"

J. W. Stalin: aus: Probleme des Leninismus - Die Leninsche Theorie des Imperialismus als des letzten Stadiums des Kapitalismus und als Vorabend der proletarischen Revolution

Genosse Stalin über die Leninsche Theorie des Imperialismus

Die Leninsche Theorie der proletarischen Revolution geht von drei grundlegenden Thesen aus:

Erste These. Herrschaft des Finanzkapitals in den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus; Emission von Wertpapieren als wichtigste Operation des Finanzkapitals; Ausfuhr von Kapital nach den Rohstoffquellen als eine der Grundlagen des Imperialismus; Allmacht der Finanzoligarchie als Resultat der Herrschaft des Finanzkapitals; all das enthüllt den ausgesprochen parasitären Charakter des monopolistischen Kapitals, macht das Joch der kapitalistischen Truste und Syndikate hundertfach fühlbarer, verstärkt das Anwachsen der Empörung der Arbeiterklasse gegen die Grundlagen des Kapitalismus und führt die Massen an die proletarische Revolution heran als die einzige Rettung. (Siehe "Der Imperialismus" von Lenin.)

Daraus ergibt sich die erste Schlussfolgerung: die Verschärfung der revolutionären Krise innerhalb der kapitalistischen Länder, die Anhäufung von Elementen der Explosion an der inneren, der proletarischen Front in den "Mutterländern".

Zweite These. Verstärkte Ausfuhr von Kapital in die kolonialen und abhängigen Länder; Ausdehnung der Einflusssphären" und des Kolonialbesitzes bis zur Erfassung des ganzen Erdballs; Umwandlung des Kapitalismus in ein Weltsystem der finanziellen Versklavung und kolonialen Unterdrückung der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Hand voll fortgeschrittener Länder; all das verwandelte einerseits die einzelnen nationalen Wirtschaften und nationalen Territorien in Glieder einer einheitlichen Kette, die Weltwirtschaft genannt wird, und spaltete andererseits die Bevölkerung der Erde in zwei Lager: in eine Handvoll "fortgeschrittener" kapitalistischer Länder, die große koloniale und abhängige Länder ausbeuten und unterdrücken, und in eine ungeheure Mehrheit von kolonialen und abhängigen Ländern, die gezwungen sind, um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch zu kämpfen. (Siehe "Imperialismus") Daraus ergibt sich die zweite Schlussfolgerung: die Verschärfung der revolutionären Krise in den Kolonialländern und die zunehmende Empörung gegen den Imperialismus an der äußeren, an der Kolonialfront.

Dritte These. Monopolherrschaft über die "Einflusssphären" und Kolonien; ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen kapitalistischen Länder, die zu einem wütenden Kampf um die Neuverteilung der Welt zwischen jenen Ländern führt, die bereits Territorien an sich gerissen haben, und denen, die auch ihren "Anteil" erhalten wollen; imperialistische Kriege als einziges Mittel, das gestörte "Gleichgewicht" wiederherzustellen; all das führt zur Stärkung der dritten Front, der zwischenkapitalistischen Front, die den Imperialismus schwächt und die Vereinigung der beiden ersten Fronten - der revolutionär-proletarischen und der kolonialen Befreiungsbewegung - gegen den Imperialismus erleichtert. (Siehe "Imperialismus")

Daraus ergibt sich die dritte Schlussfolgerung: die Unabwendbarkeit der Kriege unter dem Imperialismus und die Unvermeidlichkeit der Koalition zwischen der proletarischen Revolution in Europa und der kolonialen Revolution im Osten zu einer einheitlichen Weltfront der Revolution gegen die Weltfront des Imperialismus.

Alle diese Schlussfolgerungen vereinigen sich bei Lenin zu der allgemeinen Schlussfolgerung, dass "der Imperialismus der Vorabend der sozialistischen Revolution ist".

(J. W. Stalin, Probleme des Leninismus, I. Folge: 'Die Grundlagen des Leninismus', Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1932. S. 29 ff.)

W. I. Lenin: aus: Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen? - Der Imperialismus als sterbender Kapitalismus und als Vorabend der proletarischen Revolution

Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: Der Imperialismus ist:

- (1.) monopolistischer Kapitalismus;
- (2.) parasitärer oder verwesender Kapitalismus;
- (3.) sterbender Kapitalismus.

Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der grundlegende ökonomische Zug, das Wesen des Imperialismus. Der Monopolcharakter offenbart sich in fünf Hauptformen:

1. Kartelle, Syndikate und Truste; die Konzentration der Produktion hat eine Stufe erreicht, auf der sie diese monopolistischen Kapitalistenverbände schuf;

- 2.die Monopolstellung der Großbanken: drei bis fünf Riesenbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands;
- 3.die Aneignung der Rohstoffquellen durch die Truste und Finanzoligarchie (das Finanzkapital ist das monopolistische Industriekapital, das sich mit dem Bankkapital verschmolzen hat);
- 4. die (ökonomische) Aufteilung der Welt durch die internationalen Kartelle hat begonnen. Solche internationalen Kartelle, die den gesamten Weltmarkt beherrschen und ihn "gütlich" aufteilen solange der Krieg ihn nicht neu verteilt gibt es bereits über hundert! Der Kapitalexport als besonders charakteristische Erscheinung.

Der imperialistische Krieg ist der Vorabend der sozialistischen Revolution. Und dies nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt - kein Aufstand wird den Sozialismus schaffen, wenn er nicht ökonomisch herangereift ist -, sondern deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine Eingangspforte, jene Stufe der historischen Leiter ist, zwischen der (Stufe) und der Stufe, die man Sozialismus nennt, es keine Zwischenstufen gibt.

(Lenin. Sämtliche Werke. Bd. XXI: "Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen?", S. 23S. 1917.)

W. I. Lenin: aus: Vorwort zu N. Bucharins Broschüre: "Weltwirtschaft und Imperialismus" - Der Imperialismus ist eine stürmische, sprunghafte, katastrophen- und konfliktreiche Epoche

Es gab eine Epoche des verhältnismäßig "friedlichen" Kapitalismus. in der er in den fortgeschrittenen Ländern Europas den Feudalismus vollständig besiegt hatte und sich mit relativ größter Ruhe und Gleichmäßigkeit entwickeln konnte, unter "friedlicher" Expansion über gewaltige Gebiete von noch unbesetzten Territorien, in den kapitalistischen Strudel noch nicht endgültig hineingezogenen Ländern. Auch in dieser Epoche, die ungefähr in die Jahre 1871-1914 fällt, schuf der "friedliche" Kapitalismus natürlich Lebensbedingungen. die von einem wirklichen "Frieden", sowohl im militärischen als auch im allgemeinen Klassensinne, sehr weit entfernt waren. Für neun Zehntel der Bevölkerung der fortgeschrittenen Länder, für Hunderte von Millionen Menschen in den Kolonien und rückständigen Ländern war diese Epoche kein Frieden, sondern Unterdrückung, Qual, Schrecken. der vielleicht umso entsetzlicher war, als er ein "Schrecken ohne Ende" zu sein schien. Diese Epoche ist nun unwiderruflich vorüber, sie ist abgelöst von einer Epoche verhältnismäßig viel stürmischeren,

sprunghafteren, katastrophalen und konfliktreicheren Charakters, von einer Epoche, in der für die Masse der Bevölkerung nicht so sehr der "Schrecken ohne Ende" als vielmehr das "Ende mit Schrecken" typisch wird.

Ganz besonders ist dabei zu beachten, dass dieser Wechsel durch nichts anderes herbeigeführt ist, als durch unmittelbare Entwicklung, Erweiterung, Fortsetzung der tiefsten und wesentlichsten Tendenzen des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt. Wachstum des Austausches. Wachstum der Großindustrie, dies sind die Grundtendenzen, die seit Jahrhunderten in der ganzen Welt zu beobachten sind. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Austausches, auf einer bestimmten Wachstumsstufe der Großindustrie, auf jener nämlich, die ungefähr um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts erreicht wurde, führte der Austausch eine solche Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und des Kapitals herbei, nahm die Großindustrie einen solchen Umfang an, dass an die Stelle der freien Konkurrenz das Monopol trat. Typisch wurden nun nicht mehr die - innerhalb eines Landes und in den Beziehungen zwischen den Ländern - einander in "freier" Konkurrenz gegenüberstehenden Unternehmungen, sondern die monopolistischen Unternehmerverbände, die Truste. Zum typischen "Herrn" der Welt wurde bereits das Finanzkapital, das besonders beweglich und elastisch, das sowohl im Lande als auch international, besonders stark verflochten ist, das in besonderem Maße unpersönlich und von der unmittelbaren Produktion losgelöst ist, das sich besonders leicht konzentriert und auch bereits in besonders hohem Maße konzentriert ist, so dass buchstäblich einige hundert Milliardäre und Millionäre die Geschicke der ganzen Welt in ihren Händen halten.

Wenn man abstrakt-theoretisch urteilt, kann man zu dem Schluss kommen, zu dem auch Kautsky - der in etwas anderer Weise, aber ebenfalls dem Marxismus den Rücken kehrte - in der Tat gelangt ist: dass bereits auch der internationale Zusammenschluss dieser Kapitalmagnaten zu einem einheitlichen Welttrust nicht mehr weit ist, zu einem Welttrust, der die Konkurrenz und den Kampf der staatlich getrennten Finanzkapitale durch ein international vereinigtes Finanzkapital ersetzen würde. Diese

Kautsky schrieb z.B. im Jahre 1916 folgendes: Die gegenwärtige Phase des Imperialismus braucht nicht die letzte Erscheinungsform des Kapitalismus zu sein (...) Die Entwicklung vollzieht sich nicht gradlinig, sondern dialektisch, das heißt in Gegensätzen. So hat der Merkantilismus den Freihandel erzeugt und dieser den Imperialismus. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diesem wieder eine neue Ära des Kapitalismus unter Bedingungen folgt, die einen Staatenbund, wie den mitteleuropäischen, auf der Basis freiwilligen und freudigen Beitritts seiner Mitglieder möglich machen und sein dauerndes und ersprießliches Funktionieren sichern würden. (Kautsky .'Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas', Stuttgart 1916, S. 48.)

Schlussfolgerung ist aber ebenso abstrakt, simplifiziert und falsch, wie die analoge Schlussfolgerung unserer "Ökonomisten" der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als diese aus dem progressiven Charakter des Kapitalismus, aus seiner Unvermeidlichkeit, aus seinem endgültigen Sieg in Russlands bald apologetische Schlüsse zogen (Anbetung des Kapitals, Versöhnung mit ihm, Verherrlichung statt Bekämpfung der Kapitals), bald apolitische (d.h. Negierung der Politik oder Negierung der Bedeutung der Politik, der Wahrscheinlichkeit allgemeiner politischer Erschütterungen usw. als der spezifische Fehler der "Ökonomisten"), bald direkt "streikistische" ("Generalstreik"), als Apotheose der Streikbewegung; diese wurde bis zum Vergessen oder bis zur Ignorierung der übrigen Formender Bewegung getrieben und machte einen direkten "Sprung" vom Kapitalismus zu dessen Überwindung durch reine Streikmethoden, einzig und allein durch den Streik. Es gibt Anzeichen dafür, dass die unbestreitbare Fortschrittlichkeit des Kapitalismus im Vergleich zum halb klein-bürgerlichen "Paradies" der freien Konkurrenz, die Unvermeidlichkeit des Imperialismus und sein endgültiger Sieg über den "friedlichen" Kapitalismus in den fortgeschrittensten Ländern der Welt auch heute zu nicht minderzahlreichen und mannigfaltigen politischen und apolitischen Fehlern und Irrungen führen können. Insbesondere hat bei Kautsky der offene Bruch mit dem Marxismus nicht die Form der Negierung oder des Vergessens der Politik angenommen, nicht die Form des "Überspringens" der besonders in der imperialistischen Epoche zahlreichen und mannigfaltigen politischen Konflikte, Erschütterungen und Umwälzungen, nicht die Form der Apologie des Imperialismus, sondern die des Traumes von einem "friedlichen" Kapitalismus.

Der "friedliche" Kapitalismus ist abgelöst durch den nichtfriedlichen, kriegerischen, katastrophenreichen Imperialismus; das muss Kautsky zugeben, weil er das bereits 1909 in einer besonderen Schrift zugegeben hat, in der er zum letzten Male mit abgeschlossenen Schlussfolgerungen als Marxist aufgetreten ist. Wenn es aber nicht möglich ist, ganz einfach, offen, ungeschlacht von einer Rückkehr vom Imperialismus zum "friedlichen" Kapitalismus zu träumen, ließe sich dann nicht vielleicht diesen ihrem Wesen nach kleinbürgerlichen Träumen die Form von unschuldigen Betrachtungen über einen friedlichen "Ultraimperialismus" geben? Bezeichnet man als Ultraimperialismus den internationalen Zusammenschluss der nationalen (richtiger gesagt: der staatlich getrennten) Imperialismen, der die auf den Kleinbürger besonders unangenehm, besonders beunruhigend, besonders störend wirkenden Konflikte wie Kriege, politische Erschütterungen usw. beseitigen "könnte", warum sollte man sich dann nicht über die heutige, ungebrochene, vorhandene konflikt- und katastrophenreiche Epoche des Imperialismus hinwegsetzen durch unschuldige Träumereien von einem verhältnismäßig friedlichen, verhältnismäßig konfliktlosen, verhältnismäßig katastrophenlosen "Ultraimperialismus"? Und kann man sich nicht über die "schroffen" Aufgaben, die das für Europa bereits angebrochene imperialistische Zeitalter stellt und bereits gestellt hat, hinwegsetzen mit Träumereien, diese Epoche werde vielleicht bald vorüber sein und nach ihr sei vielleicht eine relativ "friedliche", keine "schroffe" Taktik erfordernde Epoche des "Ultraimperialismus" denkbar? Und so sagt denn auch Kautsky: "Eine solche neue (ultraimperialistische) Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar. Ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen." ("Neue Zeit" 30. April 1915, S. 144.) ²

Nicht die geringste Spur von Marxismus findet sich in diesem Bestreben, sich über den bereits angebrochenen Imperialismus hinwegzusetzen und sich dem Traum von einem "Ultraimperialismus" hinzugeben, von dem man gar nicht weiß, ob er realisierbar ist. In dieser Konstruktion wird der Marxismus für jene "neue Phase des Kapitalismus" anerkannt, für deren Realisierbarkeit ihr Erfinder selbst nicht garantiert; für die gegenwärtige, für die bereits eingetretene Phase wird statt des Marxismus das kleinbürgerliche, durch und durch reaktionäre Streben nach Abstumpfung der Widersprüche aufgetischt. Kautsky hatte das Versprechen gegeben, Marxist zu sein in der kommenden akuten und katastrophenreichen Epoche, die er in seinem 1909 geschriebenen Werk über diese kommende Epoche mit aller Bestimmtheit voraussehen und zugeben musste. Heute, da bereits absolut feststeht, dass diese Epoche angebrochen ist, gibt Kautsky abermals nur das Versprechen, in einer kommenden - wer weiß, ob auch realisierbaren - Epoche des Ultraimperialismus Marxist zu sein! Mit einem Wort, Versprechungen, soviel ihr wollt, in einer anderen Epoche Marxist zu sein, aber nicht heute, nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen, nicht zu dieser Stunde! Marxismus auf Kredit, Marxismus als Versprechen, Marxismus für morgen; für heute aber die kleinbürgerliche, opportunistische Theorie - und nicht bloß Theorie - von der Abstumpfung der Widersprüche. Etwas in der Art von dem "in den heutigen Zeitläuften" so weit verbreiteten Internationalismus zu Ausfuhrzwecken, wenn leidenschaftliche – oh, wie leidenschaftliche! - Internationalisten und Marxisten mit jeder Äußerung von Internationalismus ... im gegnerischen Lagersympathisieren, überall, nur nicht im eigenen Hause oder bei den eigenen Verbündeten; wenn sie mit der Demokratie sympathisieren ... die ein bloßes Versprechen "der Verbündeten" bleibt; sympathisieren mit der "Selbstbestimmung der Nationen" ... bloß nicht derjenigen Nationen, die von der Nation abhängig sind, die die Ehre hat, die sympathisierende Person in ihren Reihen zu zählen ... Mit einem Wort: eine von den 1001 Spielarten der Heuchelei.

-

Die zitierten Stellen sind einem Artikel von Kautsky: "Zwei Schriften zum Umlernen", "Neue Zeit" Nr. 5, 1915, entnommen

Lässt sich aber bestreiten, dass eine neue Phase des Kapitalismus nach dem Imperialismus, nämlich der Ultraimperialismus, abstrakt "denkbar" ist? Nein. Abstrakt kann man sich eine solche Phase denken. Nur bedeutet dies in der Praxis, dass man ein Opportunist wird, der die brennenden Aufgaben der Gegenwart von sich weist im Namen der Phantasien überkünftige, nicht brennende Aufgaben. In der Theorie heißt das, dass man sich nicht auf die in der Wirklichkeit vor sich gehende Entwicklung stützt, sondern sich von vornherein von ihr abwendet um dieser Phantasien willen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Entwicklung in der Richtung auf einen einzigen, alle Unternehmungen und alle Staaten ausnahmslos umfassenden Welttrust verläuft. Doch verläuft die Entwicklung dahin unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen - beileibe nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer, nationaler Natur usw. usw. -, dass unbedingt, noch ehe es zu einem einzigen Welttrust, zu einer "ultraimperialistischen" Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale kommt, der Imperialismus unvermeidlich zusammenbrechen, der Kapitalismus sich in sein Gegenteil verwandeln muss.

(Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XVIII, Vorwort zu N. Bucharins Broschüre: ,Weltwirtschaft und Imperialismus", S. 465 ff., 1915.)

Programm der Kommunistischen Internationale: Der Imperialismus und der Zusammenbruch des Kapitalismus

Der Imperialismus hat die Produktivkräfte des Weltkapitalismus in hohem Maße entfaltet. Er hat die Schaffung aller materiellen Vorbedingungen für die sozialistische Organisierung der Gesellschaft vollendet. Die imperialistischen Kriege beweisen, dass die Produktivkräfte der Weltwirtschaft über die Schranken der imperialistischen Staaten hinausgewachsen sind und eine internationale, weltumfassende Organisierung der Wirtschaft erheischen. Der Imperialismus sucht diesen Widerspruch zu lösen, indem er mit Feuer und Schwert einem einheitlichen staatskapitalistischen Welttrust den Weg bahnt, der die ganze Weltwirtschaft organisieren soll. Die sozialdemokratischen Ideologen verhimmeln diese blutige Utopie als eine friedliche Methode des neuen "organisierten" Kapitalismus. In der Wirklichkeit stößt aber diese Utopie auf so große, unüberwindliche, objektive Hindernisse, dass der Kapitalismus unter der Last seiner eigenen Widersprüche mit eiserner Notwendigkeit zusammenbrechen muss. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, das durch die imperialistische Epoche noch verschärft wird, macht dauernde und feste internationale Vereinigungen imperialistischer Mächte unmöglich. Die zu Weltkriegen werdenden imperialistischen Kriege, die den Weg der Zentralisation des Kapitals zu ihrer Grenze - dem Welttrust - bezeichnen, werden von derartigen Verheerungen begleitet, bürden der Arbeiterklasse und Millionen von Proletariern und Bauern der Kolonien derartige Lasten auf, dass der Kapitalismus unter den Schlägen der proletarischen Revolution unvermeidlich schon viel früher zusammenbrechen muss.

Der Imperialismus, die höchste Phase der kapitalistischen Entwicklung, steigert die Produktivkräfte der Weltwirtschaft ins Riesenhafte, gestaltet die ganze Welt nach seinem Ebenbilde und reißt alle Kolonien, alle Rassen, alle Völker in den Strom der Ausbeutung durch das Finanzkapital. Zugleich entwickelt die monopolistische Form des Kapitals in steigendem Maße Elemente der parasitären Entartung, der Verwesung und des Niederganges des Kapitalismus. Das monopolistische Kapital schaltet bis zu einem gewissen Grade die Triebfeder der Konkurrenz aus, verfolgt die Politik hoher Kartellpreise und verfügt unumschränkt über die Märkte, wobei es die Tendenz hat, die weitere Entfaltung der Produktivkräfte zu hemmen. Der Imperialismus häuft unermessliche Reichtümer aus den riesigen Extraprofiten auf, die erden Millionen der Arbeiter und Bauern der Kolonien abpresst. Er schafft dadurch den Typus verwesender, parasitär entartender Rentnerstaaten und ganze Schichten von Schmarotzern, die vom Kuponschneiden leben. Die Epoche des Imperialismus, die den Prozess der Schaffung der materiellen Voraussetzungen des Sozialismus vollendet (Konzentration der Produktionsmittel, gigantische Vergesellschaftung der Arbeit, Erstarken der Arbeiterorganisationen), verschärft zugleich die Widersprüche zwischen den "Großmächten" und ruft Kriege hervor, die den Zerfall der einheitlichen Weltwirtschaft herbeiführen. Der Imperialismus ist daher der verwesende, sterbende Kapitalismus. Er ist die letzte Etappe der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt. Er ist der Anbruch der sozialistischen Weltrevolution.

Die internationale proletarische Revolution entspringt so den Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus im Allgemeinen und seiner imperialistischen Phase im Besonderen. Das kapitalistische System als Ganzes nähert sich seinem endgültigen Zusammenbruch.

Die Diktatur des Finanzkapitals bricht zusammen und weicht der Diktatur des Proletariats.

(Aus dem Programm der Kommunistischen Internationale, Abschnitt I, Kapitel 4.)

Programm der Kommunistischen Internationale: Die allgemeine Krise des Kapitalismus

Der imperialistische Kampf der größten kapitalistischen Staaten um die Neuaufteilung der Welt führte zum ersten imperialistischen Weltkrieg (1914-1918). Dieser Krieg erschütterte das gesamte System des Weitkapitalismus und leitete damit die Periode seiner allgemeinen Krise ein. Der Krieg zwang die ganze Volkswirtschaft der krieg-

führenden Länder in seinen Dienst, schuf sich die gepanzerte Faust des Staatskapitalismus, trieb die unproduktiven Ausgaben zu schwindelnder Höhe, vernichtete ungeheure Mengen von Produktionsmitteln und lebendiger Arbeitskraft, ruinierte breite Schichten der Bevölkerung und bürdete Industriearbeitern, Bauern und Kolonialvölkern unermessliche Lasten auf. Er verschärfte den Klassenkampf, der in offen revolutionäre Massenaktionen und in den Bürgerkrieg um schlug. Die imperialistische Front wurde an ihrem schwächsten Punkte durchbrochen, im zaristischen Russland. Die Februarrevolution des Jahres 1917 stürzte den feudalen Absolutismus. Die Oktoberrevolution stürzte die Bourgeoisie. Diese siegreiche proletarische Revolution expropriierte die Expropriateure, entriss der Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern die Produktionsmittel; zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit errichtete und verankerte sie die proletarische Diktatur in einem Riesenlande, schuf einen neuen Staatstypus, den Räte-(Sowjet) Staat, und leitete damit die internationale proletarische Revolution ein.

Die gewaltige Erschütterung des gesamten Weltkapitalismus, die Verschärfung des Klassenkampfes und der unmittelbare Einfluss der proletarischen Oktoberrevolution riefen in Europa wie in den kolonialen und halb kolonialen Ländern eine Reihe von Revolutionen und revolutionären Aktionen hervor; Januar 1918 - Arbeiterrevolution in Finnland; August 1918 "Reisaufstände" in Japan; November 1918 Revolution in Österreich und Deutschland, die die halbfeudalen Monarchien stürzten; März 1919 proletarische Revolution in Ungarn, Aufstand in Korea; April1919 -Rätemacht in Bayern; Januar 1920 bürgerlich-nationale Revolution in der Türkei; September 1920 Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter in Italien; März 1921 Aufstand der proletarischen Vorhut in Deutschland; September 1923 Aufstand in Bulgarien; Herbst 1923 revolutionäre Krise in Deutschland; Dezember 1924 Aufstand in Estland; April 1925 Aufstand in Marokko; August 1925 Aufstand in Syrien; Mai 1926 -Generalstreik in England; Juli 1927 - Arbeiteraufstand in Wien. AII das zusammen mit Ereignissen, wie dem Aufstand in Indonesien, der tiefen Gärung in Indien, der großen chinesischen Revolution, die ganz Asien erschütterte, sind Glieder der Kette der internationalen Revolution, sind Bestandteile der tief aufwühlenden allgemeinen Krise des Kapitalismus. Dieser internationale revolutionäre Prozess umfasst den Kampf für die Diktatur des Proletariats wie auch die nationalen Befreiungskriege und die kolonialen Aufstände gegen den Imperialismus, die wiederum untrennbar verbunden sind mit der Agrarrevolution der Millionen zählenden Bauernmasse. So wurden gewaltige Menschenmassen in den Strom der Revolution hineingerissen. Die Weltgeschichte ist in eine neue Phase ihrer Entwicklung getreten: in die Phase einer langwierigen allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems. Die Einheit der Weltwirtschaft fand dabei ihren Ausdruck in dem internationalen Charakter der Revolution, die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen Teile der Weltwirtschaft -in der Ungleichzeitigkeit der Revolution in den einzelnen Ländern.

Die ersten Versuche zu einem revolutionären Umsturz, die aus der akuten Krise des Kapitalismus (1918-1921) hervorwuchsen, endeten mit dem Siege und der Befestigung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, und mit Niederlagen des Proletariats in einer ganzen Reihe anderer Länder. Diese Niederlagen sind in erster Linie das Ergebnis der Verrätertaktik der sozialdemokratischen Führer und der reformistischen Spitzen der Gewerkschaftsbewegung, aber auch die Folge des Umstandes, dass hinter den Kommunisten noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse stand und in einer Reihe der wichtigsten Staaten überhaupt noch keine kommunistischen Parteien vorhanden waren. Diese Niederlagen ermöglichten der Bourgeoisie eine teilweise Stabilisierung des Kapitalismus durch die verstärkte Ausbeutung der proletarischen Massen und der Kolonialvölker und die schroffe Herabdrückung ihrer Lebenshaltung.

(Programm der Kommunistischen Internationale, Abschnitt 11, Kapitel I)

Michael Opperskalski: Einige Thesen zur so genannten "Neuen Weltordnung"

Nachfolgender Beitrag entstammt dem von der "offen-siv" herausgegebenen Buch "Imperialismus und antiimperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert" (Protokollband der gleichnamigen Konferenz vom Oktober 2000 in Berlin). Er schildert aus unserer Sicht sehr detailliert die Herausbildung strategischer Konzeptionen und ihrer Hintergründe nach der (zeitweilig) siegreichen Konterrevolution 1989-1991 in Ost-Europa. Ihre Konsequenzen und Auswirkungen können sich bis fast in die jüngste Vergangenheit nachverfolgen lassen (obwohl der Aufsatz ja bereits 2001 endete). Seit 2008/2009 schälen sich jedoch immer deutlicher Entwicklungen heraus, die sich zuvor nur in ihren Grundtendenzen haben erfassen lassen. Diese lassen sich in folgenden Punkten anreißen:

1) der Niedergang der dominanten Rolle des US-Imperialismus wird immer klarer und nimmt an Geschwindigkeit zu. Dies beginnt bei ökonomischen Parametern und endet in der 2012 öffentlich gemachten neuen US-Militärstrategie", nach der Washington nun nicht mehr in der Lage ist, zwei (regionale) Kriege parallel zu führen; schon waren die USA nicht mehr fähig, neben ihrem "Engagement" in Irak und Afghanistan auch noch die NATO-Aggression in Libyen anzuführen. Dies hat natürlich wirtschaftliche Gründe, liegt aber vor allem auch in der vom Widerstand in Irak und Afghanistan dem Imperium blutig aufgezwungenen militärischen Niederlage;

- 2) dieser Niedergang wird begleitet vom systematischen Aufstieg eines deutschfranzösisch geführten imperialistischen Europa, wobei der BRD-Imperialismus derzeit in allen Aspekten die dynamischsten Aspekte vorzuweisen hat. Die europäischimperialistische Dynamik wird jedoch (noch) ausgebremst von der auch in Europa anhaltenden und sich vertiefenden ökonomischen Krise, die dazu führen wird, Europa immer mehr – auch organisatorisch, politisch, wirtschaftlich und militärisch - auf die Führungsrolle Paris und Berlins auszurichten;
- 3) all dies bedeutet auch, dass sich der Kampf um die Neuaufteilung der Welt in sich immer schärfer zuspitzenden innerimperialistischen Konkurrenz verschärften wird. Das bedeutet: die Kriegsgefahr wächst ständig und systembedingt! Auch diese jüngsten Entwicklungen bestätigen lebendig-bedrohlich die Leninsche Imperialismustheorie. Wir haben uns vorgenommen, so schnell als möglich, diese neuesten Tendenzen der Entwicklungen im und des Imperialismus intensiver zu untersuchen und unsere Analysen so schnell als möglich zu veröffentlichen. Dabei ist aus unserer Sicht der nachfolgende Aufsatz ein nicht zu unterschätzendes Fundament!

Frank Flegel (Hannover), Michael Opperskalski (Köln)

Die Interpretation des historischen Zeitabschnitts, in dem wir das seltsame Vergnügen haben, zu leben und zu kämpfen, und der gemeinhin als "Neue Weltordnung" bezeichnet wird, geht auch unter sich selbst als kommunistisch und revolutionär, anti-imperialistisch und links definierenden Kräften, Parteien und Organisationen zum Teil weit auseinander. Die Spannbreite der Anschauungen reicht von der Ablehnung der Leninischen Imperialismus-Theorie bis zur Akzeptanz ihrer Gültigkeit unter den heutigen Bedingungen. Einig(1) ist man sich lediglich in dem Fakt, dass die - zeitweise - siegreiche Konterrevolution in den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion, das Weltszenario von Grund auf umkrempelte und die Kräftebalance in dramatischer Weise zu Gunsten des Imperialismus verschob. Heute ist der Imperialismus das im Weltmaßstab dominierende System.

Um die Definition und den Inhalt des Charakters dieser sogenannten "Neuen Weltordnung" wird also heftigst gerungen, geht es doch um nicht mehr und nicht weniger
als um das Selbstverständnis, Strategie und Taktik der sich als kommunistisch, revolutionär oder links verstehenden politischen Kräfte. In dieses Spannungsfeld sind
theoretische Konzeptionen, Analysen und Gedankenspiele gestoßen, die mit "Modebegriffen" wie "Neoliberalismus" oder "Globalisierung" umschrieben und sowohl von
Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie als auch von Linken und sich selbst als
Kommunisten definierenden Kräften in politischen Analysen verwandt werden. Nicht

nur deshalb ist höchste Vorsicht bei der Benutzung dieser "modernen" Begrifflichkeit geboten!

Hinter ihr versteckt sich zumeist mehr als eine zeitweise Verwirrung der Geister, sie geht in der Regel einher mit der Aufgabe marxistisch-leninistischer, ja revolutionärer und konsequent anti-imperialistischer Grundpositionen, führt jedoch auf jeden Fall zur ihrer Verwässerung und/oder Schwächung, beeinflusst deshalb Strategie und Taktik von Kommunisten und anderen Revolutionären.

Betrachten wir uns daher einmal die Spannbreite näher, in der mit den Begriffen und Konzeptionen von "Neoliberalismus" und "Globalisierung" operiert wird.

Wohl inspiriert von ehemaligen Revolutionären und Ex-Kommunisten Lateinamerikas, die das sogenannte "Sao Paolo Forum"(2) dominieren, gehört das DKP-Sekretariats- und Parteivorstandsmitglied Leo Mayer zu jenen Vertretern theoretischer Konzeptionen um die Begriffe "Neoliberalismus", "Modernisierung" und "Globalisierung", die sich am offensten und deutlichsten klassisch sozialdemokratischen Gedankenguts nähern bzw. dieses in wesentlichen Bereichen bereits aufgenommen haben.

Kernaussagen der "Neoliberalismuskonzeptionen"

Einige ihrer Kernaussagen lassen sich wie folgt beschreiben und zitieren:

- a) der heutige Imperialismus habe seinen Charakter dramatisch verändert: "Es reicht nicht aus, den heutigen Kapitalismus als Monopolkapitalismus zu definieren. Der Kapitalismus von heute ist nicht der Kapitalismus der Zeiten von Karl Marx und Friedrich Engels. Der Kapitalismus von heute ist auch nicht der Imperialismus der Zeit Lenins. Der Imperialismus von heute ist der Kapitalismus im Prozess der Globalisierung."(3) Und auch für den DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr befindet sich der Imperialismus in einer "neuen Phase": "Wir befinden uns in einer neuen Phase oder Etappe, oder wie auch immer der Begriff gekennzeichnet ist, der Entwicklung des Imperialismus."(4)
- b) daraus ergibt sich für die Anhänger der verschiedenen "Neoliberalismus-Konzeptionen", dass die Rolle der Nationalstaaten abnehme und es zu einer rasanten Internationalisierung und Verschmelzung der transnationalen Konzerne und der von ihnen beherrschten Institutionen komme. Das wird dann "Globalisierung" genannt: "Die Transnationalen Konzerne entziehen sich zunehmend der Einflussmöglichkeit der nationalen Staaten und bilden internationale Netze."(5) "Internationaler Kapitalismus bedeutet heute auch nicht einmal mehr nur 'Transnationale Konzerne', sondern das System in all seinen Verwertungsbedingungen ist heute international: Forschung und internationale Entwicklung, Produktion, Absatz, Kommunikation, Kapitalströme.

Transnationale Konzerne sind die beherrschenden und strukturbestimmenden Kapitalien auf dem Weltmarkt."(6) Wer das so sieht, der verbreitet allerdings keine "neue Erkenntnis", der landet letztlich und schlicht und einfach beim sozialdemokratischrevisionistischen Theoretiker Karl Kautsky, der im scharfen Gegensatz zu Lenin und seiner Imperialismustheorie und -analyse ebenfalls eine "neue Phase der Entwicklung" des Imperialismus zu erkennen glaubte und vermutete, "ob es nicht möglich sei, dass die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte. Eine solche neue Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar."(7)

In der Logik dieser Gedankengänge liegt damals wie heute die sich aus ihnen ergebene Konsequenz, den - im Leninischen Sinne - prinzipiell kriegerischen und räuberischen Charakter des Imperialismus zu relativieren und die wachsende Kriegesgefahr, insbesondere heute im Rahmen der sogenannten "Neuen Weltordnung", nicht sehen zu können oder zu wollen.

c) somit ist es auch nicht mehr verwunderlich, dass viele Anhänger der verschiedenen "Neoliberalismus-Konzeptionen" - wie der "alte Kautsky" - Lenins Imperialismustheorie in Gänze für überholt halten und ablehnen. Für Leo Mayer bedeutet dies: "Wegkommen von Lenin!"(8)

Auch weil die Anhänger der "Neoliberalismus-Konzeptionen" von Lenin "wegkommen wollen", reduziert sich ihre Sichtweise der Leninschen Imperialismustheorie in der Regel auf die Betrachtung der Entwicklung der Transnationalen Konzerne und der von ihnen abhängigen oder dominierten Institutionen sowie der internationalen Verwertungsbedingungen des Kapitals. Aus ihren Analysen ergibt sich dann die angebliche "Überholtheit" der Leninschen Imperialismustheorie, da sich der Imperialismus ja angeblich in einer "neuen Phase" seiner Entwicklung befinde. Alle anderen Aspekte und Charakteristika der Leninschen Imperialismustheorie, die von W.I. Lenin ausdrücklich als gleichwertig angesehen wurden, werden von den Anhängern der "Neoliberalismus-Konzeptionen" aus ihren Betrachtungen ausgeschlossen, was die "Sichtweise auf Lenin" nicht nur auf einige ökonomische Aspekte verengt, sondern die gesamte Leninische Imperialismustheorie bewusst verkrüppelt. Indem die Aussagen Lenins zum Imperialismus und seinem prinzipiellen Charakter sozusagen entkernt werden, soll die Leninische Imperialismustheorie stillschweigend begraben werden mit all den sich daraus ergebenen politischen Konsequenzen für Strategie und Taktik der Kommunisten und anderer Revolutionäre.

Inhalt der Leninschen Imperialismustheorie

Rufen wir uns daher an dieser Stelle einmal (wieder) die tatsächlichen und umfassenden Inhalte der Leninischen Imperialismustheorie in Erinnerung. Schauen wir uns einmal näher an, was da alles "ad acta" gelegt werden soll...

Auf der Kapitalismusanalyse von Marx und Engels aufbauend, war es Lenin, der die Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus herausarbeitete.(9): "Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müsste man sagen, dass der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. (...) Doch sind allzu kurze Definitionen zwar bequem, denn sie fassen das wichtigste zusammen, aber dennoch unzulänglich, sobald sie aus ihnen speziell die wesentlichen Züge der zu definierenden Erscheinung abgeleitet werden sollen. Deshalb muss man (...) eine solche Definition des Imperialismus geben, die folgende fünf seiner grundlegenden Merkmale enthalten würde: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals; 3. Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten abgeschlossen Lenins kapitalistischen Länder ist."(10) Damit ist Imperialismustheorie eine direkte Fortsetzung und Weiterentwicklung(11) der von Karl Marx in seinem historischen, drei-bändigen Werk "Das Kapital" entwickelten Kapitalismusanalyse unter den sich seit Ende des vergangenen Jahrhunderts vollzogenen ökonomischen Veränderungen des Kapitalismus. Die Konsequenzen des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus liegen für Lenin auf der Hand. Eine Grundeigenschaft des Imperialismus ist seine Aggressivität, sind Annexion und Krieg, die ihre unmittelbare und allgemeine ökonomische Ursache im Streben der Monopole nach Absatzmärkten, Einflusssphären, Kapitalanlagemöglichkeiten, Rohstoffquellen etc. haben. Damit bedeutet der Imperialismus politisch Reaktion auf der ganzen Linie: das Streben nach Beseitigung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten, insbesondere auch nach Unterdrückung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen mit der Option, offen reaktionäre bis terroristische Herrschaftsformen zu errichten.

Ein weiterer grundlegender Aspekt des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus ist die Tatsache der immer stärkeren Konzentration der Produktion und des Kapitals im Form der Entwicklung zum monopolistischen (und später staatsmonopolistischen)

Kapitalismus. Gleichzeitig verschärft der Imperialismus jedoch alle Widersprüche im Kapitalismus: "Wie sehr der monopolistische Kapitalismus alle Widersprüche des Kapitalismus verschärft hat, ist allgemein bekannt. Es genügt, auf die Teuerung und auf den Druck der Kartelle hinzuweisen. Diese Verschärfung der Gegensätze ist die mächtigste Triebkraft der geschichtlichen Übergangsperiode, die mit dem endgültigen Sieg des internationalen Finanzkapitals ihren Anfang genommen hat.

Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Zahl kleiner oder schwacher Nationen - all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus kennzeichnen zu lassen."(12) Dies alles schafft die objektiven Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus, mehr noch, sie machen ihn objektiv notwendig.

Zugleich schafft das imperialistische Stadium des Kapitalismus ökonomisch die Bedingungen für die Existenz und die Entwicklung der verschiedenen Spielarten des Opportunismus (so auch des "demokratischen Sozialismus"!) innerhalb der Arbeiterbewegung: "Dadurch, dass die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Antagonismus zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verschärft. So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus (...). Manche Schriftsteller (...) möchten sich über die Tatsache, dass Imperialismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung zusammenhängen - eine Tatsache, die jetzt ganz besonders in die Augen springt - gern hinwegsetzen, und zwar mit dem 'amtlichen Optimismus' (im Geiste Kautskys und Hhysmans') von Betrachtungen folgender Art: Die Sache der Gegner des Kapitalismus wäre hoffnungslos, wenn gerade der fortgeschrittene Kapitalismus zur Verstärkung des Opportunismus führte oder wenn gerade die bestbezahlten Arbeiter zum Opportunismus neigten u. dgl. m. Man darf sich über die Bedeutung eines solchen 'Optimismus' nicht täuschen: es ist ein Optimismus hinsichtlich des Opportunismus, es ist ein Optimismus, der der Verhüllung des Opportunismus dient. In Wirklichkeit ist die besonders schnelle und besonders widerwärtige Entwicklung des Opportunismus keineswegs eine Garantie für seinen dauerhaften Sieg, wie auch die schnelle Entwicklung eines bösartigen Geschwürs, die Befreiung des Organismus von diesem beschleunigen kann. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, dass der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus."(13)

Aus seiner Analyse des Imperialismus heraus begründete Lenin die Notwendigkeit der "Partei neuen Typs", die einzig in der Lage ist, die Arbeiterklasse zum Sieg in der proletarischen Revolution zu führen.(14)

Kein unbedeutender Einfluss der "neoliberalistischen Theoriekonzeptionen"

"Neoliberalistische Theoriekonzeptionen" haben heute einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Diskussionen und Theorieentwicklung kommunistischer und revolutionärer Kräfte. Selbst die kubanischen Genossen scheinen sich diesem Einfluss nicht entziehen können. Als Beispiel hierfür sei das Buch "Imperialismus heute" genannt, das von vier wichtigen Wissenschaftlern der Kommunistischen Partei Cubas (PCC) veröffentlicht wurde. (15)

Diese Arbeit der kubanischen Genossen - mit der man sich wesentlich intensiver beschäftigen und auseinandersetzen sollte, als dies an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang möglich ist - ist aus meiner Sicht voller Widersprüche. Zum einen glänzt sie durch stellenweise hervorragende Analysen, Demaskierungen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen vom heutigen Imperialismus und antiimperialistischen Orientierungen. So betonen die vier kubanischen Wissenschaftler zu Recht: "Die gängige Literatur quillt über an Bewunderung für die welterschütternden Veränderungen, die sich in der modernen Gesellschaft vollziehen. Eine scheinbar unzusammenhängende Vielfalt von Begriffen, die gerade auf den Markt geschleudert oder durch die Konjunktur wiederbelebt oder aufgewertet werden, bezeugen diese Bewunderung: ,zivilisatorischer Wandel', ,postindustrielle Gesellschaft', postbürgerliche Gesellschaft', ,Postarbeitsgesellschaft', ,technokratische Ära', ,Ära des Vakuums, ,Postmodernität', ,Ende der Geschichte', ,Mundialisierung', ,Globalisierung' sind einige davon. Im Allgemeinen die Verdrängung oder Beseitigung der Begriffe Klasse, Produktionsweise und sozialökonomische Formation, mit einem Wort die Absage an die marxistische Konzeption der Geschichte."(16)

So richtig diese Kritik ist, so vage bleibt jedoch ihr Adressat ("gängige Literatur") und damit wird bereits die erste Schwäche des Buches offenbar. Die "Absage an die marxistische Konzeption der Geschichte" ist jedenfalls bereits tief bis in linke, antiimperialistische und kommunistische Kreise eingedrungen. Bei Verwendung "klassischen Vokabulars" würde man dies mit der Entwicklung von Revisionismus bezeichnen. Der faktische Verzicht auf die Entlarvung des Revisionismus und seiner Rolle unter heutigen imperialistischen Bedingungen belegt, dass auch die Abhandlung der kubanischen Genossen eine tiefergehende Analyse aller Aspekte und Charakteristika des Imperialismus im 21. Jahrhundert nicht vornimmt. Obwohl sich die Arbeit an einigen Stellen (zu Recht) auf Lenin bezieht, orientiert sie sich in der Gesamtheit damit nicht an der Leninischen Imperialismustheorie in all ihren gleichwertigen Aspekten, ein-

schließlich ihrer umfassenden Überprüfung auf Basis des Imperialismus der sogenannten "Neuen Weltordnung".

Vor diesem Hintergrund erscheint es logisch, dass das Buch die Konterrevolution in den sozialistischen Ländern zwar als Rückschritt und objektive Stärkung des Imperialismus bezeichnet, nicht jedoch als "Konterrevolution" charakterisiert; die Autoren sprechen in diesem Zusammenhang in der Regel vom "Zusammenbruch" oder "Verschwinden" des Sozialismus bzw. der Sowjetunion.

Eine deutliche Annäherung an "neoliberalistische Theoriekonzeptionen" findet sich auch in ihrer Feststellung, dass der heutige Imperialismus in eine neue Phase eingetreten sei. Sie sprechen u.a. von der "Metamorphose, die der heutige Imperialismus durchmacht"(17) Dementsprechend sei "die Tendenz zur Konstituierung einer transnationalen Machtmaschinerie (...) so mächtig, dass sich der Eindruck aufdrängt, als erlebe die Menschheit heute den Prozess der Herausbildung eines Globalstaates, ausgehend von den alten und neuen supranationalen Mechanismen und Institutionen, die seit dem Ende des 2. Weltkrieges wie Pilze aus dem Regen aufgeschossen sind und sich konsolidiert haben (...)."(18) Als "Rückgrat des Transnationalisierungs- und Entnationalisierungsprozesses, der die beschleunigte Abwertung der nationalen Machtinstanzen bewirkt"(19) sehen die kubanischen Genossen den Imperialismus. So ist es nur logisch, dass in dieser Analyse die Herausbildung verschiedener imperialistischer Zentren - so eines imperialistischen Europa unter deutscher Hegemonie - sowie ihre sich ständig verschärfende Konkurrenz keinen Platz hat, was eine für die kubanische Revolution gefährlich werden könnende Unterschätzung bestimmter imperialistischer Entwicklungstendenzen zur Konsequenz hat. Als Stichwort sei hier nur die Rolle des europäischen und BRD-Imperialismus bei den anhaltenden Versuchen zur Zerschlagung der kubanischen Revolution - insbesondere durch die verschiedensten Versuche der Förderung ihrer inneren Diversion - genannt.

Damit wird es verständlich, dass die Schaffung einer "breitesten neoliberalen Einheitsfront (...), wobei das Hauptangriffsziel der revolutionären Kräfte der Imperialismus und insbesondere der USA-Imperialismus"(20) sein müsse, für die kubanischen Genossen höchste Priorität besitzt. Welche Aufgabe die Kommunisten und ihre Partei(en) dabei haben, das Verschweigen sie uns allerdings...

Wir sehen also, in der Analyse des heutigen Imperialismus sind auch die kubanischen Genossen gar nicht mehr so weit weg von den Aussagen der Theoretiker der eingangs dargestellten und kritisierten "neoliberalistischen Theoriekonzeptionen". Was sie von ihnen trennt, ist die Benennung des USA-Imperialismus als absolut dominierendem Nutznießer des "Prozesses der Globalisierung" sowie die antiimperialistische Orientierung auf den Sturz des imperialistischen Systems, wobei keine Kampfform ausgeklammert wird.

Ich habe das Beispiel der kubanischen Genossen gewählt, um aufzuzeigen, dass sogar sie, die in schärfster und direkter Konfrontation mit dem Imperialismus und seiner Barbarei stehen, offensichtlich von "neoliberalistischen Theoriekonzeptionen" beeinflusst werden. Der Einfluss dieser Ideen auf kommunistische und revolutionäre Kräfte ist also nicht wegzudiskutieren.

Überprüfen wir deshalb die "neoliberalistischen Theoriekonzeptionen" (wie ich sie eingangs sozusagen in ihrer reinen Form dargestellt haben) anhand der Realitäten der sogenannten "Neuen Weltordnung" im 21.Jahrhundert. Genosse Harpal Brar wird sich in seinem Beitrag auf dieser Konferenz(21) eingehend mit den tatsächlichen ökonomischen Entwicklungen befassen und diese an und mit der Elle der Leninschen Imperialismustheorie messen. Ich kann und werde mich daher auf die aktuellen imperialistischen Strategien, insbesondere natürlich des US-Imperialismus - auch in sich zuspitzender Auseinandersetzung mit seinen Hauptkonkurrenten - konzentrieren.

Die Strategen der imperialistischen Bourgeoisie bringen es auf den Punkt

Die Strategen und Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie sind in der Regel wesentlich klarer als viele verwirrte Linke, insbesondere auch hinsichtlich der Charakterisierung der sogenannten "Neuen Weltordnung". Lassen wir einfach einmal den führenden US-Bankier und Berater diverser US-Administrationen Jeffrey E. Garten in diesem Sinne zu Wort kommen: "Der US-Bankier und frühere Präsidentenberater Jeffrey E. Garten charakterisierte 1992 die Periode nach dem Kalten Krieg als 'Der Kalte Friede'. Die USA, Japan und ein deutsch geführtes Westeuropa, so der Mann von der Wall Street, würden sich in einer massiven Auseinandersetzung um politische und wirtschaftliche Hegemonie befinden. An die Stelle des Ost-West-Konflikts sei die Systemauseinandersetzung zwischen drei kulturell, ökonomisch und politisch konkurrierenden Wirtschaftsblöcken getreten."(22) Dazu ist dann auch die Titelzeile des US-Fachmagazins "Chief Executive" in seiner ersten Ausgabe des Jahres 1993 passend gewählt: "Willkommen im Zweiten Kalten Krieg!"(23)

Was bedeutet dies konkret? Wo liegen die Eckpfeiler der sogenannten "Neuen Weltordnung"?

1. Nach dem (zeitweiligen) Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern Osteuropas, insbesondere der Sowjetunion, sind wir mit einer sogenannten "Neuen Weltordnung" konfrontiert, in der das imperialistische System zur global dominierenden Macht wurde. Innerhalb dieses Systems sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika immer noch die eindeutige Hegemonialmacht.

Die Gründe hierfür fasst aus deutsch-europäischer Sicht der Autor Klaus-Dieter Schwarz im Auftrag des offiziösen bundesdeutschen "think tank" "Stiftung Wissenschaft und Politik" wie folgt zusammen: "Wirtschaftlich liegen die USA in der Triade bei den wichtigsten Kennzahlen wieder vorn, knapp vor den Staaten der Europäischen Union (EU). (...) Die Globalisierung der wichtigsten Industrien (Computer-Software, Luft- und Raumfahrt, Finanzdienste, Film und Fernsehen ist weitgehend 'made in USA' und bestimmt den modernen Kapitalismus (...).

Kulturell sind die USA die treibende Kraft in Richtung auf eine globale Informations- und Konsumgesellschaft. Sie setzen die Standards in den Wissenschaften und an den Universitäten, in der Unterhaltungsindustrie, in Sprache und Popmusik, im Internet und im Konsumverhalten der Massen. (...)

Diplomatisch sind die USA einflussreicher als andere Staaten. (...)

Militärisch sind die USA auf absehbare Zeit frei von unmittelbarer Bedrohung (...). Zum Schutz nationaler Interessen verfügen die Amerikaner über Streitkräfte, Waffen und Führungsmittel, die sie zu globalem Handeln befähigen."(24)

Dem ökonomischen Aspekt der globalen US-Dominanz schließt sich auch der "Trade und Development"-Bericht der "UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD)" an: "Der Gewinner der Globalisierung heißt: Vereinigte Staaten von Amerika. Zu diesem Urteil im am Dienstag publizierten jüngsten 'Trade und Development'-Bericht (...)."(25) "Warum sind die USA denn so überlegen? Weil sie wirtschaftlich die Lokomotive der ganzen Welt sind, technologisch eine Quelle der Erneuerung und militärisch die einzige globale Weltmacht. Sogar noch kulturell - was immer Sie über amerikanische Massenkultur denken mögen - wirken die USA ungemein attraktiv. All das gibt dem Land globale politische Wirkungsmöglichkeiten."(26)

2. Im Rahmen der Neuaufteilung der Welt - d.h. der Märkte, Rohstoffvorkommen, geostrategischen Einflusssphären etc. - strebt der US-Imperialismus nach einer Ausweitung der direkten, unmittelbaren Kontrolle und regionalen wie globalen Hegemonialrolle sowie einer Verteidigung dieser Position. Dies schließt eine wachsende Konkurrenz und Konfrontationen mit imperialistischen Konkurrenten ein. Mehr noch, mit Europa unter Hegemonie des BRD-Imperialismus entsteht eine neue "Supermacht" mit Weltmachtambitionen.

"Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die Vereinigten Staaten heute dabei, ihre Oberherrschaft über das Reich ihres ehemaligen Gegners zu etablieren. Die Auflösung der Sowjetunion hat die USA dazu veranlasst, ihre Zone der militärischen Vorherrschaft (mit Hilfe der NATO) nach Ost-Europa und in das ehemalige Jugoslawien

auszudehnen. Und, was am wichtigsten von allem ist, das Ende des Kalten Krieges hat es Amerika erlaubt, seine Einmischung in den Nahen Osten zu vertiefen."(27)

Diese Einmischung führte gerade in der strategisch wichtigen und rohstoffreichen Region des Nahen und Mittleren Ostens zur Durchpeitschung einer nahezu dramatischen Dominanz des US-Imperialismus, gerade auch gegen imperialistische Konkurrenten aus Europa und Asien. In dieser Hinsicht wurde der imperialistische Krieg gegen den Irak im Jahre 1991 zum Wendepunkt. Daher sei mir erlaubt, auf die Hintergründe dieses Krieges ein wenig näher einzugehen.

Als sich 1989 die irakischen Wirtschaftsprobleme angesichts der anhaltenden Überförderung durch die Golfstaaten weiter vertieften, trafen sich US-Amerikaner und Kuwaitis zur Feinabstimmung der Strategie gegen den Irak. Im November dieses Jahres kamen der Direktor des kuwaitischen Geheimdienstes und CIA-Chef Webster zusammen, um zu beratschlagen. Ein Dossier des kuwaitischen Geheimdienstes gibt Aufschluss über die Ergebnisse. Es heißt darin wörtlich: "Wir (der kuwaitischer Geheimdienst, d.Verf.) stimmten mit der amerikanischen Seite überein, dass es wichtig ist, aus der sich verschlechternden Wirtschaftslage im Irak Vorteil zu ziehen, um die Regierung jenes Landes unter Druck zu setzen, unsere gemeinsame Grenze zu skizzieren. Die CIA legte uns ihre Absicht über geeignete Druckmaßnahmen dar. Umfassende Zusammenarbeit sollte zwischen uns sobald wie möglich unter der Bedingung beginnen, dass solche Aktivitäten auf hoher Ebene koordiniert würden."(28)

Fast gleichzeitig lief eine internationale Medienkampagne an, die immer neue Einzelheiten über irakische Waffengeschäfte mit westlichen Firmen enthüllte. Als Quellen für die den Artikeln und Film-Features zugrunde liegenden Informationen ließen sich zumeist israelische oder US-amerikanische Geheimdienstkreise ausmachen. Ziel war es, die Regierung in Bagdad international zu isolieren und Wirtschaftssanktionen politisch vorzubereiten. Die Eskalation strebte einem ersten Höhepunkt zu, als Saddam Hussein in einer Rede am 2. April 1990 öffentlich zugab, dass sein Land chemische Waffen besitze und in der Lage sei, diese gegen einen israelischen Angriff einzusetzen und damit Israel direkt zu bedrohen.(29) Damit wurde folgendes klar: im Irak war ein relativ autonomer militärisch-industrieller Komplex entstanden, und es war Bagdad offensichtlich gelungen, die strategische "nuklear-chemische Hegemonie" Israels in der Region zu brechen. Der Irak war zu einer starken Regionalmach geworden, das Gleichgewicht, das Washington mit Hilfe des von den USA hochgerüsteten Israel und konservativer arabischer Staaten wie Ägypten und Saudi Arabien im Nahen Osten in seinem Sinne zu beeinflussen sucht, schien aus der Bahn zu geraten. Die US-amerikanische Dominanz war gefährdet...

Spätestens in dieser Phase des Szenarios verfolgten die Strategen in Washington eine gezielte Doppelstrategie, die darauf abzielte, die Konfrontation zwischen dem Irak

und Kuwait weiter zu verschärfen; bei jedem logisch denkenden Analytiker muss dabei der Eindruck entstehen, dass ein möglicher Kriegsausbruch als Folge dieser Entwicklungen in Washington bereits in einem recht frühen Stadium nicht nur akzeptiert, sondern sogar bewusst einkalkuliert wurde.

Den kuwaitischen Feudalherrschern signalisierte man mehrfach, dass die USA voll hinter ihnen stünden; halblaut dachten beide Seiten bereits zu diesem Zeitpunkt über die Stationierung von US-Marines in Kuwait nach.(30) Den Irakern wiederum wurde eine Verbesserung ihrer Beziehungen mit den USA - trotz des Medienwirbels um die irakischen Waffenkäufe im Westen - in Aussicht gestellt und gezielt der Eindruck vermittelt, Washington wolle sich aus den sich eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Kuwait und dem Irak heraushalten. "Der SPIEGEL" beschreibt die Lage so: "Um das inzwischen wieder ungetrübte Verhältnis zu dokumentieren, schickte George Bush am 25.April zum Ende des Fastenmonats Ramadan einen persönlichen Freundschaftsgruß an Saddam Hussein. Bei dem Iraker konnte sich nur der Eindruck festigen, die amerikanische Führung wolle eine Konfrontation vermeiden. So ermutigt, trieb Saddam Hussein seine Eroberungspläne weiter voran."(31) Am 25. Juli 1990 schließlich führte die US-Botschafterin April Glaspie ein ausführliches Gespräch mit dem irakischen Präsidenten, das diesen Eindruck noch weiter verstärken sollte. So sagte Glaspie wörtlich: "Ich habe eine direkte Anweisung des Präsidenten, um bessere Beziehungen mit dem Irak nachzusuchen. Präsident Bush ist ein kluger Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären. Wir haben keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten wie Ihrem Grenzstreit mit Kuwait (...) Außenminister James Baker hat unseren offiziellen Sprecher angehalten, dies ausdrücklich zu betonen."(32) Doch das Gespräch ging noch weiter. Die Botschafterin fragte, in Kenntnis bereits vollzogener irakischer Truppenmassierungen an der Grenze zu Kuwait, was der Irak in dieser Auseinandersetzung für Absichten verfolge. Der irakische Staatspräsident antwortete, Kuwaits Handeln hatte bereits das Ausmaß eines "Wirtschaftskrieges" gegen sein Land angenommen und das Niveau "gegen uns gerichteter militärischer Aktionen" erreicht. Er führte weiter aus, dass er auf eine friedliche Lösung hoffe, doch sollte sich diese nicht ergeben, so sei es "selbstverständlich, dass der Irak nicht den Tod akzeptiert". Das war mehr als deutlich...

Doppelstrategie Washingtons

Trotzdem folgte Washington konsequent seiner Doppelstrategie. Noch zwei Tage vor der irakischen Invasion in Kuwait, am 31.Juli 1991, gaben die US-Strategen die offiziöse Losung heraus, man werde auf keinen Fall militärisch intervenieren, wie auch immer der Konflikt am Golf eskalieren werde. So antwortete der US-Unterstaatssekretär John Kelly wie folgt auf Fragen im Nahostausschuss des Repräsentantenhauses: "'Sollte der Irak die kuwaitische Grenze überschreiten', wollte man

von ihm wissen, 'welche Position werden wir dann einnehmen?' Kellys Antwort: 'Dieses Spiel der Hypothesen kann ich nicht mitmachen. Es mag genügen, zu sagen, dass wir extrem betroffen wären.' Und auf die Zusatzfrage: 'Ist es unter solchen Umständen richtig, zu sagen, wir hätten keinen Vertrag, keine Verpflichtung, nichts, dass uns zwingen würde, amerikanische Truppen (zum Schutz Kuwaits) einzusetzen?' antwortete Kelly: 'Das ist richtig!''(33)

Diese Doppelstrategie, untermauert durch gezielte Desinformation der Öffentlichkeit sowie der politisch Handelnden, trieb die kuwaitisch/irakischen Auseinandersetzungen in den Krieg: Saddam Hussein ließ seine Panzer am 2. August in das Nachbarland einrollen in der Auffassung, die Vereinigten Staaten würden zwar betroffen reagieren, jedoch auf keinem Fall militärisch intervenieren. Kuwait wiederum war buchstäblich bis zur letzten Sekunde nicht bereit, irgendeinen Kompromiss in den strittigen Fragen mit Bagdad einzugehen und baute in dieser harten Haltung auf die zugesagte USamerikanische Unterstützung sowie auf die gemeinsam entwickelte Strategie, das irakische Regime wirtschaftlich zu erpressen und in Folge eventuell sogar zu stürzen.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass Washington gezielte Desinformationen einsetzte, um iene internationale anti-irakische Koalition zu zusammenzuzimmern, die dann die Basis für ein direktes US-amerikanisches Militärengagement liefern sollte. Voraussetzung hierfür war, dass Saudi Arabien einer Stationierung US-amerikanischer Kampfauf seinem Territorium zustimmen musste. Deshalb reiste Verteidigungsminister Cheney unmittelbar nach der irakischen Invasion in Kuwait nach Riad und legte der saudischen Herrscherfamilie Satellitenfotos vor, die eine angebliche irakische Truppenmassierung an der saudischen Grenze belegen sollten. So wurde den Saudis der Eindruck vermittelt, irakische Panzer würden nun bald auch in ihr Land einrollen. Das war schließlich ausschlaggebend für ihre Entscheidung, einer US-amerikanischen Militärpräsenz in Saudi Arabien zuzustimmen. Erst Monate später erhielten unabhängige Auswerter Luftbilder, die zivile Satelliten im September zum fraglichen Zeitpunkt über Saudi Arabien und Kuwait geschossen hatten. Vergeblich suchten sie darauf nach Spuren der 250.000 Soldaten und 1.500 Panzer, die Bagdad angeblich gegen Saudi Arabien in Stellung gebracht hatte...

Die USA planten und wollten den Krieg gegen den Irak

Man kann also davon ausgehen, dass die Vereinigten Staaten diesen Krieg wollten (belegt wird dies zudem durch die Tatsache, dass die USA nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait weder die international beschlossenen Wirtschaftssanktionen lange genug wirken ließen, noch alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten ausschöpften; an dieser Stelle kann nicht näher auf alle Einzelheiten eingegangen wer-

den), sowohl Kuwait als auch den Irak in ihrer Konfrontation aufstachelten. Schließlich tappte der Irak mit seiner Invasion in Kuwait am 2.August 1990 in die Falle, die die Strategen in Washington Schritt für Schritt aufgebaut hatten. Was dann folgte, war zwangsläufig.

Viele Ergebnisse des Krieges gegen den Irak sind bekannt, zudem halten Krieg und Wirtschaftsboykott an. Es ist das erklärte Ziel der US-Strategen, mit den anhaltenden Destabilisierungsversuchen die Regierung in Bagdad zu stürzen und den Irak faktisch in ein US-höriges Protektorat zu verwandeln.

Wesentlich bedeutsamer erscheinen jedoch die langfristigen strategischen Platzvorteile im Kampf um die Ausweitung des nordamerikanischen Einflusses und der Dominanz Washingtons in der Region: die USA verfügen heute faktisch über permanente Militärbasen auf der arabischen Halbinsel, das militärische Engagement im NATO-"Partner"land Türkei konnte problemlos intensiviert werden (zudem ist die Türkei eine strategische Militärallianz mit Israel eingegangen) und auch ökonomisch sind die Vereinigten Staaten heute in den reaktionären arabischen Ländern die dominierende Macht (wobei der wirtschaftliche Einfluss europäischer Mächte dementsprechend zurückgedrängt oder eingeschränkt wurde). Der Irak wurde als bedeutende Regionalmacht geschwächt und die US-amerikanische Kontrolle über die Rohstoffquellen am Golf gesichert.

Komplettiert werden sollte die nordamerikanische Kontrolle über die Region des Nahen und Mittleren Ostens durch das sogenannte "Osloer Friedensabkommen" zwischen Israel und den von Arafat geführten Teilen der palästinensischen Befreiungsbewegung PLO. Die "Umsetzung von Oslo" hätte die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen, unabhängigen Staat (mit der Hauptstadt Jerusalem) zwar nicht erfüllt, die Palästinenser jedoch in von Israel und damit den USA abhängige Vasallen degradiert, garniert mit einer Art Scheinunabhängigkeit. Diesem Schachzug der Strategen in Washington und Tel Aviv hat jedoch der anhaltende Aufstand des palästinensischen Volkes, die "Al-Aqsa-Intifada" gegen die israelischzionistische Besatzung, bisher einen Strich durch die Rechnung machen können.

Von langfristig größerer geostrategischer Bedeutung als der Nahe und Mittlere Osten ist jedoch für den US-Imperialismus Eurasien. Wer diese Region kontrolliert, der ist in der Lage, die beiden Nuklearmächte Russland und China in Schach zu halten bzw. deren Entwicklung strategisch zu beeinflussen.

Schlüsselrolle Eurasiens

Der US-Stratege Zbigniew Brzezinski bringt dies in der ihm eigenen, direkten Art auf den Punkt: "Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. Ein halbes Jahrtausend lang haben europäische und asiatische Mächte und Völker in dem Ringen um die

regionale Vorherrschaft und dem Streben nach Weltmacht die Weltgeschichte bestimmt. Nun gibt dort eine nichteurasische Macht (gemeint sind die USA, d.Verf.) den Ton an - und der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann. (...)

Der Politologe Samuel P. Huntington dürfte dann mit seiner kühnen Behauptung recht behalten: ,Ohne die Vorherrschaft der USA wird es auf der Welt mehr Gewalt und Unordnung und weniger Demokratie und wirtschaftliches Wachstum geben, als es unter dem überragenden Einfluss der Vereinigten Staaten auf die Gestaltung der internationalen Politik der Fall ist. Die Fortdauer der amerikanischen Vorherrschaft ist sowohl für das Wohlergehen und die Sicherheit der Amerikaner als auch für die Zukunft von Freiheit, Demokratie, freier Marktwirtschaft und internationaler Ordnung in der Welt von zentraler Bedeutung."(34)

Wer also die Kontrolle über die verschiedenen ehemaligen Republiken (heute formal unabhängigen Staaten) der UdSSR erringt oder erhält, der sichert sich Einfluss auf Entwicklungen in den angrenzenden Mächten Russland und China. Es geht also um nicht mehr und nicht weniger als um die Neuverteilung der Welt in der Ära der sogenannten "Neuen Weltordnung", die mit der endgültigen Zerschlagung des Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen Staaten Ost-Europas eingeläutet wurde. Und in diesem Zusammenhang spielt natürlich die Frage nach der Ausbeutung der riesigen Rohstoffvorkommen in dieser Region, besonders des Erdöls und des Erdgas, eine zentrale Frage.

"Auch das kleine, dünnbesiedelte Aserbaidschan ist mit seinen riesigen Energiequellen unter geopolitischem Aspekt nicht zu unterschätzen. Es ist gewissermaßen der Korken in der Flasche, die die Schätze des Kaspischen Beckens und Zentralasiens enthält. Wenn Aserbaidschan gänzlich der Herrschaft Moskaus unterworfen wird, kann die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten bedeutungslos werden. Ist Aserbaidschans Unabhängigkeit erst einmal aufgehoben, können auch seine enormen Ölvorkommen der Kontrolle Moskaus unterworfen werden. Ein unabhängiges Aserbaidschan, das mit den Märkten des Westens durch Pipelines, die nicht durch russisch kontrolliertes Gebiet verlaufen, verbunden ist, wird außerdem für die hochentwickelten, auf Energie angewiesenen Volkswirtschaften ein Einfallstor zu den energiereichen zentralasiatischen Republiken sein." (35)

In diesem Zusammenhang wurde bereits 1994 mit Aserbaidschan ein "Jahrhundertvertrag" zur Ausbeutung der küstennahen Erdöl- und Erdgasvorkommen des Kaspischen Meeres geschlossen. Nutznießer dieses Vertrages ist nahezu ausschließlich ein Konsortium aus US-amerikanischen und britischen Ölmultis. Der strategische Haken an dem Projekt ist jedoch, dass die Rohstoffe bisher hauptsächlich über eine nördliche

Route, entweder über eine Pipeline, die durch Tschetschenien führt, oder über eine Bahnverbindung durch Dagestan abtransportiert werden können. Beide Transportwege bedeuten jedoch, dass Russland nach wie vor eine gewisse Kontrolle (einschließlich ökonomischem Nutzen) behalten würde. "Aus solchen Erwägungen hat die amerikanische Regierung unter Präsident Clinton den Bau einer Ölleitung von Baku über Georgien zum Verladehafen Ceyan an der türkischen Mittelmeerküste zu einem wichtigen außenpolitischen Anliegen gemacht." (36) Der nordamerikanische Energieminister Richardson unterstrich, dass es sich bei diesem Projekt um ein strategisches Konzept zur "Wahrung amerikanischer Sicherheitsinteressen" und eine "strategische Vision für die Zukunft der Kaspischen Region" handele. (37)

"Dreh- und Angelpunkt der US-Politik ist Aserbaidschans Hauptstadt Baku, wie jeder bestätigen kann, der James Bonds jüngstes Abenteuer im Kino gesehen hat. Über Baku sollen die Energieschätze auf die Weltmärkte geleitet werden - vorzugsweise über die Türkei. (...)

Sie fungiert eher als Hilfs-Sheriff der Amerikaner, für die dieser geostrategische Raum seit dem Zerfall der UdSSR enorme energiepolitische und damit strategische Bedeutung erhalten hat. Turkmenistan hat die viertgrößten Erdgasreserven der Welt, und in der Erde Kasachstans werden Ölvorkommen wie in Kuwait vermutet (...)".(38)

Die Region brennt

Vor diesem Hintergrund betrachtet ist bereits der erste Tschetschenen-Krieg unmittelbar mit der Frage verknüpft, wer die Region und ihre Rohstoffvorkommen tatsächlich kontrolliert. Wir haben gesehen, dass die strategische Wende im Sinne der USA mit dem Abschluss des sogenannten "Jahrhundertvertrages" und den Plänen für eine neue Ölpipeline außerhalb von Russland kontrollierter Gebiete begann. "Ob es Zufall war oder nicht: genau drei Monate vor Beginn des Krieges in der nach Unabhängigkeit strebenden Kaukasus-Republik hatte das vormals sowjetische Aserbaidschan mit einem westlichen Konsortium einen sogenannten Jahrhundertvertrag geschlossen. Darin wird den ausländischen Unternehmen, an deren Spitze gewichtige amerikanische Gesellschaften stehen, gegen Investitionen von mehr als sieben Milliarden Dollar für die nächsten dreißig Jahre das Recht zur Ölgewinnung auf den Feldern um Baku von mehr als fünfhundert Millionen Tonnen zugestanden. (...) Mit misstrauischem Blick vor allem auf Amerika um seinen Einfluss auf die Nutzung der Erdöl- und Erdgasreserven besorgt, setzte Russland fortan mehr denn je auf die einzige noch funktionierende Rohrleitung, mit der das Erdöl aus den aserbaidschanischen Fördergebieten in Richtung Westen transportiert werden kann - und die führt über Dagestan und die tschetschenische Hauptstadt Grosnyj zum russischen Noworossisk. Ein unabhängiges Tschetschenien würde Moskaus Vormachtstellung in dieser Hinsicht merklich schwächen, so dass die Vermutung nahe liegt, dass der Kreml den Befehl zum Einmarsch in die Kaukasus-Republik nur zwölf Wochen nach Unterzeichnung des Jahrhundertvertrages gab."(39)

Wer an Zufälle glaubt, ist bekanntlich selber schuld. Interessant ist jedoch, dass der zweite Tschetschenien-Krieg im August 1999 mit dem Einmarsch von 1000 tschetschenischen Rebellen unter Führung Dhamil Basayevy in das benachbarte Dagestan begann. Wäre es den Separatisten gelungen, Dagestan zu besetzen oder zumindest dauerhaft zu destabilisieren, dann wäre auch die zweite Öltransportmöglichkeit mit der Bahn über Dagestan - nachdem die Pipeline über Tschetschenien geschlossen werden musste - unterbrochen worden. Russland wäre aus dem großen Spiel um Macht und Rohstoffe herausgeflogen - mit mittelfristig strategischen Folgen für seine regionale und internationale Rolle, von den ökonomischen Folgen ganz zu schweigen. Dies wiederum erklärt vielerlei. Zum einen sicherlich den Versuch des neuen russischen Präsidenten Putin, "mit der europäischen Karte" gegen die US-amerikanische Dominanz zu spielen und sich auch eine Rückversicherung des großen Nachbarn China einzuholen, der sich von der Dominanz der USA ebenso bedroht fühlt wie Russland.

Auf dem Weg zur Kontrolle Eurasiens und insbesondere auch "der Flanke" in den Kaukasus musste ein unabhängiges Jugoslawien zerschlagen werden. Vor diesem Hintergrund ist der folgenden klugen Analyse des leider viel zu früh verstorbenen progressiven US-Politologen Sean Gervasi bereits aus dem Jahr 1996 (!) nur zuzustimmen: "Wir sind seit 1990 Zeugen einer langanhaltenden und qualvollen Krise in Jugoslawien. (...) Das Hauptproblem von Beginn an war die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Zwei westliche Mächte, die Vereinigten Staaten und Deutschland, haben systematisch daran gearbeitet, das Land zu destabilisieren und auseinander zu brechen. Dieser Prozess war bereits in den 80er Jahren in vollem Gange und erreichte seinen Höhepunkt, als das jetzige Jahrzehnt (gemeint sind die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, d. Autor) begann. Beide Mächte planten, vorbereiteten und unterstützten jene Sezessionen sorgfältig, die Jugoslawien auseinanderbrechen ließen. Und sie haben alles in ihrer Macht stehende unternommen, um die Bürgerkriege auszuweiten und am Leben zu halten, die in Kroatien begannen und sich schließlich auf Bosnien-Herzegowina ausdehnten. Sie waren im Hintergrund in jeden Entwicklungsschritt der Krise involviert.

Die ausländischen Einmischungen waren darauf angelegt, genau jene Konflikte aufzubauen, die die westlichen Mächte benötigten, da sie als bequemer Anlass für offene Interventionen dienten, als die Bürgerkriege begonnen hatten.

Darüber wird im Westen natürlich nicht gesprochen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Öffentlichkeit im Westen systematisch mit Kriegspropaganda desinformiert wurde. Sie hat daher praktisch von Anfang an jene Version der Ereignisse akzeptiert, wie sie von den Regierungen verkündet und von den Massenmedien verbreitet wurde. Es ist nichtsdestotrotz wahr, dass Deutschland und die Vereinigten Staaten die Hauptverantwortlichen für die Zerstückelung Jugoslawiens und das daraus entstandene Chaos sind.

Dies ist eine hässliche Tatsache in dieser neuen Ära von Realpolitik und geopolitischen Auseinandersetzungen, die den Kalten Krieg abgelöst haben. Geheimdienstquellen haben in jüngster Vergangenheit in überraschender Offenheit damit begonnen, sich dieser Realität auch 'öffentlich' zu nähern. So berichtete zum Beispiel im Sommer 1995 der 'Intelligence Digest' - ein anerkannter Hintergrunddienst, der in Großbritannien erscheint -, dass die von Anfang an vorhandenen USamerikanisch/deutschen Pläne für das ehemalige Jugoslawien ein unabhängiges, von Moslems und Kroaten dominiertes Bosnien-Herzegowina in Allianz mit einem unabhängigen Kroatien und neben einem stark geschwächten Serbien (vorsahen).'

Jeder politisch Verantwortliche in den meisten westlichen Regierungen weiß, dass diese Aussage absolut zutrifft. Das bedeutet natürlich ebenfalls, dass die Standard-Formeln von der 'serbischen Aggression', die Ursache des Konflikts sei, sowie Kroatiens als 'neuer Demokratie' etc. nicht nur unwahr sind, sondern mehr noch darauf abzielen, von den eigentlichen Hintergründen abzulenken. (…)

Hinter der Maske der "Stärkung der Demokratie" wurde jedoch somit der Weg für eine neue Kolonisierung des Balkan eröffnet.

1990 hatten bereits die meisten ost-europäischen Länder auf westlichen Druck hin reagiert und etwas auf den Weg gebraucht, was sie irreführend 'Reformen' nannten. Einige dieser Länder hatten alle westlichen Bedingungen für Hilfe und Handel akzeptiert, andere, vor allem Bulgarien und Rumänien, jedoch nur teilweise.

In Jugoslawien gab es aber Widerstand. Die Wahlen des Jahres 1990 in Serbien und Montenegro hatten eine sozialistische oder sozialdemokratische Partei an der Macht gelassen. Die Bundesregierung dieses Landes blieb daher in Händen von Politikern, die zwar auf den Druck nach 'Reformen' von Zeit zurzeit reagierten, jedoch trotzdem gegen eine Rekolonisierung des Balkan eingestellt waren. Und viele von ihnen waren gegen eine Zerstückelung Jugoslawiens. Da die dritte jugoslawische Republik, die im Frühjahr 1992 gegründet worden war, über eine industrielle Basis und eine große Armee verfügte, musste dieses Land zerstört werden.

Für die Deutschen war dies nichts anderes als die Fortsetzung einer Politik, wie sie bereits vom Kaiser und den Nazis verfolgt worden war.

Nachdem Jugoslawien einmal zerteilt und ins Chaos gestürzt worden war, war es möglich geworden, diese zentrale Region des Balkans neu zu organisieren. (...)

Die Bedeutung Jugoslawiens liegt nicht nur in seiner eigenen Lage auf der Landkarte, aber auch in den Gebieten, zu denen es Zugang erlaubt. Einflussreiche amerikanische Analytiker gehen davon aus, dass es in der Nähe eines Gebietes von vitalem US-Interesse liegt, der Region des Schwarzen und Kaspischen Meeres. Das mag dann auch die eigentliche Bedeutung des Einsatzes der NATO-Kräfte in Jugoslawien erklären."(40)

Von Jugoslawien nach Weißrussland?

Mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 und dem von der NATO orchestrierten Putsch gegen die Regierung Milosevic im Jahr 2000 wurden zunächst einmal jene Ziele erreicht, die sich der Imperialismus mit der Zerschlagung Jugoslawiens gesetzt hatte: der Restteil des übrig gebliebenen Landes wurde militärisch, ökonomisch und politisch entscheidend geschwächt sowie in Belgrad eine Regierung eingesetzt, die sich in entscheidenden Fragen den Plänen des Imperialismus für die Region nicht mehr wiedersetzen wird. Das nächste Opfer einer umfassenden Destabilisierungsstrategie "à la Jugoslawien" wird in Europa Weißrussland sein, dessen Präsident Lukaschenko einen nationalistischen, auf die Unabhängigkeit des Landes orientierten Kurs fährt und damit ein Hindernis für die imperialistische "Befriedung" Ost-Europas und auch ein fehlendes Kettenglied bei der Einkreisung Russlands ist. "Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat der Minsker Vertretung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (ESZE) vorgeworfen, "Kämpfer' der Opposition auszubilden und zu bewaffnen. Im staatlichen Fernsehen erklärte er, der Westen wolle das "ruhige Weißrussland' zu einem "zweiten Jugoslawien' machen." (41)

Eine effektive Kontrolle über Eurasien wird für den US-Imperialismus jedoch nur möglich sein, wenn sich (West-)Europa nach wie vor in wesentlichen Fragen der globalen Dominanz der Vereinigten Staaten fügt und z.B. auch dieser Dominanz entsprechende Strukturen innerhalb der NATO akzeptiert.

"Schließlich könnte (ein solches) Europa ein Eckpfeiler einer unter amerikanischer Schirmherrschaft stehenden Sicherheits- und Kooperationsstruktur werden. (...)

Vor allen Dingen aber ist Europa Amerikas unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent. Die Alte Welt ist für die USA von enormem geostrategischen Interesse. Andres als die Bindungen an Japan verankert das Atlantische Bündnis den politischen Einfluss und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem europäischen Festland. Beim derzeitigen Stand der amerikanischeuropäischen Beziehungen, da die verbündeten europäischen Nationen immer noch stark auf den Sicherheitsschild der USA angewiesen sind, erweitert sich mit jeder Ausdehnung des europäischen Geltungsbereichs automatisch auch die direkte Einflusssphäre der Vereinigten Staaten. Umgekehrt wäre ohne diese engen transatlanti-

schen Bindungen Amerikas Vormachtstellung in Eurasien schnell dahin. Seine Kontrolle über den Atlantischen Ozean und die Fähigkeit, Einfluss und Macht tiefer in den euroasiatischen Raum hinein geltend zu machen, wären dann äußerst begrenzt."(42) Diese strategische Sicht wurde auch vom Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im nordamerikanischen Außenministerium ("Assistant Secretary of State for European Affairs"), Richard Holbrooke, der später eine herausragende Rolle in der Kriegsstrategie gegen Jugoslawien spielen sollte (!), bereits 1995 geteilt. In einem Beitrag für das einfußreiche nordamerikanische Strategiemagazin "Foreign Affairs" beschrieb er die USA nicht nur als "europäische Macht", er entwickelte die US-Strategie entsprechend: "In dieser Zeit müssen die Vereinigten Staaten den Aufbau einer Sicherheitsstruktur anführen, die das gesamte Europa einbezieht und damit stabilisiert - den Westen, die ehemaligen sowjetischen Satelliten Zentraleuropas und, das ist besonders kritisch, Russland und die ehemaligen Republiken der Sowjetunion."(43)

Das erklärt, warum sich die Strategen in Washington so vehement und eindeutig für eine deutliche Erweiterung der Europäischen Union (EU) einsetzen und sich gegen Änderungen innerhalb der NATO-Struktur wehren, die auf eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten Europas hinausliefen. Eine (z.B. mit ost-europäischen Staaten sowie der Türkei) erweiterte EU bei gleichbleibenden NATO-Strukturen mit inzwischen offiziell zu NATO-Zielen erklärten weltweiten Interventionsoptionen vor dem Hintergrund einer global einsatzfähigen und überlegenen nordamerikanischen Militärmaschine würde die Hegemonie der USA auch über West-Europa festklopfen. Dabei gilt das Augenmerk Washington besonders der Entwicklung der deutschamerikanischen Beziehungen: "Darüber hinaus veränderte Deutschlands Wiedervereinigung die tatsächlichen Parameter europäischer Politik erheblich. Für Russland und Frankreich bedeutete sie eine geopolitische Niederlage. Das vereinte Deutschland war nun nicht mehr der Juniorpartner Frankreichs, es wurde automatisch die unbestreitbar erste Macht in Westeuropa (...)."(44) Auch die USA haben erkannt, dass das Europa von heute vom deutschen Imperialismus als Hegemonialmacht dominiert wird. Welche Bedeutung ein von der BRD geführtes imperialistisches Europa entwickeln könnte, das formuliert der US-Stratege Zbigniew Brezinski wie folgt: "Wir fangen zumindest ein neues amerikanisches Jahrhundert an, möglicherweise werden wir es nicht beenden. Wo wäre denn, zumindest für die nächste Generation, ein Rivale? (...) Ein einziger Herausforderer wäre vorstellbar: Europa..."(45)

Neue "Supermacht Europa"?

Die Europäer - insbesondere die BRD und Frankreich - setzen den USamerikanischen Vorstellungen für eine Entwicklung Europas eigene Ziele entgegen, ohne dies allzu laut und im offiziellen Gegensatz zu den USA zu erklären. Demgegenüber steht die von Paris und Berlin getragene Idee eines "Kerneuropa", das durch die "Lokomotiven der europäischen Einigung" geprägt werden solle. "Aus der Sicht von Deutschland wird Europa künftig in Form von konzentrischen Ringen organisiert sein, die sich um ein Zentrum drehen, und dieses Zentrum soll Deutschland sein. Das Zentrum wird die am meisten entwickelte, auf höchstem technischem Niveau stehende und reichste Region sein. Dort werden die höchsten Gehälter gezahlt und wird das höchste Pro-Klopf-Einkommen erzielt werden. Und es wird nur in jenen ökonomischen Bereichen aktiv sein, die am profitabelsten sind, solche, die als Kommandohöhen des gesamten Systems funktionieren. Auf diese Weise wird Deutschland verantwortlich werden für die industrielle Planung, die Entwürfe, die technologische Entwicklung etc. all jener Aktivitäten, die in anderen Regionen gestaltet und koordiniert werden.

Wenn man sich von diesem Zentrum wegbewegt, so wird jeder konzentrische Ring ein niedrigeres Niveau an Entwicklung, Reichtum und Einkommen aufweisen. Der Ring, der Deutschland direkt umgeben wird, wird über profitable Produktionskapazitäten sowie Dienstleistungen verfügen. Er wird vor allem aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und dem nördlichen Italien bestehen. Das allgemeine Einkommensniveau wird hoch sein, aber nicht so hoch wie in Deutschland. Der nächste Ring wird dann die ärmeren Teile Westeuropas und einige Bereiche Osteuropas umfassen, mit nur einigen Produktionskapazitäten, weiterverarbeitender und Nahrungsmittelproduktion. Einkommen und Gehälter werden in diesem Ring deutlich unter denen im Zentrum liegen.

Es braucht nicht betont zu werden, dass die wesentlichsten Gebiete Osteuropas zum äußeren Ring gehören werden. Damit wird Osteuropa faktisch zum Tributpflichtigen des Zentrums degradiert. Es wird jedoch einige Produktionskapazitäten besitzen, jedoch hauptsächlich nicht für den eigenen Verbrauch. Fast alle produzierten Nahrungsmittel, Rohstoffe und sogar Nahrungsmittel werden exportiert werden. Mehr noch, sogar der produzierende Sektor wird extrem niedrige Löhne und Gehälter zahlen. Die Höhe der Gehälter und Löhne des Einkommens wird sogar noch niedriger sein, als es in der Vergangenheit war.

Kurzum, fast gesamt Osteuropa wird in diesem neuen, integrierten System ärmer sein, als wenn die osteuropäischen Länder die Möglichkeit gehabt hätten, ihre eigene Wirtschafts- und Entwicklungsentscheidungen zu treffen. (...)"(46)

Jeder Schritt zur Verwirklichung einer solchen "Europa-Vision" kollidiert zwangsläufig mit den bereits skizzierten nordamerikanischen Strategieplänen für Europa. Das führt zu einer Verschärfung der Konkurrenz und Konfrontation zwischen beiden imperialistischen Zentren. Dass es sich bei der Europa-Strategie des BRD-Imperialismus nicht um realitätsferne Träume handelt, belegen die verschiedenen EU-Gipfel der

jüngsten Vergangenheit, bei denen es im Wesentlichen um den Umbau der EU-Struktur im Interesse des bundesdeutschen Imperialismus ging. So preschte Berlin auf dem EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 mit Positionen hinsichtlich der "Stimmengewichtung" bei europäischen Abstimmungen vor, die bereits zu diesem Zeitpunkt die Vormachtstellung des deutschen Imperialismus auch formal und institutionell zementiert hätte. Zwar konnte sich die rot-grüne BRD-Regierung (noch) nicht in dem von ihr gewünschten Rahmen durchsetzen, dennoch wurden auch in Nizza weitere Schritte in Richtung einer strukturellen Veränderung Europas bzw. der EU beschlossen, die durchaus den von Sean Gervasi angerissenen deutschen Visionen für die europäische Entwicklung entsprechen und es bleibt klar festzuhalten: "Der Streit von Nizza ändert nichts daran: auch mit diesem 'Gipfel' geht der Ausbau der EU zu einem imperialistischen Machtblock unter deutscher Führung, der Europa dominiert und Weltmachtambitionen verfolgt, weiter."(47)

Das erklärt, warum sich aus deutsch-europäischer Sicht eine veränderte globale Entwicklung abzuzeichnen beginnt. Der bereits zitierte Autor Klaus-Dieter Schwarz kleidet seine Analyse zwar in vorsichtige Formulierungen, sie sind jedoch in ihrer strategischen Zielsetzung klar genug: "Kein anderes Land ist auf allen (vier) Gebieten den USA ebenbürtig und nur wenige können auf einem Gebiet mithalten. Die Amerikaner sind offensichtlich auf einem Höhepunkt ihrer Macht angelangt, den sie mit nationaler Selbstgefälligkeit betrachten. Dennoch ist die Dominanz der USA am Ende dieses Jahrhunderts nicht vergleichbar mit ihrer Position zu Beginn 'des amerikanischen Jahrhunderts', als die USA die Hälfte des Bruttosozialprodukts erzeugten und das Nuklearmonopol besaßen. Auf längere Sicht dürfte der 'unipolar moment' der einzigen Weltmacht nur eine vorübergehende Erscheinung sein (…)."(48)

Aufbau eines eigenständigen europäischen Militärpotentials

Den europäischen Weltmachtambitionen wird jedoch nur entsprochen werden können, wenn es Europa gelingt, eine schlagkräftige Interventionsarmee aufzubauen, die stark genug und logistisch unabhängig ist, um eigenständig - auch im Gegensatz und in verschärfter Konkurrenz zum US-Imperialismus (!) - intervenieren zu können. Schritte in diese Richtung werden inzwischen ebenfalls realisiert.

"Angestoßen von einer britischen Initiative im Herbst 1998 und beschleunigt durch die Erfahrungen des Kosovo-Krieges, steuert die Europäische Union auf eine eigenständige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu. Auf ihrem Gipfeltreffen in Helsinki im vergangenen Dezember hatten sich die Mitgliedsstaaten auf das Ziel verständigt, bis zum Jahr 2003 Kontingente für eine 50000 bis 60000 Soldaten starke europäische Eingreiftruppe bereitzustellen, die binnen sechzig Tagen marschbereit sein soll und ein Jahr lang im Einsatzgebiet bleiben kann. Während die NATO für die kollektive Verteidigung zuständig bleiben soll, will sich die EU für die

sogenannten Petersberg-Aufgaben rüsten, die von der Katastrophenhilfe und der Rettung von EU-Bürgern bis hin zu Frieden erzwingenden Maßnahmen reichen. (...)

Mit diesen Beschlüssen wird sich die Gestalt der EU grundlegend verändern. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der sechziger und siebziger Jahre wird im neuen Jahrtausend auch zu einer militärischen Macht, so rudimentär sie sich im Moment auch ausnimmt. Die Abkehr von der NATO-Entscheidung von 1996, eine ,trennbare, aber nicht getrennte' Europäische Sicherheitsidentität (ESVI) in der NATO zu entwickeln, ist jedenfalls nicht zu übersehen. Die Europäer wollen militärisch eigene Wege können - und dies markiert einen historischen Einschnitt."(49) Und bereits im September 2000 konnte das Zentralorgan der bundesdeutschen Bourgeoisie, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", ganz froh vermelden: "Die Verteidigungsgemeinschaft nimmt Gestalt an - Treffen der EU-Verteidigungsminister bei Paris - Mitten in die Sommerferien fiel ein Ereignis, das in Paris als "Wendepunkt' im Entstehungsprozess des "Europas der Verteidigung' gesehen wird. Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit legte eine Arbeitsgruppe mit dem Namen "Headline Goal Task Force' (HGTF) am 28. Juli einen Katalog vor, in dem bis ins Detail die Anforderungen an Männern, Material und Infrastruktur aufgelistet sind, die Europa für die geplante 60000 Mann starke Schnelle Eingreiftruppe braucht. (...) Die europäische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit nimmt Gestakt an, in einem Tempo, das auch Skeptiker hierzulande inzwischen als "schnell' bezeichnen. Der Fahrplan steht nicht nur, er wurde bisher sogar eingehalten."(50) In diese konzeptionelle Entwicklung passt dann natürlich haargenau der derzeit forciert vorangetriebene Umbau der Bundeswehr zu einer operationell weltweit fähigen Interventionsarmee. Entsprechende "Verteidigungspolitische Richtlinien" haben hierfür ja bereits schon zu Beginn der 90er Jahre die militärpolitischen Zielsetzungen formuliert.(51) Parallel hierzu entsteht - notwendigerweise und auch in verschärfter Konkurrenz zu den USA - ein in rasanter Geschwindigkeit wachsender militärisch-industrieller Komplex in Europa.(52) Angesichts solcher Perspektiven titelte die "Süddeutsche Zeitung" bereits am 20.05.2000: "Die streitende Streitmacht - Europa muss sich in der Sicherheitspolitik auch für einen Konflikt mit den USA rüsten." Und die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" konkretisiert: "Die strategischen Perspektiven treiben auseinander. Wenn Amerikaner und Europäer jedenfalls in der Mehrheit - über die politische Topographie der Welt blicken, auf ihre Krisenherde und Konflikte, dann wählen sie jeweils einen anderen Ausschnitt, und auch ihre Schlussfolgerungen fallen anders aus."(53)

Da ist es dann auch nicht verwunderlich, dass die USA schärfstens gegen diese Art von Entwicklung einer europäischen Schnellen Eingreiftruppe protestieren(54), alle Mittel einsetzen, um diese in die von ihr dominierten NATO-Strukturen einzubinden und zugleich gegen den Widerstand der Europäer (sowie Russlands und Chinas) den

Aufbau einer zentralen strategischen Flugkörperabwehr ("National Missile Defense", NMD) durchpeitschen wollen.

In Asien sind die US-Strategen bestrebt, "europäische Entwicklungen" erst gar nicht aufkommen zu lassen. So betonte der Verteidigungsminister der Clinton-Administration, Cohen, noch im Januar 2001: "Falls die US-Truppen Asien verlassen würden, dann würden China, Japan, Indien und Pakistan um die Dominanz in der Region ringen." (55) Hierbei geht es nicht nur um die "Eindämmung" des wachsenden ökonomischen und militärischen Potentials und der damit verbundenen, sich ausweitenden geostrategischen wie globalen Rolle Chinas, die Strategen in Washington haben zudem erkannt, dass der wirtschaftliche Gigant Japan bereits kräftig an den Fesseln der militärischen und politischen Abhängigkeit von den USA zu rütteln beginnt.

Die globale US-Strategie zielt darauf ab, die Vormachtstellung des US-Imperialismus gegen aufkommende Konkurrenten zu verteidigen und abzusichern.

Auf einige strategische Konzeptionen zur Durchsetzung und Absicherung der US-Dominanz in den Regionen des Nahen Ostens und Eurasiens sowie der "Eindämmung" einer eigenständigen imperialistischen Entwicklung Europas, aber auch der Kontrolle der weltpolitisch agierenden Nuklearmächte Russland und China bin ich bereits in einigen wesentlichen Aspekten und anhand von konkreten Beispielen (Kaukasus) eingegangen.

Alle nordamerikanischen Strategien basieren direkt oder indirekt auf der Aufrechterhaltung der militär-strategischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten, ihrer Hegemonie innerhalb der NATO-Strukturen und dem Willen und der Fähigkeit Washingtons, seine Ziele auch alleine und gegen Widerstände durchzusetzen, wobei internationale Institutionen wie vor allem die Vereinten Nationen entweder zu legitimierenden Befehlsempfängern der USA degradiert oder einfach ignoriert und missachtet werden (das dabei Völkerrecht und eigentliche bindende internationale Verträge und Vereinbarungen verletzt und auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden, gehört für die nordamerikanischen Strategen ganz einfach dazu. Das Recht verkommt dann eben zum Recht des Stärkeren...): "Ein uns beschäftigendes Schlüsselthema ist, wann wir militärische Gewalt zur Untermauerung unserer Diplomatie anwenden und wie wir militärische Gewalt und Diplomatie miteinander verbinden. Die meisten zwischenstaatlichen Probleme können durch gradlinige Diplomatie gelöst werden. In manchen Fällen geht dies Hand in Hand mit ,wohlwollender Kraft', das heißt, friedenserhaltenden Missionen oder der Möglichkeit des Einsatzes von unserer nationalen Stärke und Bereitschaft innenwohnender Gewalt. ,Sprich leise und trage einen schweren Stock', wie Teddy Roosevelt sagte. In dieser Situation ergänzen sich Soldaten und Diplomaten auf natürliche Weise - der Soldat bereitet sich auf den Krieg vor, seine Einsatzbereitschaft schreckt Aggressoren ab, und beides wiederum stärkt den Diplomaten den Rücken bei der Gestaltung einer dauerhaften und effektiven Lösung. (...)

Im Allgemeinen ist es einfacher, gemeinsame (d.h. im Bündnis mit anderen, vor allem NATO-Partnern, d.Verf.) Einsätze zu legitimieren. Die Vereinigten Staaten werden unter keinen Umständen jemals auf ihr recht verzichten, allein zu handeln; wir sehen uns aber deutlich weniger Kritik ausgesetzt, wenn wir mit anderen handeln und größere praktische und politische Unterstützung gewinnen. (...)

Es besteht allerdings heute besonders im Westen zunehmend das Verlangen, sich vor dem Handeln einer eindeutigen rechtlichen Grundlage zu versichern. Am deutlichsten wird dies innerhalb der NATO, wo einige unserer Bündnispartner argumentieren, ein UN-Mandat sei für den Einsatz der NATO außerhalb des Bündnisgebietes immer notwendig. Die Vereinigten Staaten und andere Bündnispartner stimmen hiermit nicht überein. Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, das Recht, Truppen in Gebiete wie den Balkan zu entsenden, hänge von der Bewertung aller Umstände ab, einschließlich der Erwägung, ob ein direktes Risiko für die Bündnispartner besteht. (...)

Würden wir uns darauf beschränken, nur nach ausdrücklicher Zustimmung des Sicherheitsrates zu handeln, räumten wir Russland und China praktisch ein Vetorecht gegen alle NATO-Aktionen dieser Art ein. Das ist inakzeptabel. Unseres Erachtens müssen die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten entscheiden, wann es angebracht ist, zur Verteidigung des Bündnisses Gewalt einzusetzen."(56) Welche Rolle den sogenannten "NATO-Verbündeten" bei den vom Staatsekretär für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Thomas Pickering, in dankenswerter Offenheit erklärten Strategien zu weltweiten Interventionen zugewiesen werden soll, wird ebenfalls nicht verschwiegen: "(...) seit dem Kalten Krieg wurde die NATO von einer gegenseitigen Verteidigungsorganisation mit einer begrenzten Zielsetzung in ein Vehikel für westliche politisch-militärische Aktionen und den Einfluss in Regionen jenseits der NATO verändert. Da die NATO von Amerika geführt wird, kommt die Sache runter zur Förderung der US-Politik, wobei die Alliierten eine untergeordnete Rolle spielen."(57)

Der Kampf gegen Regionalmächte

Hinsichtlich der Entwicklung der nordamerikanischen militärstrategischen Konzeptionen seit dem (zeitweiligen) Sieg der Konterrevolution in Osteuropa kommt dem Krieg gegen den Irak im Jahr 1991 und dem aus ihm gewonnenen Erfahrungen besondere Bedeutung zu. Bei bisherigen militärischen Auseinandersetzungen waren die Strategen bei der "Gegnerbeschreibung" von Militär-Operationen gegen Guerillas oder relativ leicht bewaffnete Streitkräften (wie in Panama) ausgegangen. Diese Art

militärischer Auseinandersetzungen, im Fachjargon "low-intensity-conflict (LIC)" genannt, "beschränken" sich auf die Ebenen der sogenannten Aufstandsbekämpfung (Kolumbien, Philippinen), der Bewaffnung und Organisierung von Contra-Truppen (Nicaragua, Angola) und begrenztem Einsatz von US-Militär (Grenada, Panama). Bei dem im Golfkrieg erprobten neuen Modell geht es um heftige Kämpfe mit gut ausgerüsteten Regionalmächten (wie in diesem Fall dem Irak). Um diese Art der Kriege von den sogenannten "high-intensity-conflicts (HIC)" - d.h. einem Weltkrieg, einem Krieg mit nuklear und global agierenden Mächten wie heute Russland oder China oder - ehemals - einem Krieg mit Ländern des Warschauer Vertrages - , aber auch den LIC's, abzugrenzen, erfanden die Pentagon-Strategen den terminus technicus des "mid-intensity-conflict (MIC; 'Konflikt mittlerer Intensität')".

Welche Rolle diese MIC's bei künftigen Militär-Planungen der USA spielen, stellte eine hochrangige Expertengruppe fest, die das mit der US-amerikanischen Geheim-dienstgemeinde eng verknüpfte "Center for Strategic and International Studies (CSIS)" im Mai 1990 einberufen hatte: "Der Gegner künftiger konventioneller Auseinandersetzungen wird wahrscheinlich genauso gut bewaffnet sein wie die US-Streitkräfte."(58) "In vielen Ländern werden die Vereinigten Staaten sich großen, gutausgebildeten Streitkräften gegenüberstehen, die über hochentwickelte Waffensysteme in beträchtlichen Stückzahlen verfügen. Dazu können Kampfpanzer und gepanzerte Mannschaftswagen, schwere und mobile Artillerie, sowjetische Kampfflugzeuge, integrierte Luftverteidigungssysteme, U-Boote, Cruise Missiles, ballistische Raketen, moderne Boden-Luft-Raketen und sogar chemische und taktische Nuklearwaffen zählen."(59)

Um MIC's aus US-Sicht wirksam führen zu können, wird dies jedoch zugleich bedeuten, dass größere und/oder besonders ausgerüstete bzw. ausgebildete Militärkontingente auf verschiedene Regionen der sogenannten Dritten Welt verteilt werden. So plädierte US-Verteidigungsminister Cheney bereits im 4.März 1990 für eine "solide US-Militärpräsenz am Golf". (60)

MIC und Regionalmächte

Seit den siebziger Jahren sind in verschiedenen Regionen der sogenannten Dritten Welt Regionalmächte entstanden, die vor allem folgende Kriterien erfüllen:

- a) sie verfügen über einen militärisch-industriellen Komplex;
- b) sie haben eine Bevölkerungszahl, die es erlaubt, eine starke Armee aufzubauen;

c) sie haben Rohstoffreserven und/oder eine Industrieproduktion, die die Entwicklung eines militärisch-industriellen Komplexes und eine Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Region und/oder der sogenannten Dritten Welt erlauben.

Zur Kategorie von Staaten, die diese genannten Kriterien erfüllen, sind u.a. zu zählen: Irak (vor dem Golfkrieg), Indien, Brasilien, Südafrika.

Kritisch wird es, wenn sich die Herrschaftseliten - welcher politischen Richtung auch immer sie angehören mögen - solcher Staaten, aus welchen Motiven auch immer, dem US-Einfluss zu entziehen suchen oder aber eine Politik betreiben, die den US-Interessen entgegenläuft. Alle diese Kriterien trafen z.B. auf den Irak vor dem Golf-krieg zu.

Der damalige US-Präsident Bush (Senior) griff diese Problematik bereits im Mai 1989 in einer seiner ersten größeren Ansprachen zur Thematik der "nationalen Sicherheit" auf: "Der richtige Umgang mit einer sich verändernden Sowjetunion ist eine Herausforderung ersten Ranges für uns. Aber die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, kommen nicht allein aus dem Osten. Das Aufkommen regionaler Mächte verändert die strategische Landschaft rapide!"(61) Im Februar 1991 billigte US-Verteidigungsminister Cheney dann ein geheimes "Leitlinien-Dokument" für die Jahre 1992-97, das die Streitkräfte, wie es heißt, anweist, der sowjetischen Bedrohung ein weit geringeres Gewicht beizumessen als der Vorbereitung auf Konfrontationen mit Regionalmächten der sogenannten Dritten Welt.

Der Stabschef des US-Heeres, General Vuono, brachte es in einem Artikel auf den Punkt: "Die Vereinigten Staaten können die expandierende Militärmacht dieser Länder nicht ignorieren, und die Army muss das Potential aufrechterhalten, um mögliche Bedrohungen auszuschalten, wo immer sie auftreten mögen. Dies könnte bedeuten, gegen eine gut ausgerüstete Armee in der Dritten Welt anzutreten." (62)

An diesem strategischen Konzept hat sich bis heute nichts geändert. Die Sicherheitsberaterin des neuen US-Präsidenten Bush (Junior), Condoleezza Rice hielt in einem Grundsatzartikel für die bereits in anderem Zusammenhang zitierte nordamerikanische Strategie-Zeitschrift "Foreign Affairs" folgendes fest: "Das US--amerikanische Militär muss in der Lage sein, dem Entsehen feindlicher militärischer Mächte in der asiatisch-pazifischen Region, im Nahen Osten, dem Persischen Golf und Europa (sic!, d.Verf.) entgegenzutreten."(63)

Konsequenzen aus diesen militärstrategischen Konzeptionen des US-Imperialismus liegen auf der Hand: immer weitere Aufrüstung in den USA, in qualitativer wie quantitativer Hinsicht sowie ein stetiger Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes. Bereits die Zahlen über den kontinuierlichen Anstieg des nordamerikanischen "Verteidigungs"haushalt belegen dies. In diesem Jahr (2001) werden die "Verteidi-

gungs"ausgaben der USA auf 310 Milliarden US Dollar betreffen; dies ist ein Anstieg um 19 Milliarden US Dollar gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2002 plant die neue Bush-Administration "Verteidigungs"ausgaben in Höhe von 324 Milliarden US Dollar, was einen weiteren Anstieg um 14 Milliarden US Dollar bedeutet. Außerdem hat der neue Präsident Bush (Junior) angekündigt, weitere 20 Milliarden US-Dollar "für Forschung und Entwicklung im Bereich der Waffentechnik und eine Milliarde Dollar jährlich für Solderhöhungen ausgeben zu wollen".(64) Die qualitative Aufrüstung wird zudem durch Umschichtungen im "Verteidigungs"haushalt zu Gunsten neuer Waffensysteme und neuester militärischer Logistik gestärkt. Zu diesen Ausgaben hinzuzuzählen sind noch die Budgets für die umfangreiche nordamerikanische Geheimdienstgemeinde, die zusammengenommen auf eine Summe zwischen 32 und 35 Milliarden US-Dollar kommen dürften, was ebenfalls eine klare Steigerungsrate aufweist.

Zentrale Projekte der Aufrüstung

Hinsichtlich der qualitativen militärischen Aufrüstung des US-Imperialismus ist sicherlich zunächst einmal der Aufbau einer zentralen strategischen Flugkörperabwehr ("National Misslile Defense"/NMD) zu nennen. "Diese wäre bestimmt zur Abschirmung amerikanischer Streitkräfte und Stützpunkte in Übersee, einschließlich der Vorwärts-Stationierung solcher beweglichen TMD- (gemeint sind regionale Abwehrsysteme, "Theater Missile Defense"/TMD, d. Verf.) Systeme zur Deckung von Landeund Operations-Zonen auf Kriegsschauplätzen. Beide Abwehrschirme (gemeint ist sowohl die zentrale wie auch die regionale Flugkörperabwehr, NMD bzw. TMD - d. Verf.) würden einander ergänzen, um eine globale Schwerpunktverteidigung gegen Raketenangriffe geringen Ausmaßes zu errichten. Diese Kombination soll nach den Berichten der 'Hart-Rudman-Kommission', die vom Pentagon mit der Studie 'Nationale Sicherheit/21. Jahrhundert' betraut wurde, die künftige 'Nationale Sicherheits-Strategie' tragen. (...)

Sowohl konventionelle Kriege in Übersee als auch Interventionen zur Krisenbeherrschung mit Expeditionskorps oder mit Spezialkräften für Polizeiaktionen sowie humanitäre Aktionen sollen in der Raketenabwehr Rückhalt finden. (...)

Es wird damit deutlich, dass nicht eine stationäre Defensive, etwa auf den maritimen Vorfeldern einer Kontinentalfestung Nordamerika, sondern die Abschirmung einer offensiven Strategie zur Verteidigung und Förderung vitaler nationaler Interessen weltweit das Ziel der kombinierten Raketenabwehr sein soll: vor allem in Europa, im Mittleren Osten, in Fernost und in Südostasien, wo Amerikas wertvolle und exponierte Verbündete, dazu strategische Ressourcen wie Erdöl liegen und wo das Gros der amerikanischen Streitkräfte in Übersee stationiert ist."(65) Es geht also beim NMD-System, das Washington mit aller Gewalt und auch gegen die Widerstände aus Euro-

pa, Russland und China und unter flagranter Verletzung bisher geschlossener und bindender Abrüstungsverträge durchsetzen und aufbauen will(66), um wesentlich mehr als nur die Abwehr von auf die USA abgeschossenen Atomraketen (so stellen uns jedenfalls die meisten bürgerlichen Medien das NMD-System in der Regel vor):

- mit dem neuen "Raketenabwehrsystem" sollen besonders die beiden großen Nuklearmächte Russland und China sowie andere Staaten, die über atomare Waffensysteme verfügen, nicht nur "in Schach gehalten werden", sondern das langfristige Ziel der USA ist es, alle konkurrierenden nuklearen Waffenpotentiale zu neutralisieren und somit faktisch die Uhr wieder zu jenem Zeitpunkt zurückzudrehen, als die USA noch die einzige Nuklearmacht waren;
- auch damit hat die Einführung des NMD-Systems das Ziel, die militärische Überlegenheit der USA im globalen Rahmen festzuschreiben und mögliche imperialistische Konkurrenten nicht erst als Herausforderung entstehen zu lassen;
- der offensive Charakter des NMD-System soll es erlauben, weltweite Interventionen unter größerem Schutz und mit geringerem Einsatz (Kosten) durchzuführen.

Zum qualitativen Ausbau des nordamerikanischen Militärpotentials gehören auch die Forcierung der Entwicklung der neuesten Rüstungstechnologie. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang z.B. Projekte wie das taktische Kampfflugzeug "F-22 Raptor", das allen anderen Luftwaffensystemen überlegen werden soll, oder das THEL-("Tactical High Energy Laser") Laser-Waffensystem. Die Zielvorgaben für die qualitative Aufrüstung der nordamerikanischen Militärmaschinerie werden in den USA öffentlich diskutiert: "Um regionale Kriege führen zu können, benötigt die Armee leichtere Panzer und Artillerie, die einfacher zu transportieren sind als die, die sie zur Zeit hat. Es ist notwendig, dass das Pentagon seine Kapazitäten im Bereich des Luft- und Seetransportes von Truppen in umkämpfte Regionen verstärkt. Die Streitkräfte sollten zudem mit einem starken Arsenal an von der See- und aus der Luft abzuschießenden "Cruise Missiles", mehr intelligenten Waffen und Drohnenflugkörpern für Aufklärungsoperationen ausgerüstet sein. Das Pentagon muss zudem die Wege verbessern, auf denen hochentwickelte photographische Aufklärungsergebnisse, die heutzutage von Satelliten und Aufklärungsflugzeugen gewonnen werden, zu den Militärkommandeuren auf dem Schlachtfeld gelangen."(67)

Im Rahmen dieser technologischen Revolution spielt der Weltraum in den Planungen der US-Militärstrategen bereits heute eine zentrale Rolle. Im Februar 2001 führten US-Militärs Kriegsspiele im "Space Warfare Center' der nordamerikanischen Luftwaffe in Colorado durch. Das angenommene Szenario spielte im Jahr 2017 - in nicht allzu ferner Zukunft also. "Doch die Demonstration machte den eingeladenen amerikanischen Medienvertretern deutlich, dass die Kriegführung im All längst eine bedeu-

tende Rolle in den Strategien des Pentagon spielen. Das Raketenabwehrsystem NMD, das Washington trotz der Bedenken Europas, Russlands und Chinas verwirklichen will, ist nur eine Komponente. Dazu kommen lenkbare Mikrosatelliten, bodengestützte Laserkanonen und im All stationierte Radaranlagen."(68)

Ein weiteres, unverzichtbares Element der nordamerikanischen Militärstrategie ist die Aufrechterhaltung eines weltumspannenden Netzes von US-Militärstützpunkten. Ende 1999 waren über 253.000 Mann US-amerikanischen Militärpersonals im Ausland stationiert.(69) Die Gesamtzahl der US-Militärstützpunkte dürfte derzeit bei 120 bis 150 weltweit liegen. (70)

Das ungeheure nordamerikanische Militärpotential soll das Pentagon in die Lage versetzen, so lautet jedenfalls die offizielle Aufgabenstellung, eigenständig, d.h. ohne internationale oder regionale Bündnisse, zwei Regionalkriege parallel führen zu können, ohne dabei zugleich die Fähigkeit zu verlieren, an einem anderen Ort eine zeitlich und materiell begrenzte Operation/Intervention organisieren zu können.

Zur Strategie der "low intensity democracy" ("Demokratie auf niedriger Ebene")

Wer jedoch meint, die Vereinigten Staaten hätten bei all ihrer Konzentration auf die Entwicklung ihres Militärpotentials die Fähigkeiten eingeschränkt, jenseits der direkten Militärintervention (oder der Drohung mit einer solchen) politisch, ökonomisch und geheimdienstlich zu intervenieren, der irrt sich gewaltig. Die Strategen in Washington können dabei zudem auf Erfahrungen zurückgreifen, die sie im Zusammenhang mit der (auch von ihnen mitorganisierten) Konterrevolution in den sozialistischen Ländern Osteuropas gewonnen haben.

Das gestiegene Budget der nordamerikanischen Geheimdienstgemeinde dient auch dazu, ein weiteres Element der globalen US-Strategie im Rahmen der sogenannten "Neuen Weltordnung" umzusetzen, das, durchaus in Anlehnung an den terminus technicus "low intensity conflict" ("Konflikt auf niedriger Ebene") "low intensity democracy" ("Demokratie auf niedriger Ebene") genannt wird. In der Periode des sogenannten Kalten Krieges war es eine in den USA anerkannte Politik, auch die reaktionärsten bis hin zu offen faschistischen Regimes zu unterstützen, so lange es den Interessen der Vereinigten Staaten diente. Seit dem Anbruch der sogenannten "Neuen Weltordnung" gehört die Umsetzung der Konzeption der "low intensity democracy" zu den Eckpfeilern nordamerikanischen Interventionismus. "Die Unterstützung der Demokratie", so heißt es in einem Strategiepapier des US-Außenminsteriums, "wurde zu einem neuen Organisationsprinzip der amerikanischen Außenpolitik."(71) Dementsprechend definierte bereits Präsident Bill Clinton in seiner Antrittsrede als neuer US-Präsident 1993 die drei Leitlinien "seiner" Politik: "För-

derung der freien Märkte, Förderung der Demokratie und Aufrechterhaltung der US-Militärkapazität."

Der progressive nordamerikanische Soziologe und Journalist William I. Robinson hat, so meine ich, dieses neue Element der US-Globalstrategie richtig eingeordnet: "Diejenigen, die die 'Förderung der Demokratie' als eine positive Veränderung der US-Politik rühmen oder jene, die sie als einen neuen Ausdruck für den gleichen alten US-Interventionismus verurteilen, treffen den Punkt nicht. Diese Politik ist die evolutionäre Adaption des Versuches der USA, weltweit ein Regierungs- und Wirtschaftsmodell durchzusetzen, das den Interessen der von der amerikanisch geführten transnationalen Elite des reichen Nordens nutzt. Das hauptsächliche Ziel dieser Politik ist es daher, politische Stabilität als integralen Bestandteil eines weltweiten ökonomischen Systems zu garantieren, das vom Norden dominiert wird. (...) Die(se) neue Form der Intervention ist weitaus höher entwickelt als frühere Formen der Intervention, wie sie von den USA und den ehemaligen Kolonialmächten durchgeführt wurden. (...)

Obwohl viele dieser Mechanismen bereits während der rechten republikanischen Administration in den 80er Jahren entwickelt worden waren, ist die derzeitige Politik nicht einfach eine Fortsetzung. Die Clinton-Administration hat in ihrem ersten Amtsjahr nicht nur die Finanzspritzen für die für die NED ("National Endowment for Democracy", d. Verf.) und das "Office of Democratic Initiatives' des Außenministeriums erhöht, sondern weitere zahllose Büros und Stellen ins Leben gerufen, um die "Demokratie zu fördern'; dies schließt einen neuen "Assistant Secretary of Defence for Democracy and Human Rights', ein "Office of Democracy, Human Rights and Labor' des Außenministeriums und einen Unterstaatssekretär für "Global Affairs' ein, die die neue Politik in dieser Hinsicht überwachen sollen."(72) Als erfolgreiche Modelle dieser Interventionsform können die Entwicklungen in Südafrika und Haiti angesehen werden. Jüngsten Äußerungen aus Kreisen der neuen Bush-Administration zufolge wird auch dieses strategische Element der US-Strategie im Rahmen der sogenannten "Neuen Weltordnung" von Präsident Bush (Junior) weiterverfolgt werden.

Im Wesentlichen geht es bei der Umsetzung der "low intensity democracy" darum, möglichen revolutionären Entwicklungen in der sogenannten Dritten Welt durch die Anwendung aller Varianten gezielter politischer Intervention "zuvorzukommen" bzw. diese zu spalten und auszumanövrieren und rechtzeitig ein politisches System einzusetzen, das unter dem Deckmantel der "Demokratie" die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems garantiert und nach Möglichkeit die nationalen Eliten des Landes an die Vereinigten Staaten bindet. Das bedeutet, dass diese Strategie versucht, pro-imperialistische Stabilität in einem Land oder einer Region durchzusetzen, ohne zu den wesentlich härteren und kostspieligeren Maßnahmen direkter oder indirekter militärischer wie ökonomischer Intervention greifen zu müssen und gleichzeitig

darauf ausgerichtet ist, den Vereinigten Staaten bedeutende Platzvorteile gegen ihre imperialistischen Konkurrenten aus Europa und Asien zu verschaffen.

Konsequenzen

Die Konsequenzen der sogenannten "Neuen Weltordnung" liegen also auf der Hand. Trotz globaler Dominanz des US-Imperialismus verschärft sich die innerimperialistische Konkurrenz. Stellvertreterkriege, nicht nur in der sogenannten Dritten Welt, häufen sich. Der imperialistische Krieg zur Durchsetzung und Stabilisierung dieser "Neuen Weltordnung" wird inzwischen auch in Europa (Jugoslawien) geführt. Kriegsgefahr und Faschisierung von Gesellschaften, extremer Nationalismus, Revanchismus und Chauvinismus wachsen als Ausgeburten der sogenannten "Neuen Weltordnung". Damit halten alle "neoliberalistischen Politikkonzeptionen" der Überprüfung mit der imperialistischen Realität nicht stand. Sofern sie innerhalb der kommunistischen Bewegung vertreten werden, sind sie daher nicht mehr und nicht weniger als revisionistische Entartungen, die es zu demaskieren und zu bekämpfen gilt! In diesem Sinne möchte ich mit W.I. Lenin schließen: "Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, dass der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus."(73)

Michael Opperskalski

Anmerkungen:

1. Ich nehme an dieser Stelle ausdrücklich konterrevolutionäre maoistische Kräfte à la MLPD oder die nicht minder konterrevolutionären Trotzkisten aus, die die – zeitweise – siegreiche Konterrevolution lediglich als Bestätigung ihres Weltbildes sehen, sie zum Teil sogar als "Niederlage des Revisionismus" bzw. "Sozialfaschismus" begrüßen, da die Konterrevolution angeblich den Weg zu einem "echten Sozialismus" erst eröffnet habe. Manchem aufmerksamen

Beobachter werden sich in diesem Zusammenhang zwischen diesem "echten Sozialismus" und einem angeblich "nationalen Sozialismus" einiger Neofaschisten aufdrängen…

- 2. Ein lockerer, sich regelmäßig treffender Zusammenschluss von Sozialdemokraten unterschiedlicher Couleur, von Trotzkisten, ehemaligen und noch Revolutionären, ehemaligen und noch Kommunisten Latein- und Mittelamerikas
- 3. Leo Mayer, "Anmerkungen zum heutigen Imperialismus", Referatmanuskript, Freiburg, 10.05.96, S.2; zit. nach: "Ein Schimmel ist ein Pferd aus der Art der Rösser, Polemik gegen das allmähliche Abheben von unseren theoretischen Grundlagen", "offen-siv", Mai 1998, Nr. 8. Obwohl nicht allen Aussagen des Autors dieser Broschüre zuzustimmen ist, ist sie dennoch eine fakten- und inhaltsreiche Auseinandersetzung mit den von Leo Mayer vertretenen "Neoliberalismus-Konzeptionen" und daher für eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex geeignet. Manfred Sohn hat die Broschüre verfaßt, als er noch Marxist und DKP-Mitglied war. Inzwischen hat auch er sich von "unseren theoretischen Grundlagen" verabschiedet…
- 4. zit. nach: "DKP-Informationen" (herausgegeben vom DKP-Parteivorstand) Nr. 7/96, Beitrag von Heinz Stehr, S.1
- 5. Leo Mayer, "Anmerkungen zum heutigen Imperialismus", Referatmanuskript, 10.05.96, S.2, zit. nach: Manfred Sohn, "Ein Schimmel ist ein Pferd ..."
- 6. ebenda, S.9
- 7. Karl Kautzky, "Neue Zeit", 30.04.1915
- 8. zit. nach: "offen-siv", März 1999, Nr. 2, "Redaktionsnotiz", S.3
- 9. siehe dazu ausführlich: W.I.Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Ausgewählte Werke, Bd. II, Frankfurt/Main 1970, S.644 ff.
- 10. ebenda, S. 729 ff.
- 11. zu den Aspekten der Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin vgl. u.a. ausführlich: "Dialektischer und historischer Materialismus", Berlin (DDR), 1974, S.66 ff.
- 12. W.I.Lenin, "Der Imperialismus als höchstes....."
- 13. ebenda, S.767/768
- 14. zu den Wesensmerkmal der "Partei Neuen Typs" vergleiche ausführlich: "Wissenschaftlicher Kommunismus", Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin (DDR) 1976, S.56 ff.
- 15. R.C. Martinez, F.G. Chamizo, R.R. Alvarez, R.Z. Loureda: "Imperialismus heute über den gegenwärtigen transnationalen Monopolkapitalismus", Edition Marxistische Blätter, Neue Impulse Verlag, Essen 2000
- 16. ebenda, S.11
- 17. ebenda, S.7
- 18. ebenda, S.150
- 19. ebenda, S.165
- 20. ebenda
- 21. Vgl. dazu ausführlich die vom "Antiimperialistischen Forum (AIF)" besorgte deutsche Ausgabe des Buches von Harpal Brar "Imperialismus dekadenter, parasitärer, sterbender Kapitalismus"
- 22. Erich Schmidt-Eenbohm, Jo Angerer: "Die schmutzigen Geschäfte der Wirtschaftsspione", ECON-Verlag, 1994, S.13

- 23. ebenda, S.17
- 24. Klaus-Dieter Schwarz: "Weltmacht USA zur Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg", Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden 1999, S.15ff. Die Hervorhebungen stammen von Klaus-Dieser Schwarz
- 25. "Neue Züricher Zeitung", 20.09.2000
- 26. so der führende US-Stratege Zbigniew Brzezinski in einem "Spiegel"-Interview vom 01.01.2001
- 27. Jacob Heilbronn und Michael Lind: "The Third American Empire" in New York Times, 2.1.1996
- 28. "Süddeutsche Zeitung", 02.11.1990
- 29. vgl. dazu: "Der Spiegel", 28.11.1991
- 30. vgl. dazu ausführlich: "Top Secret" (Magazin, BRD), Summer/Autumn (Sommer/Herbst) 1990
- 31. vgl dazu ausführlich: "Der Spiegel", Nr. 39/1990
- 32. zit. nach: "Der Spiegel", 28.01.1991
- 33. "Der Spiegel", 28.01.1991
- 34. Zbigniew Brzezinski, "Die einzige Weltmacht", 1997, S.53 ff.
- 35. ebenda, S.75
- 36. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.06.2000
- 37. zit. nach: ebenda
- 38. "Süddeutsche Zeitung", 27/28.05.00
- 39. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29.08.1996
- 40. aus: "GEHEIM", Nr. 2/96, S.22 ff.
- 41. "Süddeutsche Zeitung", 30.01.2001
- 42. Zbigniew Brzezinski: "Die einzige Weltmacht Amerikas Strategie der Weltherrschaft", Weinheim und Berlin 1997, S.91, Hervorhebungen vom Verfasser (MO)
- 43. Richard Holbrooke: "America, A European Power", Foreign Affairs, März/April 1995, S.39, Hervorhebung durch den Verfasser (MO)
- 44. ebenda, S.100, Hervorhebung durch den Verfasser (MO)
- 45. so der führende US-Stratege Zbigniew Brzezinski in einem "Spiegel"-Interview vom 01.01.2001
- 46. Sean Gervasi in: GEHEIM, Nr. 2/1996, S.23 ff
- 47. "Die EU bleibt auf "Supermacht"-Kurs" in: "Unsere Zeit (UZ), 22.12.2000
- 48. Klaus-Dieter Schwarz: "Weltmacht USA zur Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg", Nomos Verlagsgesellschaft, Baden Baden 1999, S.17, die Hervorhebungen stammen vom Autor (MO)
- 49. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19.06.2000
- 50. "Frankfurter Allgmeine Zeitung", 22.09.2000
- 51. vgl. dazu ausführlich: ""Mit Volldampf auf Kriegskurs Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee", in Unsere Zeit (UZ), 24.12.1999 oder "Armee für alle Fälle Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee", isw-Report, Nr.44, München, August 2000
- 52. vgl. dazu ausführlich: "Rüstungs-Raketen der neue militärisch-industrielle Komplex in Europa", in Unsere Zeit (UZ) vom 19.01.2001
- 53. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.11.2000

- 54. vgl. dazu u.a. ausführlicher: "International Herald Tribune", 6.03.2000 sowie "Neue Züricher Zeitung", 28.12.2000
- 55. zit. nach: "Times of India", 13.01.2001
- 56. aus seiner Rede des Staatssekretärs für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Thomas Pickering, vor der nordamerikanischen Militärakademie West-Point, zit. nach: "junge Welt", 22.07.1999
- 57. "International Herald Tribune", 13/14.01.2001
- 58. "The Center for Strategic and International Studies (CSIS": "Conceptional Combat Priorities: An Approach fort he New Strategic Era", Final Report of the CSIS Conventional Combat 2002 Project, Washington, Mai 1990, S.23-25, zit nach: "blätter für deutsche und internationale politik", Nr. 3/1991
- 59. ebenda
- 60. "Süddeutsche Zeitung", 4.03.1991
- 61. "Presidential Address", US Coast Guard Academx, New London, Conn., 24.05.1989
- 62. Carl E. Vuono, "Versatitle, Deployable, Lethal", in: Sea Power, S. 69-91, zit. Nach: "blätter für deutsche und international politik", Nr. 3/91
- 63. zit. Nach: "die tageszeitung", 2.02.2001
- 64 vgl. dazu: "Süddeutsche Zeitung", 9.01.01
- 65. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.01.2001
- 66. vgl. dazu u.a. auch ausführlicher: "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13.01.2001, Hervorhebung durch den Autor (MO)
- 67. "International Herald Tribune", 23.08.2000
- 68. "die tageszeitung", 2.02.2001
- 69. nach "International Herald Tribune", 8.11.2000
- 70. ungefähre Berechnung nach Angaben der Zeitschrift "Tricontinental", Havanna, Kuba, Nr. 143, 1999
- 71 Department of State, "Democracy in Latin America and the Carribean: The Promise and the Challenge", Bureau of Public Affairs, Department of State, Special Report Nr.158, März 1987, S.13
- 72. aus: "Covert Action Information Bulletin" (heute: "Covert Action Quaterly"), Washington D.C. (USA), Nr.50/94
- 73. W.I.Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Ausgewählte Werke, Bd.II, Frankfurt/Main 1970, S.768

ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands: Entwicklungen im imperialistischen Weltsystem - der Kampf der Völker

Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) zum 17. Parteitag (9.-12. Feb. 2005)

(Einleitung)

1. Die Veränderung der Machtbalance verändert nicht den Charakter unserer Epoche als Epoche des Übergangs zum Sozialismus

Die Entwicklungen der letzten vier Jahren (Entfesselung imperialistischer Kriege unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus, Beseitigung von Rechten, die von den Völkern mit Blut und Opfern errungen wurden, neue Methoden des Raubes des von den Werktätigen geschaffenen Reichtums, massenhafte Ausbreitung von Armut und Elend, Krankheit, neue Fesseln von Abhängigkeit und Unterwerfung der Völker, Anheizen nationalistischer Widersprüche und Konflikte, neue Formen der Manipulation, katastrophale Ausbeutung der Umwelt etc.) bestätigen, dass der Imperialismus, indem er die Produktion in schnellem Tempo und gewaltigen Umfang vergesellschaftet, ständig den Grundwiderspruch des Kapitalismus verstärkt, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten kapitalistischen Aneignung ihrer Produkte. Umso stärker machen sich daher Erscheinungen des Verfalls und des Parasitismus bemerkbar.

Über eine Milliarde Menschen, das sind 21% der Weltbevölkerung, hatten im Jahre 2001 zum Leben weniger als 1 Dollar pro Tag. Über 50% der Weltbevölkerung hatten weniger als 2 Dollar pro Tag. Das Einkommen der 20% reichsten Geschäftsleute der Welt wuchs mit Rekordgeschwindigkeit, während das Einkommen von 50% der Weltbevölkerung zurückging. Das Einkommen von 1% der Weltbevölkerung oder 50 Millionen Menschen ist gleich groß wie das Einkommen von 2,7 Milliarden der ärmsten Menschen auf dem Planeten. Die Weltbank veröffentlichte Schätzungen, dass "sich selbst in Regionen, die sich in schnellem Tempo entwickeln, die Lebensqualität für die Armen nicht verändert hat, und zwar infolge des Mangels an ausreichenden sozialen Aufwendungen."

Das Umweltproblem, eine weitere schwerwiegende Folge der Politik des Monopolprofits und der imperialistischen Aggression im allgemeinen, hat sich erheblich verschlimmert. Besonders gravierende Erscheinungen sind: die Erderwärmung, insbesondere in der nördlichen Halbkugel, die Zerstörung tropischer Regenwälder, die Ausbreitung von Dürrezonen, der Atommüll aus Produktion und Einsatz von Waffen. Die Verlagerung vieler Umwelt verschmutzender Industrien in die Länder Süd- und Ostasiens und die Schaffung neuer Industrien in diesen Gebieten haben eine gewaltige braune Wolke von Kohlendioxyd, Ozon, Stickoxyden etc. erzeugt. Jedes Jahr werden weltweit 500 Millionen Tonnen Giftmüll produziert, während 500.000 Tonnen als gefährlich zurückgerufene Pestizide in Ländern der so genannten Dritten Welt abgesetzt wurden.

Die Imperialisten sind sich einig beim Angriff auf die Werktätigen und sie rivalisieren gegeneinander um Märkte und Einflusszonen.

Im Rahmen der vereinheitlichten Strategie des Imperialismus entwickeln sich die inner-imperialistischen Widersprüche und Rivalitäten um die ersten Plätze bei der Aufteilung der Märkte und Einflusssphären in Asien, dem Mittleren Osten und Afrika. Sie äußern sich direkt oder indirekt in den Frontenstellungen der Kriege, den Brennpunkten der Nationalitätenkonflikte und in den Auseinandersetzungen zwischen Nachbarländern. Die kapitalistischen Zentren, die mächtigsten imperialistischen Kräfte konkurrieren untereinander sowie mit den USA, die versuchen, ihre Vorherrschaft zu erhalten und auszuweiten.

Einige der aufsteigenden kapitalistischen Ländern beteiligen sich an diesem Wettlauf und fordern einen größeren Anteil und eine größere Rolle im internationalen imperialistischen System. Neue Bündnisse entstehen, vorübergehend oder auf längere Dauer, auf regionaler Ebene wie in Südostasien und Lateinamerika, um die Hegemonie der USA in Frage zu stellen. Diese Bündnisse erwarten von den USA das Zugeständnis einer größeren, gleichberechtigten Rolle bei der kapitalistischen Internationalisierung.

Die Tendenz der Verschlechterung der Stellung der Arbeiterklasse und eines beträchtlichen Teils der Mittelschichten in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist ein allgemeiner Trend. Er äußert sich in Wettbewerb und Ungleichheit auf regionaler und internationaler Ebene. In allen imperialistischen Zentren und Zusammenschlüssen (G8, EU, NATO, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation) entwickeln sich Widersprüche aufgrund der ungleichen Entwicklung und der daraus resultierenden Umgruppierungen im Gleichgewicht der Kräfte.

Es häufen sich Entwicklungen, welche im internationalen imperialistischen System eine Umgruppierung im Gleichgewicht der Kräfte hervorrufen könnten.

Objektiv ist der anti-imperialistische und anti-monopolistische Kampf zu einem festen Bestandteil des Kampfes für die Überwindung des Kapitalismus geworden. Dieser Kampf bringt schon aufgrund seiner Natur Brüche mit sich, welche die Grundlagen der kapitalistischen Herrschaft untergraben. Er schafft die Voraussetzungen für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten.

Die Strategie des Imperialismus zielt darauf ab, einerseits mit den Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems, das soziale Kapital auf gleiche Weise und mit derselben relativen Leichtigkeit wie bisher zu reproduzieren, fertig zu werden und andererseits rechtzeitig jeder Herausforderung des Systems vorzubeugen, welche in einem einzelnen Land oder einer Gruppe von Ländern entstehen könnte. Sie zielt darauf ab, das bewusste Ringen der Völker um die Vorzüge des Sozialismus abzublocken.

Um diese Widersprüche herum entwickelt sich heute der ideologische Kampf.

2. Eine Front des ideologisch-politischen Kampfes gegen die grundlegend falschen Konzepte des Imperialismus

Die so genannte Globalisierung ist ein grundlegend falsches Konzept. Es wirkt sowohl in den bürgerlichen wie kleinbürgerlich-opportunistischen Strömungen bei einigen Unterschieden in der Akzentuierung auf der Basis des gemeinsamen Nenners, der in dem Versuch besteht, den kapitalistischen Charakter, den Klassencharakter der Globalisierung zu verschweigen. Unter dem Vorwand des beschleunigten Tempos der kapitalistischen Internationalisierung, die in dem starken Zuwachs des Außenhandels und des Kapitalexports Gestalt annimmt, und gestützt auf den Effekt, den diese Erscheinungen auf internationale Abkommen und Zusammenschlüsse haben, wird die Ansicht vertreten, dass die Notwendigkeit revolutionärer Strategien auf der Ebene einzelner Länder widerlegt ist. Angeblich verschwindet die Organisation auf der Ebene des Nationalstaates, unterliegt der Tendenz zu ihrer Abschaffung. Daher wird die Notwendigkeit vertreten, imperialistische Zusammenschlüsse zu akzeptieren und zu reformieren als Strategie auf regionaler wie internationaler Ebene.

Weitere speziellere Theorien werden auf der Basis falscher imperialistischer Konzepte entwickelt, und zwar im Bezug auf "das Ende der Arbeit und der Arbeiterklasse", "die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums dank neuer Technologien" und "die post-industrielle und immaterielle Gesellschaft". Ferner die Theorien der "sozialen Ökonomie", "des Zusammenpralls der Kulturen", "des Zusammenpralls der Religionen".

Die sozialdemokratischen Parteien, die opportunistischen Kräfte, verkünden systematisch ihre schädlichen und unwissenschaftlichen Auffassungen, dass der Imperialismus einer neuen Realität Platz gemacht hat, in der der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen keine Rolle spielt. Von einigen werden systematische Anstrengungen unternommen, den wissenschaftlichen Begriff "Imperialismus" nur zu benutzen, um ihn als falsch abzutun und den klassenneutralen Begriff "Globalisierung" hervorzuheben oder sich unwissenschaftlich auf den Unipolarismus und die Hegemonie der USA zu beziehen. Sie verkennen absichtlich die Mitverantwortung der anderen imperialistischen Kräfte und der internationalen

Zusammenschlüsse, die vereinheitlichte Strategie, die eine solche des Imperialismus ist, des höchsten Stadiums des Kapitalismus.

Gewisse ideologische Strömungen vertreten die Position, dass ein neues Stadium der sozial-ökonomischen Entwicklung erreicht worden ist, und zwar in der Form des "Imperiums", welches angeblich "eine weltweite Form der Herrschaft" darstellt. Nach ihrer Ansicht besteht dieses Imperium aus einer Reihe von nationalen und supranationalen Organisationen ohne Widersprüche und Konkurrenz, während angeblich der Nationalstaat in seiner Rolle als territoriales Machtzentrum geschwächt oder verschwunden ist.

Um ihre Theorie bezüglich der neuen sozial-ökonomischen Realität zu stützen, vertreten sie das Argument, dass der größte Teil der Kapitalströme von monopolistischen Konzernen kontrolliert und gelenkt wird, die in den drei größten imperialistischen Zentren ansässig sind. Die gegenwärtigen Erscheinungen der Finanzmärkte sind Auswüchse des kapitalistischen Systems. Sie verdeutlichen den parasitären Charakter der kapitalistischen Reproduktion. Dabei lassen sie in historischer Perspektive die Notwendigkeit des Sozialeigentums an den Produktionsmitteln erkennen.

Man von "Ausbrüchen der Menge" als dem revolutionären Subjekt im Gegensatz zu der Bewegung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten, im Gegensatz zu der Rolle der revolutionären Vorhut in der anti-imperialistischen, anti-monopolistischen Bewegung, im Kampf für den Sozialismus.

Der gemeinsame Nenner der zeitgenössischen sozialdemokratischen und opportunistischen falschen Konzepte liegt trotz ihrer Unterschiede in ihrem Bemühen zu verschleiern, dass der Imperialismus seinem Charakter nach monopolistischer Kapitalismus ist, der im Sozialismus seine historische Fortsetzung findet. Wenn die Verfechter des Konzepts der klassenlosen Globalisierung oder des so genannten Imperiums gezwungen sind, die Probleme anzuerkennen, die mit dem Kapitalismus einhergehen, oder wenn sie die "Globalisierung" kritisieren, vertreten als Lösung die Anpassung des Weltmarktes aufgrund von Rezepten für ein "Management der Krise". Sie verbreiten systematisch einen Geist des Fatalismus wie auch der Selbsttäuschung, radikale Veränderungen müssten entweder überall stattfinden oder aber nirgendwo. Sie orientieren die Arbeiterklasse dahingehend, den Kampf um die Macht auf nationaler Ebene aufzugeben. Diesen nicht dialektisch mit internationalen Aktionsformen zu verbinden sondern von der Realität abzuheben mit Präferenz für periodisch wiederkehrende internationale Proteste gegen globale Netzwerke oder Konzerne, dabei wiederum in der Logik des Managements der Krise.

Der düsteren Wirklichkeit von heute stellen sie einen "moralischeren und humaneren" Kapitalismus entgegen, wo angeblich die Kräfte des Kapitals und die Kräfte der Arbeit beide profitieren können.

3. Die imperialistischen Strategien gegen "Terrorismus". Die Beziehungen zwischen den USA, NATO und der ${\rm EU}$

An der politischen Front etablierte die mächtigste von den USA geführte Fraktion des internationalen Imperialismus unter dem Vorwand der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington die Doktrin "der weltweiten Bedrohung des Terrorismus" als eines unsichtbaren Feindes, der überall anzutreffen ist, sowie die Doktrin des "Präventivschlags". Die USA und ihre Verbündeten nahmen sich das Recht, zu intervenieren, zu erpressen, zu terrorisieren und Länder und Regierungen zu bedrohen, darunter sogar befreundete Regierungen, wenn diese als nicht voll in Übereinstimmung mit ihren Wünschen angesehen werden. In anderen Fällen versuchen sie, diese Regierungen auszuwechseln auf der Suche nach Lösungen, die für ihre Interessen vorteilhafter sind.

Diese neue imperialistische Doktrin ist in den letzten vier Jahren in Afghanistan und Irak angewandt worden und äußert sich in der aggressiven Politik, den subversiven Aktivitäten und Provokationen gegen Kuba, Die Demokratische Volksrepublik Korea, Syrien, Venezuela etc.

Der NATO-Gipfel von Prag (November 2002) stellt eine sehr bedeutsame Entwicklung dar. Die NATO ist dabei, sich zu "transformieren" und ihre Aggressivität zu adjustieren. Sie stellt flexiblere Truppen auf und verlagert sich ostwärts. Sie erklärt sich selbst zu "einer Anti-Terror-Organisation" mit der Doktrin der "Verteidigung gegen den Terrorismus". Sie erklärt offiziell die inneren Massenbewegungen von Ländern zu ihrem Feind. Sie ist dabei, ihre militärischen Mittel des chemischen, biologischen, radiologischen und atomaren Kriegführung zu modernisieren, um die Interessen des Kapitals zu verteidigen unter dem Vorwand der Verteidigung gegen Massenvernichtungswaffen.

Die Tatsache, dass der NATO die Funktion des Schutzes der Sicherheit der Olympischen Spiele in Athen übertragen wurde, zeigt eine charakteristischen Anwendung dieser Doktrin.

Die USA sind nicht die alleinige Macht, die militärisch, politisch und wirtschaftlich droht und bestrebt ist, ihre weltweite Vorherrschaft gegen die Völker und die rivalisierenden imperialistischen Mächte aufrecht zu erhalten und zu erweitern. In der gegenwärtigen so genannten Anti-Terror-Politik schließen sich imperialistische Zentren wie die Europäische Union derselben Linie an, ungeachtet der Widersprüche und Antagonismen unter einander. Die Mehrheit der kapitalistischen Staaten schließt sich

derselben Linie an. Selbst Russland ergreift jetzt "anti-terroristische" Maßnahmen. Viele kapitalistische Länder nehmen Anpassungen ihrer nationalen Gesetze gegen politisch-soziale Bewegungen vor. Sie geben "grünes Licht" für den Export ihrer nationalen Streitkräfte zur Teilnahme an gemeinsamen Aktionen mit den USA und NATO gegen Völker und Bewegungen.

Der vereinheitlichte Charakter der Strategie des internationalen imperialistischen Systems wird auch in den Entscheidungen der NATO offenkundig, die von der Gesamtheit ihrer Mitgliedsstaaten sowie von ihren Verbündeten angenommen werden, gleich ob sie der Organisation angehören oder nicht. Sie schließen sich NATO-Entscheidungen an, und zwar sowohl in der Innenpolitik wie in der Außenpolitik.

Während des Prager NATO-Gipfels erzielte man einen zeitweiligen Kompromiss zwischen den widersprüchlichen Positionen von EU und NATO auf der Basis wechselseitiger Stärkung unter Berücksichtigung der "Autonomie der beiden Organisationen". Eine Autonomie, die vorläufig der Teilnahme von Mitgliedsstaaten der EU an der NATO nicht im Wege steht. Die EU verlangt volle Teilnahme an imperialistischen Aktionen und Teilhabe an dem Ertrag imperialistischer Aggressivität. Auf dieser Grundlage kommen verschiedene Widersprüche in der einen oder anderen Form zum Ausdruck und verschärfen sich, insbesondere nach der Erweiterung der EU und dem Zuwachs an Einfluss durch die neuen Mitgliedsstaaten.

Die vereinheitlichte imperialistische Strategie äußert sich in der parallelen Erweiterung sowohl von EU und NATO. Diese simultane Erweiterung beseitigt nicht nur nicht die inneren imperialistischen Widersprüche sondern reproduziert und verstärkt sie vielmehr. Sie verstärkt die Widersprüche sowohl zwischen den führenden Mächten wie zwischen anderen Mitgliedsstaaten.

In der Zeit nach unserem 16. Parteitag wurden die Beziehungen zwischen den beiden mächtigsten imperialistischen Zentren, den USA und der EU, konkurrenzbetonter, vielschichtiger und komplexer dank des Umstands, dass sich die Widersprüche innerhalb der EU in der Frage der Beziehungen zu den USA zuspitzen. Sowohl innerhalb der EU als auch auf Weltebene geht eine Umstrukturierung verschiedener Blöcke und Allianzen mit den imperialistischen Hauptwidersachern vor sich.

Die Erweiterung sowohl der NATO als auch der EU nach Osteuropa und die Schaffung einer Euro-Armee, die der Logik der NATO-Strategie folgt und in NATO-Operationen eingebunden ist, hat auf dem Kontinent eine neue geo-politische Lage geschaffen. Die Bedingungen des Kampfes sind für die Völker durch die EU-Mitgliedschaft viel ungünstiger als früher. Doch die Bourgeoisien der ehemals sozialistischen Länder versuchen durch die EU-Mitgliedschaft mächtige äußere Anreize, politische und wirtschaftliche Vergünstigungen zu erhalten. Sie versuchen, ihre Posi-

tion gegen inneren Widerstand zu festigen und die Gefahr der Entwicklung mächtiger Bewegungen abzuwenden, die angesichts des erbärmlichen Lebens unter kapitalistischen Bedingungen die Sache des Sozialismus vertreten.

In den EU-Mitgliedstaaten werden im Rahmen eines gemeinsamen Raums von "Freiheit, Sicherheit und Justiz" militärisch-polizeiliche Operationen institutionalisiert. Die Justiz wird entsprechend angepasst als Mechanismus der Legalisierung staatlicher Repression und des operativen Einsatzes der geschaffenen Unterdrückungsmechanismen.

Die Situation wird durch die "Europäische Verfassung" noch verschlimmert. Sie stellt einen neuen Vertrag dar, der das ganze reaktionäre Regelwerk und die Verträge der EU umfasst. Insgesamt ist der Inhalt der "Europäischen Verfassung" in vollem Einklang mit den Interessen der Monopole und der Förderung kapitalistischen Profits. Die Euro-Armee, EuroPol und die "Anti-Terror-Gesetze" wirken sich alle in derselben Richtung aus. Die "Europäische Verfassung" stellt eine noch reaktionärere Entwicklung dar, insofern sie neue Schritte in Richtung der Verstärkung von Repression und Militarisierung einleitet. Die EU verwirklicht die reaktionären Entscheidungen des Gipfels von Lissabon in jüngster Zeit mit noch größerer Entschiedenheit

4. NATO-Politik im Mittelmeerraum. Plan zur "Demokratisierung der arabischen Länder". Politik des Imperialismus in der Region der ehemaligen UdSSR

Die NATO-Strategie im Mittelmeerraum, die beim Gipfel von Istanbul (Juni 2004) formuliert wurde, besteht in einem Plan zur "Demokratisierung der arabischen Regimes", öffnet den Weg für neue Drohungen gegen die Völker der Region, gegen den Frieden im allgemeinen. Sie bedeutet damit militärische Interventionen, das Auslösen von Bürgerkriegen sowie Provokationen, zumal in Regionen hoher Spannung. Sie ist eine Politik der Schaffung von Spaltungen mit dem Ziel, die Hegemonie der USA oder der führenden Kräfte der EU zu erleichtern.

Nach 2001 erstrecken sich die militärischen Einrichtungen der USA vom Balkan bis zur chinesischen Grenzen, zum Kaukasus, Zentralasien, dem Mittleren Osten und der indischen Region. Dreizehn neue Basen in neun Ländern umkreisen Afghanistan an den Flanken Russlands. Die USA fühlen sich trotzt ihrer Sorge, ob die EU in nachfolgenden Operationen andauernd an ihre Seite sein werden, trotz ihrer Anstrengungen, Europa in "alt" und "neu" einzuteilen, so sicher, dass sie Bewegungen und Veränderungen in der Aufstellung ihrer militärischen Einrichtungen im Osten in Erwägung ziehen.

Die USA betonen die Wichtigkeit Afrikas, das sie zu "einem Zentrum der Bedrohung" erklären, das "Aufmerksamkeit" erfordert, mit dem vorgeschobenen Argument, es gebe auf diesem Kontinent "unregierbare Staaten, die zu terroristischen Schlupf-

winkeln werden könnten". Der Antagonismus zwischen den USA und den führenden europäischen imperialistischen Kräften kommt in der Region Nordafrikas wesentlich heftiger zum Ausdruck.

Auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR gibt es weiterhin Brennpunkte nationaler Gegensätze, welche durch die kapitalistische Restauration provoziert wurden. Diese werden systematisch durch imperialistische Interventionen angeheizt, insbesondere von den USA aber auch von bestimmten führenden europäischen Kräften wie von europäischen Monopolbündnissen.

Die USA ebenso wie die EU wollen Russland in ihren eigenen Kreis von Allianzen und Einflussbereichen einbeziehen. Jeder von den beiden möchte zum eigenen Nutzen den Vorteil des Zugangs zu Russlands natürlichen, industriellen und humanen Ressourcen ergattern, um die Tendenz Russlands brechen, auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR und in der imperialistischen Pyramide eine dominante Rolle zu spielen. Russland hat sich bereits die Politik des "Präventivschlags" zu eigen gemacht.

Die Führung Russlands, wo der Kapitalismus im Vergleich zum vergangenen Jahrzehnt starker geworden ist, ist ständig bestrebt, Allianzen auf wirtschaftlichem Gebiet zu schmieden wie diejenige, welche Russland, die Ukraine, Belarus und Kasachstan einschließt. Ferner gibt es das "Abkommen über Kollektive Sicherheit" (Russland, Ukraine, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan) und die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan). Diese Formen der Zusammenarbeit werden von den konkurrierenden imperialistischen Kräften mit Skeptizismus bis zu offener Feindseligkeit betrachtet.

In den kommenden wenigen Jahren werden die Bemühungen und die Konkurrenz der imperialistischen Kräfte um die Kontrolle der Regionen des Kaspischen Meeres, des Kaukasus und Sibiriens intensiver werden und könnten zu schnellen sozio-politischen Entwicklungen führen, die heute schwer vorher zu sagen sind.

5. Die Lage in Kuba, der Demokratischen Volksrepublik Korea, China und Vietnam

Das Volk Kubas kämpft mit großen Anstrengungen gegen den imperialistischen Versuch, die Bedingungen für einen Sturz des Sozialismus zu schaffen, und zwar durch das Embargo, eine anti-sozialistische Kampagne sowie offene Sabotage. Die Aushebung des Netzwerkes von konterrevolutionären Söldnern des Imperialismus war ein bedeutender Erfolg.

Die EU hat sich ebenfalls der US-amerikanischen Anti-Kuba-Kampagne angeschlossen, ebenso wie die sozialdemokratischen "neuen linken" Opportunisten und Apolo-

geten des Imperialismus jeder Sorte. Solidarität mit Kuba ist ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung eines politischen Standpunkts.

In Kuba wurden unter der Leitung der KP und der Regierung verschiedene Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital sowie kleine Privatunternehmen, insbesondere in Handel, Agrarindustrie und Tourismus, mit dem Ziel eingeführt, dem Land Erleichterung vom Embargo zu verschaffen. Gleichzeitig wurden die internationalen Initiativen des Landes und der KP Kubas gegen die imperialistische Politik verstärkt. Wichtig ist ihre praktische internationalistische Solidarität mit den Völkern und Bewegungen Lateinamerikas und der Regierung Chavez in Venezuela.

Die Demokratische Volksrepublik Korea befindet sich ebenfalls im Auge des imperialistischen Zyklons, der allein durch die Idee "gereizt" wird, dass dieses Land das Recht hat, Maßnahmen des Selbstschutzes gegen imperialistische Intervention zu ergreifen. Die Demokratische Volksrepublik Korea erreichte die Anerkennung seitens einer Reihe weiterer Länder, darunter Griechenland. Die Solidarität mit dem koreanischen Volk muss gestärkt werden. Die Streitkräfte und Atomwaffen der USA müssen aus Südkorea zurückgezogen werfen. Die imperialistischen Interventionen auf der koreanischen Halbinseln müssen zurückgewiesen werden.

Die Volksrepublik China setzt ihre Politik der Öffnung ihrer Wirtschaft gegenüber dem internationalen kapitalistischen Markt weiter fort. Sie ist der Welthandelsorganisation beigetreten. Sie ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Sie hat "Freihandels"-Wirtschaftszonen mit Produktionsverhältnissen auf kapitalistischer Grundlage errichtet. Sie bemüht sich, ausländisches Kapital und Hochtechnologie anzuziehen.

Die Wirtschaft Chinas beeinflusst bereits in bedeutender Weise die Volkswirtschaften der Länder Asiens und des Pazifikraumes. China sieht sich der intensiven Gegenreaktion Japans gegenüber, das zusammen mit den USA daran interessiert ist, die Ausweitung des chinesischen Einflusses und die Kooperation Chinas mit Russland abzublocken.

Die Wirtschaft Chinas hat eine der höchsten Entwicklungsraten weltweit. Gleichzeitig verschärfen sich die inneren Widersprüche, darunter besonders charakteristisch die soziale Klassendifferenzierung und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, welche das politische System und die auswärtigen Beziehungen berühren. Die KP Chinas akzeptierte auf ihrem letzten Parteitag die Aufnahme von Kapitalisten in ihre Reihen. Das Entstehen von ausbeuterischen sozialen Kräften und ihre Präsenz in den politischen Ausdrucksformen der chinesischen Gesellschaft stellen eine Gefahr nicht nur für die Inte-

ressen des chinesischen Volkes sondern auch für seine Rolle in der internationalen anti-imperialistischen Bewegung dar.

In Vietnam setzten die kommunistische Partei und die Regierung ihre Anstrengungen fort, den Lebensstandard des Volkes zu heben. Der öffentliche Charakter der strategischen Sektoren der Wirtschaft wurde beibehalten. Doch bestimmte multinationale Konzerne vermochten ins Land einzudringen, und ein bestimmter Sektor der Wirtschaft ist zu kapitalistischen Verhältnissen übergegangen, insbesondere durch Privatisierungen und die Einrichtung einer Aktienbörse.

6. Die Bewegungen der Völker

Ein wichtiges Faktum ist die Entwicklung und das Erscheinen von Bewegungen, Zentren des Volkswiderstands, radikalen Kräfte, die dazu tendieren, das ganze Spektrum der imperialistischen Politik mit ihren Forderungen und Kampfzielen anzugehen. Im Mittelpunkt stehen die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Armut, der Kriege und Interventionen, der Profite und des Profit machenden Kapitals. Ferner sind da die Fragen der Militarisierung, der staatlichen Repression und Gewalt, des Kampfes für demokratischen Freiheiten und politischen Grundrechte, gegen den Raubbau an der Umwelt und den Rohstoffen durch die Monopole, der Kampf gegen Rassismus und die Verfolgung derer, die die Neue Weltordnung in Frage stellen. Ein charakteristischer Trend besteht außerdem darin, dass verschiedene Bewegungen anfangen, eine Kombination von Anti-Kriegs-Forderungen und sozialen Zielen zu vertreten. Der Kampf aufgrund von sozialen Problemen weitet sich auf allen Kontinenten aus; Er ist gekennzeichnet durch sein längeres Anhalten und durch verschiedene Formen des Kampfes. Der Anti-Kriegs-Kampf führt zu größerer Massenmobilisierung, einem höheren Grad internationaler Koordination, hat jedoch bisher noch nicht einen permanenten Charakter angenommen.

Die imperialistische Aggression vermochte nicht, die verschiedenen Bewegungen und ihre Kämpfe gegen imperialistische Besatzung und Intervention zu lähmen und sich unterzuordnen.

Der Kampf der Arbeiter hat in einigen Fällen und Region größere Dimensionen angenommen; Es entwickeln sich Kämpfe gegen Privatisierung, die Probleme des Bildungswesens und der Sozialpolitik.

In den letzten Jahren haben die Menschen in konkreterer Form Einwendungen gegen die politischen Vorhaben der EU, der NATO und anderer imperialistischer Zusammenschlüsse erhoben. Die Losungen richten sich gegen das Konzept der "Einbahnstraßen", es werden Forderungen nach mehr allgemeinen sozialen Veränderungen erhoben. Solche Tendenzen machten sich auch in Europa, in öffentlichen Referenden und bei den jüngsten Europawahlen bemerkbar.

Die konsequentesten Kräfte der kommunistischen und Arbeiterbewegung waren Vorreiter und Ideengeber bei großen Massenmobilisierungen gegen den Krieg, für die Vertretung sozialer Belange, für demokratische Freiheiten. In einigen Ländern erhöhten die kommunistischen Parteien ihre Rolle in den populären Bewegungen im Zuge von Mobilisierungen und mutigen Kämpfen, die in unterschiedlichem Maße einen wichtigen internationalen Effekt hatten.

Die Entstehung von Kämpfen reflektiert in weitem Ausmaß einen Geist des Erwachens, der allerdings noch keine aufwärts weisende, dynamische Richtung angenommen hat. Er ist noch sehr weit von dem Ausdruck eines umfassenden alternativen politischen Gegenvorschlags entfernt, der nationale und international zu Konfrontation und Bruch mit den Monopolen und dem Imperialismus führt.

7. Die Aktion der reformistischen, opportunistischen Kräfte und die internationalen Bewegungen der Völker

Innerhalb der politischen und sozialen Bewegungen zeigen sich immer deutlicher Widersprüche zwischen den reformistischen, opportunistischen Kräften der Zustimmung und Kräften, die in mehr oder minder starkem Maße die Notwendigkeit radikaler Lösungen, Ziele und Kampfforderungen in einer anti-imperialistischen, anti-monopolistischen Richtung vertreten.

Heute ebenso wie in der gesamten Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ist das strategische Ziel des Kapitals und der politischen Parteien, die ihm dienen, die Auflösung, die Kastration und die Einbindung und Unterordnung der internationalen Gewerkschaftsbewegung sowie allgemein des internationalen Kampfes der Völker.

Kapitalsvertreter, Spitzen von Monopolgruppen, eingekaufte Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten an der Herausbildung einer neuen Form von Gewerkschaftsorganisationen; sie finanzieren überall die Schaffung und Durchsetzung von neuen Organisationsformern für Arbeiter, insbesondere in den ehemaligen sozialistischen Ländern. In diese Kategorie fällt eine große Anzahl von so genannten Nichtregierungsorganisationen. Ihr Eingreifen wird von Netzwerken ergänzt, während verschiedene Organisationen und Bewegungen mit allen Mitteln finanziell "unterstützt" werden, so dass alles was einen antiimperialistischen, antimonopolistischen Charakter annehmen könnte, auf weltweiter Ebene kontrolliert werden kann.

Sozialdemokratische Kräfte dominieren die Leitungen der neu gebildeten Strukturen wie das Weltsozialforum und seine entsprechenden regionalen Strukturen. Auch Vertreter von Wirtschaftsgruppen nehmen daran teil, Kräfte der Zustimmung und des Kompromisses, die offen ihre Feindschaft gegen die kommunistische Arbeiterbewegung erklären. Sie verleugnen den Beitrag, den das im 20. Jahrhundert entwickelte

sozialistische System geleistet hat. Selbst Regierungskräfte und Mechanismen imperialistischer Länder nehmen teil und spielen eine führende Rolle.

Zwischenimperialistische Widersprüche, die sich verschärft haben, da die USA den Großteil der Beute für sich reklamieren, führten dazu, dass sozialdemokratische Kräfte in Europa die Initiative ergriffen, um die Bewegungen auszunutzen und in eine Richtung der Unterstützung des französisch-deutschen Imperialismus zu lenken in der Absicht, die Bewegungen zu desorientieren und die politischen Kräfte in einen bloßen Kampf gegen neo-liberale Praktiken einzubinden ohne eine antiimperialistische, antimonopolistische Orientierung in einem Schmelztiegel "der linken Mitte" und "der Wiedergeburt" der Sozialdemokratie.

Jegliche Position, die davon ausgeht, dass die so genannte Bewegung gegen die Globalisierung "das Ende der kommunistischen Bewegung" markiert, wird systematisch herausgestellt; desgleichen Positionen und Konzepte, die in radikalem Gegensatz zur historischen Kontinuität des uns bekannten Sozialismus eine Art von Sozialismus mit kapitalistischem Markt vertreten. Diese Positionen haben als Bezugspunkt einfach nur ein besseres Management des kapitalistischen Systems.

Das Weltsozialforum versucht mit seinen Aktionen radikale Kräfte, die kämpferische Haltungen der Arbeiterklasse und anderer sozialer Schichten zum Ausdruck bringen einzufangen und sich anzupassen. Man beabsichtigt, sie in einen einseitigen Kampf gegen die USA einzubinden zum Nutzen anderer imperialistischer Kräfte, die bei der Aufteilung der Märkte nach einem größeren Anteil oder zumindest gleichen Bedingungen wie die USA streben.

Die von ihnen vertretene Losung "eine andere Welt ist möglich" wird ergänzt durch einen programmatischen Rahmen des Kampfes, der im Wesentlichen von den Arbeitern verlangt, ihre Forderungen selbst zu beschränken. Was als für die Völker notwendig dargestellt wird tritt nicht in Widerspruch zu den Bedürfnissen und Interessen des kapitalistischen Systems.

Der Kampf gegen den Imperialismus, der Kampf gegen die Kräfte der Anpassung und der Zustimmung bleibt bisher noch kein ausgleichendes Gegengewicht geschaffen. Er hat noch nicht die Form eines koordinierten einheitlichen Gegenangriffs angenommen.

Die Entwicklung einer antiimperialistischen, antimonopolistischen Bewegung kann nur Gestalt annehmen, sofern die internationale kommunistische Bewegung sich den ernsten sie kennzeichnenden Problemen stellt, hat sie sich doch noch nicht von der Krise erholt, die aus dem Sieg der Konterrevolution resultiert. Auch hängt eine solche Entwicklung von dem Kurs der Gewerkschaftsbewegung ab, die sich in einer Periode

der Umorientierung befindet, da auch sie sich noch nicht von einer Phase des Zurückweichens und der Krise erholt hat.

Ferner funktionieren die populären Bewegungen unter Bedingungen, wo antikommunistische, so genannte "Anti-Terrorismus-Gesetze" und ein allgemein erstickender Rahmen von Gesetzen Massenaktionen sowohl am Arbeitsplatz wie auch sonst blockieren.

In den neuen Länder der EU werden Verbote gegen Kommunisten und ihre Parteien in Kraft gesetzt. Hunderttausende von Werktätigen sind ihrer grundlegenden Rechte beraubt worden, darunter ihres Wahlrechts. Die Parteien der europäischen Sozialdemokraten haben sich voll den liberalen Parteien angeschlossen; sie dulden keinerlei Bezugnahme auf den Sozialismus in ihren Parteiprogrammen.

Die bestehenden internationalen kämpferischen Organisationen sind noch nicht mit den ihnen entgegenstehenden Hindernissen fertig geworden, so dass sie die notwendige Infrastruktur auf weltweiter Basis schaffen könnten, um festere Kommunikationsstrukturen mit den Kräften zu entwickeln, die in vielen Ländern reorganisiert und wieder belebt werden.

In unterschiedlichem Maße haben internationale Organisationen wie der Weltfriedensrat, der Weltgewerkschaftsbund, der Weltbund demokratischer Jugend, der Internationale Demokratische Frauenbund wichtige Schritte in Richtung des internationalen Kampfes und der Koordination von Aktionen unternommen. Viele Organisationen und Bewegungen haben noch Schwierigkeiten, indem sie nicht über die Ressourcen und Mittel verfügen, um internationalistische Aktion zu entfalten, um Verantwortung zu übernehmen für den Aufbau eines Pols der Aktion, der in konsequenter Weise den Kampf gegen den Imperialismus führt. Sie sind auf nationaler und regionaler Ebene gekennzeichnet durch Widersprüche und Differenzen, infolge des Kampfes zwischen den Kräften der Anpassung und den Kräften der Emanzipation.

8. Die Lage in der Internationalen Kommunistischen Bewegung

Eine bedeutende Anzahl von kommunistischen und Arbeiterparteien war besser ausgerüstet der imperialistischen Aggressivität entgegenzutreten und gegen den ungerechten Krieg gegen Afghanistan und besonders Irak aktiv zu werden. In den vergangenen Jahren wurden viele Anstrengungen gemacht, die Aktion der KPen zu koordinieren. Es gab eine wachsende Zahl von multilateralen Initiativen. Wichtige Treffen fanden in Südamerika, dem Mittleren Osten unter den arabischen KPen, auf dem Balkan und Westeuropa statt. Die Arbeitsbeziehungen zwischen kommunistischen Jugendorganisationen in Europa wurden gestärkt und stabilisiert. Die internationalen Treffen von kommunistischen und Arbeiterparteien, die in Athen stattfinden, wurden institutionalisiert.

Trotz alledem bleibt die Internationale Kommunistische Bewegung organisatorisch und ideologisch zersplittert; Sie macht gegenwärtig eine Krise durch. Der Kampf zwischen den revolutionären kommunistischen Positionen und den reformistischen, opportunistischen Positionen hält in ihren Reihen an. Weiterhin besteht der Konflikt zwischen zwei Linien im Verhältnis zum imperialistischen System, zwischen der Linie "Widerstand/Bruch" und der Linie "Anpassung/Angleichung".

Im Zentrum der ideologischen Auseinandersetzungen stehen: die gegenwärtige Bedeutung des Marxismus-Leninismus, die Entwicklung unserer Theorie in der Periode des Übergangs zum Sozialismus unter den Bedingungen des zeitweiligen Sieges der Konterrevolution, der Charakter der kommunistischen Partei, der Charakter des Imperialismus, politische Bündnisse, die Haltung der Kommunisten in den Massenbewegungen, ihre Haltung im Bezug auf die kapitalistische Krise und innerimperialistische Widersprüche, politische Konzepte gegen zwischenstaatliche, regionale und internationale Zusammenschlüsse, die historische Rolle der Arbeiterklasse, die Unausweichlichkeit der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus.

Die Schaffung der "Partei der Europäischen Linken" (EL) unter Teilnahme bestimmter kommunistischer Parteien, ist eine Ausdruck des Trends der Anpassung an die negative Balance der Kräfteverhältnisse. Objektiv und unabhängig von subjektiven Entscheidungen und Erklärungen stellt sie die fatalistische Hinnahme der bürgerlichen Legitimität dar. Die EL verleugnet die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und die kommunistischen Traditionen.

Die Zurückhaltung und Skepsis, die bestimmte Parteien gegenüber der vornehmlichsten Pflicht der KPen bekunden, einen eigenständigen Pol der Zusammenarbeit zu bilden, ist nicht auf ein Zögern zurückzuführen, das auf negativen Erfahrungen beruht, welche aus ihrer Sicht im Rahmen der Kommunistischen Internationale in Erscheinung traten. Es ist vor allem auf den jüngsten Druck zurückzuführen, dem sie ausgesetzt worden sind, und allgemein auf eine Unterschätzung der grundlegenden Leitlinien der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Unter diesen Bedingungen ist der ideologische Gegenangriff der kommunistischen Bewegung, die an die Notwendigkeit und realistische Möglichkeit eines Kampfes für die Überwältigung des kapitalistischen Systems glaubt, von entscheidender Bedeutung. Kommunisten glauben an die Rolle der internationalen Arbeiterbewegung und antiimperialistische Bewegung, an den internationalen revolutionären Prozess. Der ideologische Gegenangriff stellt eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Stärkung der weltweiten Bewegung der Völker und der kämpferischen Bündnisse dar.

Die Internationalisierung des Kampfes gegen den Imperialismus kann nicht einen massenhaften und vor allem stabilen Charakter annehmen, wenn dieser nicht auf

einem eigenständigen und machtvollen kommunistischen Pol begründet ist, der, wenn er einmal geschaffen ist, eine treibende Kraft für einen positiven Einfluss der Völker auf die internationalen Entwicklungen werden kann. Damit wird eine machtvolle Basis für ein breiteres antiimperialistisches Bündnis geschaffen.

Die Antwort der Völker auf die imperialistische Strategie, die gegenwärtige Barbarei, kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur eine einzige sein:

Alle Kräfte im Kampf gegen die Monopole und den Imperialismus auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zusammenschließen; die Kräfte des Kapitals entschieden zurückschlagen, an allen Fronten des Kampfes für wirtschaftliche und soziale Rechte, gegen militärische, wirtschaftliche und politische Interventionen. Der Kampf gegen die imperialistische Barbarei wird größtmögliche Wirksamkeit, Massencharakter und -mobilisierung entfalten, wird Siege erringen, in dem Maße wie die Bewegung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten politische Forderungen und Kampfbedingungen erarbeitet, die von der historischen Position des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus ausgeht, aus der sich die historische Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus ergibt.

Der Hauptstoß der imperialistischen Politik richtet sich gegen das Recht jeden Volkes, frei von ausländischer Intervention selbst über das soziale und politische System des eigenen Landes zu bestimmen. Daher ist es erforderlich, die Solidarität mit den Völkern zu stärken, die sich bemühen, den Sozialismus aufzubauen, die kämpfen und die Überwältigung des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Macht anstreben.

Die notwendige, erreichbare und andere Welt für die Völker ist der Sozialismus

9. Die internationalen Aktivitäten der Partei in der kommunistischen Bewegung, in den antiimperialistischen Kämpfen

Die Partei intensiviert ihre internationalen Aktivitäten in dem Bestreben, eine klarer umrissene Form der Zusammenarbeit mit den kommunistischen und Arbeiterparteien zu fördern, um einen kommunistischen Pol herauszubilden. So lange dieser Pol nicht gebildet ist, werden die bestehenden Schwierigkeiten andauern. Vor allem die Entwicklung einer breiteren Sammlung von antiimperialistischen Kräften wird auf Schwierigkeiten stoßen. Daher steht der Kampf für die Sammlung der kämpferischen kommunistischen Kräfte und Parteien und der Kampf gegen den Opportunismus in enger Verbindung mit den Aktivitäten der Partei in der internationalen kommunistischen Bewegung.

Ein eigenständiger kommunistischer Pol stellt die Souveränität jeder einzelnen Partei und ihre Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und der populären Bewegung

im eigenen Lande nicht in Frage. Er wird die Form koordinierter gemeinsamer Aktion auf der Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung annehmen.

Die gemeinsame Aktion der Kommunisten muss in den Reihen der Massenbewegungen und der internationalen Mobilisierungen ihren Ausdruck finden.

Die Entwicklung eines eigenständigen kommunistischen Pols, die gemeinsame Aktion und Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien wird die Bemühungen fördern, eine starke internationale antiimperialistische Bewegung aufzubauen, die sich auf die Bewegung der Arbeiterklasse stützen kann sowie auf die Bewegungen, die andere populäre Schichten zum Ausdruck bringen, die Bewegungen gegen Krieg, die Bewegungen der Jugend, der Frauen wie jede andere Form der Mobilisierung, die eine radikale Richtung hat. Die Formen der Zusammenarbeit, die bisher zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien entwickelt wurden wie internationale, regionale und bilaterale Treffen können und müssen fortgesetzt werden. Sie müssen durch Diskussionen und Meinungsaustausch über theoretische Fragen angereichert werden wie auch durch Treffen, die zu konkreten Plänen für Aktionen für gemeinsame Belange führen.

Keine Form der Zusammenarbeit oder Koordination zwischen breiteren Kräften auf regionaler oder internationaler Ebene kann die Rolle eines eigenständigen Pols der Zusammenarbeit zwischen kommunistischen Parteien ersetzen oder dessen Notwendigkeit abstreiten. Es wird vorgeschlagen, dass der 17. Kongress eine spezifische politische Resolution beschließt, die Positionen, Gedanken und Vorschläge enthält, wie die in der internationalen kommunistischen Bewegung bestehende negative Situation angegangen werden kann, sowie einen konkreten Aktionsplan zu Formen des Dialogs und Gedankenaustauschs. Die KKE wird ihre Anstrengungen mit den bilateralen und multilateralen Treffen fortsetzen und mit allem, was sie bisher mit ihrer Arbeit in der internationalen Bewegung erreicht hat. Sie wird ihre Zusammenarbeit mit Parteien und Bewegungen aufrechterhalten und verstärken, mit denen sie hinsichtlich gemeinsamer Kampfziele übereinstimmen kann.

Die internationalen Aktivitäten der Partei sollten zu allererst auf der Basis ihres Beitrags zur Überwindung der negativen Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung evaluiert werden. Soweit dies von der KKE abhängt, wird sie ihre Anstrengungen in diese Richtung lenken, parallel zu einer stärkeren Präsenz in den internationalen Mobilisierungen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Griechenlands, Oktober 2004; http://www.kke.gr;

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff

Michael Opperskalski: Wo wir stehen... Einige Thesen zur derzeitigen Situation der kommunistischen Bewegung

"Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, dass der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus" W.I.Lenin³

"Die Geschichte der Partei lehrt ferner, dass die Partei der Arbeiterklasse ohne unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten in ihren eigenen Reihen, ohne Vernichtung der Kapitulanten in ihrer eigenen Mitte die Einheit und Disziplin ihrer Reihen nicht aufrechterhalten, ihre Rolle als Organisator und Führer der proletarischen Revolution, ihre Rolle als Erbauer einer neuen, der sozialistischen Gesellschaft nicht erfüllen kann."

Geschichte der KPdSU (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang ⁴

Analysiert man die Grundtendenz der derzeitigen Entwicklung, den Diskussionen und Veränderungsprozessen in der internationalen kommunistischen Bewegung, samt ihren Entsprechungen auf nationaler Ebene, dann zeichnet sich eine neue Stufe der Entwicklung seit dem – zeitweiligen – Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion, ab.

Die Basis für die erfolgreiche Konterrevolution war das Eindringen sowie der nicht widerspruchsfreie und sich in unterschiedlichen Tempi in der internationalen kommunistischen Bewegung verbreitende Revisionismus.

Das Jahr 1956 wurde zum Wendepunkt hinsichtlich der Rolle und der Entwicklung des Revisionismus innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Mit dem XX. Parteitag der KPdSU, seinen Thesen und Orientierungen begann der verhängnisvolle Entwicklungsweg der internationalen kommunistischen Bewegungen sowie ihrer "nationalen Abteilungen", der sich zunächst in der Spaltung derselben manifestierte. Vor allem die chinesischen Genossen waren nicht bereit gewesen, dem Positionswechsel der KPdSU kritiklos zu folgen. Ihnen schlossen sich schließlich weitere Parteien oder Genossen aus anderen Parteien an. Die Inhalte dieser Auseinan-

_

³ W.I.Lenin: "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 768, Frankfurt/Main 1970

⁴ "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang", S. 447, Berlin (DDR) 1955

dersetzungen wurden bereits in der "offen-siv" verschiedentlich und ausführlich dokumentiert.

Die Kernpunkte des Positionswechsel der sowjetischen Kommunisten, der sich mit entsprechenden Konsequenzen auch in der gesamten kommunistischen Weltbewegung – natürlich widersprüchlich und in unterschiedlicher "Tiefe" – um- und durchsetzte, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Mit der Einleitung der so genannten "Entstalinisierung" wurden wesentliche Elemente und Erfolge sowie die Geschichte und Traditionen des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion entweder in Frage gestellt oder in einzelnen Aspekten gar gänzlich negiert;

Mit der Zurückweisung der marxistisch-leninistischen Position, dass sich der Klassenkampf auch im Sozialismus (natürlich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen) fortsetzt und sogar verschärft, wurden dem Eindringen kleinbürgerlicher, revisionistischer, sogar konterrevolutionärer Positionen in die KPdSU Tür und Tor geöffnet;

Mit der Annahme der These von der kommunistischen Partei als "Partei des gesamten Volkes" wurde diese dem Klassencharakter sowie der daraus folgenden Avantgarderolle beraubt;

Die These vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" als Haupttendenz des Kampfes für den Sozialismus nahm der kommunistischen Bewegung in einem Kernbereich ihren revolutionären Charakter.

Die griechischen Genossen der KKE haben Orientierungen und Konsequenzen des XX. Parteitages der KPdSU sehr zutreffend beschrieben: "Das bedeutendste Ereignis war, dass der XX. Parteitag die – in der damaligen historischen Situation richtige – Position verwarf, dass sich vor allem der Klassenkampf verschärfte. (...) Theoretische Ansichten wurden kultiviert oder Optionen bevorzugt, die eine Abweichung von unserer Theorie, eine Verletzung ihrer grundlegenden Prinzipien bedeuteten. Die Kampffront gegen den Imperialismus und Revisionismus wurde geschwächt. In einigen Fällen wurden falsche Theorien angenommen, die nichts mit der Realität zu tun hatten oder schlicht Fragen des Aufbaus des Sozialismus simplifizierten, so z.B. die Theorien, die einen raschen Übergang zum entwickelten Sozialismus und Kommunismus verlangten und so den komplexen und langfristigen Charakter der Übergangsperiode (siehe XX. Parteitag) unterschätzten, Theorien über den "Staat des gesamten Volkes", der "Partei des gesamten Volkes" und der "Demokratie des gesamten Volkes".

Die vom XX. Parteitag beschlossenen Orientierungen auf eine "Vielfalt von Übergangsformen in verschiedenen Ländern unter bestimmten Bedingungen zum Sozialismus" wurden von den Führungen kommunistischer Parteien als theoretisches Fundament für eine Offensive gegen die wissenschaftliche Theorie des Sozialismus benutzt. Im Namen von nationalen Besonderheiten und Eigenheiten wurden die unveränderlichen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution einer Revision unterzogen. Sichtweisen wurden entwickelt, nach denen durch strukturelle Reformen und eine "Politik der Demokratie" ein kapitalistisches in ein sozialistisches System transformiert werden könne, ohne dass ein revolutionärer Bruch notwendig sein."

Auswirkung der Konterrevolution auf die kommunistische Bewegung

Der Revisionismus war nicht nur die notwendige Grundlage für die Konterrevolution in den sozialistischen Ländern, er schuf zudem die Voraussetzungen für eine massive Schwächung und teilweise Zerschlagung der internationalen kommunistischen Bewegung. Seither haben sich im Wesentlichen drei Grundtendenzen der Entwicklung der Kommunisten herausgeschält.

Bevor ich allerdings diese aus meiner Sicht deutlich gewordenen Grundtendenzen herausarbeite, möchte ich etwas im wissenschaftlichen Sinne klar stellen, um gewollten oder ungewollten Missverständnissen vorzubeugen. Grundtendenzen aufzuzeigen, bedeutet immer, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, um Entwicklungen, manchmal auch in zugespitzter Form, deutlich zu machen; dabei mögen zuweilen auch wichtige Aspekte, die zwar eine besondere Bedeutung haben, die Grundtendenz der Entwicklung jedoch nur unwesentlich beeinflussen können, "zu kurz kommen". Bei der Einschätzung der Rolle, der Funktion, der Position oder dem Charakter einer politischen Formation, die sich das hohe Attribut "kommunistisch" – aus welchen Gründen und historischen Hintergründen auch immer – selbst gegeben hat, kann es nur folgende wissenschaftliche Kriterien geben: ihr Programm, ihr Statut, ihr Führungspersonal sowie ihre programmatischen wie politischen Positionierungen zu entscheidenden Grundfragen des revolutionären Kampfes. Die wissenschaftlichen Kriterien der Analyse werden vorgegeben vom Marxismus-Leninismus, zu dessen Einheit ja u.a. in diesem Zusammenhang die Leninsche Partei-, Staats-, Imperialismus- und Revolutionstheorie gehört. Dies kann deshalb auch in Einzelfällen bedeuten, dass die wissenschaftliche Grundeinschätzung einer kommunistischen Formation die analytische Feststellung beinhalten kann, dass es innerhalb einer Grundtendenz

⁵ Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Dokument des ZK, "Gedanken über Faktoren, die zur Zerschlagung des sozialistischen Systems in Europa führten (...)", Athen, Griechenland, 24. März 1995, S. 25 und 32 ff.. Zur Entwicklung, Rolle und Funktion des Revisionismus siehe ausführlich das entsprechende Sonderheft der "offen-siv" ("Der Revisionismus", Nr. 2/2004)

auch mehr oder weniger starke organisatorische Strukturen oder Persönlichkeiten geben können, die zu einem gewissen Zeitpunkt eine Rolle innerhalb der Grundentwicklung einer kommunistischen Formation spielen. Dies ist eine Frage des Klassenkampfes unter den besonderen Bedingungen eines Landes.

Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung auf internationaler wie auch nationaler Ebene muss sich im Rahmen der klaren Gesetze des Marxismus-Leninismus bewegen. Dies ist die Voraussetzung für die Bildung einer breiten, demokratischen, anti-imperialistischen Volksfront unter der Führung der Arbeiterklasse als notwendige Voraussetzung für die proletarische, sozialistische Revolution. Beide "Ebenen" haben ein dialektisches Verhältnis, bedingen sich gegeneinander, aber jede Form der "Mischung" bedeutet objektiv eine Aushöhlung, Schwächung und gegebenenfalls sogar Zerschlagung beider Entwicklungsprozesse. Deshalb ist ein wichtiger Bestandteil dieses dialektischen Verhältnisses die Leninsche Forderung nach Klarheit vor Einheit!

Welche Grundtendenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung haben sich also im Zuge und als Konsequenz von Revisionismus und Konterrevolution herausgebildet?

- 1) nicht wenige Parteien, vor allem im ehemals sozialistischen Lager, haben sich ganz offiziell aufgelöst (z.B. in Polen, Rumänien). Andere haben sich in offen sozialdemokratische Formationen verwandelt, was in Einzelfällen nicht ausschließen muss, dass in ihnen nach wie vor Strukturen und/oder einzelne Mitglieder zu finden sind, die ein kommunistisches Selbstverständnis artikulieren und/oder sich zumindest in kommunistischer Tradition fühlen. Diese Parteien haben damit sozusagen das Endstadium des Revisionismus erreicht: die organisatorische und/oder politisch-ideologische Tilgung des Marxismus-Leninismus;
- 2) andere Parteien befinden sich noch auf einem revisionistischem Entwicklungsweg (in der BRD die DKP). Das jeweilige Entwicklungsstadium muss sehr differenziert analysiert und bezüglich jeder einzelnen Partei oder Formation gesondert betrachtet werden. Ihnen allen gemeinsam ist es jedoch, dass ihre politisch-ideologische Programmatik sowie ihre Führungen mehrheitlich, dominant oder geschlossen revisionistisch sind. Die DKP ist deshalb hinsichtlich ihres Programms, ihres Führungspersonals sowie ihrer Positionen bezüglich grundsätzlicher Fragen (Beispiele wie Irak, Libanon, Naher Osten oder zur so genannten "Europäischen Linkspartei" wie auch ihre Stellung zur und Einschätzung der Rolle der Partei "Die Linke" seien an dieser Stelle nur stichwortartig und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit erwähnt) in den für eine kommunistische Partei entscheidenden Fragen revisionistische Partei. Trotzdem und dies widerspricht nicht dieser Grundeinschätzung (!) gibt es innerhalb der DKP immer (noch) vereinzelt Parteistrukturen und/oder einzelne Genossin-

nen und Genossen, die innerhalb ihrer Partei für Veränderungen streiten, die den kommunistischen Charakter der DKP wiederherstellen sollen;

3) eine Minderheit von Parteien hat, teilweise noch sehr widersprüchlich und ebenfalls in unterschiedlicher Konsequenz, eine Korrektur revisionistischer Positionen vorgenommen und einen eindeutig marxistisch-leninistischen Entwicklungsweg eingeschlagen. Zu den herausragendsten und dynamischsten Kommunistischen Parteien, die in Europa auf marxistisch-leninistischen Positionen kämpfen, zählen vor allem die griechische KKE, aber auch die schwedische KP, die portugiesische PCP oder die belgische PTB.

Auf die Entwicklung vormals "maoistischer" Parteien (seien sie ehemals auf die KP Chinas oder die Partei der Arbeit Albaniens orientiert gewesen) kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Manche von ihnen spielen jedoch eine offen konterrevolutionäre Rolle (so in der BRD die so genannte MLPD, der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, die diversen KPD/MLs oder zum Beispiel auf internationaler Ebene die so genannte PCP/"Sendero Luminoso" in Peru). Ihnen gemeinsam ist, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, ihr Bezug auf die maoistische Sozialfaschismus- und/oder Drei-Welten-Theorie. Für die BRD bedeutet dies z.B. die Ablehnung der DDR als größter Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse und ihre Denunzierung als "sozialfaschistischer Diktatur", zu welchem Zeitpunkt und in welchem Duktus auch immer.

Zwar gibt es inzwischen eine Reihe von regelmäßigen oder auf einzelne Anlässe bezogene internationale Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien; ihre Struktur, Ablauf, Orientierung und Positionierungen widerspiegeln jedoch den oben skizzierten, in unterschiedliche Tendenzen zerfallenden Charakter dessen, was von der einst mächtigen internationalen kommunistischen Bewegung übrig geblieben ist.

Die Widersprüche spitzen sich zu

Die seit dem – zeitweiligen – Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern vorherrschende so genannte "Neue Weltordnung" hat die Barbarei des imperialistischen Weltsystems auf allen Ebenen eskalieren lassen. Zwar ist der US-Imperialismus noch militärisch und ökonomisch dominant, aber ihm erwachsen mit deutlich erkennbarer Geschwindigkeit mächtige imperialistische Konkurrenten, vor allem Europa, in dem der BRD-Imperialismus eine herausragende Rolle nicht nur hinsichtlich seiner politischen und ökonomischen Stellung, sondern vor allem auch seiner Aggressivität spielt. In diesem Sinne formieren die herrschenden Klassen ihre imperialistischen Gesellschaften, machen sie sozusagen "fit" für die langsam, aber wahrnehmbar eskalierende innerimperialistische Konkurrenz; Stichworte hierfür sind massiver Sozialabbau, die Vernichtung hart erkämpfter sozialer und gewerkschaftli-

cher Rechte insbesondere der Arbeiterklasse, der rasante Abbau demokratischer Rechte bis hin zu Faschisierung (siehe USA) und damit der in Konsequenz verbundene Auf- und Ausbau der Repressionsorgane, die organisierte Entwicklung extrem nationalistischer, chauvinistischer, sogar offen faschistischer Kräfte.

Im Rahmen der so genannten "Neuen Weltordnung" wurde der Krieg wieder zu einem Mittel der Durchsetzung von Politik im Zusammenhang mit imperialistischen ökonomischen wie geostrategischen Interessen. Die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak und der drohende gegen den Iran seien hier wirklich nur als Stichworte angerissen. Diese Kriege haben jedoch auch blutig belegt, dass die innerimperialistischen Widersprüche anwachsen, aus der Konkurrenz der imperialistischen Mächte zunehmend eine immer härter und schärfer geführte Auseinandersetzung unter ihnen wird. Kurzum: die Kriegsgefahr wächst, auch unter den imperialistischen Mächten.

Diese sich zuspitzenden Bedingungen imperialistischer Barbarei, anhaltender Konterrevolution sowie den insgesamt noch viel zu unterentwickelten Klassenkämpfen sowie Kämpfen um nationale Befreiung und antiimperialistische Orientierung, beeinflussen natürlich insbesondere die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen innerhalb dessen, was der Revisionismus von der kommunistischen Bewegung übrig gelassen hat. Hiervon sind alle noch existierenden ideologisch-politischen Strömungen sowie Parteien und andere organisatorische Strukturen betroffen. Dies bedeutet, dass zurzeit folgende Tendenzen zu beobachten sind:

- 1) innerhalb der Parteien und Organisationen, die sich widersprüchlich und mit unterschiedlichem Tempo auf dem revisionistischen Entwicklungsweg befinden, spitzen sich die Widersprüche zum Teil dramatisch zu (Beispiel: Österreich) oder aber sind nicht mehr zu übertünchen und manifestieren sich inzwischen in konkret geführten öffentlichen Debatten, die über den organisatorischen Rand der betroffenen Partei hinausgehen (Beispiel: BRD/DKP). Hierbei ist zu beobachten, dass die Kritik an den jeweiligen revisionistischen Parteiführungen inzwischen nicht mehr nur von marxistisch-leninistischen Kräften innerhalb der betroffenen Organisationen vorgetragen wird. Auch dies ist ein sehr lebendiger Beleg für den fortschreitenden politischideologischen wie organisatorischen Zerfallsprozess des Revisionismus;
- 2) die Konsolidierung der Parteien (z.B. KKE), die ihre Politik auf Basis des Marxismus-Leninismus entwickeln und umsetzen, nimmt immer klarere Züge an. Sie werden damit, obwohl sie sich insgesamt noch in der Minderheit befinden, zu einem kommunistischen Pol nicht nur für die zu erkämpfende Reorganisation der kommunistischen Bewegung, sondern besonders auch für den weltweiten Aufbau einer breiten, demokratischen, antiimperialistischen Front.

"Kritik auf den Knien"

Teil der von mir skizzierten, sich zuspitzenden Widersprüche ist die immer vernehmbarer werdende "Kritik auf Knien" innerhalb der sich auf dem revisionistischen Entwicklungsweg befindlichen Parteien. Dies ist aus meiner Sicht ein Beleg sowohl für die zunehmende ideologisch-politische, organisatorische Schwäche der revisionistischen Kräfte (selbst wenn sie in ihren Parteien und Organisationen noch dominant sind), aber auch der Marxisten-Leninisten. Das wurde innerhalb der kommunistischen Bewegung sowohl auf internationaler Ebene, wie auch in ihrer nationalen Entsprechung immer deutlicher. Ich möchte deshalb für die Situation in der BRD jene Tendenz, auch in ihrer Widersprüchlichkeit, untersuchen. Ich nenne sie "Kritik auf Knien"...

Als Beispiel für eine solche "Kritik auf Knien" können die Positionen genommen werden, die Genosse Hans Heinz Holz in der "jungen Welt" am 8. Januar 2005 ("Richtungskämpfe müssen ausgefochten werden" und am 20. Januar 2005 ("Es gilt, die Einheit der Gegensätze herzustellen") entwickelt hat.

Beide Aufsätze enthalten Richtiges und Kluges, vieles Ungenaues, manches Falsches. Zunächst einmal muss die Forderung des Genossen Holz, dass Richtungskämpfe ausgefochten werden müssen, vorbehaltlos unterstützt werden, zumal die Verkleisterung derselben auch kaum mehr durchzuhalten ist angesichts der fortschreitenden Barbarei des Imperialismus. Daher hat der entsprechende Titel des ersten Textes von Genossen Holz in der "jungen Welt" bei nicht wenigen Genossinnen und Genossen Unterstützung, ja Hoffnung geweckt.

Doch welche Konsequenzen sieht Genosse Holz aus der von ihm erhobenen Forderung und den damit erweckten Erwartungen?

Er beschreibt die internationale kommunistische Bewegung in ihrer massiven Krise und Zerrissenheit. Das ist durchaus richtig. Doch schon bei dieser Beschreibung schleichen sich Ungenauigkeiten und Fehler in seinen Aufsatz. Er baut einen Widerspruch zwischen den kommunistischen Parteien Europas (die sich alle noch nach "der Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion" in einer "tiefe(n) Krise" befänden und jenen aus dem Trikont (wobei er folgende Länder und Regionen besonders hervorhebt: "Indien und Lateinamerika, im Nahen Osten und in Südafrika", wo der "kommunistische Kampfgeist (…) noch ungebrochen" sei. Konkrete Beispiele nennt er nicht. Damit wird das Bild, das Genosse Holz vom derzeitigen Zustand der internationalen kommunistischen Bewegung malt, in einer Mischung aus Ungenauigkeit und Fehlerhaftigkeit gezeichnet.

Zum einen gibt es sehr wohl in Europa kommunistische Parteien, deren "Kampfgeist ungebrochen" ist. Dies sind vor allem die griechischen Genossen der KKE, die portu-

giesischen Genossen der PCP, die schwedischen Genossen der KP oder die belgischen Genossen der PTB. Was diese Parteien – bei manchen Unterschiedlichkeiten in einigen Positionen – eint, ist die Tatsache, dass sie ein festes marxistischleninistisches Fundament besitzen, das sie sich zum Teil im härtesten Kampf mit revisionistischen Kräften innerhalb wie außerhalb ihrer Parteien bewahrt, erneuert oder zurückerkämpft haben.

Und wenn Genosse Holz nebulös Indien als Hort des Kampfgeistes erwähnt, wen meint der dann? Die revisionistische KP Indiens oder zum Beispiel die Genossen des SUCI (wahrscheinlich wohl eher nicht)? Und ist eine Partei, die wie in Südafrika (vom Genossen Holz besonders hervorgehoben) viele neoliberale Winkelzüge der Regierung, die auf Kosten der Arbeiterklasse gehen, unterstützt oder in Zimbabwe offen auf Seiten der konterrevolutionären Opposition zur ZANU-PF steht, die sich bereits vor Jahren parteioffiziell von wesentlichen Grundpositionen des Marxismus-Leninismus sowie den Traditionen der internationalen kommunistischen Bewegung verabschiedet hat, wirklich als "Kraftquell" zu bezeichnen? Im Nahen Osten spielen Kommunisten nur eine Rolle am Rande der Entwicklungen sowie der immer schärfer werdenden antiimperialistischen Kämpfe. Im Irak ist die Führung der dortigen so genannten "Irakischen Kommunistischen Partei" zu billigen Kollaborateuren mit dem US-Imperialismus verkommen. Leider gibt uns Genosse Holz jedoch kein Instrument zur Hand, mit dessen Hilfe wir in der Lage wären, kommunistische "Kraftquellen" im Nahen Osten zu orten. Es wäre wirklich sehr interessant, zu erfahren, welche er erkennen kann und nach welchen Kriterien er sie zum "Kraftquell" erhoben hat.

Und warum schweigt sich Genosse Holz über die Rolle jener Länder (Cuba, VDR Korea, Vietnam, Laos, China) aus, die, von kommunistischen Parteien geführt, am Aufbau des Sozialismus festhalten wollen?

Weitere Aspekte

Es gibt noch eine Reihe weiterer Aspekte in den beiden genannten Aufsätzen des Genossen Holz, die entweder unklar, nebulös, falsch oder eine Mischung aus allem sind. Erwähnen möchte ich nur am Rande, dass er sich mit den Beschreibungen kommunistischer Traditionen, Fehlentwicklungen, Problemen unter den Zwischenüberschriften "Ursprünge der Krise" oder "Kommunistische Identität" nicht nur auf der Ebene von Oberflächlichkeit bewegt, sondern viel mehr Fragen und Probleme in einer Art und Weise "bedient" (Beispiel:"Dieser Weg forderte ungeheure Opfer. Auf ihm wurden auch Verbrechen begangen, die nicht hingenommen und gerechtfertigt werden dürfe. Es gab schließlich eine bürokratische Erstarrung, die die Initiative der Menschen lähmte und die Weiterentwicklung zum Erliegen brachte." Hiermit meint er die notwendige Repression konterrevolutionärer Kräfte in der Sowjetunion vor allem in den 20er und 30er Jahren, die ein Beleg für die Verschärfung des Klassen-

kampfes im Sozialismus, vor allem vor dem Hintergrund des immer stärker werdenden Faschismus in Europa, sind. Das es dabei zu bedauerlichen Fehlern und auch Überspitzungen kam, haben die sowjetischen Kommunisten, so auch Genosse Stalin, als erste angeprangert, kritisiert und korrigiert, die auf einer "schiefen Ebene" an revisionistische Positionen anstoßen.

Bei allen Fragen, die beide Aufsätze aufwerfen, bei allem Richtigen, das zu unterschreiben ist, bei allem Falschen oder Ungenauen, über das diskutiert werden müsstedennoch ist ein roter Faden erkennbar, der sich durch beide Aufsätze (wie auch andere Veröffentlichungen) des Genossen Holz zieht und der typisch für jene lauter vernehmbare Position ist, die ich mit "Kritik auf Knien" bezeichnen würde.

Genosse Holz drückt sich vor einer entscheidenden Positionierung: der Rolle des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung – seine historischen Konsequenzen bis hin zu seinem aktuellen Einfluss. Mehr noch: Revisionismus im klassischen Sinne vermag er anscheinend nicht zu erkennen ("Es wäre falsch, hier einfach von Opportunismus und Reformismus einerseits, von Orthodoxie und Dogmatismus andererseits zu sprechen."). Genosse Holz sowie alle jene, die wie er ihre "Kritik auf Knien" vortragen, verschließen natürlich ihre Augen nicht vor der Tatsache der sich verschärfenden Widersprüche innerhalb vieler kommunistischer Parteien als Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche des Imperialismus.

Im Gegenteil, sie kritisieren in vielen Fragen grundsätzlich die Positionen revisionistischer Parteiführungen und/oder Ideologen. Sie streiten aus ihrer Sicht für eine wirklich revolutionäre Alternative zur Barbarei des Imperialismus, für einen revolutionären Bruch mit diesem System. Sie erfüllt es mit Stolz, in der kämpferischen Tradition der kommunistischen Bewegung zu stehen. Sie positionieren sich daher im Prinzip positiv zum realen Sozialismus, insbesondere der Sowjetunion und DDR.

Sie sehen allerdings (noch) nicht die verheerende Rolle, die der Revisionismus in der kommunistischen Bewegung als Grundvoraussetzung für Spaltung, Konterrevolution, Schwächung, Zerschlagung oder Transformierung zur Sozialdemokratie gespielt hat und noch spielt. Sie sehen (noch) nicht die Zurückdrängung und schließliche Zerschlagung des Revisionismus als notwendig für den Wiederaufbau einer kommunistischen Bewegung, die fest auf den Positionen des Marxismus-Leninismus steht.

Im Gegenteil, Genosse Holz beschwört die "Einheit der Gegensätze"⁶: "Ich wollte zeigen, dass es aus historischen Gründen in der gegenwärtigen Phase der Neuformierung weltpolitischer Fronten zwei Tendenzen im Kampf gegen den Imperialismus

⁶ "junge welt", 20. Januar 2005

gibt: dass diese Tendenzen einen objektiven Widerspruch der Situation widerspiegeln; und dass es für die kommunistische Bewegung verhängnisvoll wäre, wenn nicht beide Tendenzen zusammen das Bewusstsein und die Handlungsbreite kommunistischer Parteien bestimmen: defensiv bis reformerisch (nicht reformistisch!) und offensiv bis revolutionär. Die Dominanz der einen Richtung würde zu einer "Sozialdemokratisierung" führen, die Dominanz der anderen Richtung geriete in die Gefahr eines abenteuerlichen Linksradikalismus." Welch ein Drahtseilakt, den Genosse Holz mit vielen Worten, in vielen Bildern, manchmal nebulös durchzuhalten sucht, nur um nicht mit allen Konsequenzen über die Rolle und Funktion des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung zu sprechen oder sich klar und eindeutig positionieren zu müssen (dabei weiß er sehr gut den Klasseninhalt des Revisionismus einzuschätzen, sonst würde er ja nicht, wie das Zitat belegt, vor einer "Sozialdemokratisierung" der kommunistischen Bewegung bzw. ihrer Partei warnen, falls von ihm als "defensiv bis reformerisch" beschriebene Kräfte die absolute Dominanz hätten)!

Diese Position des Genossen Holz ist jedoch nicht neu: "In vielen Einzelfragen mag es und wird es unterschiedliche Vorstellungen bei Genossinnen und Genossen geben. Sie verdienen Beachtung und Respekt. (...) Der Ausdruck unserer politischen und weltanschaulichen Einheit ist das Programm, das sich die Partei gibt. Darum ist es richtig, dass um die Inhalte des Programms mit höchstem Ernst gerungen wird. (...) Wo Differenzen auftauchen, müssen diese in gegenseitiger Achtung und ohne Rechthaberei ausgetragen werden. (...) Es gibt keine Alternative zur Partei."8 An anderer Stelle wurde Genosse Holz in dieser Hinsicht allerdings noch deutlicher: "Unleugbar ist, dass unter Kommunisten heute konzeptionelle Differenzen bestehen, die auch in kontroversen Publikationen zutage treten. Nicht ideologische Abstempelungen und Verdammungsurteile schaffen diese Situation aus der Welt, sondern nur eine konsequente und solide theoretische Arbeit, die sich mit der Praxis des Klassenkampfes vermittelt. Damit muss die Einheit aller kommunistisch Denkenden das Ziel sein; Zersplitterung der Kommunisten nutzt nur der herrschenden Klasse. Eine polemische Kritik von "links" schwächt den ohnehin schwierigen Konsolidierungsprozess der kommunistischen Partei, der DKP, die die Kerntruppe der "Linken" in Deutschland bildet. Wie wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wissen, haben antikommunistische Geheimdienste sich dies immer wieder zunutze gemacht."9

_

⁷ ebenda

⁸ Hans Heinz Holz: "Die Einheit der Partei und ihr Programm" in UZ, 16. Januar 2004

⁹ Hans Heinz Holz: "Ein Brief an Rosemarie Müller-Streisand" in "Weißenseer Blätter", Nr. 2/2002. Aber Genosse Holz greift sogar – im Einklang und ähnlich wie einige Mitglieder der DKP-Führung, wohl auf Basis ihrer "Informationen" – ganz der Argumentationslinie und Lo-

Genosse Holz und alle, die ihre "Kritik auf Knien" vortragen, haben es jedoch bisher versäumt, zu erklären, wie eine faktische Einheit von Revisionismus und Marxismus-Leninismus in einer Partei dauerhaft "funktionieren" soll, ohne dass diese Partei ihren revolutionären Charakter verliert. Auch ist mir kein geschichtliches Beispiel bekannt, wo dies in etwa über einen längen Zeitraum "funktioniert" hätte. Die Geschichte der PDS sei hier nur als letzte Katastrophe in dieser Hinsicht genannt.

Und: die Identität der Kommunisten ist unmittelbar mit dem Kampf gegen den Revisionismus und jegliche Formen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung (wie auch in den eigenen Reihen) verbunden. Ja, die Gründung der Kommunistischen Parteien als eigenständige revolutionäre Formation der Arbeiterbewegung wäre ohne diese permanente Auseinandersetzung überhaupt nicht erklärlich (und historisch notwendig gewesen). Anders formuliert: ohne diese Auseinandersetzung, verknüpft mit der Verteidigung der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, ist die Existenz von kommunistischen Parteien objektiv überflüssig, ihre Existenzberechtigung stirbt förmlich ab...

DESHALB ist es hier und heute die revolutionärste Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten, in der imperialistischen BRD, also einer Hauptmacht des imperialistischen Europa, mutig und entschlossen auf klaren marxistisch-leninistischen Positionen, ob in einer kommunistischen Formation organisiert oder unorganisiert, gemeinsam einen tatsächlich kommunistischen Pol zu formieren, auf dessen Basis langfristig wieder eine einheitliche, marxistisch-leninistische Kommunistische Partei aufzubauen. Dies ist die Voraussetzung für ein wirkliches und vorwärtsweisendes kommunistisches Eingreifen in die Entwicklung der Klassenkämpfe sowie den Aufbau einer breiten, demokratischen, anti-imperialistischen Volksfront unter Führung der Arbeiterklasse als Voraussetzung für den Sieg der proletarischen, sozialistischen Revolution!

Sozialismus oder Barbarei!

Michael Opperskalski, Köln

gik seines Aufsatzes folgend zur Methodik der Diffamierung, wenn er z.B. den Autor dieses Aufsatzes als "Geheimdienstagenten" zu verunglimpfen versucht hat…

Grundsätze des anti-imperialistischen Kampfes

W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale (Auszug: Punkt 8)

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen müssen die (kommunistischen; d.Red.) Parteien jener Länder, deren Bourgeoisien Kolonien besitzen und andere Nationen unterdrücken, eine besonders klare und eindeutige Linie verfolgen. Jede Partei, die der III. Internationale angehören will, ist verpflichtet, die Machinationen "ihrer" Imperialisten in den Kolonien schonungslos zu entlarven, jede Befreiungsbewegung in den Kolonien nicht in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wahrhaft brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken,

(Quelle: W. I. Lenin: Die große Kraft des Proletarischen Internationalismus; Berlin(Ost), 1973, S. 209/210)

IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1922: Gesamtthesen des IV. Weltkongresses, Abschnitt: Leitsätze zur Orientfrage

1. Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale hat auf Grund der Erfahrung des Sowjetaufbaues im Osten und des Anwachsens der nationalistischrevolutionären Bewegungen in den Kolonien eine allgemeine prinzipielle Darstellung der nationalen Kolonialfrage in der Epoche des langwierigen Kampfes zwischen dem Imperialismus und der proletarischen Diktatur gegeben.

Seit dieser Zeit ist eine bedeutende Verschärfung des Kampfes gegen die imperialistische Bedrückung in den Kolonial- und Halbkolonialländern eingetreten, auf Grund einer Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Nachkrise des Imperialismus. Als Beweis dafür dient:

1) der Bankrott des Friedensvertrages von Sèvres über die Aufteilung der Türkei¹⁰ und die Möglichkeit einer völligen Wiederherstellung ihrer nationalen und politischen Unabhängigkeit;

_

Durch den Vertrag von Sèvres verlor das Osmanische Reich einen Großteil seines Territoriums – <u>Hedschas</u> (1925 von Saudi-Arabien erobert), Armenien und Mesopotamien sollten unab-

- 2) das stürmische, Anwachsen der nationalistisch-revolutionären Bewegung in Indien, Mesopotamien, Ägypten, Marokko, China und Korea;
- 3) die ausweglose innere Krise des japanischen Imperialismus, die im Lande ein rasches Anwachsen der Elemente der bürgerlich-demokratischen Revolution und den jetzigen Übergang des japanischen Proletariats zum selbständigen Klassenkampf hervorruft:
- 4) das Erwachen der Arbeiterbewegung in allen Ländern des Ostens und die Bildung kommunistischer Parteien fast in allen diesen Ländern.

Die aufgezählten Tatsachen sind gleichbedeutend mit einer Veränderung der sozialen Basis der revolutionären Bewegung der Kolonien; diese Veränderung führt zu einer Verschärfung des anti-imperialistischen Kampfes, dessen Leitung somit nicht mehr ausschließlich in den Händen der feudalen Elemente und der nationalen Bourgeoisie verbleibt, die zu Kompromissen mit dem Imperialismus bereit sind.

Der imperialistische Krieg von 1914-18 und die darauf folgende Dauerkrise des Imperialismus - vor allem des europäischen - haben die wirtschaftliche Vormundschaft der Großmächte über die Kolonien geschwächt.

Andererseits haben dieselben Elemente, die zu einer Verengerung der wirtschaftlichen Basis und der politischen Einflußsphäre des europäischen Kapitalismus führten, eine Verschärfung des imperialistischen Konkurrenzkampfes um die Kolonien zur Folge gehabt, und dadurch das Gleichgewicht des ganzen imperialistischen Weltsystems gestört (Der Kampf um die Naphthaquellen, der englisch-französische Konflikt in Kleinasien, die japanisch-amerikanische Rivalität im Stillen Ozean usw.).

hängig werden. Kurdistan sollte gemäß Artikel 62 autonom werden. Gemäß Artikel 64 sollte Kurdistan eventuell die Unabhängigkeit erlangen. Dafür mussten die Kurden innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Vertrags dem Völkerbund nachweisen, dass die Mehrheit der Kurden eine Unabhängigkeit von der Türkei möchte. Ferner würde dann der Völkerbund entscheiden, ob die kurdische Bevölkerung imstande für eine Unabhängigkeit war. Die Ansprüche der Kurden und der Armenier auf anatolischen Boden überschnitten sich mehrfach. In Palästina sollte die "Nationale Heimstätte für das Jüdische Volk" entstehen und zu diesem Zweck Juden in diesem Gebiet angesiedelt werden. Der Vertrag von Sèvres bildete die letzte Stufe mehrerer Verträge, Abkommen und Deklarationen seitens der Entente-Mächte, die den Weltkrieg gewonnen hatten. Der Vertrag wurde durch Bevollmächtigte (Großwesir <u>Damat Ferid</u>) des osmanischen Sultans <u>Mehmed VI.</u> unter heftigem Protest unterzeichnet. Die Ratifizierung des Vertrags durch das Osmanische Parlament erfolgte nie, weil der Sultan das Parlament auflöste. Der Vertrag wurde zudem von der Nationalbewegung unter Mustafa Kemal im Rest der Türkei abgelehnt.

Eben diese Schwächung des imperialistischen Druckes auf die Kolonien hat zusammen mit der ständigen Verschärfung der Rivalität zwischen den verschiedenen imperialistischen Gruppen die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus in den Kolonial- und Halbkolonialländern erleichtert, der über die engen und hemmenden Schranken der imperialistischen Herrschaft der Großmächte hinausgewachsen ist und immer weiter hinauswächst. Bisher war das Kapital der Großmächte bestrebt, die rückständigen Länder vom weltwirtschaftlichen Umsatz zu isolieren, um auf diese Weise seine Monopolrechte auf die Erzielung von Extra-Profiten aus der kommerziellen, industriellen und steuerlichen Ausbeutung dieser Länder sicherzustellen. Die von der nationalistischen Bewegung in den Kolonien aufgestellte Forderung der nationalen und wirtschaftlichen Selbständigkeit ist der Ausdruck für die Bedürfnisse der bürgerlichen Entwicklung in diesen Ländern. Die Aufwärtsbewegung der einheimischen Produktivkräfte in den Kolonien gerät somit in einen unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen des Weltimperialismus, denn das Wesen des Imperialismus besteht in der Ausnutzung der verschiedenen Entwicklungsstufen der Produktivkräfte in den verschiedenen Gebieten der Weltwirtschaft zwecks Erzielung monopolistischer Extra-Profite.

Die Kampfbedingungen

Die Rückständigkeit der Kolonien äußert sich in jener Mannigfaltigkeit nationalistisch-revolutionärer Bewegungen gegen den Imperialismus, die die verschiedenen Stadien des Überganges von feudalen und feudal-patriarchalischen Verhältnissen zum Kapitalismus widerspiegeln. Diese Mannigfaltigkeit drückt der Ideologie dieser Bewegung einen bestimmten Stempel auf. Insoweit der Kapitalismus in den Kolonialländern auf feudaler Grundlage in verkrüppelten und unvollständigen Übergangsformen entsteht und sich entwickelt, die in erster Linie dem Handelskapital zur Vorherrschaft verhelfen, geht auch die Abtrennung der bürgerlichen Demokratie von den feudal-bürokratischen und feudal-agrarischen Elementen häufig auf verwickeltem und langwierigem Wege vor sich. Darin liegt das Haupthindernis für einen erfolgreichen Massenkampf gegen die imperialistische Bedrückung, da der fremdländische Imperialismus in allen rückständigen Ländern die feudale (und zum Teil auch halbfeudale, halbbürgerliche) Oberschicht der einheimischen Gesellschaft zum Werkzeug der Verwirklichung seiner Herrschaft macht (die einheimischen Militärgouverneure -Tuxune in China, die einheimische Aristokratie und die Pächter der Bodensteuer in Indien - Semindare und Talukdare - die feudale Bürokratie und Aristokratie in Persien, die Agrarier und Plantagenbesitzer kapitalistischer Art in Ägypten usw.).

Daher erweisen sich die herrschenden Klassen der Kolonial- und Halbkolonialvölker als unfähig und abgeneigt, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen, soweit dieser Kampf die Form einer revolutionären Massenbewegung annimmt. Nur dort, wo die feudal-patriarchalischen Verhältnisse noch nicht genügend zersetzt sind, um die einheimische Aristokratie von den Volksmassen vollkommen zu trennen, wie beispielsweise bei den Nomaden und Halbnomaden, können die Vertreter dieser Oberschichten als aktive Führer im Kampfe mit der imperialistischen Gewaltpolitik auftreten (Mesopotamien, Mongolei).

In den mohammedanischen Ländern findet die nationale Bewegung anfangs ihre Ideologie in den religiös-politischen Losungen des Panislamismus und dies gewährt den Beamten und Diplomaten der Großmächte die Möglichkeit, die Vorurteile und die Unwissenheit der breiten Massen zum Kampf gegen diese Bewegung auszunützen (das Spiel der englischen Imperialisten mit dem Panislamismus und Panarabismus, die englischen Pläne der Verlegung des Kalifats nach Indien, die Spekulation des französischen Imperialismus mit seinen "mohammedanischen Sympathien"). Doch in dem Maße, wie das Wachstum der nationalen Befreiungsbewegungen sich ausbreitet, werden auch die religiös-politischen Losungen des Panarabismus immer mehr durch konkrete politische Forderungen ersetzt. Der kürzlich in der Türkei ausgefochtene Kampf für die Trennung der weltlichen Macht vom Kalifat bestätigt dies.

Die Hauptaufgabe, die allen nationalrevolutionären Bewegungen gemeinsam ist, besteht in der Verwirklichung der nationalen Einheit und in der Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit. Die reale und folgerichtige Lösung der Aufgabe hängt davon ab, inwieweit diese oder jene nationale Bewegung imstande sein wird, jede Verbindung mit den reaktionären feudalen Elementen abzubrechen und so breite werktätige Massen für sich zu gewinnen und in ihren Programmen den sozialen Forderungen dieser Massen Ausdruck zu verleihen.

Indem die Kommunistische Internationale dem Umstand vollauf Rechnung trägt, dass Träger des Willens der Nation zu staatlicher Selbstständigkeit unter verschiedenen geschichtlichen Verhältnissen die verschiedenartigsten Elemente sein können, unterstützt sie jede national-revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus. Gleichzeitig lässt sie nicht außer Acht, dass nur eine konsequente, revolutionäre Linie, die darauf abzielt, die breiten Massen in den aktiven Kampf hineinzuziehen, und der unbedingte Bruch mit allen Anhängern einer Aussöhnung mit dem Imperialismus, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft, die bedrückten Massen zum Siege zu führen vermag. Die Verbindung der einheimischen Bourgeoisie mit den feudalreaktionären Elementen gestattet den Imperialisten eine weitgehende Ausnützung der feudalen Anarchie, der Rivalität zwischen den einzelnen Führern, Geschlechtern und Stämmen, des Antagonismus zwischen Dorf und Stadt, des Kampfes der Stände und nationalreligiösen Sekten im Interesse einer Desorganisation der Volksbewegung (siehe China, Persien, Kurdistan, Mesopotamien).

Die Agrarfrage

In den meisten Ländern des Ostens (Indien, Persien, Ägypten, Syrien und Mesopotamien) ist die Agrarfrage im Kampfe für die Befreiung vom Joch des Despotismus der Großmächte von hervorragender Bedeutung. Indem der Imperialismus die bäuerliche Mehrheit der rückständigen Nationen ausbeutet und ruiniert, beraubt er sie ihrer elementarsten Existenzmittel, während die schwach entwickelte und nur an einzelne Knotenpunkte des Landes gebundene Industrie nicht imstande ist, den entstehenden Überschuss der Landbevölkerung aufzunehmen, der auch jede Auswanderungsmöglichkeit genommen ist. Die auf ihrem Grund und Boden verbleibenden verarmten Bauern werden zu Hörigen. Wenn in den fortgeschrittenen Ländern die Industriekrisen vor dem Kriege die Rolle eines Regulators der gesellschaftlichen Produktion spielten, so fällt in den Kolonien die Rolle eines solchen Regulators dem Hunger zu. Da der Imperialismus das stärkste Interesse daran hat, bei geringstem Kapitaleinsatz größte Gewinne zu erzielen, unterstützt er in den rückständigen Ländern solange nur irgend möglich die feudalwucherischen Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft. In einigen Ländern, z. B. Indien, übernimmt er das Monopol des einheimischen Feudalstaates auf den Grund und Boden und verwandelt die Grundsteuer in einen Tribut an das großmächtige Kapital und seine Diener – die Semindare und Talukdare; in anderen sichert er sich die Grundrente durch die einheimischen Organisationen des Großgrundbesitzes, z.B. in Persien, Marokko, Ägypten usw.. Der Kampf für die Befreiung des Bodens von den feudalen Abgaben und Schranken nimmt somit den Charakter eines nationalen Befreiungskampfes gegen den Imperialismus und den feudalen Großgrundbesitz an. Als Beispiel können dienen: der Aufstand der Moplah gegen die Gutsbesitzer und Engländer in Indien im Herbst 1921 und der Sikaufstand im Jahre 1922.

Nur die Agrarrevolution, die sich die Expropriation des Großgrundbesitzes zum Ziel setzt, vermag die gewaltigen Bauernmassen in Bewegung zu setzen und ist berufen, einen entscheidenden Einfluss auf den Kampf mit dem Imperialismus auszuüben. Die Angst der bürgerlichen Nationalisten (in Indien, Persien, Ägypten) vor den agrarischen Losungen und ihr Bestreben, sie auf jede Weise zu beschneiden, zeugt von der engen Verbindung der einheimischen Bourgeoisie mit dem feudalen und feudalbürgerlichen Großgrundbesitz du ihrer ideell-politischen Abhängigkeit von Letzterem. Dieses Wanken und Schwanken muss von allen revolutionären Elementen zu systematischer Kritik und zur Entlarvung der Halbheit der bürgerlichen Führer der nationalistische Bewegungen ausgenutzt werden. Gerade diese Halbheit behindert die Organisierung und den Zusammenschluss der werktätigen Massen, wie der Bankrott der Taktik des passiven Widerstandes ("Non-Cooperation") in Indien beweist.

Die revolutionäre Bewegung in den rückständigen Ländern des Ostens kann nicht erfolgreich sein, wenn sie sich nicht auf die Aktionen der breiten Bauernmassen stützt. Daher müssen die revolutionären Parteien aller orientalischen Länder ein klares

Agrarprogramm formulieren, in dem die völlige Beseitigung des Feudalsystems und seiner Überbleibsel in Form von Großgrundbesitz und Grundsteuerpacht gefordert werden muss. Zwecks aktiver Heranziehung der Bauernmassen zum Kampfe für die nationale Befreiung muss eine radikale Änderung der Grundlagen der Bodenbesitzrechte propagiert werden; ebenso ist es notwendig, die bürgerlich-nationalen Parteien zu zwingen, sich dieses revolutionäre Agrarprogramm in weitestgehendem Maße zu eigen zu machen.

Die Arbeiterbewegung im Osten

Die junge Arbeiterbewegung im Osten ist ein Produkt der Entwicklung des einheimischen Kapitalismus der letzten Zeit. Bisher befindet sich dort die Arbeiterklasse, selbst wenn man ihre fortgeschrittensten Elemente ins Auge fasst, noch in einem Übergangsstadium, noch auf dem Wege von zünftigem Kleinhandwerk zur großkapitalistischen Fabrik. Soweit die bürgerlich-nationalistische Intelligenz die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in der Kampf gegen den Imperialismus hineinzieht, leiten ihre Vertreter anfangs auch die aufkeimenden gewerkschaftlichen Organisationen und der Aktionen. Anfangs geht das Proletariat bei solchen Aktionen nicht über den Rahmen der "allgemeinen nationalen" Interessen der bürgerlichen Demokratie hinaus (siehe die Streiks gegen die imperialistische Bürokratie und Administration in China und Indien). Häufig kommt es vor - schon der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale hat darauf hingewiesen -, dass die Vertreter des bürgerlichen Nationalismus unter moralischer Ausnutzung der politischen Autorität Sowjetrusslands und in Anpassung an den Klasseninstinkt der Arbeiter ihre bürgerlichdemokratischen Bestrebungen in eine "sozialistische" und "kommunistische" Form kleiden, um auf diese Weise, zuweilen ohne sich selbst dessen bewusst zu sein, die ersten aufkeimenden proletarischen Vereinigungen von den unmittelbaren Aufgaben einer Klassenorganisation abzulenken (so die Partei Eschil-Ordu, die den Pantürkismus in der Türkei kommunistisch verbrämt hat, so der "Staatssozialismus", der von einigen Vertretern der Partei "Kou-Min-Tan" in China gepredigt wird).

Trotzdem hat sowohl die gewerkschaftliche, als auch die politische Bewegung der Arbeiterklasse in den rückständigen Ländern im Laufe der letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Die Bildung selbständiger proletarischer Klassenparteien fast in allen Ländern des Ostens ist eine bedeutsame Tatsache, wenn auch die überwältigende Mehrheit dieser Parteien noch eine große innere Arbeit leisten muss, um sich von Dilettantismus, Sektiererei und vielen anderen Mängeln zu befreien. Der Umstand, dass die Kommunistische Internationale von Anfang an die Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung im Osten gebührend gewürdigt hat, ist eine ungemein bedeutungsvolle Tatsache, denn in ihr findet die wahrhafte internationale Vereinigung der Proletarier der ganzen Welt unter dem Banner des Kommunismus beredten Ausdruck.

Die 2. und 2 Internationale haben bisher noch in keinem einzigen rückständigen Lande Anhänger gefunden, eben deshalb, weil sie gegenüber dem europäischamerikanischen Imperialismus nur die Rolle seiner "Angestellten" spielen.

Die allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Parteien im Osten

Während die bürgerlichen Nationalisten die Arbeiterbewegung von dem Standpunkt aus beurteilen, ob sie für den Sieg des Bürgertums von Wichtigkeit ist, bewertet das internationale Proletariat die junge Arbeiterbewegung des Ostens vom Standpunkt ihrer revolutionären Zukunft. Unter der Herrschaft des Kapitalismus können die rückständigen Länder der Errungenschaften der modernen Technik und Kultur nicht teilhaftig werden, ohne durch ihre barbarische Ausbeutung und Bedrückung an das Kapital der Großmächte einen gewaltigen Tribut zu entrichten. Das Bündnis mit dem Proletariat der fortgeschrittenen Länder diktieren ihnen nicht nur die Interessen des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus, sondern auch die Tatsache, dass die Arbeiter des Ostens nur von dem siegreichen Proletariat der fortgeschrittenen Länder eine uneigennützige Hilfe für die Entwicklung ihrer zurückgebliebenen Produktivkräfte erhalten werden. Das Bündnis mit dem Proletariat des Westens bahnt den Weg zur internationalen Föderation der Sowjetrepubliken. Die Sowjetordnung bildet für die rückständigen Volker die schmerzloseste Übergangsform von den primitiven Existenzbedingungen zur Hochkultur des Kommunismus, die berufen ist, in der ganzen Weltwirtschaft die kapitalistische Produktions- und Distributionsmethode zu ersetzen. Davon zeugt die Erfahrung des Sowjetaufbaus in den befreiten Kolonien des russischen Reiches. Nur die Sowjetform der Regierung ist imstande, eine konsequente Durchführung der bäuerlichen Agrarrevolution zu sichern. Die spezifischen Bedingungen der Landwirtschaft in einem bestimmten Teil der Orientländer (künstliche Bewässerung), die früher durch die eigenartige Organisation einer kollektiven Arbeitsgemeinschaft auf feudalpatriarchalischer Grundlage aufrechterhalten, später vom System kapitalistischen Raubbaus untergraben wurden, fordern ebenfalls eine staatliche Organisation, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen in planmäßiger und organisierter Form nachzukommen vermag. Infolge der besonderen klimatischen und speziellen geschichtlichen Verhältnisse werden Genossenschaften der Kleinproduzenten im Osten überhaupt keine bedeutende Rolle in der Übergangszeit spielen.

Die objektiven Aufgaben der kolonialen Revolution sprengen schon deshalb den Rahmen der bürgerlichen Demokratie, weil ein entscheidender Sieg dieser Revolution unvereinbar ist mit der Herrschaft des Weltimperialismus. Wenn ursprünglich die einheimische und die bürgerliche Intelligenz die Vorkämpfer der kolonialen revolutionären Bewegungen sind, so beginnt mit der Einbeziehung der proletarischen und halbproletarischen bäuerlichen Massen in diese Bewegungen die Abkehr der großbürgerlichen und bürgerlich-agrarischen Elemente von der Bewegung in dem Maße, wie

die sozialen Interessen der unteren Volksschichten in den Vordergrund treten. Dem jungen Proletariat der Kolonien steht noch ein langer Kampf im Verlaufe einer ganzen geschichtlichen Epoche bevor- der Kampf mit der imperialistischen Ausbeutung und mit seinen eigenen herrschenden Klassen, die alle Vorteile der industriellen und kulturellen Entwicklung in ihrem Besitz zu monopolisieren und die breiten werktätigen Massen in ihrem früheren "prähistorischen" Zustand festzuhalten suchen.

Dieser Kampf um den Einfluss bei den bäuerlichen Massen muss für das einheimische Proletariat als Vorbereitung für die Rolle des politischen Führers dienen. Erst wenn es diese Arbeit an sich selbst und an den ihm nächststehenden Gesellschaftsschichten vollzogen hat, wird es imstande sein, gegen die bürgerliche Demokratie aufzutreten, die unter den Verhältnissen des rückständigen Ostens einen noch viel heuchlerischeren Charakter trägt als im Westen.

Die Weigerung der Kommunisten der Kolonien, am Kampf gegen die imperialistische Vergewaltigung teilzunehmen, unter Vorgabe angeblicher "Verteidigung" selbständiger Klasseninteressen, ist Opportunismus schlimmster Sorte, der die proletarische Revolution im Osten nur diskreditieren kann. Als nicht minder schädlich muss auch der Versuch bezeichnet werden, dem Kampf für die dringendsten und alltäglichen Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der "nationalen Einigung" oder des "Burgfriedens" mit den bürgerlichen Demokraten fernzubleiben. Die Kommunistischen Arbeiterparteien der kolonialen und halbkolonialen Länder stehen vor einer zweifachen Aufgabe; einerseits kämpfen sie für eine möglichst radikale Lösung der Aufgaben einer bürgerlich-demokratischen Revolution, die auf die Eroberung der staatspolitischen Unabhängigkeit gerichtet ist; andererseits organisieren sie die Arbeiter- und Bauernmassen zum Kampfe für ihre besonderen Klasseninteressen, wobei sie alle Gegensatze im nationalistischen bürgerlich-demokratischen Lager ausnützen. Durch Aufstellung sozialer Forderungen lösen sie die revolutionäre Energie aus, die in den bürgerlich-liberalen Forderungen keinen Ausweg findet, und spornen ihre Entwicklung an. Die Arbeiterklasse der Kolonien und Halbkolonien muss sich bewusst sein, dass nur die Erweiterung und Vertiefung des Kampfes gegen das imperialistische Joch der Großmächte ihr die Rolle eines revolutionären Führers zu sichern vermag, und umgekehrt ist nur die wirtschaftliche und politische Organisierung und politische Erziehung der Arbeiterklasse und der halbproletarischen Schichten imstande, den revolutionären Schwung des Kampfes gegen den Imperialismus zu vergrößern.

Die kommunistischen Parteien der kolonialen und halbkolonialen Länder des Ostens, die sich noch mehr oder minder in einem Embryonalzustande befinden, müssen an jeder Bewegung teilnehmen, die ihnen Zutritt zu den Massen eröffnet. Dessen ungeachtet müssen sie einen energischen Kampf führen gegen die patriarchalischen und zünftigen Vorurteile und gegen die bürgerliche Ideologie, die in den Arbeiter-

Verbänden vorherrscht, um diese unentwickelten Formen der Gewerkschaftsorganisation vor reformistischen Tendenzen zu bewahren und sie in Kampforgane der Massen zu verwandeln. Sie müssen alle Anstrengungen machen zur Organisierung der zahlreichen landwirtschaftlichen Tagelöhner und Tagelöhnerinnen und Lehrlinge beiderlei Geschlechts auf dem Boden des Schutzes ihrer Tagesinteressen.

Die anti-imperialistische Einheitsfront

Wenn im Westen unter den Verhältnissen einer Übergangsperiode, die mit einer organisierten Ansammlung der Kräfte verbunden ist, die Losung der proletarischen Einheitsfront aufgestellt wurde, so muss im kolonialen Osten gegenwärtig die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront betont werden. Die Zweckmäßigkeit dieser Losung ergibt sich aus der Perspektive eines dauernden und langwierigen Kampfes mit dem Weltimperialismus, der die Mobilisierung aller revolutionären Elemente erfordert. Diese Mobilisierung ist umso notwendiger, als die einheimischen herrschenden Klassen geneigt sind, mit dem ausländischen Kapital Kompromisse zu schließen, die sich gegen die Lebensinteressen der Volksmassen richten. Und wie die Losung der proletarischen Einheitsfront im Westen zur Entlarvung des sozialdemokratischen Verrates an den Interessen des Proletariats beigetragen hat und weiter noch beiträgt, so wird die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront zur Entlarvung des Schwankens der einzelnen Gruppen des bürgerlichen Nationalismus beitragen. Diese Losung wird auch die Entwicklung des revolutionären Willens und die Klärung des Klassenbewusstseins der werktätigen Massen fördern und sie in die vordersten Reihen der Kämpfer nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Überbleibsel des Feudalismus stellen.

Die Arbeiterbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern muss sich vor allem die Stellung eines selbständigen revolutionären Faktors in der antiimperialistischen Gesamtfront erkämpfen. Erst wenn ihr diese selbständige Bedeutung zuerkannt wird und sie sich dabei ihre politische Unabhängigkeit bewahrt, sind zeitweilige Verständigungen mit der bürgerlichen Demokratie zulässig und notwendig. Das Proletariat unterstützt und stellt auch selbst Teilforderungen auf, wie z. B. die Forderung einer unabhängigen demokratischen Republik, die Beseitigung der Rechtlosigkeit der Frauen usw., insofern das gegenwärtig bestehende Kräfteverhältnis es ihm nicht gestattet, die Verwirklichung seines Sowjetprogramms zur Gegenwartsaufgabe zu machen. Gleichzeitig sucht es seinerseits Losungen aufzustellen, die die Herstellung einer politischen Verbindung der bäuerlichen und halbproletarischen Massen mit der Arbeiterbewegung fördern. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Politik der anti-imperialistischen Einheitsfront, den breiten werktätigen Massen die Notwendigkeit eines Bündnisses mit dem internationalen Proletariat und mit den Sowjetrepubliken klarzumachen. Die koloniale Revolution kann nur zusammen mit der proletari-

schen Revolution in den hochentwickelten Ländern siegen und ihre Eroberungen behaupten.

Die Gefahr einer Verständigung zwischen dem bürgerlichen Nationalismus und einer oder mehreren sich einander befehlenden imperialistischen Mächten ist in halbkolonialen Ländern (China, Persien), in den Ländern, die um ihre staatliche Selbständigkeit ringen, infolge der Rivalität der Imperialisten untereinander (Türkei) weitaus größer als in den Kolonien. Ein jedes derartiges Abkommen bedeutet Steine recht ungleiche Teilung der Macht zwischen den einheimischen herrschenden Klassen und dem Imperialismus und belässt unter dem Deckmantel einer formalen Selbständigkeit das Land in seiner früheren Lage eines halbkolonialen Pufferstaates im Dienste des Weltimperialismus. Die Arbeiterklasse kann die Zulässigkeit und die Notwendigkeit von teilweisen und zeitweiligen Kompromissen zur Herstellung einer Atempause in dem revolutionären Befreiungskampf für den Imperialismus anerkennen, muss aber mit absoluter Unversöhnlichkeit gegen jeden Versuch einer offenen oder versteckten Teilung der Macht zwischen dem Imperialismus und den einheimischen herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung der Klassenprivilegien der letzteren auftreten. Die Forderung eines engen Bündnisses mit der proletarischen Sowjetrepublik ist das Wahrzeichen der anti-imperialistischen Einheitsfront, Zugleich mit der Aufstellung dieser Losung muss der entschiedenste Kampf geführt werden für die weitestgehende Demokratisierung des politischen Regimes, um die in politischer und sozialer Hinsicht reaktionärsten Elemente ihrer Stütze im Lande zu berauben und den Werktätigen organisatorische Freiheit im Kampf für ihre Klasseninteressen zu sichern (für die Forderungen: demokratische Republik, Agrarreform, Steuerreform, Organisierung des Verwaltungsapparates auf der Grundlage weitgehender Selbstverwaltung, Arbeitergesetzgebung, Schutz der Kinderarbeit, Mutter- und Kinderschutz usw.). Sogar in der unabhängigen Türkei genießt die Arbeiterklasse keine Koalitionsfreiheit, was für das Verhalten der bürgerlichen Nationalisten gegenüber dem Proletariat bezeichnend ist,

Die Aufgaben des Proletariats der Länder am Stillen Ozean

Die Notwendigkeit einer Organisierung der anti-imperialistischen Einheitsfront ist weiter auch durch die ständige und ununterbrochene Verschärfung der imperialistischen Rivalität bedingt. Diese Rivalität halt gegenwärtig ein so akutes Stadium erreicht, dass ein neuer Weltkrieg, dessen Schauplatz der Stille Ozean sein wird, unvermeidlich ist, sofern die internationale Revolution dem nicht zuvorkommt.

Die Washingtoner Konferenz war ein Versuch, die drohende Gefahr zu bannen, in Wirklichkeit hat sie jedoch die imperialistischen Gegensätze nur vertieft und zugespitzt. Der jüngste Kampf zwischen Wu-Pei-Fu und Tschan-Tso-Lin in China war eine direkte Folge des missglückten Versuches des japanischen und angloamerikanischen Kapitalismus, die gegenseitigen Interessen in Washington in Einklang

zu bringen. In dem die Welt bedrohenden neuen Krieg werden nicht nur Japan, Amerika und England, sondern auch andere kapitalistische Staaten (Frankreich, Holland u. a.) verwickelt werden. Er droht noch größere Zerstörungen anzurichten als der Krieg von 1914-18.

Die Aufgabe der Kommunistischen Parteien der kolonialen und halbkolonialen Länder am Stillen Ozean hat in einer energischen Propaganda, die den Massen die Gefahr klar macht, sie zum aktiven Kampf für die nationale Befreiung aufruft, und auf der Orientierung nach Sowjetrussland als dem Schutzwall aller bedrückten und ausgebeuteten Massen zu bestehen.

Die Kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder Amerika, Japan, England, Australien und Kanada sind verpflichtet, sich angesichts der drohenden Gefahr nicht nur auf eine Propaganda gegen den Krieg zu beschränken, sondern alle Anstrengungen zur Beseitigung der Faktoren zu machen, die die Arbeiterbewegung in diesen Ländern desorganisieren und die Ausnützung der Gegensätze zwischen den Nationen und Rassen durch die Kapitalisten verstärken.

Diese Faktoren sind: die Einwanderungsfrage und die Frage der billigen farbigen Arbeitskräfte.

Das Kontraktsystem bildet noch heute die Hauptmethode für die Anwerbung farbiger Arbeiter auf den Zuckerplantagen im südlichen Teil des Stillen Ozeans, wohin die Arbeiter aus China und Indien gebracht werden. Dieser Umstand veranlasste die Arbeiter der imperialistischen Länder, eine Einführung von Gesetzen gegen die Einwanderung und gegen die farbigen Arbeiter zu fordern, sowohl in Amerika als auch in Australien. Diese Gesetze vertiefen den Gegensatz zwischen den farbigen und den weißen Arbeitern, zersplittern und schwächen die Einheit der Arbeiterbewegung.

Die Kommunistischen Parteien Amerikas, Kanadas und Australiens müssen eine energische Kampagne führen gegen die Gesetze zur Verhinderung der Einwanderung und müssen den proletarischen Massen dieser Länder klarmachen, dass solche Gesetze, indem sie den Rassenhass schüren, letzten Endes ihnen selbst zum Schaden gereichen.

Andererseits verzichten die Kapitalisten auf Gesetze gegen die Einwanderung, um die freie Einfuhr billiger farbiger Arbeitskräfte zu ermöglichen und auf diese Weise die Arbeitslöhne der weißen Arbeiter herabzudrücken. Diese Absicht der Kapitalisten, zum Angriff überzugehen, kann nur durch ein Mittel erfolgreich vereitelt werden – die einwandernden Arbeiter müssen in die bestehenden Gewerkschaften der weißen Arbeiter aufgenommen werden. Gleichzeitig muss gefordert werden, dass die Entlohnung der farbigen Arbeiter den Arbeitslöhnen weißen Arbeiter gleichgestellt wird. Ein solcher Schritt der Kommunistischen Parteien wird die Absichten der Kapitalisten

entlarven und den farbigen Arbeitern gleichzeitig anschaulich zeigen, dass das internationale Proletariat keine Rassenvorurteile kennt.

Zur Durchführung der erwähnten Schritte müssen die Vertreter revolutionären Proletariats der Länder des Stillen Ozeans eine ozeanische Konferenz einberufen, um die richtige Taktik auszuarbeiten und die entsprechenden organisatorischen Formen zu einer tatsächlichen Einigung des Proletariats aller Rassen am Stillen Ozean zu finden.

Die Aufgaben der Parteien der Metropolen in den Kolonien

Die außerordentliche Bedeutung der kolonialen Revolutionsbewegungen für die internationale proletarische Revolution macht es notwendig, dass die Arbeit in den Kolonien gesteigert wird, vor allem seitens der kommunistischen Parteien der imperialistischen Mächte.

Der französische Imperialismus gründet alle seine Berechnungen auf die Unterdrückung des proletarischen Revolutionskampfes in Frankreich und Europa durch Ausnützung seiner kolonialen Arbeiter als Kampfreserve der Konterrevolution. Der englische und der amerikanische Imperialismus fahren noch immer fort, die Arbeiterbewegung zu spalten, indem sie die Arbeiteraristokratie auf ihre Seite bringen durch das Versprechen, ihr einen bestimmten Anteil an den aus der kolonialen Ausbeutung gezogenen Extraprofiten zuzuweisen.

Jede kommunistische Partei der kolonialbesitzenden Länder muss die Aufgabe übernehmen, eine systematische ideelle und materielle Hilfe für die proletarische und revolutionäre Bewegung in den Kolonien organisieren. Die quasi-sozialistischen kolonisatorischen Tendenzen einiger Kategorien gut bezahlter europäischer Arbeiter in den Kolonien müssen entschlossen und hartnäckig bekämpft werden. Die europäischen kommunistischen Arbeiter in den Kolonien müssen die einheimischen Proletarier zu organisieren suchen und ihr Vertrauen durch konkrete wirtschaftliche Forderungen erobern (Anpassung des Arbeitslohnes der eingeborenen Arbeiter auf die Entlohnung der europäischen Arbeiter, Arbeitsschutz, Versicherung usw.) Die Schaffung gesonderter europäischer kommunistischer Organisationen in den Kolonien (Ägypten, Algier) ist eine versteckte Form der Kolonisierung und unterstützt nur die Interessen der Imperialisten. Jeglicher Aufbau von kommunistischen Organisationen auf Grund des nationalen Merkmals widerspricht den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Alle Parteien der Kommunistischen Internationale sind verpflichtet, den breiten werktätigen Massen die ganze Wichtigkeit des Kampfes gegen die imperialistische Herrschaft in den rückständigen Ländern klarzumachen. Die kommunistischen Parteien, die in den Ländern der Großmächte arbeiten, müssen aus dem Bestande ihrer Zentralkomitees ständige Kolonialkommissionen zur Verfolgung der erwähnten Ziele bilden. Die Hilfe der Kommunistischen Internationale muss sich vor allem in einer Unterstützung zur Organisierung des Pressewesens, zur Herausgabe von periodischen Druckerzeugnissen und von Organen in den Landessprachen äußern. Besondere Aufmerksamkeit muss der Arbeit unter den europäischen Arbeiterorganisationen und unter den Okkupationstruppen in den Kolonien zugewandt werden. Die kommunistischen Parteien der Länder der Großmächte dürfen keine Gelegenheit zur Entlarvung der räuberischen Kolonialpolitik ihrer imperialistischen Regierungen, sowie der bürgerlichen und reformistischen Parteien unbenutzt lassen.

Quelle: Abschnitt "Leitsätze zur Orientfrage" der Gesamtthesen des IV. Weltkongresses der "Kommunistischen Internationale", Moskau 1922. Veröffentlicht in: "Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", 1923, Verlag der Kommunistischen Internationale 1923 (Original vorhanden!)

Michael Opperskalski: Imperialismus und Krieg, Klassenkämpfe heute - eine Analyse zur Rolle des politischen Islam

"Gott ändert nichts am Schicksal eines Volkes, solange das Volk sich nicht selbst geändert hat" (Koran, Sure 13/11)

Seit dem Sieg der antiimperialistischen iranischen Volksrevolution 1979 hält die Diskussion um die Rolle des Islam als politischer Katalysator gesellschaftlicher Prozesse an, hat in den letzten Jahren sogar an Intensität und Brisanz zugenommen. Dies um so mehr, da der Sieg der "islamischen Revolution" im Iran Bewegungen des politischen Islam in der gesamten Region ermutigt und gestärkt hatte. Betrachten wir Entwicklungen im Libanon, Irak oder den Golfstaaten so wird zudem deutlich, dass der geostrategische Einfluss des Iran als Regionalmacht seit der nordamerikanischen Aggression gegen den Irak im Jahr 2003 deutlich zugenommen hat.

Es geht also – zusammengefasst – um die Rolle des politischen Islam im Rahmen nationaler Klassenkämpfe wie auch in regionalen und internationalen antiimperialistischen Kämpfen. Dieser Aufsatz soll einige, wichtige Anregungen zur Verwissenschaftlichung der Diskussionen unter den Linken, insbesondere der Kommunisten, liefern. Das hat sehr gute Gründe...

Auch Linke und sogar solche, die sich selber als Kommunisten verstehen, argumentieren bezüglich der Rolle des politischen Islam in den antiimperialistischen Kampfes objektiv analog imperialistischer Positionen und Desinformationen. Dies konnte man sogar in der "offen-siv" (Nr. 2/09) nachlesen: "Seitdem sich der Kapitalismus histo-

risch durchgesetzt hat, wird dieser von Links und Rechts bekämpft. Die Kommunisten erkennen seine dialektische Entwicklung und wollen die positiven Errungenschaften übernehmen, um zum Sozialismus voranzuschreiten. Und es gibt die Gegenaufklärung. Sie besteht aus Feinden des Lebens. Sie wollen die Uhr bis zum Mittelalter zurückdrehen", schreibt der Autor Franz Siklosi in einem Schlüsselsatz, der zwar sehr verklausuliert ist, aber dennoch in der Gesamtbetrachtung seines Artikels aufgelöst wird. Für ihn sind nämlich die "Feinde des Lebens" nicht die Barbaren des Imperialismus, sondern unterschiedslos und undifferenziert, damit unmarxistisch, alle Vertreter des politischen Islam. Siklosi verklausuliert, wohl weil er sich selber als "linker" Kritiker der DKP versteht. Vertreter der DKP-Führung sind da wesentlich offener und direkter, gehen aber im Kern von der gleichen Ausgangsposition aus: "Nein, wir wollen und können mit einer Schwarz-Weiß-Darstellung dessen, was im Irak vorgeht, nicht dienen. (...) Im Irak kämpfen zwei terroristische Zentren, der imperialistische Block unter Führung der USA und der politische Islamismus, um Herrschaft und Einfluss. Sie tun dies auf dem Rücken des irakischen Volkes", schreibt die Wochenzeitung der DKP, UZ, im Namen der Redaktion am 19.11.04 und denunziert gleich wenige Zeilen weiter iene, die diese Weltsicht nicht teilen als "Linkssektierer" sowie die "geistige Allianz von "Ultralinken" und religiös Wahnsinnigen". Wo solche Positionen vertreten werden, darf Robert Steigerwald ganz offensichtlich nicht fehlen, wenn er diese Positionierung quasi ideologisch "absichert": "Ende Januar hat sich in Beirut (siehe dazu ausführlich: "offen-siv", Nr.2/09, d.Verf.) ein eigenartiges Bündnis zusammengeschoben, über das österreichische "Antiimperialisten" im Internet berichten. Unter der Überschrift: "Islamische und linke Antiimperialisten vereinigen sich" steht da u.a.: "Der stellvertretende Generalsekretär der Hizbollah, Scheich Naim Kassem, drückte in der Eröffnungssitzung den gemeinsamen Geist aus: Es existieren heute lediglich zwei Blöcke in dieser Welt. Der des US-Imperialismus und seiner Alliierten und auf der Gegenseite der Widerstand ungeachtet seiner ideologischen, kulturellen oder religiösen Verwurzelung. Der Widerstand muss vereint gegen seinen gemeinsamen Feind auftreten und dies ist nur möglich, indem seine Vielfältigkeit respektiert wird.' Dieses Treffen wurde von den "Antiimperialisten" euphorisch als Signal begrüßt, Schritte zu einer breiten internationalen 'antiimperialistischen Front' zu gehen. Wie ist so etwas einzuschätzen? Wie sollten sich Marxisten in einer solchen Situation verhalten? Der Sachverhalt ist: Leute, die sich als "Linke" bezeichnen, gehen hier mit Vertretern reaktionärer Kräfte zusammen. Die Klassenfrage bleibt wie die reaktionären Gesellschaftsvorstellungen dieser Islamisten völlig unbeachtet." Ähnliche Positionierungen lassen sich auch bei anderen DKP-Führungsvertretern leicht finden. Inhaltlich jedoch unterscheiden sich die zitierten Einschätzungen des politischen Islam durch die DKP kaum - und selbst die Wortwahl riecht nach Identität von den Ideologen und Propagandisten des Imperialismus - von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", hinter der ja angeblich immer ein kluger Kopf steckt, bis hin zu den üblich Verdächtigen der "Bild-Zeitung.

Es handelt sich aber wohl nicht um Eintagsfliegen einzelner Funktionäre, sondern ganz offensichtlich um die Einschätzung der DKP als Partei – auch wenn es Genossinnen und Genossen gibt, die diese Einschätzung nicht teilen und kritisieren. Das sind dann wohl auch Genossinnen und Genossen, die von den DKP-Offiziellen in Anführungsstrichen geschrieben werden, weil man wohl ganz offensichtlich all jenen, die die zitierten Einschätzungen nicht teilen können, ihre linken, marxistischen oder marxistisch-leninistischen Grundpositionen in Frage stellen, sie "verdächtig" machen möchte.

Da sich Robert Steigerwald selber wohl auf der Höhe theoretischer Einschätzung sieht und von den fernen Höhen dieses Elfenbeinturms scheinbar sehr prinzipiell, aber wohl eher platt-demagogisch, die Klassenfrage stellt, sei in an dieser Stelle gefragt, ob dieser Turm so hoch ist, dass er nicht mehr erkennen kann oder will, dass die DKP fern davon ist, bei der Partei Die Linke jede Art von Klassenfrage zu stellen...

Die DKP geht jedoch noch einen Schritt weiter. Die zitierten Positionen führen sie objektiv weg von prinzipiellen Positionen des Antiimperialismus. Dies ist belegbar, schaut man sich die strategische Unterstützung für die so genannte "Irakische Kommunistische Partei" an, die zu einer Quislingsorganisation des US-Imperialismus verkommen ist. Schon kurz nach der zionistisch-israelischen Aggression gegen den Libanon 2006 forderte die DKP im Namen ihres Vorsitzenden eine Beendigung des Aggressionskrieges auf Basis der schon in den ersten Kriegsstunden öffentlich gewordenen UN-"Lösungsvorschlägen". Diese "Lösungen" sollten darauf abzielen, die imperialistischen Kriegsziele am Verhandlungstisch durchzusetzen: eine Entwaffnung des Widerstandes und eine imperialistisch-zionistische Dominanz über das Zedernlandes. Ganz offensichtlich hat sich die DKP der Erkenntnis verschlossen, dass von der UN nichts anderes als ein Instrument des Imperialismus übrig geblieben ist und wenn auch nur als zahnloser Tiger. Als Gaza zerbombt wurde verweigerte sich die DKP einer prinzipiellen Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand und machte u.a. die Hamas faktisch für die zionistische Aggression verantwortlich, während sich die Marxisten der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) Seite an Seite mit Kämpfern der Hamas, des Islamischen Djihad und anderer Palästinenserorganisation sich mit der Waffe in der Hand den zionistischen Aggressoren in den Weg stellten. All dies ist beweis- und belegbar, nachzulesen in Publikationen der DKP, auch im Internet. Und diese Liste könnte noch hinsichtlich anderer antiimperialistischer Kämpfe verlängert werden...

Tatsache scheint mir deshalb zu sein: die notwendige Diskussion über Grundsatzfragen der Bündnispolitik und damit auch über die Rolle des politischen Islam muss geführt werden, besonders auch in der "offen-siv".

Rückblende

Nähern wir uns nach diesen einführenden Worten nun der Thematik. Doch leisten wir uns zunächst eine kleine historische Rückblende. Die Klischees, die in den bürgerlichen Medien – nicht nur - der Bundesrepublik über den politischen Islam nach dem Sieg der antiimperialistischen Volksrevolution im Iran in den schwärzesten Farben gezeichnet wurden, sind inzwischen gängig, wurden faktisch zur Blaupause für ähnliche Propagandabilder zum Beispiel aktuell zur Hizbollah im Libanon oder der Hamas in Palästina; Islam bedeute, so hieß es 1979, "Zurück ins Mittelalter", "Fanatiker der Macht" und vor allem die unkontrollierte Bedrohung "unserer Ölquellen im Mittleren und Nahen Osten". Der "greise Fanatiker Chomeini" wurde deshalb schon 1979 schon zum Alibi für Benzinpreiserhöhungen.

Für den indischen "Islamforscher" Dr. Surindar Suri ging die Bedrohung sogar noch tiefer: "Die Fragen, die sich aus der islamischen Revolution in Iran ergeben, reichen über die Zukunft dieses Landes weit hinaus. In der Tat steht nichts Geringeres auf dem Spiel als die künftige Gestaltung unserer Zivilisation".(1) Zbigniew Brzezinski, Ex-Sicherheitsberater der USA, umriss das Problem mit strategischen Gesichtspunkten: "Entlang der Küsten des Indischen Ozeans erstreckt sich bogenförmig eine Krisenzone mit zerbrechlichen sozialen und politischen Strukturen in einer Region, die für uns von vitaler Bedeutung ist, und der Zerstückelung droht. Es besteht die Gefahr, dass das daraus folgende politische Chaos Elementen zugute kommt, die unseren Werten feindlich gesonnen sind, mit unseren Gegnern aber sympathisieren."(2)

Ich glaube, bereits mit diesen Zitaten aus der unmittelbaren Phase nach dem Sieg der antiimperialistischen Volksrevolution im Iran wird deutlich, dass es den imperialistischen Strategen bei der Einschätzung der viel diskutierten "Renaissance des Islam" weniger um die Einschätzung dieser Religion geht, als um die Eindämmung zutage getretener Potenzen, die der Herrschaft des Imperialismus in dieser Region gefährlich werden könnten. John Laffin bestätigte diese Aussage sehr offen: "Würde sich islamisches Verhalten auf religiöse Aktivitäten beschränken, egal wie begünstigend das ausfallen mag, so könnte man dies tolerieren. Ich muss aber nochmals betonen, dass der Islam nicht nur eine Religion ist."(3) Und hier zieht sich nun der imperialistische rote Faden von 1979 ins dreißig Jahre spätere 2009, allerdings vor dem Hintergrund der "Zeitenwende" der siegreichen Konterrevolution in den sozialistischen Ländern Europas sowie der daraus folgernd vom Imperialismus deklarierten so genannten "Neuen Weltordnung" der imperialistischen Barbarei.

Der 11. September als weiter "Einschnitt"

Seit dem 11. September 2001 scheint eine neue Epoche angebrochen zu sein, die angeblich von einer internationalen Bedrohung durch den Terrorismus gekennzeichnet wird. Bombenanschläge in Indonesien, Tschetschenien oder Europa, Selbstmordattentate im Nahen Osten – das alles sind blutig durch die Medien geisternde Horrorszenarien, die angeblich gegen uns alle gerichtet sind. Hat sich also eine "extremistische islamistische Internationale" gegen die "westliche Zivilisation" verschworen?

"Ja!" – schreien uns als Antwort die einflussreichsten Politiker, westliche Geheimdienstvertreter und Journalisten entgegen. Schenkt man ihnen Glauben, so steht die Welt nach dem Ende des so genannten "Kalten Krieges" vor einer neuen, vielleicht noch gefährlicheren Herausforderung, einer "islamistischen Bedrohung": fanatisch motiviert, bestens organisiert, materiell ausgezeichnet ausgestattet und mit einer wachsenden Zahl von zu allem entschlossenen Kämpfern. Diese Bedrohung trägt auch einen Namen: Al-Qaida…

Der bekannte nordamerikanische Politologe und einflussreiche Stratege Samuel P. Huntington spricht in diesem Zusammenhang schon seit längerem, also noch weit vor dem 11. September 2001 (!), vom "Kampf der Kulturen" und schlussfolgert: "Ohne die Vorherrschaft der USA wird es auf der Welt mehr Gewalt und Unordnung und weniger Demokratie und wirtschaftliches Wachstum geben, als es unter dem überragenden Einfluss der Vereinigten Staaten auf die Gestaltung der internationalen Politik der Fall ist. Die Fortdauer der amerikanischen Vorherrschaft ist sowohl für das Wohlergehen und die Sicherheit der Amerikaner als auch für die Zukunft von Freiheit, Demokratie, freier Marktwirtschaft und internationaler Ordnung in der Welt von zentraler Bedeutung."(3) Die Anschläge vom 11. September 2001 auf das Pentagon und das World Trade Center sollten in dieser Hinsicht "zur Zeitenwende" werden; hatte sich das strategische Konzept der nordamerikanischen globalen Dominanz nach dem Ende des so genannten "Kalten Krieges" und des Verschwindens bzw. der Zerschlagung der Sowjetunion vom Ende der 80er, dem Beginn der 90er Jahre an immer deutlichere Konturen angenommen, so ist es seit dem 11. September 2001 zum Dogma nordamerikanischer Politik auf strategischem, politischem, ökonomischen und militärischem Gebiet geworden. Nicht nur die Angriffskriege gegen Jugoslawien und den Irak sind blutige Belege hierfür...

Der 11. September sollte zum Fanal werden...

Wir alle werden uns noch an die ersten, schrecklichen Bilder von den einstürzenden Zwillingstürmen des World Trade Center in New York am 11. September 2001 erinnern. Es dauerte weniger als eine Stunde, als die ersten "Verantwortlichen" für den Terror-Anschlag medial ausgemacht waren: die Palästinenser, ganz konkret: die

"Demokratische Front zur Befreiung Palästinas" (DFLP). Dieser Medienballon platzte jedoch recht bald und es blieben für einige Zeit noch "die Palästinenser" – extremistische natürlich, was auch immer das heißen mag – übrig. Doch nur wenige Stunden nach dem Anschlag schien der tatsächliche Verantwortliche ausgemacht: Osama bin Laden, medial international zur weltweiten Bedrohung aufgeblasen.

Nachdem die Kriegsherren in Washington wochenlang handfeste Beweise für die Verantwortung Osama bin Ladens an den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon der internationalen Öffentlichkeit schuldig blieben, erschien plötzlich alles klar: ein ca. 40 Minuten langes Video flimmerte weltweit über die Bildschirme und der mit Bomben und Granaten gejagte "Terroristenchef" plaudert in trauter Runde mit einigen Anhängern über wirres Zeug, mystische Bilder und beschreibt anscheinend prahlend seine organisierende Rolle bei den terroristischen Angriffen in den USA. Damit wurde dann die von den USA initiierte und geführte "Kampagne gegen den internationalen Terrorismus" legitimiert und mit ihr natürlich auch die eingesetzten Mittel – von international geächteten Streubomben bis zur systematischen Zerstörung eines ohnehin bereits kaputten und bitterarmen Landes – gerechtfertigt. Jeder, der in dieser Atmosphäre hinterfragt oder gar nicht alles für bare Münze nimmt, was ihm vom Pentagon und den Medien vorgesetzt wird, gerät in die Gefahr, zum "Osama-Freund" abgestempelt zu werden.

Bereits der nordamerikanisch geführte Golfkrieg gegen den Irak 1991 und der Krieg gegen Jugoslawien belegten anschaulich, dass das erste Opfer des Krieges die Wahrheit ist. Umso intensiver läuft die westliche Desinformationsmaschinerie, um die "Kampagne gegen den internationalen Terrorismus" ständig zu ölen und auf weitere Ziele auszuweiten. Wie weltweit sich US-Operationen erstrecken könnten, belegte zuletzt ein Artikel in der International Herald Tribune vom 4. Dezember 2001, der – gestützt auf Informationen aus Regierungskreisen – ausführt, dass die US-Strategen planten, gegen "Al-Qaida Schläferzellen in mehr als 60 Ländern" vorzugehen, wenn erst einmal die wichtigsten Militäroperationen in Afghanistan beendet seien. Die Zeitung unterstreicht diese Aussage auch durch ein Zitat des stellvertretenden nordamerikanischen Verteidigungsministers Paul Wolfowitz: "Wenn wir die Al Oaida in Afghanistan eliminiert haben, dann haben wir immer noch eine Menge zu tun." Im Gespräch waren zu diesem Zeitpunkt bereits (!) und ganz offen von den Falken in Washington zu Markte getragen - wie auch immer geartete - Angriffe auf den Libanon, Libyen, den Irak, Syrien und den Iran; entsprechende Planungen sowie Diskussionen halten bis heute an. Ganz oben auf der Prioritätenliste Washingtons stand jedoch der Irak und der Sturz der irakischen Regierung mit der Zielsetzung, ein proamerikanisches Regime in Bagdad einzusetzen. Dies wurde dann auch im Frühjahr 2003 vollzogen, wobei die US-Amerikaner angesichts des wachsenden Widerstandes des irakischen Volkes mit der Einsetzung und vor allem Verankerung einer Marionettenregierung zunehmende Schwierigkeiten haben.

An eindeutig manipulierten Vorwänden, einen US-Angriff auf den Irak international legitimiert erscheinen zu lassen, wurde daher seit Jahren, verstärkt jedoch seit den Terrorangriffen vom 11. September 2001, eifrig gebastelt. Einige Beispiele hierfür sind der "Anthrax-Skandal" in den USA sowie die Versuche, den Irak mit der Al-Qaida bin Ladens sowie den Attentätern vom 11. September in Verbindung zu bringen. Mitte Oktober 2001, also bereits sehr kurz nach den Anschlägen auf das World Trade Center und Pentagon (!), melden die Medien in groß aufgemachten Schlagzeilen, dass es Verbindungen zwischen dem Auftreten von Anthrax- (Milzbrand)-Fällen und den Organisatoren der Anschläge gäbe: "Milzbrand-Spur deutet auf Todespiloten - Verbindungen zwischen dem Todesfall in Florida und zwei der Kamikaze-Flieger aufgedeckt."(4) Bin Laden und seine Leute schienen also der biologischen Kriegsführung gegen die USA fähig. Quellen für diese Horrornachrichten: FBI und Geheimdienst- sowie Regierungskreise in den USA. Und schon wurden Milzbrand-Verbindungen in den Irak gesponnen: "Während der frühere CIA-Direktor Woolsey und der ehemalige Leiter des UN-Programms, Butler, nicht ausschließen wollen, dass die in den Vereinigten Staaten ausgebrachten Milzbranderreger aus dem Irak stammen, wies der stellvertretende irakische Ministerpräsident Tariq Asis die Vorwürfe zurück." (5) Doch recht bald hat sich dieser Medienrenner als lahme Desinformationsente entpuppt. Inzwischen gilt als ausgemacht, dass die Milzbrand-Anschläge "hausgemacht" sind. Greenpeace-Deutschland meldete am 29. November 2001 als Vorabinformation eines Artikels des Organisationsmagazins, dass die todbringenden Anthrax-Sporen aus US-Labors stammten.(6) "US-Biowaffenexperte der Milzbrand-Attentate verdächtigt - Experten gehen davon aus, dass mit den Anschlägen Geld für die Forschung erpresst werden sollte."(7) Angesichts dieser Entwicklung blieb auch dem FBI, das zunächst Spuren in Richtung Al-Qaida und Irak legen wollte, nicht anderes übrig, als vorsichtig zurückzurudern, ohne vollends das Gesicht zu verlieren: "Das FBI hat immer noch keine heiße Spur. (...) Die Mitarbeiter des amerikanischen Bundeskriminalamtes FBI suchen mittlerweile verzweifelt selbst nach kleinsten Hinweisen, die auf mögliche Attentäter deuten könnten."(8) Auch in dieser Meldung steckt bereits wieder eine organisierte und erneut geheimdienstlich gelenkte Desinformation der nordamerikanischen und internationalen Öffentlichkeit: wenn die manipulierten Berichte, die den Irak und Al-Qaida in Verbindung mit den Milzbrand-Anschlägen bringen sollten, schon kläglich platzen, dann muss ein angeblich emsiges Unvermögen des FBI herhalten, die wahren Hintergründe zu verschleiern: das ausufernde Programm für biologische Kriegsführung in den USA!

Während die Milzbrand-Story so langsam abstarb, legten US-Geheimdienste und Desinformationsstrategen bereits eine weitere Spur in Richtung Bagdad im verzwei-

felten Bemühen, einen Vorwand für den herbeigesehnten Angriff auf das Land am Euphrat und Tigris zu konstruieren. "Am Dienstag gingen die westlichen Geheimdienste in die mediale Offensive und ließen verlauten, Bagdad sei "wahrscheinlich' in die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon ,verwickelt'. Nicht nur das: Auch hinter den Milzbrandattacken in den Vereinigten Staaten ,könnte' der Irak stehen. Diese ,sehr ernst zu nehmende Vermutung' eines ,hohen CIA-Beamten' durfte gestern die deutsche Nachrichtenagentur dpa verbreiten. Sie sekundierte damit Associated Press." (9) Unterstützt wurden die "Vermutungen" streuenden US-Geheimdienste durch Medienberichte und Verlautbarungen aus Regierungskreisen einschließlich eindeutiger Stellungnahmen des tschechischen Premiers Zeman (!!) - in der Tschechischen Republik, nach denen sich ein in Prag unter diplomatischer Tarnung stationierter irakischer Geheimdienstagent mehrfach mit dem Attentäter Mohammad Atta getroffen hätte. Zeman führte dabei sogar aus, dass der irakische Geheimdienstbeamte und Atta einen gemeinsam Anschlag auf die Zentrale des Senders Radio Free Europe geplant hätten.(10) Tschechische Medien und Politikerkreise sind für ihre ausgezeichneten Beziehungen zum nordamerikanischen Geheimdienst CIA bekannt, Die Hauptstadt Tschechiens, Prag, dient der CIA als wichtige Operationsbasis in Osteuropa, der von der CIA jahrelang finanzierte und bis heute beeinflusste Desinformationssender Radio Free Europa hat seit einigen Jahren seine Zentrale in der tschechischen Hauptstadt.

Bereits relativ kurz, nachdem sie gelegt wurde, hat sich auch diese "irakische Spur" als übles Gebräu aus der US-Geheimdienstküche erwiesen. Selbst bürgerliche Medien mussten die ganze Geschichte, die sie eins selber herausposaunten, bereits kleinlaut in Zweifel ziehen.(11) Wie hatte man uns als Kinder immer wieder gewarnt: "Wer dreimal lügt, dem glaubt man nicht!"

Und dennoch: obwohl die geheimdienstlich inszenierte Spur von Bagdad zu Al-Qaida bereits mehrfach als Lügenmärchen geplatzt ist, wird ihr wiederholt medial Leben eingehaucht, um den Angriffskrieg gegen den Irak und die anhaltende völkerrechtswidrige Besetzung des Landes im Rahmen des "internationalen Kampfes gegen den Terrorismus" zu rechtfertigen.(12) Und das, obwohl die Bush-Administration inzwischen offiziell zugeben musste, dass die "Terrorbedrohung durch den Irak" aus der Luft gegriffen war und ist: "US-Präsident George W. Bush hat einem Zeitungsbericht zufolge in einer im Oktober Hinweise des US-Geheimdienstes auf mögliche Verbindungen zwischen dem Irak und der Terrororganisation Al-Qaida übertrieben. In einer Verschlusssache des Geheimdienstes sei in vorsichtigen Worten von möglichen Verbindungen die Rede gewesen, berichtete die Washington Post. Zugleich sei aber in dem Geheimdienstbericht, der zum Zeitpunkt von Bushs Rede von Regierungsbeamten eingesehen worden sei, vor der Glaubwürdigkeit mancher Hinweise gewarnt worden.(12) "Bevor es andere tun, beweist nun George W. Bush, dass seine Kriegsgründe

gegen Irak erlogen waren. Man habe keine Hinweise auf eine Verwicklung des irakischen Präsidenten Saddam Hussein in Terrorattacken gegen die USA. Der US-Präsident widersprach damit am Mittwochabend (Ortszeit) der in den USA vorherrschenden Ansicht, dass Iraks Ex-Diktator etwas mit den Anschlägen in New York und Washington zu tun habe. 'Wir haben keine Belege für die Verwicklung Saddam.' Bushs Sprecher hatte zuvor ausdrücklich betont, es gebe eine lange Geschichte zwischen dem Regime Saddams und dem Terrorismus, der von Al-Qaida getragen werde. Dieses Terrornetzwerk wird für die Attacken am 11.9.2001 in New York und Washington verantwortlich gemacht. Der Präsident, so heißt es nun, habe stets nur erklärt, dass der 11. September deutlich mache, wie wichtig es sei, 'den neuen Bedrohungen' präventiv zu begegnen. Nur in diesem Zusammenhang habe er betont, dass Saddam Hussein keine Möglichkeiten gegeben werden dürfe, Massenvernichtungswaffen an Terroristen zu liefern. Doch auch diese irakischen Massenvernichtungswaffen waren offenbar eine Erfindung Washingtons."(13)

Desinformation hat Methode und auch Tradition

Von Washington geheimdienstlich gesteuerte Desinformationen hatten immer wieder Methode. Viele der Mechanismen, Strukturen und Strategien waren in dieser Hinsicht bereits während des so genannten "Kalten Krieges" entstanden, waren systematisch ausgebaut worden und wurden in die so genannte "Neue Weltordnung" übernommen. Sie sollten zum einen Vorwände für Kriege und Interventionen liefern, nach Möglichkeit für deren öffentliche Unterstützung werben und zugleich die wahren Motive und Hintergründe verschleiern. So ist es eben auch bei der "Kampagne gegen den internationalen Terrorismus".

Das Ziel, eine öffentliche und weltweite Unterstützung für den von den USA geführten Krieg gegen Afghanistan, den Irak sowie mögliche andere Ziele, so den Iran zum Beispiel, herbei zu schreiben und medial abzusichern liegt inzwischen recht deutlich auf der Hand. Die hier beschriebenen Fälle sind nur als einige Beispiele, wenn auch gravierende, herausgegriffen. Sie belegen jedoch recht anschaulich die geheimdienstlich gesteuerte und/oder aufbereitete Desinformation als integraler Bestandteil der so genannten "Neuen Weltordnung".

Die umfassenden und langfristig angelegten geostrategischen und ökonomischen Ziele der USA in der Region Zentral-Asiens, die mehr als Öl und Pipelines zum Transport desselben beinhalten, sollen hinter dem Schleier der "Kampagne gegen den internationalen Terrorismus" versteckt werden.(14) Den Tausenden von Toten im World Trade Center und dem Pentagon zum Trotz haben die US-Strategen bisher entsprechend diesen Zielen von den Anschlägen profitiert.

Also: wer steckt nun hinter dem Gespenst "Al Qaida"?

Wenden wir uns zunächst einmal dem Zentrum des angeblichen Übels zu: Afghanistan. Dieses Land wurde u.a. auch deshalb zerbombt, um die Infrastruktur des "Terrornetzwerkes Al-Qaida" zu zerschlagen. Angeblich habe diese Organisation Dutzende von Ausbildungslagern am Hindukush unterhalten, in denen "Terroristen" für Anschläge in den USA, Europa und anderswo ausgebildet worden seien. Inzwischen wurden in einigen dieser Zentren Unterlagen gefunden, die Aufschluss über die dort durchgeführten Ausbildungsprogramme geben: "Al Qaida bildete tausende Soldaten aus - Die Terroroganisation Al Qaida des Extremisten Osama bin Laden hat nach einem Bericht der New York Times in großen Stil Soldaten ausgebildet. Das gehe aus Dokumenten hervor, die amerikanische Militärs und Reporter der Zeitung in dem Land gefunden haben. Bisher waren amerikanische Experten davon ausgegangen, dass in den Lagern lediglich Terroristen für Anschläge gegen westliche Ziele trainiert worden waren. Die geheimen Lagepläne und Notizbücher belegten jedoch, dass die Kämpfer in den so genannten Dschihad-Schulen eine militärische Grundausbildung erhielten. (...) Seit 1996 seien in den Stützpunkten 20000 Kämpfer der Taliban und Al-Qaida für den Krieg gegen die Nordallianz ausgebildet worden. Sie lernten den Umgang mit verschiedenen Waffen und trainierten unterschiedliche Gefechtsszenarien, berichtet das Blatt. (...) Erstaunt seien die Experten auch von der Qualität des Schulungsmaterials gewesen (...),da in verschiedenen Camps die gleichen Lehrmaterialien gefunden wurden. In den Unterlagen gab es keine Hinweise, dass Al-Qaida über Massenvernichtungswaffen verfügt."(15) Die medial zu Horrorstories aufgeblasen "Terroristencamps" schrumpfen also real zu mehr oder weniger "normalen" Ausbildungslagern für die Taliban-Soldaten zusammen. Und auch die Internationalität der Ausbilder lässt sich viel einfacher und realistischer erklären, als es in den zahllosen Medienberichten ausgewalzt wird, die inzwischen zu so einem bedrohlichen Dickicht angewachsen sind, dass sie kaum mehr zu durchschauen ist.

Fakt ist jedoch, dass praktisch alle zu Al-Qaida gerechneten Organisationen wie Personen über "Afghanistanerfahrungen" verfügen, also entweder an der Seite der afghanischem Mudjahedin in den 70er und 80er Jahren gegen die Regierung in Kabul und die sie – auch mit starken Truppenverbänden – unterstützende Sowjetunion gekämpft hatten oder aber sich später im Land am Hindukush aufgehalten hatten. Der überwiegende Großteil der internationalen Taliban-Helfer rekrutiert sich vor allem aus Algerien und Ägypten sowie aus Tschetschenien und anderen islamisch geprägten Republiken der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Pakistan. Algerier und Ägypter strömten aus zwei Gründen nach Afghanistan: zum einen war ab Mitte der 90er Jahre ihr Plan gescheitert, ihre Heimatländer zu "islamischen Republiken" ihrer (tatsächlich faschistischen) Vorstellungen zu bomben, zum anderen entsprach das Gesellschaftsmodell der Taliban eben diesen, ihren Vorstellungen. Was liegt also näher, aus der Region des Nahen Ostens nach Kabul zu pilgern, um ihren Brüdern im Geiste aktiv unter die

Arme zu greifen? Die anderen Nationalitäten – vor allem Pakistaner und Islamisten aus ehemaligen Sowjetrepubliken im Kaukasus – sind im wesentlichen Strandgut sowie Aktivposten der jahrelangen CIA-Destabilisierungen der gesamten Region.(16)

Und hier berühren wir den eigentlichen Kern des Problems. Der nordamerikanische Geheimdienst CIA hat – mit aktiver Unterstützung seines israelischen Partnerdienstes MOSSAD – bereits seit Beginn der 70er Jahre im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien die Bildung "islamistischer Terrororganisationen" gefördert, initiiert und unterstützt, um diese gegen den damaligen Hauptfeind, die Sowjetunion, einzusetzen, aber auch, um in Washington ungeliebte Regierungen oder Befreiungsbewegungen wie die PLO sowie andere progressive Kräfte der Region aktiv zu destabilisieren. Die in der US-Botschaft in Teheran gefundenen und später veröffentlichten CIA-Dokumente belegen z.B., dass der nordamerikanische Geheimdienst 1978 nach Möglichkeiten suchte, um mit Hilfe von kontrollierten "islamischen Fundamentalisten" die anti-monarchistische Bewegung im Iran zu zersplittern und auf diese Weise das faschistische Schah-Regime zu stützen; nach dem Sieg der iranischen Revolution schuf die CIA die "islamistische Terror-Truppe Forghan", um mit gezielten Mordanschlägen der Revolutionsbewegung "die Köpfe wegzuschießen".(17)

Die Wurzeln reichen weit zurück

Einen entscheidenden Höhe- und Entwicklungspunkt erreichte diese strategische Konzeption des Aufbaus von im Interesse der USA operierenden und einsetzbaren "islamistischen Contra-Truppen und Organisationen" sicherlich mit dem Krieg in Afghanistan, den die USA von Beginn an – und mit Erfolg (!) - zu einem Krieg gegen die Sowjetunion eskalierten. "Bereits 1980, kurz nachdem sowjetische Truppen in Afghanistan eingefallen waren, um ein ihr sympathisches linkes Regime zu stützen, hatte Präsident Jimmy Carter das erste - und für lange Zeit einzige - Papier unterzeichnet, das in einer geheimen Direktive, die vom Gesetz in den USA vorgeschrieben wird, Anweisung gab, geheime Operationen zu beginnen. Dies behaupten verschiedene westliche Quellen, die dieses Dokument kennen. Der Eckstein dieses Programms war, dass die Vereinigten Staaten, über die CIA, Gelder und Waffen für die Rebellen zur Verfügung stellen würden, dass die Verantwortung für die tagtäglichen Operationen und geheimen Kontakte mit den Mudjahedin jedoch dem pakistanischen Geheimdienst (Pakistani Inter-Services Intelligence Agency, ISI) übertragen würde. Saudi Arabien sagte finanzielle Unterstützung für die Mudjahedin zu und sandte sie direkt zum ISI. China verkaufte Waffen an die CIA und gab eine kleinere Anzahl direkt den Pakistanis, aber der Umfang und die Rolle Chinas war eines der bestgehüteten Geheimnise während des geheimen Krieges. Alles in allem gaben die Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren mehr als 2 Milliarden US-Dollar an Waffen und finanzieller Unterstützung an die Mudiahedin aus. Dies war das umfangreichste Programm an geheimen Aktionen seit dem Zweiten Weltkrieg. Vor allem von der chinesischen Regierung kaufte die CIA Gewehre, Raketenwerfer und leichte SA-7 Anti-Flugzeugraketen, um sie nach Pakistan zu schicken. (...) Der Umfang war beeindruckend - 10.000 Tonnen alleine im Jahr 1983, so berichtet General Yousaf, aber trotzdem nur ein Bruchteil von dem, was in den kommenden Jahren noch geliefert werden sollte. (...) Im Oktober 1984 landete ein besonders ausgerüstetes Flugzeug des Typs Starlifter C-141 in Islamabad, Pakistan. An Bord befand sich kein geringerer als der Dirktor der CIA, William Casey. Dies war der Beginn eines Geheimbesuch, der zum Ziel hatte, eine Strategie im Krieg gegen die Sowjetunion in Afghanistan zu entwickeln. Mit Hubschraubern besuchte Casey drei geheime Ausbildungslager der afghanischen Mudjahedin in der Nähe der afghanischen Grenze, wo er die Mudjahedin in der Nähe der afghanischen Grenze im Umgang mit schweren Waffen und bei der Herstellung von Bomben beobachtete, die mit Hilfe von der CIA geliefertem Plastiksprengstoff und Zündern zusammengebaut wurden. Während seines Besuches überraschte Casey seine pakistanischen Gastgeber mit dem Vorschlag, den afghanischen Krieg ins feindliche Gebiet, d.h. in die Sowjetunion auszudehnen. Herr Casey sollte subversive Propagandamaterialien über Afghanistan in die angrenzenden, südlichen und mehrheitlich muslimischen Sowjetrepubliken schmuggeln. Die Pakistanis stimmten diesem Vorschlag zu und schon bald lieferte die CIA tausende Exemplare des Koran (...) – das wissen pakistanische und westliche Diplomaten zu berichten. "Wir können der Sowjetunion großen Schaden zufügen!', sagte Casey während des Treffens mit den Pakistanis, berichtete der damals anwesende General Mohamed Yousaf. Der Besuch von Herrn Casey war laut verantwortlichen westlichen Stellen das Vorspiel für eine geheime Entscheidung der Reagan-Administration vom März 1985, den Krieg in Afghanistan zu verschärfen (...)."(18)

Pakistan als Aufmarschgebiet

Pakistan wurde zu einem Aufmarschgebiet für die von den USA ausgebildeten und ausgerüsteten Mudjahedin - in ihrem Charakter nichts anderes als vom imperialistischen Geheimdiensten kontrollierte, geschaffene und ausgerüstete Terroristen - und zur Drehscheibe verschiedenster und umfangreicher Operationen. "Um die massive militärische Unterstützung für die afghanischen Mudjahedin vom pakistanischen Territorium aus zu organisieren, wurde der diplomatische Apparat der USA in Pakistan militarisiert. So hat zum Beispiel eine Reihe von Personal der US-Botschaft Kriegserfahrung während der US-Aggression in Vietnam gemacht (...). Daher kann man zurecht behaupten, dass jeder Besuch einer dieser US-,Diplomaten' bei einer der verschiedenen Militärbasen der afghanischen Mudjahedin nichts anderes ist als eine professionelle militärische und/oder geheimdienstliche Mission, um den Gebrauch von Waffen zu inspizieren und zu überwachen, die von den USA geliefert werden. Diese Militärlager liegen in Warsak, Nuskhi, Quetta, Peshawar, Miram Schah, Kachi-

Garhi, Dir, Pishin, Terry-Manghal, Jelam Khan, Dagbesud und Raghani - um nur einige der wichtigsten zu nennen. (...) Peshawar ist besonders wichtig für die CIA, zum einen wegen der Nähe der Stadt zur afghanischen Grenze und zum Kyber-Pass als Einfallstor in dieses Land, zum anderen weil Peshawar als Zentrum der verschiedenen Mudjahedin-Gruppen dient. Wegen dieser Bedeutung wurde eine zweite CIA-Basis unter Dr. Louis Dupree und seiner Frau Nancy Hatch aufgebaut. Er arbeitet unter der Tarnung eines Archäologieprofessors der Universität von Pennsylvania und ist als Afghanistan-Experte bekannt. 1978 war Dupree aus Kabul wegen seiner Verwicklung in einen Putschversuch ausgewiesen worden und seitdem sinnt er auf Rache. Der US-Vizekonsul und Mitarbeiter der USIS, Richard E. Hoagland (Telefon: 41463) und Herr Omar Malikyar der Voice of America zeichnen verantwortlich für zahlreiche anti-afghanische Propaganda- und Desinformationskampagnen. Diese zwei sind im wahrsten Sinne des Wortes Spezialisten in psychologischer Kriegführung! Richard Hoagland ist zugleich Direktor des Amerika-Zentrums, einem Nest der Korruption, in dem alkoholische Getränke ausgeschenkt werden und indem Mudjahedin um Unterstützung betteln. Zu den regelmäßigen Gästen des Amerika-Zentrums gehören der pakistanische Brigadegeneral Fahimullah Khattak und ein gewisser Rasul Amin, der dem so genannten Verband der Schriftsteller des Freien Afghanistan/WUFA vorsteht, einer Gruppe, die unter der Ägide der USA ins Leben gerufen wurde."(19)

Instrumente der CIA

Der pakistanische Militärgeheimdienst ISI wurde zum Instrument der CIA, über den logistische und materielle Unterstützung für die afghanischen "islamischen Terroristen" lief. "'Die Beziehungen zwischen der CIA und dem ISI (Pakistans militärischer Geheimdienst) entwickelte sich sehr eng nach dem Sturz Bhuttos und <General> Zias (Zia Ul Haq, d.Verf.) Machtübernahme und der Installierung des Militärregimes.' (...) Während fast der gesamten Zeit des afghanischen Krieges war Pakistan wesentlich aggressiver anti-sowjetisch als selbst die Vereinigten Staaten. Bereits kurz nachdem die Sowjets 1980 in Afghanistan einmarschiert waren, beauftragte Zia (Ul Haq) seinen ISI-Chef, die sowjetischen zentral-asiatischen Staaten zu destabilisieren. Die CIA stimmte diesen Planungen erst im Oktober 1984 zu. (...) Beide, Pakistan wie die USA, wählten bezüglich Afghanistan den Weg des Betrugs mit einer oberflächlichen Bekundung für eine Verhandlungslösung, während sie im Hintergrund darüber übereinstimmten, dass die militärische Eskalation der beste Weg sei."(20) "Mit Unterstützung der CIA und massiver US-amerikanischer Waffenhilfe hatte sich der pakistanische ISI, in eine parallele Struktur entwickelt, die eine enorme Macht über die <pakistanische> Regierung entfaltete.' Das ISI-Personal umfasste Militär- und Geheimdienstoffiziere, Bürokraten, under-cover-Agenten, Informanten – insbesondere eine geschätzte Zahl von 150.000."(21) Im Rahmen ihres umfangreichen Ausbildungsprogramms für die Mudjahedin lag ein Schwerpunkt auch auf einer klaren ideologischen Orientierung. Dementsprechend wurden von CIA und ISI Materialien ausgearbeitet und verbreitet, Koranschulen aufgebaut und/oder unterstützt, bei deren Inhalten es sich um eine extrem vulgäre Zuspitzung von plattesten Versatzstücken aus islamistischem, antikommunistischen und nationalistisch-chauvinistischem Gedankengut handelt. Das erklärt, warum viele anerkannte islamische Religionsgelehrte diese religiös verbrämten ideologischen Positionen als mit dem Islam unvereinbar oder aber zumindest als dessen Verfälschung bezeichnen. "Das von der CIA gesponserte Guerilla-Training hatte Islam-Kurse als integralen Bestandteil: "Die vorherrschenden Themen waren, dass der Islam eine komplette sozio-politische Ideologie ist, dass der Islam durch die atheistischen sowjetischen Truppen verletzt würde und dass die islamischen Menschen Afghanistans durch den Sturz der linken, von Moskau eingesetzten Regierung (in Kabul, d.Verf.) ihre Unabhängigkeit wiedererlangen würden"."(22)

Aus dieser Zeit reichen auch die engen Kontakte des nordamerikanischen Geheimdienstes zu Osama bin Laden, der für den Krieg Washingtons tausende arabische Kämpfer rekrutierte und mobilisierte. "Von der CIA und dem pakistanischen <militärischen Geheimdienst> ISI (Inter Services Intelligence) ermutigt, der den afghanischen Djihad in einen globalen Krieg aller islamischen Staaten gegen die Sowjetunion verwandeln wollte, nahmen ungefähr 35.000 moslemische Radikale aus 40 islamischen Ländern zwischen 1982 und 1992 am afghanischen Krieg teil. Mehrere Zehntausende kamen, um in den pakistanischen Madrasahs (Koranschulen, d.Verf.) zu studieren. Alles in allem wurden mehr als 100.000 moslemische Radikale direkt durch den afghanischen Djihad beeinflusst."(23)

Über Pakistan baute die CIA mit Finanzhilfe aus Saudi-Arabien auch die Taliban auf, die Afghanistan schließlich im Auftrag der USA "stabilisieren" sollten, als das Land in den 90er Jahren im Chaos rivalisierender Mudjahedin-Banden zu versinken drohte. Auch hier spielte Osama bin Laden wiederum eine Schlüsselrolle. Erst, als die Taliban nicht so funktionierten, wie es die Strategen in Washington geplant hatten, wurden sie fallen gelassen. US-Realpolitik eben, die sich ausschließlich an geostrategischen und ökonomischen Interessen orientiert. Heute kämpfen diese Taliban deshalb – neben anderen – gegen diejenigen, die sie einst schufen, organisierten, unterstützen und die heute, in Koalition mit anderen imperialistischen Mächten, zu imperialistischen Besatzern ihres Landes wurde. Sie fügen ihnen in diesem Kampf strategische Verluste zu und schwächen damit strategisch den Imperialismus. Daher richtet sich ihr Kampf in dieser historischen Situation objektiv gegen den Imperialismus, ohne mit progressiven, revolutionären oder national-demokratischen Gesellschaftsvorstellungen verbunden zu sein, weil sich der grundsätzliche Charakter der Taliban ja nicht verändert hat. Der aktuelle "Fall Afghanistan" ist ein Beispiel dafür, dass unter ganz bestimmten Umständen, die historisch, ökonomisch, politisch und/oder geostrategisch definiert werden müssen, sich objektiv antiimperialistische Positionen eines Regimes oder der objektiv antiimperialistische Charakter eines Kampfes nicht notwendigerweise von den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen ihrer Träger her definieren lassen.

Noch heute ist Pakistan eine Drehscheibe für zahlreiche vom Imperialismus als "islamistische Terroristen" charakterisierte Elemente, die die Region des Kaukasus, also die ehemaligen "islamischen Republiken" des Sowjetunion destabilisieren. Und wieder geht es um Rohstoffe und geostrategische Planungen im Rahmen der so genannten "Neuen Weltordnung", in der die USA den weltweiten Hegemon zu spielen suchen. Das erklärt, warum das ungeheure logistische Netz des "nordamerikanischen Djihad", das CIA und ISI während des Krieges in Afghanistan aufgebaut hatten, nach dem Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan und dem "offiziellen" Ende des "Kalten Krieges" von beiden Sponsoren aufrecht erhalten wurde. "Was den Krieg in Tschetschenien betrifft, so wurden die wichtigsten Rebellenführer, Shamil Bassayev und Al Khattab, in Lagern in Afghanistan und Pakistan ausgebildet, die von der CIA gesponsert werden. Folgt man Yossef Bodansky, dem Direktor des ,US Task Force on Terrorism and Unconventional Warfare', dann wurde der Krieg in Tschetschenien auf einem geheimen Treffen der Hizbollah International 1996 in Mogadischu (Somalia) geplant. Teilnehmer dieses Treffens waren Osama bin Laden sowie hochrangige iranische und pakistanische Geheimdienstoffiziere. In diesem Zusammenhang geht die Verwicklung des ISI in Tschetschenien ,weit über die Lieferung von Waffen und Know-how an die Tschetschenen hinaus; der ISI und seine radikalen islamischen Hilfstruppen sind derzeit diejenigen, die den Krieg bestimmen'."(24) Osama bin Laden und die von Afghanistan, vor allem jedoch Pakistan, ausgehenden logistischen Strukturen waren jedoch zudem den Strategen in Washington und ihrer CIA dabei behilflich, Jugoslawien zu destabilisieren und den Bürgerkrieg in diesem Land anzuheizen. "Das bedeutet mit anderen Worten, dass der Islamische Staat der Taliban (als er noch den geostrategischen und langfristigen ökonomischen Interessen der USA nutze, d. Verf.), unterstützt von Pakistans militärischem Geheimdienst ISI, der wiederum von der CIA kontrolliert wird, im Wesentlichen den US-amerikanischen geopolitischen Interessen diente. Der Drogenhandel des Goldenen Dreiecks wurde zudem dazu genutzt, die islamische Armee Bosniens zu Beginn der 90er Jahre zu finanzieren und auszurüsten. Das gleiche gilt für die "Kosovo Befreiungsarmee" (KLA/UCK). In den letzten Monaten gab es Indizien dafür, dass Söldner der Mudjahedin in den Reihen der UCK in Mazedonien kämpften."(25)

Damit ist das, was "Al Qaida" genannt wird, im Wesentlichen nichts anderes als Operationsmasse sowie Strandgut von Sonderoperationen des nordamerikanischen Geheimdienstes, unterstützt von den Freunden des israelischen MOSSAD, aber auch anderer westlicher Dienste.(26)

Dieser "Al- Qaida"-Exkurs sollte die Ambivalenz des politischen Islam aufzeigen, die es gerade für Linke so oft so schwer zu machen scheint, ihn richtig einschätzen zu können. Da ist jene Form des politischen Islam, der als Al Qaida oder - wie in Saudi-Arabien – staatlich organisiert, als Instrument des Imperialismus wirkt, da kann es in bestimmten (historischen) Situationen Kräfte des politischen Islam (siehe u.a. Taliban) geben, deren Agieren objektiv gegen einen Imperialismus oder den Imperialismus als "Gesamtsystem" - und wenn auch nur in einem Aspekt - gerichtet ist und dann gibt es eben auch Kräfte des politischen Islam, die über den Antiimperialismus hinaus revolutionäre - fast in ihrer gesamten Bandbreite - Positionen vertreten können. Hinzu kommt, dass sich entsprechende Polarisierungen, Zuspitzungen, Auseinandersetzungen, Differenzierungen, Klärungsprozesse gerade in den Jahren nach dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern und der Etablierung der imperialistischen so genannten "Neuen Weltordnung" sehr schnell und dynamisch entwickelt haben und weiterhin entwickeln. Dies ist nichts anderes als harter Klassenkampf, wenn er sich auch als Ausdrucksform und zudem in aller Widersprüchlichkeit im Rahmen des politischen Islam bewegt...

Zu den "Wurzeln"

"Wenn der Islam in Klassenkämpfen der Gegenwart eine Belebung erfährt, so liegt die Möglichkeit hierzu in seinem Wesen begründet. Er besitzt eine ausgesprochen politisch-soziale Dimension, die sich für die tatsächliche oder illusionäre Bewältigung von Problemen, die die Eigenstaatlichkeit bereit hält, aktivieren lässt." (27) Zum Verständnis ist es daher notwendig, einiges zur Entstehungsgeschichte und dem gesellschaftlichen Kontext der "Geburt" des Islam zu sagen.

Der Ursprung des Islam liegt geografisch auf der arabischen Halbinsel mit der Handelsstadt Mekka als Mittelpunkt. Vor allem der gesamte Nord-Süd-Handel wurde auf der ehemaligen "Weihrauchstraße" abgewickelt und hatte in Mekka seinen Umschlagplatz. Die soziale Organisation in dieser historischen Phase waren Stämme, die in den Oasen Ackerbau und Viehzucht, an der Küste Fischfang und in der Wüste Handel und Fernhandel trieben. Auf religiösen Gebiet vorherrschend war der Polytheismus bzw. Polydämonismus (28).

Es bildete sich mit der Zeit eine Oberschicht von Kaufleuten und Finanzmanagern ("Wucherer") heraus, die Arbeitsteilung unter den Stämmen führte zu einer ungleichen Entwicklung dieser. Beide Tendenzen bewirkten die langsame Auflösung des Stammescharakters der Gesellschaft, der traditionellen Stammesverbänden. Die kleineren Stämme oder die ärmeren Sippen in Mekka versuchten, sich schließlich sogar gegen die Dominanz der koreischitischen Stämme der Mahzdum und der Umaya zur Wehr zu setzen und schlossen sich zeitweilig unter der Führung der Banu Hasim zur "Tugendliga" (Hilf al-Fudul) zusammen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass mit dem

Auflösen der traditionellen gesellschaftlichen Organisationen der Stämme und Sippen einherging die Entwicklung sozialer Spannungen und Auseinandersetzungen; dies waren Gegenbewegungen gegen die Vorherrschaft der reichen Stämme, die Macht der reichen Stämmesfürsten und Kaufleute, gegen die ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen, gegen Feindschaften, Blutrache etc.

Als der Begründer des Islam, Mohammad, um 570 n.Chr. geboren wurde, wurde er Zeuge dieser gesellschaftlichen Prozesse. Mohammad war Mitglied einer armen Sippe des mekkanischen Stammes der Hasim. Er wurde sehr früh Vollwaise. Mit 25 Jahren heiratete er eine wohlhabende Witwe. Er nahm an Handelsreisen bis nach Syrien teil und lernte so die monotheistischen Religionen des Judentums und des Christentums kennen.

Als Mitglied einer armen Sippe stand er parteiisch auf Seite jener gesellschaftlichen Kräfte, die sich damals gegen die Vormachtstellung der reichen Stammesfürsten und Kaufleute auflehnten. Gleichzeitig erfuhr er, dass die Symbole der altarabischen Götzenverehrung skrupellos als Rechtfertigungs- und Bereicherungsquelle der sich herausbildenden feudalen Oberschicht benutzt wurden. Die monotheistischen Religionen, die er kennengelernt hatte, wurden den neuen Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung auf der arabischen Halbinsel nicht gerecht. Die neue Religion, der Islam, den er schuf, sollte zum einen den Forderungen der armen Sippen und Stämme nach Gerechtigkeit (und damit teilweise der Zurückentwicklung der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Ebene der "Stammesgesellschaft") nachkommen, zum anderen war die Schaffung einer islamischen Bewegung gegen die "ungläubigen reichen Stammesfürsten und Kaufleute" zur Erringung der Macht notwendig. Damit zielte diese Bewegung ab auf die Schaffung eines starken zentralen islamischen Staats- oder Stammesgebildes.

Vor diesem Hintergrund ist der Islam von Anfang an ambivalent "angelegt", zum einen in seinem Anspruch der Schaffung von sozialer und politischer Gerechtigkeit auf Erden für die Armen und Unterdrückten, zum anderen als Rechtfertigung für islamische Herrschaft.

Träger der neuen Religion

Träger der neuen Religion waren zunächst die armen Sippen und Stämme oder Personen, die sich in Auseinandersetzung mit den mächtigen reichen Cliquen standen. Für die Armen und Unterdrückten dieser Zeit war die neue Religion Mohammads Hoffnung und Mittel zugleich, gegen die weltliche Unterdrückung anzugehen.

Die mekkanische Oberschicht mit der Sippe der Mahzum an der Spitze wandte sich dagegen mit Nachdruck gegen den sich ausbreitenden Islam und seine Anhänger. Der ökonomische und physische Druck wurde schließlich so groß, dass Mohammad und

seine Anhänger aus Mekka fliehen mußten. Er ging nach Yatrib, dem späteren Medina, nach erfolglosen Bemühungen, in der Nachbarstadt Ta'if Anhänger zu gewinnen.

In Medina entwickelte sich die erste Urform der islamischen Gemeinde, der "Umma", ein Übergang von den bisherigen Stammesbindungen zu einem neuen Gemeinwesen, dass zwar die gentilen Strukturen beließ, die religiösen Bindungen und Gebote iedoch höher stellte und wesentlich zentralistischer war als eine bloße Gemeinschaft von Stämmen und Sippen. Die gesellschaftlichen Forderungen und Ansprüche des Islam sollten zudem bewirken, dass die negativen Ansätze der sich auf der arabischen Halbinsel herausbildenden Feudalgesellschaft vermieden wurden. Mohammads Ziel war es, von Medina aus, seine islamische Bewegung zu entwickeln, die Stämme und Sippen zu einen,um das reiche Mekka und seine herrschende Clique in die Knie zu zwingen und zurückzukehren. Mekka sollte der erste große Sieg der neuen Religion werden und zugleich Ausgangspunkt für die - wenn es notwendig wurde gewaltsame -Missionierung der Welt. In dieser Zeit des gewaltsamen Kampfes gegen Mekka entstand auch der islamische Begriff des "Djihad", des "heiligen Krieges", in dem zu sterben die hohe Pflicht und Ehre eines jeden Moslems ist. Wer im "heiligen Krieg" für den Islam als Märtyrer fällt, ist unsterblich und kommt ohne göttliches Gericht ins Paradies.

Anfang 630 n. Chr. wurde der letzte Widerstand gebrochen. Mekka war zum Zentrum des Islam geworden. Von nun an richteten sich die "Energien, die im Zerfallsprozess der patriarchalischen Stammesgesellschaft frei wurden" (29) nach außen. Noch zu Lebzeiten Mohammads wurde Byzanz angegriffen (624 n. Chr.) . Der Siegeszug des Islam in Asien und Afrika sucht in der Geschichte seinesgleichen. Trotz der Zerklüftung im Inneren des gewaltigen Weltreiches war sein Vordringen unaufhaltsam. Dort, wo er erfolgreich war, stieß die Islam auf ähnliche gesellschaftliche Verhältnisse, die sein Entstehen begünstigt hatten. 711 eroberten die Mauren Spanien, 1453 die Osmanen Konstantinopel, 1529 stießen sie bis Wien vor. Die Türkei, Syrien, Mesopotamien, Arabien und Ägypten wurden zu Hochburgen dieser revolutionären Religion. Zugleich wurde das Vordringen des Islam bis nach Europa aber auch mehr als zum Synonym für gesellschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritt, der durchaus in Konsequenz gesellschaftliche Entwicklungsprozesse im so genannten Abendland frei setzte. Dies im Einzelnen an dieser Stelle nachzuzeichnen ist nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes.

Die soziale Basis des frühen Islam war zum einen die Bewegung der kleineren und mittleren Händler und vor allem die armen Stämme und Sippen, so auch die Beduinen."Der Islam ist eine auf Orientalen, speziell auf Araber zugeschnittene Religion, also einerseits auf handels- und gewerbetreibende Städter, andererseits auf nomadisierende Beduinen." (30)

Die neue Religion betrachtete sich als Fortsetzerin und Vollenderin der jüdischen und christlichen Religionen; dies gilt im Kern bis heute Die Glaubensquellen des Islam sind der Koran (als Wort Gottes) und die als fast gleichwertig geltende Überlieferung (Hadith) vom Reden und Handeln des Propheten (Sunna). Das Schicksal des Menschen ist von Allah bestimmt: "Es gibt keinen Gott außer Gott" war der Schlachtruf der Moslems in ihren Feldzügen gegen Mekka und andere "Ungläubige". Damit ist der Islam eine monotheistische Religion.

Die ideologischen Grundlagen der neuen Religion waren einfach: Wer zum Islam kommen wollte, musste als Glaubensbekenntnis Allah als einzigen Gott anerkennen, dessen Prophet Mohammad ist (sahada) . Jeder Moslem hat Grundpflichten zu erfüllen, so:

- das Bekenntnis zur Einheit Gottes und zur Prophetenschaft Mohammads
- das fünfmalige tägliche Gebet (salat)
- das Geben von Almosen an Bedürftige (sakat; später die Grundlage der Besteuerung)
- das Fasten untertags (Saum) im Monat Ramadan
- die Wallfahrt (Haddsch) nach Mekka, wenigstens einmal im Leben, wenn gesundheitlich und finanziell möglich

Auf diesen Pfeilern ruhend, sei es für den Islam möglich, Gerechtigkeit auf Erden zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist Mohammads Appell an die sittliche Verantwortung der Reichen und Mächtigen zu verstehen, für die Armen und Unterdrückten der Gesellschaft einzustehen und ihnen zu helfen. Dafür hätten sie sich vor dem Gericht Gottes zu verantworten.

Noch zu Lebzeiten Mohammads, vor allem jedoch nach seinen Tod, war der Islam mächtig geworden; es war ein riesiges islamische Reich entstanden. Der Machtantritt des Islam als Ideologie der Herrschenden, die fortwährenden sozialen Ungerechtigkeiten in der sich entwickelnden Feudalgesellschaft auf der arabischen Halbinsel auf der anderen Seite, waren letztendlich Grundlage für die auftretenden Spannungen und Abspaltungen innerhalb der islamischen Bewegung; schließlich war der Islam ja angetreten, Gerechtigkeit auf Erden zu schaffen. Sowohl die Herrschenden des islamischen Reiches beriefen sich auf die Religion des Propheten, als auch jene, die auf Veränderungen hofften. So kam es schließlich zur Abspaltung der Charidschiten (Auszügler) und später der Anhänger Alis (Schiiten).Bis heute halten die Auseinandersetzung innerhalb der islamischen Bewegung um den "wahren Islam" an.

Festzuhalten bleibt also folgendes: Die Entstehungsgeschichte des Islam, seine Ansprüche und Inhalte sind nur vor dem Hintergrund der historisch-gesellschaftlichen Prozesse seiner Geburtszeit zu verstehen. Die arabische Halbinsel befand sich damals im Aufbruch von der gentilen Stammes- und Sippengesellschaft zur nächsten Formation, dem Feudalismus. Das war verbunden mit starken sozialen und gesellschaftlichen Spannungen: zum einen entwickelte sich die Clique der Feudalen recht schnell, zum anderen wehrten sich die armen Sippen und Stämme gegen diesen Prozess, der ihnen die existenzielle Basis beraubte. So entwickelten sich Forderungen nach einen "gesellschaftlichen Zurück" zu jener scheinbar harmonischeren Zeit der Gentilgesellschaft. Weiter stand die Notwendigkeit einer stärkeren Zentralgewalt objektiv auf der Tagesordnung.

All diesen Elementen versuchte die neue Religion Mohammads, der Islam, Rechnung zu tragen. "Der Islam war sowohl Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts als auch Reaktion auf ihn. Er begleitete und förderte die damaligen politischen und sozialen Prozesse, indem er in besonderer Form Ideen, Haltungen und Beziehungen der bisherigen Stammesverhältnisse selektierte, sie modifizierte und mit Neuem kombinierte. Seinen Entstehungsbedingungen entsprachen seine betonte Ausrichtung auf das Kollektiv und seine anfangs nur geringe Individualisierung. Im Gegensatz zum Christentum war er aufs engste mit der Herausbildung und Ausbreitung eines neuen Staates verbunden, dessen politische und rechtliche Fundamente er sakralisierte. Der Begründer des Islam, Mohammad, war sogleich Prophet und Staatsmann (...) Diese stark aufs Diesseits gerichteten Bemühungen waren untrennbar mit dem tiefen Glauben an die Allmacht Gottes und die Abhängigkeit des Menschen von ihm sowie mit eschatologischen Vorstellungen verknüpft." (31)

Dominierende Weltanschauung in Asien, dem Nahen Osten und Afrika

Der Islam formte Gesellschaften und war in seinem Anspruch Gesellschaft. Damit ist Islam und Politik eine untrennbare Einheit. Der Islam wurde in den folgenden Jahrhunderten zur dominierenden Weltanschauung in Asien und Afrika. Dabei hatte er entscheidenden Anteil an der Auflösung der überkommenen Gentilordnungen und war somit in die Entwicklung der Klassengesellschaften involviert. Die Herrschenden beriefen und berufen sich auf ihn zur Rechtfertigung der Unterdrückung der Werktätigen, die Unterdrückten ihrerseits sehen in ihm das Mittel und den Weg ihre Befreiung. Diese Ambivalenz kennzeichnet das Wesen der Religion Mohammads sein ihrer Entstehung.

Der Islam "besitzt eine ausgesprochen politisch-soziale Dimension, die sich für tatsächliche oder illusionäre Bewältigung von Problemen, die die Eigenstaatlichkeit bereit hält, aktivieren lässt!" (9)

Renaissance des Islam?

Heute wird sehr viel von der "Renaissance des Islam" oder der "Re-Islamisierung" gesprochen. Diese setzt jedoch eine Ent-Islamisierung voraus. Sicherlich, mit dem Vordringen kapitalistischer Verhältnisse mit all ihren Begleiterscheinungen im arabischen Raum hat sich so eine Tendenz entwickelt, insbesondere innerhalb des Kleinbürgertums und besonders auch bei der nationalen und kompradoren Bourgeoisie; betroffen davon war jedoch nur ein kleiner Kreis von Menschen. Für die Masse der "einfachen" Muslime hat die Religion bis heute kaum an Bedeutung eingebüßt, selbst wenn man im Laufe der Jahrhunderte Modifizierungen registrieren kann. Gleichzeitig hoffen viele gläubige Muslims mit ihrer Religion auf grundlegende soziale Änderungen.

Derzeit gibt es etwa 600 Millionen Anhänger der Religion Mohammads, die besonders in sogenannten Entwicklungsländern leben. Allein diese geografische Dominanz und natürlich die quantitative Ausbreitung machen den Islam zu einem Faktor, mit dem zu rechnen ist, im gesellschaftlich positiven wie negativen. Seinen Ursprung nach ist der Islam arabisch; er entstand -wie oben ausgeführt- im 7. Jhrd. auf der Arabischen Halbinsel und breitete sich von dort. Die meisten Muslime leben heute in den nichtarabischen Ländern Asiens und Afrikas, vor allem in Iran, Pakistan, Afghanistan, der Türkei, Bangladesh, Malaysia, Indonesien, Indien und in einigen Staaten des subsaharischen Afrika, darunter in Senegal, Mali und Niger. Muslime, wenn auch als Minderheiten, leben auch in West-Europa. Hier sind sie Teil der jeweiligen nationalen Arbeiterklasse. Ihre Gemeinde in der BRD hat allein mehr als 1,5 Mio. Anhänger. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Muslimen ist in den südlichen Republiken der ehemaligen UdSSR beheimatet.

Trotzdem haben der Nahe Osten und Nordafrika zentrale Bedeutung behalten. Hier entstand der Islam und durchlebte seine Blütezeit. Hier liegen die "heiligen Städten", vor allem Mekka, wohin jeder gläubige Moslem mindestens einmal im Leben gepilgert sein muss. Während der jährlichen Pilgerreisen treffen sich in Saudi-Arabien Hunderttausende von Muslime, was ihnen ein Gefühl der Macht, Zusammengehörigkeit und internationalen Verbundenheit verleiht. Traditionell arbeiten in diesen Ländern auch die wichtigsten islamischen Bildungsstädten, wie z.B. die Azhar-Universität in Kairo. Besonders bedeutsam ist, das zu den islamischen "Kernländern" Öl exportierende Staaten gehören, in denen der Islam Staatsreligion und Staatsideologie ist, und die dank ihrer ökonomischen Ressourcen größere finanzielle Mittel in die Verbreitung des Islam investieren können. So entstehen auch in zahlreichen westeuropäischen Ländern islamische Kulturzentren und Moscheen, die von Ländern aus arabischen Region finanziert werden. Der Öl- und Rohstoffreichtum sowie ihre geostrategische Lage machen vor allem jedoch die Region des Nahen uns Mittleren Os-

tens zu einer herausragenden Region für außerregionales Interesse und daher imperialistische Begehrlichkeit.

"Als monotheistische Religion besitzt der Islam nach den Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Religionssoziologie eine bestimmte, als Einheit zu betrachtende Struktur. Sie umfasst neben dem gesellschaftlichen Bewusstsein mit seinen beiden Ebenen, der gesellschaftlichen Ideologie und der gesellschaftlichen Psychologie, auch religiöse Tätigkeit mit kultischen wie außerkultischen Aspekten, religiöse Beziehungen sowie religiöse Organisationen und Institutionen. Als Religion übt der Islam in der Gesellschaft verschiedene Funktionen aus: weltanschauliche, kompensatorischillusorische, kommunikative, regulative und integrative. Da nach Karl Marx 'das religiöse Elend in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend' ist, besitzt der Islam auch eine - häufig unterschätzte - protestierende Aufgabe. Alle diese Funktionen wirken gleichzeitig und aufeinander, nicht voneinander isoliert." (32)

Besonders in Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten ist der Islam gesellschaftlich bestimmend. Kennzeichnend für die Staaten dieser Region ist ihre nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Rückständigkeit hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräften und den daraus resultierenden Folgen und Konsequenzen, z.B. auch und besonders hinsichtlich der Entwicklung der Arbeiterklasse. Diese Rückständigkeit ist Ergebnis kolonialer, halbkolonialer sowie neokolonialer Abhängigkeit dieser Länder und vorhergehender feudaler Ausbeutung. Einige Charakteristika lassen sich – bei allen und gleichzeitig existierenden Unterschiedlichkeiten - herausarbeiten: vorkapitalistische Verhältnisse bestehen noch neben kapitalistischen und halbfeudalen; hinzu kommt der in der Regel hohe Anteil der Bauern an der Bevölkerung, die immer krasser werdenden Unterschiede zwischen Stadt und Land, eine hohe Analphabetenrate und relative Schwäche der Arbeiterklasse.

Ihre staatliche Selbstständigkeit haben diese Länder bereits errungen und sie beschreiten zumeist den kapitalistischen Entwicklungsweg. Andere hatten und/oder haben auf die Überwindung der Ausbeutungsverhältnisse und eine antiimperialistische Entwicklung orientiert. Alle diese gesellschaftlichen Prozesse vollzogen und vollziehen sich in einem sehr kurzen historischen Zeitraum, sie sind konfrontiert mit den internationalen Auseinandersetzung im Rahmen der imperialistischen so genannten Neuen Weltordnung, was die wachsende innerimperialistische Konkurrenz unter den imperialistischen Hauptmächten einschließt. Die Folge des derzeit noch überwiegend eingeschlagenen kapitalistischen Entwicklungsweges sind starke imperialistische Abhängigkeit auf ökonomischen wie ideologischen Gebiet.

Musterbeispiel Iran

Ein Musterbeispiel hierfür war der Iran unter Schah Reza Pahlewi. Der amerikanische Imperialismus beherrschte, plünderte und unterdrückte das Land in enger Komplizenschaft mit den israelischen Zionisten. Der Schah und seine imperialistischen und zionistischen Freunde stellten den Iran als "Insel der Stabilität" dar. Sie hatten sich folgende Aufgaben gestellt:

Der Iran sollte in einen Friedhof des Friedens und der Freiheit verwandelt werden

Die Atmosphäre des Terrors und der Unterdrückung sollte den Erdölmonopolen und den anderen imperialistischen Multis ermöglichen, Hand in Hand mit der iranischen Kompradorbourgeosie und Großgrundbesitzern die Reichtümer des Landes zügellos auszuplündern.

Die iranische Führung sollte die Rolle eines Vasallen der imperialistischen Mächte übernehmen, und zwar in einer außergewöhnlich wichtigen Region, die rund Zweitrittel des Energiebedarfs der kapitalistischen Welt deckte und amerikanischen, englischen und anderen imperialistischen Erdölmonopolen Dutzende Milliarden Dollar Profit brachte.

Das iranische Schah-Regime sollte die Rolle des Gendarmen in dieser Region spielen. Es war beauftragt, jede revolutionäre bzw. nationale Befreiungsbewegung grausam niederzuschlagen

Der Iran sollte im Rahmen der imperialistischen antisowjetische Globalstrategie zu einem der wichtigsten politischen und militärischen Stützpunkte gemacht werden. Das Land sollte damit ein bedeutender Bestandteil der antisowjetischen Umkreisungspolitik werden, die, beginnend im Fernen Osten, d.h. Japan und China, über Pakistan und Iran, die Türkei und Griechenland erfasste und bis zu den NATO-Ländern Westeuropas reichte.

Der amerikanische Imperialismus und seine Helfershelfer hatten auf Grund eines langfristigen Programms, das schon im während des Zweiten Weltkrieges in Angriff genommen war,durch die Entsendung von militärischen Beratern für die iranische Armee, für die Gendarmerie und Polizei sowie von Wirtschaftsberatern, durch die Vorbereitung und Beteiligung an der verbrecherischen Zerschlagung der antiimperialistischen Volksbewegung in Aserbaidschan und Kurdistan (1946), durch das Verbot der Tudeh-Partei Irans (1949) und schließlich durch den Militärputsch vorn 28. Mordad 1332 (19. August 1953) alle Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer Ziele geschaffen. Als Marionetten des Imperialismus ebneten Mohammad Reza Pahlewi und seine korrupte Familie den Weg.

Mit anderen Worten, der Iran unter der Schah-Despotie wies alle Charakteristika nahezu halbkolonialer imperialistischer Abhängigkeit auf: extreme Rückständigkeit

(hoher Analphabetismus, Feudalverhältnisse auf landwirtschaftlichem Gebiet etc), totale politische und ökonomische Abhängigkeit vorn US-Imperialismus, Ausbeutung der nationalen Reichtümer, besonders des Erdöls, durch ausländische imperialistische Konzerne, sowie den Versuch, auf den Bajonetten einer brutalen und korrupten Diktatur, den kapitalistischen Entwicklungsweg dem Land aufzupfropfen.

Der Despot bezeichnete sich selbst als "aufgeklärten islamische Herrscher", das unterdrückte iranische Volk ersehnte sich dagegen vielfach im politischen Islam die Errettung aus dem irdischen Joch. Die antiimperialistische Volksevolution gegen den Unterdrücker, wird deshalb von den Vertretern des politischen Islam als "islamische Revolution" bezeichnet.

Tatsache ist: nach dem Sieg der antiimperialistischen Volksrevolution in Iran wuchs der Einfluss des politischen Islam in unterschiedlicher Form an; islamischen Gruppen, Bewegungen und Organisationen in den Ölemiraten (Kuwait, Katar, Bahrain etc.) und in Saudi-Arabien nahmen einen ungeheueren Aufschwung. Auf den Philippinen kämpfte und kämpft die islamische Moro-Befreiungsfront gegen die US-abhängige Diktatur für Unabhängigkeit und Freiheit, innerhalb der Frente Polisario (West-Sahara) und auch der PLO existierten starke revolutionär-islamische Strömungen. Bei den Palästinensern sind inzwischen neben der PLO zwei starke Formationen des politischen Islam, Hamas sowie Islamischer Dschihad, entstanden, die sich die Befreiung Palästinas von israelisch-zionistischer Besatzung zum Ziel gesetzt haben. In zahlrei-Nordafrikas entstanden revolutionär-islamische tionsbewegungen, andere Staaten dieser Region beschritten über Jahre hinweg unter der Flagge des Islam und des Sozialismus einen antiimperialistischen, nationaldemokratischen Entwicklungsweg (Algerien, Libyen oder das Ägypten Nassers). Nicht zu vergessen und inzwischen an herausragender Stelle fungiert die libanesische Partei Hizbollah als islamische, revolutionäre und anti-imperialistische Orientierungskraft vor allem, aber nicht nur für Organisationen und Parteien des politischen Islam in der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens. Hizbollah war es 2009 gelungen, die militärtechnologisch überlegene israelisch-zionistische Aggression gegen den Libanon zurückzuschlagen und einen scheinbar unbezwingbaren Feind zu schlagen. Damit erkämpfte Hizbollah einen Sieg, der von regulären arabischen Armeen bisher niemals erkämpft worden war...

Dabei konnten diese Entwicklungen an historische Beispiele anknüpfen, wo Vertreter des politischen Islam herausragende Rollen im antikolonialen, antiimperialistischen und sogar revolutionären Befreiungskämpfen gespielt hatten. Diese Erfahrungen haben sich zum Teil sehr tief in das Bewusstsein der Völker des Nahen und Mittleren Ostens gegraben. An dieser Stelle seien nur zwei bekanntere Beispiele genannt: So führte im Sudan die Armee des Mahdi (Mohammad Ahmed) Ende des 19 Jahrhun-

derts einen Befreiungskampf gegen den britischen Kolonialismus; dabei gelang es, 1885 Khartoum zu erobern in den Sudan für einige, wenige Jahre zu befreien. Bereits vor dem "Mahdi-Aufstand" hatte sich in Algerien das Volk unter Führung von Emir Abd Al-Khadir ab 1883 gegen die französischen Kolonialisten. Dieser Widerstandskampf konnte sich in breiter Form immerhin über ein Jahrzehnt lang halten und flackerte immer wieder neu auf, bis er sich Ende der 20er/zu Beginn der 30er erneut zu einem breiten Volkswiderstand unter Führung der Nationalen Befreiungsfront (FLN) entwickelte. Der algerische Volkswiderstand hatte in den letzten Jahres vor der Befreiung 1962 den Charakter eines Volkskrieges gegen den französischen Kolonialismus angenommen. Auch die FLN speiste sich aus Quellen des politischen Islam, wobei die Front allerdings bereits faktisch einen Volksfrontcharakter auch mit anderen politischen und ideologischen, auch sozialistischen, politischen Strömungen angenommen hatte. Dies war die Basis nicht nur für die national-demokratische Entwicklungsetappe nach der Befreiung, sondern vielmehr auch für die Öffnung hin zu einem sozialistischen Entwicklungsweg.

Die Verbindung zwischen Freiheitsstreben, antiimperialistisch und islamischen Zielsetzungen (mit teilweise national-demokratischer Orientierung) entnehmen wir auch dem Kommuniqué Nr. 1 des "Revolutionären Kommandorates" in Libyen vom Morgen des 1. September 1969, als die libysche Revolution unter Oberst Muammar Al-Khadafi den korrupten König Idris verjagte:

"Im Namen Gottes, des Gnädigen, des Allmächtigen, in Ausübung Deines freien Willens und in Verwirklichung Deiner lang gehegten Hoffnungen, als Antwort auf Deine wiederholten Rufe nach Veränderung und Säuberung, die auf Tatkraft und Entschlossenheit drängen und Umsturz und Gewitter losbrechen lassen, haben Deine Streitkräfte das dekadente, rückständige und reaktionäre Regime gestürzt, dessen Gestank den Geruchssinn betäubt und dessen Anblick uns anekelt. Durch einen einzigen Schlag Deiner furchtlosen Armee gerieten die Götzen ins taumeln und stürzten

Libyen wird fortan als eine freie, souveräne Republik gelten und Libysch-Arabische Republik (heute: "Sozialistische Libysche Arabische Volksdjamahiria) heißen, die sich, nach dem Willen Gottes, auf dem Wege zu Freiheit, Einheit und sozialer Gerechtigkeit, zu Tatkraft und Größe erheben wird, die all ihren Söhnen das Recht der Gleichheit sichern und ihnen die Tür zu ehrenvoller und anständiger Arbeit in einer neuen Gesellschaft öffnen wird, in der es keine Gekränkten, Mittellosen, keine Herren, keine Sklaven, sondern nur freie Brüder geben wird, die in eine Gesellschaft leben über die, so Gott will, das Banner des Wohlstandes und der Gleichheit wehen wird."(33)

Herausforderung auch in Saudi-Arabien

Als um die Jahreswende 1979/80 revolutionäre islamische Kräfte die heilige Moschee in Mekka besetzten und damit den Sturz des feudalen Systems in Saudi-Arabien initiieren wollten, fegte es durch die BRD-Medien: nun seien die "religiösen Fanatiker" in dem bis dahin als "stabilen und sicheren Land" gepriesenen Land am Werke. Verschwiegen wurde dabei wohlweislich der antimonarchistische und auf gesellschaftliche Veränderungen abzielende Hintergrund der Aktion.

Eine der stärksten islamischen Widerstandsorganisationen in Saudi-Arabien ist die Gruppe "Assalaf Al Saleh", die in den 60er Jahren gegründet wurde und ihre Anhänger hauptsächlich unter den Studenten, einigen Stämmen und der Nationalgarde sammeln kann. Ihre gesellschaftspolitischen Ziele lassen sich wie folgt umreißen:

- Rückkehr zur frühislamischen Tradition der Assalaf AI Saleh, Abbau der Nachahmung "ungläubiger, dekadenter" westlicher Länder
- Sturz der Monarchie
- Aufbau einer Islamischen Republik
- Boykott der Erdöllieferungen an die USA, dem Verursacher der antinationalen Erdölpolitik Saudi-Arabiens und dem Beschützer des Königshauses. (34)

Es lässt sich also festhalten, dass ein Aspekt der "Renaissance des Islam" die Entstehung und Entwicklung antimonarchistischer, antiimperialistischer oder nationaldemokratischer Gruppen und Bewegungen des politischen Islam im Mittleren und Nahen Osten, wie in Nordafrika ist. Diese Länder verbindet gesellschaftliche Rückständigkeit, sowie ökonomische wie politische Abhängigkeit vom und Ausbeutung durch den Imperialismus.

"Doch die Beseitigung der komplexen Rückständigkeit unter überwiegend kapitalistischen Bedingungen und angesichts andauernder Abhängigkeit vom Imperialismus vor allem auf ökonomischen, aber auch auf ideologischem Gebiet zeitigt ebenfalls Folgen, die günstigen Nährboden für die Religion und ihre Reaktivierung bieten. Zehntausende stehen oft unvorbereitet, unzureichend orientiert und organisiert Aufgaben bisher unbekannten Ausmaßes gegenüber. Sie empfinden plötzlich Unsicherheit, Angst gegenüber dieser Dynamik. Also suchen sie Halt im Vertrauten, scheinbar unberührbaren und sicheren, nämlich im Islam. Er ist für sie - unter dem Einfluss nationalistischer und idealistischer Propaganda - aufs engste mit großen und ruhmvollen Ereignissen ihrer Vergangenheit verbunden, hat danach in ihrer Geschichte zur Fortschritten auf verschiedenen Gebieten geführt. Warum sollte er also jetzt nicht erneut Garantien bieten, dass mit seiner Hilfe und auf seiner Basis anstehende Aufgaben erfolgreich, zu bewältigen sind?" (35)

Gerade kleinbürgerliche und bourgeoise Kräfte sehen daher im Islam eine Ideologie, mit der sie gesellschaftlichen Fortschritt, Gleichheit und Unabhängigkeit quasi göttlich fixieren können. Aufgrund seiner Ambivalenz lässt sich der Islam, besonder durch seine Interpretationen, hierfür sehr gut verwenden.

Daher führt die Berufung auf islamisches Gedankengut nicht unbedingt in eine Scheinwelt, lässt die Menschen nicht unweigerlich in Lethargie und Hoffen auf ein überirdisches "Paradies" verfallen; im Gegenteil, unter den gesellschaftlichen Bedingungen der alle Bereiche umfassenden Rückständigkeit und Abhängigkeit vom Imperialismus, kann der Islam durchaus aktivierend und neue Potenzen erschließend werden.

Um die Inhalte und Ziele der islamischen Lehre wird seit Jahrhunderten heftig und eifrig diskutiert. Der Islam ist interpretierbar. Seine Ideologen versuchten und versuchen stets, ihn auf die gesellschaftlichen Notwendigkeiten umzuformen, ihn den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Zugute kommt ihnen dabei die Ambivalenz der islamischen Lehre .Ergebnis dieser "internen Auseinandersetzungen" sind zahlreiche Abspaltungen und Sektengründungen, die sich alle als Vertreter des "wahren, reinen Islam" verstehen.

"Die Materialität und historische Konkretheit der Belange, um die in Religion gekämpft wird, geht - das hängt mit ihrer Spezifik zusammen - in der religiösen Vermittlung weitgehend oder ganz verloren. Klassenkampf kann dadurch als Glaubenskrieg oder Dogmenstreit auftreten. Nicht selten hinterlässt er neue Glaubensrichtungen oder Sekten, die, sich gegenüber den Beweggründen ihres Ursprunges verselbstständigend, ein Eigenleben gewinnen. Die Spezifik in der religiösen Vermittlung gesellschaftlicher Belange wird auch deutlich, wenn der Ajatollah Chomeini den Kampf, den die Muslims in Iran gegen das Schah-Regime und die imperialistische Präsenz im Lande führten, versteht als "Anstrengungen, unternommen für den Islam". Niemand, meint er, werde sein Blut vergießen, um billigere Wohnungsmieten oder eine Umgestaltung der Landwirtschaft zu erreichen. "Sie haben alle gesehen, wie alle Schichten, Männer, Frauen, Jugendliche auf die Straße strömten, auf die Dächer stiegen, sich in den Gassen und Vierteln versammelten, überall. Ein Ruf erscholl: Wir wollen den Islam. Es ist für den Islam, dass man sein Leben opfern kann." (36)

Man kann davon ausgehen, das die Millionenmassen "einfacher" Muslims die theologischen Diskussionen "ihrer" Gelehrten weder verfolgen, noch nachvollziehen können. Für sie manifestiert sich das Bekenntnis zu ihrer Religion hauptsächlich in der strengen Einhaltung der Gesetze des Islam. Und mit ihrer Religion verbinden sie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die islamischen Gelehrten können jedoch als akzeptierte und verehrte "Führerpersönlichkeiten" eine wichtige Orientierungsrolle innerhalb der islamischen Gesellschaften spielen.

Wer prägt also islamische Theorien? "Unter den heutigen Bedingungen sind es vor allem Angehörige der Intelligenz, die in ihrer Mehrheit den städtischen Zwischenschichten entstammen, häufig kleinbürgerliche Interessen vertreten, sich jedoch auch feudalen und bourgeoisen Kräften verdingen. Ihre fortgeschrittensten, im allgemeinen zahlenmäßig nicht sehr großen Teile können sich auch revolutionären Strömungen anschließen und sie, wenigstens zeitweise, begleiten und sogar mitbestimmen." (37) Diese Theoretiker und islamischen Gelehrten können im wesentlichen in drei Hauptgruppen untergliedert werden: die "Ulema" (geistlicher Rat, Gesellschaft), die islamischen Literaten und die Politiker. Oft sind jedoch mehrere der erwähnten Gruppen zutreffend.

Die erste Gruppe, die "Ulema", die islamischen Theologen, Schrift- und Rechtsgelehrten, kann als die der traditionellen islamischen Intelligenz verstanden werden. Sie verfügt über die seit Jahrhunderten gewachsenen Bildungsstrukturen und betrachtet sich als Hüter der überlieferten islamischen Ideologie. Als solche beanspruchen sie auch eine Art rechtlich-ethischer Kontrollfunktion gegenüber der politischen Macht und gegenüber den islamischen Literaten und Politikern. Dabei können "neue Interpretationen" von ihnen verworfen oder für gut geheißen werden.

Die zweite Gruppe, die islamischen Literaten, verbinden zumeist auf eine sehr persönliche Weise traditionelle islamische Ideologie mit persönlichen Erfahrungen und gesellschaftlichen Zielsetzungen und Erfordernissen. Dabei verknüpfen sie eklektizistisch den Islam mit bürgerlichen Ideologien und sogar mit sozialistischem Gedankengut. Das kann bis zur Vertretung eines so genannten "islamischen Sozialismus" führen.

Die dritte Gruppe, die Politiker, verfügen in der Regel nicht über eine gründliche religiöse Ausbildung, sind aber gezwungen, zu religiösen Fragen in ihrer islamischen Gesellschaft Stellung zu nehmen. Welchen Platz der Islam in ihren Vorstellungen einnimmt, bestimmen objektive und subjektive Faktoren. Grundsätzlich wollen alle, die sich im Namen des Propheten äußern, Massen ansprechen und mobilisieren. Dabei kann man jedoch favorisierte Zielgruppen erkennen: die Bauern, Frauen und Jugendliche.

Mann kann also sagen, das der Islam - wie kaum eine andere Religion - äußerlich zwar recht einheitlich aussieht, innerlich jedoch eine Vielzahl von Ideen, Vorstellungen und Zielsetzungen miteinander konkurrieren. Das betrifft insbesondere und damit zugleich die Strömungen, Organisationen und Parteien des politischen Islam. Diese Heterogenität ist damit in Konsequenz zugleich Ausdruck der jeweiligen Situation des Klassenkampfes, kann gar in äußerlicher Form sein Ausdruck sein oder werden.

"Diese einheitlichen Lehren mit ihren Implikationen und Konsequenzen können jedoch nicht Divergenzen innerhalb des Islam verbergen, die historisch als Reaktion auf veränderte soziale, politische und ideologische Zustände geboren sind. Ihre exakte Unterscheidung wird durch den Mangel an straffen Organisationsformen im Islam und durch die fehlende Zentralisierung bedeutend erschwert." (38) Als Reaktion hierauf lässt sich deshalb sehr oft eine Tendenz zur Machtmonopolisierung durch eine Strömung, Tendenz, Gruppe oder Partei des politischen Islam erklären.

Aus den verschiedenen Komponenten (Stellung des politischen Islam in einem Land, Ideologie und Rolle der Führungskräfte und bedeutender Persönlichkeiten in einem Land, Haltung verschiedener Regime zum Islam, die Haltung der islamischen Geistlichkeit zu gesellschaftlichen Veränderungen, gesellschaftspolitischer Entwicklungsstand eines Landes etc.) ergibt sich eine Vielfalt von Vorstellungen, die gesondert, in der Regel auf ein Land orientiert, untersucht werden müssen.

Antikolonialistische Traditionen des politischen Islam im Iran

Islamische Opposition gegen Diktatur und Kolonialismus hat in Iran Tradition. In der jüngeren Geschichte reicht ihr Beginn zurück bis in den Ausklang des 19. Jahrhunderts. Bekannt wurde zu dieser Zeit der islamische Gelehrte Dschamal ad Din, der die These von der Unvereinbarkeit absolutistischer Herrschaftsform und islamischer Lehre entwarf und in den arabischen Ländern wie im damaligen Persien großen Anklang fand. Dschamal ad Din publizierte zahlreiche Zeitungsartikel, Broschüren und Aufsätze, in denen er die sozioökonomischen und politischen Missstände der islamischen Länder analysierte und die herrschende feudale Repression und Ungerechtigkeit, sowie koloniale Ausbeutung und Unterdrückung, als mit der Lehre des Islam unvereinbar erklärte. Einer seiner Anhänger erschoss 1896 den persischen Feudal-Herrscher Nasr ed Din Schah, dessen Verschwendungssucht und ausschweifender Lebensstil bis nach Europa traurige Berühmtheit erlangte.

Einer seiner bedeutendsten Schüler war der 1905 in Ägypten gestorbene Mohammad Abdu. Wenn seine Lehre auch hauptsächlich. in den nordafrikanischen Ländern Verbreitung fand und dort Einfluss auf die antikolonialistischen Befreiungsbewegungen nahm, so vermittels doch seine Theorien wie das Werk ad Dins die antimonarchistische und antikolonialistische Tradition der islamischen Bewegung Irans.

Schließlich muss in diesem Zusammenhang der Dichter und Philosoph Mohammad Eghbal (1877 - 1938) erwähnt werden. Er stammt aus Sialkut/Pakistan, studierte in Lahore und an der Universität Cambridge/England Philosophie und erwarb 1908 mit einer Arbeit über die Entwicklung der Philosophie in Iran an der Universität München den Doktorgrad.1928 wurde er zum Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung für den Pundjab gewählt und nahm vier Jahre später an der Versammlung zur Konsti-

tuierung der Verfassung für das damalige englische Kolonialreich Indien teil. Auch Eghbals Werk durchzieht der Versuch, islamische Prinzipien mit antikolonialistischen und antimonarchistischen Zielsetzungen zu verknüpfen.

Diese progressiven islamischen Theoretiker hatten einen wichtigen Einfluss auf die Entstehung und Entwicklung der sogenannten "Tabakbewegung" (um 1890), die sich gegen den Ausverkauf des iranischen Tabakmonopols vor allem an die englischen Kolonialisten wandte. Einer der Köpfe dieser Bewegung war Ajatollah Mirza Schirazi. Die "Tabakbewegung" wurde zur Initialzündung für eine Volksrevolution - die erste in Persiens Geschichte -, die 1906 - unter Führung der progressiven iranischen Geistlichkeit - die erste iranische Verfassung mit bürgerlichen Freiheitsrechten in Form einer konstitutionellen Monarchie gegen den erbitterten Widerstand der absolutistischen Herrscherclique durchkämpfte.

Als 1925 der Vater des 1979 gestürzten Schah, Reza Khan, putschte und die blutige Pahlawi-Dynastie errichtete, gehörten wiederum Geistliche und Vertreter des politischen Islam - neben anderen antidiktatorischen Kräften - zu den konsequentesten Kämpfern gegen die Diktatur. Die islamische Opposition stand damals unter Führung von Ajatollah Modarres, den Reza Khan erst verbannte und später im Exil ermorden ließ.

Als Reza Khan verjagt war, entwickelte sich nach 1945 erneut eine Volksbewegung mit antikolonialistischem und national-demokratischen Charakter. Kernpositionen dieser Bewegung war damals, neben dem Erhalt und dem Ausbau bürgerlichdemokratischer Freiheiten und Rechte, die Forderung nach Nationalisierung der iranischen Rohstoffe, besonders der Erdölförderung- und Verarbeitung, die sich bis dahin, unter dem Scheffeln ungeheurer Gewinnen, in englischen Händen befand, ein Musterbeispiel für die imperialistische Ausplünderung der Rohstoffe eines Landes. Eine der führenden Persönlichkeiten dieser Bewegung war Dr. Mossadegh, der, demokratisch zum Premier gewählt, 1951 das iranische Erdöl verstaatlichte.1953 wurde die Regierung des Dr. Mossadegh mit koordinierender Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA hinweggefegt.

Kräfte des politischen Islam in Iran spielten sowohl in der nationaldemokratischen Bewegung unter Dr. Mossadegh, als auch in der antidiktatorischen Bewegung gegen das Schah-Regime eine bedeutende Rolle.

Als wichtigste islamische Persönlichkeiten des Widerstandes gegen das faschistische Schah-Regime sind vor allem zu nennen: der islamische Theoretiker Dr. Ali Schariati, Ajatollah Taleghani und Ajatollah Chomeini.

Schariati wurde am 1934 in dem iranischen Dorf Masinan geboren. Nach Abschluss seines Studiums der Literatur an der Universität Maschad ging er nach Frankreich, wo

.er den Doktortitel im Fach Soziologie erwarb. Nach dem CIA-Putsch 1953 und dem Sturz Mossadeghs schloss er sich der "Nationalen Widerstandsbewegung" an.1957 wurden er, sein Vater, sowie 14 weitere Mitglieder des Komitees der "Nationalen Widerstandsbewegung" vom Schah-Regime eingekerkert, nach sechs Monaten jedoch wieder freigelassen.

Während seines Studiums in Frankreich engagierte er sich in den iranischen Studentenorganisationen, die vom Ausland aus gegen das Schah-Regime arbeiteten. Zugleich gründete er mit Freunden die "Befreiungsbewegung Iran".Im Mai 1965 kehrte er in den Iran zurück, wurde kurzzeitig verhaftet und schließlich als Sprachlehrer in einem abgelegenen Dorf bei Mashad eingestellt. Auch hier setzte er seine antidiktatorische Tätigkeit fort.

In seinen Vorlesungen und Aufsätzen, die vervielfältigt und illegal im ganzen Land verbreitet wurden, beschäftigt er sich mit der "Erneuerung des Islam", mit der "Säuberung der islamischen Lehre und des islamisch-iranischen Kulturerbes von dekadenten Einflüssen".

Er diskutierte in seinen philosophischen Abhandlungen über das Wesen des Menschen und prangerte die kapitalistische Selbstentfremdung des Menschen und der Gesellschaft durch das System des Kapitalismus an. Er entwickelt in seinen Werken, wie der Kapitalismus das Kulturgut der so genannten "Dritten Welt" zerstört und wie diesen Völkern eine "dekadente kulturelle Entartung" aufgezwungen wird. Am Beispiel seines Landes, des Iran, warnt er vor der Zerstörung des "einheimischen islamischen Kulturerbes". Sein Ziel war es, den "wahren Islam"von allen "Entartungen" zu lösen und ihn als "Waffe zur Befreiung der Menschen" einzusetzen. 1972 schließlich wurde Schariati erneut verhaftet, auf internationalen Druck jedoch wieder freigelassen. Da ihm nun jede Arbeit in Iran unmöglich gemacht wurde, ging Schariati nach England,um dort sein praktisches, vor allem jedoch theoretisches Werk fortzusetzen. Dort kam er am 19. Juni 1977 unter mysteriösen Umständen ums Leben, von Schergen des terroristischen Schah-Geheimdienstes SAVAK in Kooperation mit der CIA ermordet.

Eine weitere herausragende Persönlichkeit des antidiktatorischen Widerstandes war der nach dem Sieg der Revolution leider viel zu früh verstorbene Ajatollah Taleghani, der bereits in den Aufstandsbewegungen von 1963 gegen das Schah-Regime eine bedeutende Rolle spielte. Nach der blutigen Niederschlagung dieser Volksbewegung warf man ihn für 15 Jahre ins Gefängnis, wo er bis zum Sieg der Revolution Zelle an Zelle mit Kommunisten und anderen Revolutionären saß. Von Ihm stammt die Aussage, dass Marxisten und Muslime zwar unterschiedliche Wege gingen, jedoch in der Bekämpfung von Imperialismus, Ausbeutung und Rassismus ähnliche Ziele hätten. (39)

Auf die politische Entwicklung des Iran nach dem Sieg der antiimperialistischen Volksrevolution 1979 kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden, da dies den Rahmen dieses Aufsatzes sowohl inhaltlich wie auch vom Umfang her sprengen würde. Diese Entwicklungen können nur umfassend analysiert werden, wenn man den Rahmen der Untersuchung der Rolle des politischen Islam im Iran, einschließlich einer umfassenderen Darstellung seiner Widersprüchlichkeiten auch und besonders vor dem Hintergrund der sehr dynamischen und für die Region herausragenden Entwicklung der Produktivkräfte, verlässt und die Betrachtung wie auch Analyse deutlich um ökonomische, gesellschaftspolitische, geostrategische Veränderungen vor dem Hintergrund der alle Bereiche umfassenden, anhaltenden imperialistischen Einmischungen und Destabilisierungen ausweitet. So wie die antiimperialistische Volksrevolution im Iran 1979 auch hinsichtlich der Rolle des politischen Islam katalysatorischen Charakter hatte, so war diese Revolution wie auch die Entwicklung des Landes seither wie ein "strategisches Laboratorium" für die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die Wichtigkeit einer umfassenden Analyse der Entwicklung des Landes lässt daher auf eine entsprechende Kraftanstrengung der "offen-siv" in der Zukunft hoffen. Im Rahmen dieses Aufsatzes konnten lediglich einige Aspekte und zudem verkürzt und beschränkt auf einige Elemente der Rolle des politischen Islam in Iran dargestellt werden, um den Gesamtzusammenhang der Untersuchung erklärlicher zu machen, sowohl in seiner Bedeutung als auch mit seinen Charakteristika.

Ein erstes Fazit

"Renaissance des Islam" bedeutet also eine quantitative und qualitative Belebung islamischer politischer Potenzen besonders in den Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, Nordafrikas und Asiens.

Das bedeutet für die Befreiungskämpfe der Völker zweierlei. Zum einen die Aktivierung reaktionärer Vertreter des politischen Islam durch den Imperialismus sowie die Stützung entsprechender pro-imperialistischer Regime (z.B. Saudi-Arabien).

Zum anderen sind mit der "Renaissance des Islam" jedoch auch revolutionäre, antiimperialistische und national-demokratische Potenzen freigeworden. Wenn man die antiimperialistischen, revolutionären oder sogar in der Tendenz national-demokratischen Kräfte des politischen Islam kritisiert, sollte man als Kommunist jedoch der Leninschen Forderung gedenken, dass man "den revolutionär-demokratischen Kern" dieser Konzeptionen des politischen Islam "sorgfältig herausheben, bewahren und weiterentwickeln". (40) muss.

"Renaissance des Islam" mit und in seinen (kurz angerissenen) Facetten ist also in der Region des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und Asiens in seinem tatsächlichen Inhalt nichts anderes als sich verschärfender Klassenkampf auf jeweils nationaler, aber auch regionaler Ebene mit unmittelbaren internationalen Implikationen.

Nach dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern, deren Basis und Hintergrund die dynamische, aber zugleich auch widersprüchliche Entwicklung des Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung besonders nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 war, entwickeln sich diese gesellschaftlichen Prozesse jedoch unter den imperialistischen Bedingungen der so genannten "Neuen Weltordnung" und diese können hinsichtlich der Rolle der Kommunisten aus marxistischleninistischer Sicht nur folgendermaßen kurz zusammengefasst und für die Region des Nahen und Mittleren Ostens "zugeschnitten" werden:

Bis auf wenige Ausnahmen (z. B. Irak, Iran, Sudan) war es der kommunistischen Bewegung nicht gelungen, tatsächlichen und damit entscheidenden Masseneinfluss weit über das Kleinbürgertum, Teile der nationalen Bourgeoisie sowie der kleinbürgerlichen Intelligenz hinaus zu erlangen;

Die Ausbreitung des Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung, die natürlich auch vor kommunistischen Parteien und Bewegungen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens nicht haltmachte und dort sogar zum Teil groteske Züge annahm wie auch extrem sektiererische Einschätzungen (zum Teil als Reaktionen hieraus) und daraus abgeleitete Handlungen, haben dort, wo Kommunisten Einfluss hatten, diesen erodiert und seit dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern zum großen Teil implodieren lassen;

Der offene Verrat der so genannten "Irakischen Kommunistischen Partei" (sowie ihrer regionalen Unterstützer, wobei hier als Beispiel nur die so genannte "Jordanische Kommunistische Partei" genannt werden kann), in dem diese Partei zur kollaborierenden Marionette des US-Imperialismus verkam, hat für die kommunistische Bewegung in der Region einen Schaden angerichtet, dessen Tiefe auch längerfristig verheerend ist. Deshalb ist es für die Marxisten-Leninisten auf internationaler Ebene Aufgabe und Herausforderung zugleich, diese offenen Verräter zu isolieren und klar, deutlich und auch in der Region des Nahen und Mittleren Ostens wahrnehmbar zu bekämpfen!

Was "unsere" Diskussionen in der imperialistischen BRD betrifft, so seien die nachfolgenden Auszüge eines Interviews mit dem Führungsmitglied der libanesischen Hizbollah, Dr. Ali Fayyad, den Steigerwalds und anderen mit dicken Lettern ins Stammbuch geschrieben (das gesamte Interview ist nachzulesen in: "offen-siv", November/Dezember 2007):

"Als Allererstes verstehen wir uns als eine nationale Befreiungsbewegung mit dem Ziel, unsere von Israel besetzten Gebiete zu befreien. Wir sind eine Befreiungsbewegung, die versucht, den Libanon gegen die israelischen Aggressionen, unter den wir seit mehr als 50 Jahren leiden, zu verteidigen. Wir sind eine Bewegung des nationalen Widerstandes und der Befreiung, mit einer zuallererst menschlich-humanistischen und in zweiter Linie auch nationalen und religiösen Dimension. (...) Alles in allem sind wir also eine nationale Befreiungsbewegung mit humanistischem, arabischem und islamischem Charakter. (...)

Die Marxisten hier im Libanon sind unsere Verbündeten. Die KP Libanons ist unsere Verbündete. Die Linke generell ist unsere Verbündete. Wir haben unterschiedliche Ideologien, wir haben unsere Überzeugungen und sie ihre, da gibt es Differenzen, aber heute ist das in unserem Land eine völlig unwesentliche Frage. Für uns gilt heute die prinzipielle Frage: Bist Du für oder gegen die Amerikaner? Bist Du an der Seite der Unterdrückten dieser Erde oder nicht? Bekämpfst Du die "Neue Weltordnung" oder nicht? Willst du die fortschreitende Spaltung der Welt in Arm und Reich bekämpfen oder nicht? (...)

Als Hassan Nasrallah (Generalsekretär von Hizbollah, d. Verf.) vor mehr als einer Million Menschen von Hugo Chavez sprach, bezeichnete er den Präsidenten Venezuelas als 'Bruder Chavez'. Wir wissen, dass dieser Mann uns sehr nahe steht, dass er ein Weggenosse ist. Es ist so, als gäbe es zwischen ihm und uns schon eine lange Geschichte gemeinsamer Kämpfe, als wäre sein Gewehr das unsere. Wir lieben ihn, wir respektieren ihn und wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Beziehungen zu einer Qualität entwickeln können, die ein Modell sein kann für die Beziehungen der antiimperialistischen Linken und dem politischen Islam."

Auf dieser politischen Basis, nur wesentlich detaillierter (nachzulesen in "offen-siv", März/April 2009), vor allem auch was im Kern national-demokratische ökonomische Fragen betrifft (die Klassenfrage, Kollege Steigerwald!), wurde zugleich in Zusammenarbeit und auch unter Federführung von Hizbollah das gemeinsame Aktionsprogramm von Beirut als weiterer Schritt einer strategischen, antiimperialistischen, revolutionären Zusammenarbeit zwischen antiimperialistischen Linkskräften und Vertretern des politischen Islam im Januar 2009 entwickelt. Weitere politische wie auch konkrete Schritte sollen folgen ...

Der fortschrittliche ägyptische Wissenschaftler M. Amin al-Alam die Herausforderung treffend formuliert: "Unsere Schlacht in der arabischen Welt geht nicht um Allah, sondern muss im Grunde genommen gegen den Satan geführt werden, gegen den Satan der Unwissenheit, der Rückständigkeit, der Ausbeutung, des Imperialismus und des Zionismus (...) Dafür müssen sich alle nationalen und fortschrittlichen arabischen Kräfte ohne Unterschied ihrer geistigen und ideologischen Haltungen vereinen und treffen!" (41)

Anmerkungen:

- (1) Surindar Suri, Religion und Revolution in Asien, Europa-Archiv' Folge 2/1980
- (2) zit. nach John Laffin, Islam Weltbedrohung durch Fanatismus, München 1980, s. 20 ff
- (3) Samuel P. Huntington: "Why International Primary Matters", International Security, Frühjahr 1993, Seite 83 Süddeutsche Zeitung, 16-10-2001
- (4) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27-10-2001
- (5) Greenpeace Online, 29-11-2001
- (6) Süddeutsche Zeitung, 29-11-2001; siehe auch: Express (Köln), 29-11-2001
- (7) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5-12-2001
- (8) junge Welt, 24-10-2001
- (10) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8-11-2001; International Herald Tribune, 13-11-2001 vgl. dazu u.a.: "Saddams Verbindungen zu Osama Bin Laden", Süddeutsche Zeitung", 4-12-2003, Bush übertrieb Terrorbedrohung durch den Irak", Süddeutsche Zeitung, 26-6-03
- (11) "Polit-Schizos im Weißen Haus Bush: Keine Beweise für Terror-Verwicklungen von Saddam Hussein", Neues Deutschland, 19-9-2003; vgl. aber u.a. auch: "Keine Verantwortung Iraks für 9/11", die tageszeitung 19-9-03, "Bush says "no evidence' ties Saddam to 9/11 attacks", International Herald Tribune 19-9-03
- (12) siehe ausführlich: GEHEIM-Magazin, Nr. 3/2001
- (13) zit. Nach: "Süddeutsche Zeitung", 19.3.2002; vgl. auch ausführlich: "The New York Times", Internet-Ausgabe, 18.3.2002, "International Herald Tribune", 18.3.2002, ebenda, 19.3.2002
- (14) vgl. dazu ausführlich: GEHEIM, Nr. 2 & 3 & 4, 2002 sowie 1/2003
- (15) vgl. dazu ausführlich: Opperskalski, Neuberger: CIA im Iran, 1982, Lamuv-Verlag aus: International Herald Tribune (IHT), 21-7-1992, zit. Aus: GEHEIM, Nr.1/1993. An dieser Stelle sei jedoch noch ausdrücklich hinzugefügt, dass die CIA-Verbindungen einschließlich umfangreicher materieller und logistischer Unterstützung zu afghanischen islamistischen Terroristen sich bereits bis Mitte der 70er Jahre zurückverfolgen lassen, also noch bevor (!) 1978 in Kabul eine revolutionäre Regierung an die Macht gekommen war. Nutznießer dieser Unterstützer war schon damals ein gewisser Gulbuddin Hekmatjar, der nach Pakistan geflohen war und dort seine Islamische Partei Afghanistans aufbaute, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die republi-

kanische Regierung Daud in Afghanistan zu stürzen. Diese "alten" Beziehungen machen es sicherlich verständlich, warum Hekmatjar und seine terroristische Gruppierungen ab 1978 Hauptempfänger der CIA-Unterstützung für die afghanischen Mudjahedin wurde

- (16) Hdji Abdullah Khan: "Pakistan im Griff der CIA", GEHEIM, Nr. 2/1990
- (17) siehe: Diego Cordovez und Selig Harrison: "Out of Afghanistan: The Inside Story of the Soviet Withdrawl", Oxford University Press, New York 1995; siehe auch: die Besprechung dieses Buches in International Press Service, 22-8-1995. Zit. nach: GEHEIM, Nr. 3/2001: "Osama bin Laden Der gelehrige Schüler der USA" von Michael Choussudovsky
- (18) GEHEIM, Nr. 3/2001: "Osama bin Laden Der gelehrige Schüler der USA" von Michael Choussudovsky
- (19) GEHEIM, Nr. 3/2001: "Osama bin Laden Der gelehrige Schüler der USA" von Michael Choussudovsky Ahmed Rashid: "The Taliban: Exporting Extremism", Foreign Affairs, November-Dezember 1999
- (20) GEHEIM, Nr. 3/2001: "Osama bin Laden Der gelehrige Schüler der USA" von Michael Choussudovsky
- (21) ebenda
- (22) vgl. dazu ausführlicher: GEHEIM, Nr. 4/2001 sowie Nr. 1 bis 4/2002, Nr. 1/2003
- (23) GEHEIM, Nr. 3/2001: "Osama bin Laden Der gelehrige Schüler der USA" von Michael Choussudovsky
- (24) GEHEIM, Nr. 3/2001: "Osama bin Laden Der gelehrige Schüler der USA" von Michael Choussudovsky
- (25) Ahmed Rashid: "The Taliban: Exporting Extremism", Foreign Affairs, November-Dezember 1999
- (26) GEHEIM, Nr. 3/2001: "Osama bin Laden Der gelehrige Schüler der USA" von Michael Choussudovsky
- (27) Martin Robbe u.a.: "Aufbruchstimmung im Islam: Fluch oder Krisenbewältigung?" "Afrika, Asien, Lateinamerika" im folgenden AAL genannt Heft 2/80
- (28) vgI.:Preißler, Holger: "Arabien zwischen Byzanz und Persien", in: "Geschichte der Araber", Berlin (DDR) 1971
- (29) Hottinger, A.: "Die Araber", Zürich 1960, S. 86

- (30) Marx, Engels: Werke, MEW, Bd. 22, Berlin (DDR)
- (31) Preissler, Holger, "Der Islam im Nahen Osten und die gesellschaftlichen Prozesse der Gegenwart" in AAL 6/80
- (32) Robbe, Martin u.a.: "Aufbruchstimmung im Islam..." in AAL 2/80
- (33) Preissler Holger: "Der Islam im Nahen Osten…" in: AAL 6/80
- (34) zit. nach: Fakten und Daten über die Jamahiria, herausgegeben vom Volksbüro/Bonn der SLA-Volksjamahiria, S. 11ff.
- (35) vgl." Antiimperialistisches Informationsbulletin (AlB)", Marburg Heft 7/8-80
- (36) Preissler, Holger, Der Islam im Nahen Osten..." in: AAL 6/80
- (37) Robbe, Martin u.a.: "Aufbruchstimmung im Islam ..." in: AAL 2/80
- (38) Preissler, Holger: "Der Islam im Nahe Osten" in: AAL 6/80
- (39) ebenda
- (40) W. I. Lenin: "Demokratie und Volkstümlertum in China", in: Werke, Bd, 18, S. 158
- (41) Preissler, Holger: "Der Islam im Nahen Osten", in: AAL 6/80

The Beirut International Forum for Resistance, Anti-Imperialism, Solidarity between Peoples, and Alternatives: Schlusserklärung

Auf Initiative des "Consultative Center for Studies and Documentation" in Beirut und in Kooperation mit dem "National Gathering to Support the Choice of Resistance in Lebanon, der "International Campaign against American and Zionist Occupation (Kairo-Konferenz), des "International Anti-Imperialist and People's Solidarity Forum (Calcutta-Konferenz) und der "Stop War Campaign" (London) fand das "Beirut International Forum for Resistance, Anti-Imperialism, Solidarity between Peoples, and Alternatives" im UNESCO-Palast in Beirut am 16., 17. und 18. Januar 2009 statt. Es waren etwa 450 Teilnehmer/innen aus 66 Ländern anwesend.

Dieses Forum fiel zeitlich zusammen mit der kriminellen und terroristischen Aggression Israels gegen die Palästinenser in Gaza, parallel zu einer finanziellen, ökonomischen und politischen Krise, die die ganze Welt ergriffen hat und die im wesentlichen aus der Kriegs- und Hegemonialpolitik resultiert. Das Forum zielte darauf, die Möglichkeiten zum Aufbau einer anderen Welt zu vergrößern, die auf dem Prinzip des

Respekts vor der Menschlichkeit basiert und die Schwachen und Unterdrückten dieser Welt verteidigt.

Prinzipien und Rechte:

Das Forum bekräftigt die Wichtigkeit, die folgenden Rechte in den Aufbau einer anderen Welt einzubeziehen:

- Das Recht der Völker auf Widerstand als ein unveräußerliches Recht, die Möglichkeit, die eigene Politik zu wählen und die eigene Kultur zu entwickeln als Grundbedingungen für die Freiheit der Völker und die Zurückweisung der aufgezwungenen Politik durch die neue Weltordnung sind der einzige Weg, soziale Errungenschaften zu bewahren.
- Widerstand gegen Okkupationen ist wesentlicher Bestandteil der Kämpfe der weltweiten Volksbefreiungs- und revolutionären Bewegungen gegen Imperialismus und Neoliberalismus, Hegemonialstreben, militärische Aggressionen und die Zerstörung der sozialen Errungenschaften, die durch gerechtfertigte Kämpfe während der letzten 200 Jahre erreicht wurden.
- Das Recht der Völker auf Souveränität bezüglich ihrer eigenen natürlichen Ressourcen, auf Selbstbestimmung über ihre eigenen Angelegenheiten, basierend auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den Völkern, um sie in die Lage zu versetzen, sich gegen die Diktatur des Marktes und die durch eine gewaltsame Politik einigen internationalen Finanzorganisationen zuerkannten Rechte zu wehren.
- Das Recht der Völker auf Nahrung, Gesundheit und Erziehung; diese Rechte müssen über allen Marktbedingungen stehen, dazu die ökonomische Achse von demokratischen Gremien umgeben sein.
- Die Zurückweisung von intellektuellen und kulturellen Stereotypen; stattdessen das Festhalten des Rechts auf intellektuelle und religiöse Unterschiede.
- Entwicklung des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung und Arbeit für eine Welt mit mehr Solidarität und Menschlichkeit. Das erfordert das Zurückdrängen der Hegemonie der großen Industrieländer und den Aufbau einer anderen Achse zwischen Nord und Süd (Südamerika, die arabisch-islamische Region, Asien und Afrika) mit dem Ziel, gleichberechtigte politische und ökonomische Beziehungen aufzubauen.

Entscheidungen und Forderungen

Die Teilnehmer/innen des Forums verbeugen sich vor dem palästinensischen Widerstand und der Geduld der Einwohner von Gaza, verurteilen Israel für seinen fortgesetzten Terror, seine schrecklichen Verbrechen und die Gewaltanwendung gegen unschuldige Menschen und stellen folgende Forderungen auf:

- 1. Strikte Sanktionen gegen den Staat Israel, die einschließen müssen: Abbruch diplomatischer Beziehungen, Kündigung von Handelsverträgen und die Durchsetzung eines Waffenembargos über die gesamte Region.
- 2. Schluss mit der ökonomischen, politischen und kulturellen Kooperation der EU mit dem Staat Israel und Kündigung aller Abkommen.
- 3. Unterstützung für den Präsidenten Venezuelas, Cháves, und den Präsidenten Boliviens, Morales, für ihre demonstrative Entscheidung zugunsten des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Widerstand.
- 4. Befolgung der UNO-Resolution 3379, die feststellt, dass der Zionismus eine Form des Rassismus ist; Ausschluss des Staates Israel aus der UNO
- Organisation einer internationalen Konferenz, die die israelischen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; individuelle und kollektive Verfolgung der Schuldigen, insbesondere für die Verbrechen in Gaza und in Südlibanon.
- 6. Unterstützung des libanesischen und palästinensischen Widerstandes in ihrem Kampf gegen die zionistische Okkupation ebenso wie Unterstützung des irakischen Widerstandes im Kampf gegen die Amerikanische Besetzung.
- Stärkung und Durchsetzung der vom internationalen Gerichtshof geäußerten Meinung über die Apartheid-Trennungsmauer durch die palästinensischen Gebiete.
- 8. Verfolgung der Schuldigen für die von europäischen Ländern gewährte kriminelle Unterstützung der israelischen Kriegsverbrechen durch den internationalen Gerichtshof.
- Bildung einer globalen parlamentarischen Initiative zur Verteidigung des Rechtes der Völker auf Widerstand, Selbstbestimmung und Abwehr von Aggressionen. Aktivierung der bisherigen Initiativen und personelle Verstärkung.
- Bildung eines Mediennetzwerkes für die Wahrheit, das so viele Nachrichten wie möglich über den Staat Israel und seine Verbrechen sammelt und in so viele Sprachen wie möglich übersetzt.
- 11. Ächtung von Ländern und Konzernen, die Waffen an den Staat Israel verkaufen, Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen solcher Waffenverkäufe und Verbot derselben.
- 12. Beginn einer internationalen Kampagne zum Wideraufbau Gazas, Aufhebung der Belagerung Gazas und Befreiung aller Gefangener.

Die Teilnehmer der Konferenz sind sich grundsätzlich über folgendes einig:

 Wir wollen Widerstand entwickeln gegen eine internationale Politik und gegen internationale Abkommen, die den Großkonzernen die Kontrolle der Lebensmittelmärkte ermöglichen.

- 2. Wir erkennen die Tatsache an, dass Armut und Hunger eine politische Frage sind, die nicht gelöst werden kann, ohne dass neue Prinzipien des Umgangs mit natürlichen Ressourcen sowie sozialen, kulturellen und religiösen Werten gefunden werden, die unabhängig sind von den Zwängen des Marktes.
- 3. Wir wollen eine stärkere Entwicklung des fairen Handels zwischen den Ländern des Trikont und eine umfassende Kooperation untereinander.
- 4. Wir wollen ein internationales System globaler Koordination zwischen den lokalen Staatschefs und Führern, um die Entwicklung zu fördern und eine gegenseitige Unterstützung im Falle von Krisen und/oder Aggressionen sicher zu stellen.
- 5. Wir weisen alle us-amerikanischen und zionistischen Versuche zurück, die Menschenrechte und die diesbezüglichen internationalen Abkommen auszuhöhlen, zurück, insbesondere im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und wir weisen die Einstufung von Widerstandsbewegungen als "Terroristen" zurück.
- Wir unterstützen das recht des Iran auf friedliche Nutzung der Atomenergie im Rahmen der internationalen Standards
- 7. Wir weisen die us-amerikanische Politik der Kriegdrohungen zurück, insbesondere gegen den Iran, sowie die ökonomischen und militärischen Erpressungsversuche gegen Syrien und Sudan.
- 8. Wir betonen unsere Unterstützung für den Widerstand im Irak, für den Kampf gegen die Okkupation und für das Ziel des Widerstandes, das Land zu befreien und zu einen. Wir fordern die Freilassung aller Gefangenen.
- Wir verteidigen das Recht des afghanischen Volkes auf Selbstverteidigung und den Kampf gegen die US- und NATO-Okkupation; für das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung.
- 10. Wir fordern die Aufhebung der Blockade gegen Cuba und die Freilassung der "Cuban Five", die in us-amerikanischen Gefängnissen sitzen. Hände weg von Venezuela und von den Befreiungsbewegungen in Amerika.
- 11. Wir fordern auf zu einer größtmöglichen Beteiligung an der Durgan-II-Konferenz, die im April in Genf stattfinden wird und an der Kairo-Konferenz Ende März 2009.
- Wir sind uns darüber einig, die Beirut-Konferenz (Beirut International Forum) zu einer periodisch wiederkehrenden, regelmäßigen Institution zu machen.

Beirut International Forum, Unesco-Palast, Beirut, 16., 17. und 18. Januar 2009

Robert Medernach: Strategische und taktische Schlussfolgerungen aus der Beiruter Konferenz

Die "Beiruter Konferenz" war in jeder Hinsicht ein politischer Erfolg beim Zusammenschluss aller Anti-Imperialisten in einer gemeinsamen Front gegen den US- wie EU-Imperialismus und den Zionismus. In der Tat wurde auf dieser Konferenz nicht nur der Grundstein gelegt für eine dauerhafte Zusammenarbeit der genuinen Anti-Imperialisten (fast) aller weltanschaulichen Richtungen, philosophischer Überzeugungen und religiöser Bekenntnisse, sondern es wurde durch die Beteiligung von Delegierten aller Kontinente auch der Grundstein gelegt für einen weltweiten, auch organisatorischen Zusammenschluss aller anti-imperialistischen Kräfte in einer gemeinsamen Front des antagonistischen Widerstands.

Dass diese Konferenz von den gleichgeschalteten bürgerlichen Medien als "wahre Katastrophe" ("Le Monde") und "neue weltweite Bedrohung, die sich in Beirut abzeichnet" ("NZZ") bezeichnet wurde, darf als Indiz dafür angesehen werden, dass diese Konferenz eine neue Qualität des anti-imperialistischen Kampfes weltweit eingeläutet hat und zeigt an, dass der Klassenfeind die politische Bedeutung schon richtig einschätzt. Um so bemerkenswerter ist der geradezu hysterische Eifer, mit dem ein Teil der Linken, vor allem in der BRD nun daran geht, vor einer "gefährlichen neuen Querfront" zu warnen und den Anti-Imperialisten weltweit nun Lektionen zu erteilen versucht, mit wem sie sich zusammenzuschließen haben und wen es gilt, auszuschließen und fern zu halten.

Dass große Teile der Linken die taktische und strategische Tragweite der Beiruter Konferenz nicht begriffen haben und an der neuen Qualität des anti-imperialistischen Kampfes vorbei schwafeln und die alten Irrtümer eines "Bekenntnis-Anti-Imperialismus" nachbeten, liegt sicherlich daran, dass sie Lenins Imperialismustheorie nie verstanden haben und in der Bündnisfrage ihnen eine marxistisch-leninistische Position nicht zu eigen ist.

EINIGE STRATEGISCHE UND TAKTISCHE GRUNDZÜGE DES ANTI-IMPERIALISTISCHEN KAMPFES.

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus zeichnet sich auch und vor allem dadurch aus, dass er alle nichtkapitalistischen und vorbürgerlichen, wie nicht gänzlich durchkapitalisierten Länder und Staaten unter seine allseitige politische, ökonomische und ideologische Herrschaft zu zwingen versucht, die alten ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen, sozialen und religiösen Strukturen dabei zerstören und durch die Hegemonie des imperialistischen und bürgerlichen Überbaus ersetzen muss.

Dadurch gerät der Imperialismus selbstverständlich in einen antagonistischen Widerspruch nicht nur zu den ehemals herrschenden Klassen der zu unterwerfenden Einheiten, sondern auch zur zivilen Gesellschaft dieser Gebiete, wie zur gewachsenen Lebensweise, Kultur usw. der zu unterwerfenden Staaten und Länder.

Der Antagonismus zwischen Imperialismus und jenen Länder und Staaten, deren Strukturen und Lebensweisen mit Gewalt zerstört werden soll, ist also ein quasi automatisch sich vollziehender Prozess überall dort in der Welt, wo der Imperialismus tätig ist und mit extremistischer Energie die "alte Welt" zerstört.

Die Frage des Bündnisses der anti-imperialistischen Kräfte der Metropolen, wie der Linken mit allen Kräften, die sich gegen die Angriffe die imperialistischen Mächte wehren, stellt sich also sozusagen automatisch, die Bündnispartner, die sich den Anti-Imperialisten in den imperialistischen Metropolen anbieten sind zu einem objektiven Faktor geworden: dies ist, nach Marx und vor allem nach Lenin die absolute Seite der Fragestellung und damit der Hauptcharakter des Problems, die relative Seite der Fragestellung ist dabei der subjektive Faktor dieser anti-imperialistischen Kräfte in den Ländern der vom Imperialismus zu unterwerfenden Gebiete: Philosophische, ideologische, religiöse, kulturelle Überzeugungen so wie die Klassenpositionen der anti-imperialistischen Kräfte.

Bereits Marx und intensiver noch Lenin haben am Beispiel Afghanistans seinerzeit aufgezeigt, dass nicht der britische Imperialismus, etwa wegen Einführung bürgerlichdemokratischer Rechte in Afghanistan zu unterstützen ist, sondern die antiimperialistischen Kräfte, auch wenn diese feudalistischen Grundpositionen und Klasseninteressen verpflichtet sind.

KOMMUNISTEN KÖNNEN SICH IHRE BÜNDNISPARTNER NICHT AUSWÄHLEN, ABER VERÄNDERN.

Weltweite anti-imperialistische Bündnispolitik kann nicht auf Basis ideologischer, politischer und klassenmäßiger Vereinheitlichung betrieben werden, ansonsten es keine Bündnispolitik ist: Bündnisse schließt man bekanntlich nicht mit sich selbst, sondern auch, wenn es notwendig ist, mit dem Klassenfeind: zum Bespiel im antifaschistischen Kampf.

Wie unehrlich manche Linke sind in der Frage der anti-imperialistischen Bündnisse, zeigt sich auffallend stringent in der Frage des anti-faschistischen Kampfes: welcher Linke würde es wagen, ein anti-faschistisches Bündnis mit dem Klassengegner auszuschließen, (außer den Trotzkisten, was tief blicken lässt hinsichtlich des konterrevolutionären Charakters dieser scheinbaren Linksradikalen), im anti-imperialistischen Kampf aber ist man nur mit einem "politisch korrekten" Partner einverstanden.

Das Bündnis zwischen den linken Anti-Imperialisten und den Kräften des politischen Islam, wie es in Beirut vertieft wurde, ist für Genossen/innen, die sich als Marxisten-Leninisten verstehen, das Natürlichste der Welt.

Über die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Vorstellungen der Kräfte des Politischen Islam wird an anderer Stelle dieses Heftes hinreichend berichtet: die Beiruter Konferenz hat jedoch eine höhere Stufe des anti-imperialistischen weltweiten Bündnisses vorbereitet. Auf gleicher Augenhöhe haben alle Komponenten der Konferenz miteinander diskutiert und dabei den politisch-organisatorischen Rahmen der weiteren Zusammenarbeit abgesteckt.

Klar ist jedenfalls, dass die Linke und der politische Islam in Beirut ein neues Kapitel der Zusammenarbeit wie der Diskussion eröffnet haben.

Vom Grundkonsens ausgehend – und der wurde vom stellvertretenden Sekretär der Hisbollah, Scheich Nam Kassem korrekt als Bündnis aller antagonistisch-anti-imperialistischen Kräfte umrissen – müssen sich alle Kräfte, die den anti-imperialistischen Kampf real und nicht bloß im frommen Bekenntnisdiskurs führen, zusammenschließen, koordinieren und gemeinsam handeln. Dabei dürfen die Unterschiede nicht verwischt, sondern müssen unter Bündnispartnern ausdiskutiert werden.

Kommunisten haben nie Scheu vor Auseinandersetzungen, auch vor grundsätzlichen nicht, im Gegenteil. Wir sind überzeugt, dass durch gemeinsames Handeln und Diskussion wir jene Kräfte des politischen Islams unterstützen, deren gesellschaftliche und politische wie soziokulturelle Vorstellungen von den Grundüberzeugungen der Linken nicht allzu weit entfernt sind. Kommunisten und Linke sollten sich deshalb von dieser unqualifizierten Kritik nicht abhalten lassen, der strategischen und taktischen Einsichten der Beiruter Konferenz Taten folgen zu lassen und weiterhin gemeinsam mit den Kräften des politischen Islam (selbstverständlich auch mit den religiösen anti-imperialistischen Kräften Mittel- und Südamerikas) eng zusammen zu arbeiten, den Schulterschluss in der Praxis und der Diskussion zu suchen.

DABEI MUSS EINE GEMEINSAME WELTWEITE ANTI-IMPERIALISTISCHE FRONT UNSER ZIEL SEIN.

Robert Medernach, Luxemburg

Palästina

Wikipedia: Zionismus

Zionismus (von Zion) bezeichnet eine politische Ideologie und die damit verbundene Bewegung, die auf Errichtung, Rechtfertigung und Bewahrung eines jüdischen Nationalstaats in Palästina abzielen. Als Eretz Israel wird dabei ein aufgrund historischer und religiöser Überlieferung beanspruchtes Siedlungsgebiet der Juden in Palästina bezeichnet. Der Zionismus wird als Ideologie den Nationalismen, als politische Bewegung den Nationalbewegungen zugerechnet.

Schlüssel- und Führungsfigur des modernen politischen Zionismus ist Theodor Herzl, der Begriff Zionismus wurde um 1890 von Nathan Birnbaum geprägt. Der Zionismus entstand unter dem Eindruck des zunehmenden Antisemitismus gegenüber der jüdischen Diaspora. Insbesondere Ausschreitungen und antisemitische Schriften und Verschwörungstheorien im russischen Einflussbereich wurden entsprechend thematisiert. Der Zionismus wurde durch andere Nationalismen und moderne soziale Bewegungen beeinflusst, unter anderem durch die der Arbeiterbewegung. Die zionistische Bewegung trug zur Verstärkung mehrerer Phasen der Alija und damit zur Staatsgründung Israels 1948 bei.

Die Protagonisten des Zionismus verorten dessen historische Wurzeln in den religiösen Traditionen des Judentums. Sie sehen sich dabei mit der Vorstellung von Eretz Israel verbunden und betrachten den Zionismus als zeitgemäße Form der Verwirklichung eines jahrtausendealten Traums der Israeliten vom Zusammenleben in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im "gelobten Land". Das Entstehen der Idee einer jüdischen Nationalität wird dabei zwischen etwa 1200 vor und dem Ende der Ära des Zweiten Tempels um 70 nach der Zeitrechnung angesiedelt.

Durch Theodor Herzl wurden die verschiedenen Richtungen im Kongress-Zionismus auf Basis des so genannten Basler Programms gebündelt. Ab 1897 wurde vor den Augen der Weltöffentlichkeit das Ziel eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina angestrebt. Seit Beginn kamen immer wieder Richtungsstreitigkeiten ("politischer Zionismus", "praktischer Zionismus", "revisionistischer Zionismus" etc.) auf, die nur mit Mühe in Einklang zu bringen waren. Die Forderung der Staatsgründung Israels wurde 1948 erfüllt. Seither ist der (Neo-) Zionismus vorherrschend für das Selbstverständnis Israels. Die unterschiedlichen Ausrichtungen und Strömungen prägen bis zur Gegenwart die wesentlichen politischen Parteien und Koalitionen Israels. (…)

Quelle: www.wikipedia.de

George Rashmawi, Michael Opperskalski: Palästina – Unterdrückung und Widerstand (Textauszüge)

Zionismus - Ideologie und Praxis

Die Entstehung des Zionismus im vergangenen Jahrhundert lässt sich im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückführen. Zum einen war die zionistischen Bewegung sicherlich eine Reaktion auf die Judenpogrome vor allem in osteuropäischen Ländern; zum anderen orientiert sich der Zionismus auf die Herstellung eines territorialen, staatlichen und organisatorischen Rückhaltes für die jüdische Bourgeoisie, die im internationalen Konkurrenzkampf, der sich mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in sein imperialistisches Stadium an der Jahrhundertwende merklich verschärft hatte, aufgrund des Fehlens solcher Strukturen zunehmende Positionsschwierigkeiten hatte. Diesen Nachteil wollte die jüdische Bourgeoisie ausgleichen. Als Vehikel benutzte sie den Zionismus, wobei das zu gründende jüdische Staatswesen zu Beginn nicht unbedingt Palästina sein sollte, man hatte sogar Territorien wie Argentinien oder Uganda ins Auge gefasst.

Das Wort "Zionismus" kommt von "Zion" (= Burg bei Jerusalem, Jebusiter-Festung, Residenz Davids in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts v.u.Z., Kultstätte der israelitischen Stämme). Dieser Begriff wird sowohl mit Jerusalem als auch mit Israel gleichgesetzt.

1880 - zur Zeit der Entstehung des Zionismus - lebten ca. 7.750.000 Juden auf der Welt, zumeist in Europa. Aus der Geschichte der Juden in Europa - vor allem Osteuropa - wissen wir, dass sie seit der Zeit der Kreuzzüge immer wieder grausamen Verfolgungen und Pogromen ausgesetzt waren, dass sie von der Ausübung der meisten Berufe ausgeschlossen waren und in Gettos zu leben gezwungen wurden. Überjahrhunderte hinweg benutzte man sie als Sündenböcke, die den berechtigten Zorn und die Empörung der ausgebeuteten Bauern, Tagelöhner und später der Arbeiter von den Großgrundbesitzern und den Kapitalisten ablenken sollten. Judenhass und Antisemitismus wurden auch durch religiöse Fanatiker, insbesondere durch die Katholiken, geschürt, um die eigene Herrschaft ideologisch abzusichern.

Die Situation der Juden war in den einzelnen Ländern und Regionen unterschiedlich. In Westeuropa und Nordamerika hatten sie die wesentlichen Rechte als Staatsbürger erreicht, was die Assimilierung (Einordnung in die nationale Gemeinschaft) erleichterte und verstärkte. Die Juden in Osteuropa jedoch waren unter der Zarenmonarchie immer wieder grausamen Pogromen und Verfolgungen ausgesetzt. So lebten viele Juden, auch zur Selbstverteidigung, in abgeschlossenen jüdischen Gemeinschaften mit eigenen Gesetzen und Strukturen. Diese Isolierung wurde von den Führern der

Juden gefördert, sie erleichterte jedoch zugleich dem herrschenden Antisemitismus, gegen die angeblich "Andersartigen" Hass zu entfachen. Diese Lebenssituation der Ostjuden war der Nährboden für religiösen, jüdischen Fanatismus und Mystizismus, aus dem der Zionismus entstand.

Der Zionismus ist eng mit seinem ideologischen Begründer, dem jüdischen Journalisten Theodor Herzl, verbunden. Mit dem Baseler Zionistenkongress unter Herzls Leitung trat die Zionistenbewegung 1897 erstmals an die Öffentlichkeit. Als ideologisches Grundlagenwerk diente und dient der zionistischen Bewegung Herzls Schrift "Der Judenstaat, die er 1896 veröffentlichte. Diese Schrift umriss bereits in wesentlichen Zügen jene Ziele, die der Zionistenkongress in Basel 1897 zum Programm erhob:

- 1. Die Forderung nach der Kolonisation Palästinas durch jüdische Einwanderer aus Landwirtschaft und Industrie nach sachgemäßen Richtlinien;
- 2. Organisation und Zusammenschluss des gesamten Judentums durch entsprechende lokale und internationale zionistischen Einrichtungen, welche mit dem Gesetz der jeweiligen Länder in Einklang stehen;
- 3. die Stärkung und Pflege des zionistischen Volksgedankens und Bewusstseins;
- 4. erste Schritte mit dem Ziel, die Genehmigung der Regierungen zu erlangen, sofern diese den Zielen des Zionismus notwendig erscheinen.

Konzeptionell war der Zionismus nationalistisch, kolonialistisch und rassistisch. Er ging davon aus, dass die Juden in ihrer Gesamtheit eine einheitlich Gemeinschaft, ein Volk bildeten, eine Art "exterritoriale Weltnation ". Nationalistisch ist der Zionismus, weil er den Antagonismus zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auf die angebliche Unterdrückung aller Juden durch alle Nicht-Juden reduzierte. Damit wurde die tatsächliche, grundsätzliche gesellschaftliche Konfrontation ignoriert. Kolonialistisch war und ist der Zionismus, weil er den "Judenstaat" auf fremdem Territorium gründen wollte (und dies mit Israel schließlich auch tat): in Palästina, das bereits von anderen, dem arabischen Volk von Palästina, besiedelt war. Die Bewohner Palästinas, die Araber, wurden und werden vom Zionismus faktisch nicht zur Kenntnis genommen, sondern als minderwertig abgetan. Das passt in die Konzeption des "auserwählten Volkes", dem eine Vormachtstellung eingeräumt werden solle. Und das ist rassistisch.

So anziehend der Zionismus im Judentum, vor allem Osteuropas, war, so stieß er auch auf Widerstand, obgleich er den Anspruch erhebt, im Namen aller Juden zu sprechen. Der Rabbinerverband in Deutschland erklärte kurz vor dem ersten Zionistenkongress in Basel: "Die Bestrebungen sogenannter Zionisten, in Palästina einen jüdischen Staat

zu gründen, widersprechen den messianischen Verheißungen des Judentums, wie sie in der Heiligen Schrift enthalten sind."

In Polen wurden jiddisch sprechende Arbeiter, die sich ohne Abstriche als Juden betrachteten, die entschiedensten Gegner des Zionismus. In der Idee, ihre Heimat zu verlassen und nach Palästina zu gehen, sahen sie einen Verzicht auf ihre staatsbürgerlichen Rechte und ein Nachgeben gegenüber dem Antisemitismus.

In Deutschland entwickelte sich ein jüdischer Antizionismus, getragen von Orthodoxen und Liberalen. Felix Goldmann. ein Rabbi, betrachtete den jüdischen Nationalismus als ein Kind der allgemeinen chauvinistischen Bewegung, die die neuere Geschichte vergiftet habe, die jedoch in der Ära des "Universalismus" fortgefegt werden würde. In Berlin gab ein "antizionistisches Komitee" Schriften heraus. In einer dieser Schriften wurde der Zionismus als dem Rassismus und Antisemitismus wesensverwandt charakterisiert. Das Judentum sei eine Religion und keine Nation, wird von diesem Komitee immer wieder unterstrichen. Herzl dagegen gewinne dem Antisemitismus nützliche Züge ab: "So enthält wohl auch der Antisemitismus den göttlichen Willen zum Guten, weil er uns zusammendrängt, im Druck einig und durch die Einigkeit frei machen wird (...)" Herzl und Max Nordan - ein anderer zionistischer Führer - sind sich darin einig, ·daß nur der Antisemitismus "die Juden" gemacht habe; durch den Antisemitismus seien die Juden sich ihres "Jüdischseins" bewusst geworden. Die Juden bildeten eine Nation, weil sie sich mit dem in der übrigen Welt vertretenen offenen oder verdeckten Antisemitismus als Feinde gegenüberstehen. Aber Herzl sieht in den Antisemiten nicht nur die Feinde, die Gegner der Juden, sondern "sie werden unsere verlässlichsten Freunde, die antisemitischen Länder, unsere Verbündeten ..."

Zionistische Bündnispartner

Vor dem Hintergrund dieser ideologischen Konzeption ist es nur logisch, dass die Zionisten imperialistische, kolonialistische Bündnispartner suchten, um ihre Ziele zu erreichen. Die Imperialisten wiederum sahen in den Zionisten Partner, die als Vollstrecker ihrer Interessen agieren könnten.

So wandten sich die zionistischen Führer an den deutschen Kaiser, den türkischen Sultan, den russischen Zaren und die britische Regierung. An die Adresse des deutschen Kaisers gewandt, meinte Herzl: "Wenn Juden auswandern, muss das den Rückgang der Amerikaauswanderer zur Folge haben. Sie (der Kaiser, d. Verf.) gewinnen, respektive erhalten dadurch unverfälschte Nationale, beugen einem Umsturz vor, der vielleicht schwer zu begrenzen wäre, schwächen den Sozialismus, dem die bedrängten Juden zulaufen müssen, weil sie von anderen Parteien verstoßen sind und gewinnen Zeit für die Lösung der sozialen Frage." Dem russischen Zaren diente sich Herzl

bei dessen Kampf gegen die "Umsturzparteien" an. Großbritannien stellte er in Aussicht, dass, wenn es seine Absichten unterstütze, eine Eisenbahnlinie quer durch Palästina zum Arabisch-Persischen Golf gebaut werde, so dass es einen "neutralen Reiseweg nach Indien" habe, "falls am Suezkanal Schwierigkeiten entstehen sollten (...)".

1917/18 hatte Großbritannien Palästina seinem unmittelbaren Einfluss unterworfen und 1920 vom obersten Rat der Alliierten, 1922 vom Völkerbund als Mandatsmacht bestätigt bekommen. Das Osmanische Reich, das ohnehin im Verfall begriffen war, hatte sich im 1. Weltkrieg mit dem Deutschen Reich verbündet und den Krieg ebenfalls verloren.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sah Großbritannien seine Kolonialinteressen (Suezkanal, Erdöl) durch die stärker werdenden arabischen Nationalbewegungen gefährdet. Es hoffte daher, durch die Unterstützung der Zionisten und die Schaffung eines jüdischen Staates seine Position im Nahen Osten zu festigen und auszubauen. Lord Balfour, britischer Außenminister jener Tage, erklärte am 2. November 1917 in einem Brief an Baron Rothschild: "Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird alle Anstrengungen unternehmen, um die Erreichung des Ziels zu erleichtern (...)" (Balfour-Deklaration)

Die Balfour-Deklaration

Nun hatte Großbritannien den arabischen Ländern unter Einschluss Palästinas schon in einem von Herbst 1915 bis Januar 1916 zwischen Sir Henri MacMahon, Hochkommissar in Ägypten, und Sherif Hussein von Mekka geführten Briefwechsel die Unabhängigkeit zugesagt für ihre Hilfe im Kampf gegen die Türken. Gleichzeitig war Palästina Gegenstand des mit Frankreich abgeschlossenen Sykes-Picot-Abkommens, das die Zweiteilung vorsah. Großbritannien hatte also - eine Meisterleistung imperialistischer Kolonialpolitik - ein Gebiet, das ihm nicht gehörte, gleich dreimal vergeben. Die Araber, die in Palästina lebten, waren den britischen Kolonialisten gleichgültig. "Wir denken nicht einmal daran, der Form halber die Wünsche der gegenwärtigen Einwohner (der Araber, d. Verf.) in Erfahrung zu bringen und zu berücksichtigen", schrieb Balfour am 11. August 1919 in einem Memorandum an die britische Regierung.

Die Balfour-Deklaration war eine Reaktion auch auf die revolutionäre Entwicklung, die im 1. Weltkrieg im zaristischen Russland eingesetzt hatte. Ein Henri MacHamilton schlug am 24. April 1917 vor, eine zionistische Mission zu Propagandazwecken nach Russland zu entsenden. In den folgenden Monaten fanden dann Gespräche mit

Dr. Schaim-Weizmann und anderen zionistischen Führern sowie Konsultationen mit der US-Regierung statt.

Mit der Hilfe Großbritanniens hatten die Zionisten die angestrebte Unterstützung bzw. Zusammenarbeit mit einer Großmacht nun erreicht. Die zur wirtschaftlichen Durchdringung Palästinas (z.B. zum Landkauf) notwendigen Mittel standen seit längerer Zeit bereit. Bereits 1901 war ein jüdischer Nationalfond gegründet worden zum Kauf von Landgebieten in Palästina. Im Jahr 1890 wurde die Jüdische Kolonialbank gegründet, eine Aktiengesellschaft mit Sitz in London und einem Kapital von mehr als 200 Millionen Pfund Sterling. Es gab auch bereits Erfahrung mit dem Verhalten zionistischer Siedler in Palästina. Schon 1890 hatte der Zionist Achad Haam nach einer Reise durch Palästina berichtet: "Und was tun unsere Brüder in Palästina? Just das Gegenteil: Schlechte waren sie im Lande ihrer Verbannung und plötzlich finden sie sich selbst in einer Freiheit ohne Grenzen, in einer ungezügelten Freiheit, wie sie sich nur in der Türkei finden lässt. Dieser plötzliche Wandel hat in ihnen eine Neigung zum Despotismus entstehen lassen, wie das stets der Fall ist, wenn der Knecht zur Herrschaft kommt. Sie behandeln sie die Araber feindselig und grausam, verkürzen ihr Recht auf unredliche Weise, beleidigen so ohne jeden genügenden Grund und rühmen sich solcher Taten noch und niemand tritt gegen diese verächtliche und gefährliche Neigung auf."

Die Araber dagegen hegten gegenüber den Juden, wie überhaupt gegen Andersdenkende und Gläubige keine Vorurteile. Der Islam fordert Toleranz. "Es sei kein 'Zwang im Glauben", heißt es im Koran; hinzu kommt die traditionelle Gastfreundschaft der Araber.

Die jüdischen Einwanderer aus Europa stießen zunächst auf keinerlei arabischen Widerstand, im Gegenteil. Selbst David Ben Gurion musste eingestehen, dass die Araber den Neuankömmlingen halfen, ihnen Vieh und Saatgut zur Verfügung stellten und Lebensmittel überließen, damit sie nicht verhungerten.

Erst das zionistische Vorgehen und die expansionistischen Pläne und Vorhaben führten zum Konflikt; die einwandernden Juden wollten sich nicht in die vorhandene Gesellschaft integrieren, sie wollten ein eigenes Staatswesen errichten, sie wollten die zionistische Ideologie Realität werden lassen, was rauf die Unterdrückung und Vertreibung der Araber hinauslief. So richtete sich der Widerstand der Palästinenser auch nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus und seine Praxis.

Nach der Verkündung der Balfour-Deklaration organisierten die zionistischen Organisationen Einwanderungen und Ansiedlungen von Juden aus vielen Teilen der Welt in Palästina. Von 1924 bis 1931 kamen 82000 Einwanderer. Als Reaktion auf die faschistischen Judenverfolgungen in Europa stieg die Zahl der Einwanderungen

sprunghaft an, von 30000 Juden im Jahr 1933 auf 42000 1934 und 62000 1935, dem Jahr der Nürnberger Gesetze.

Doch selbst mit den Juden, die vor dem Faschismus flohen, verfolgte der Zionismus machtpolitisch-nationalistische Ziele. Diese getretenen Menschen sollten seinen Einfluss in Palästina vergrößern helfen. Die Jewish Agency ließ im November 1940 ein Schiff mit Flüchtlingen an Bord in die Luft sprengen, nur weil Großbritannien sie nicht in Palästina an Land gehen lassen, sondern sie in eine seiner Kolonien bringen wollte. Dies Verbrechen wurde "arabischen Terroristen" in die Schuhe geschoben!

Großbritannien, das mit seiner doppelzüngigen Politik zur Konfliktsituation in Palästina beigetragen hatte, verwickelte sich in wachsende Widersprüche. Mit seiner Förderung des Zionismus stieß es auf den Widerstand der Araber, der in den Jahren 1936-1939 einen Höhepunkt erreichte. Vor dem 2. Weltkrieg begann Großbritannien, sich stärker auf die bürgerlich-feudalen Vertreter der arabischen Nationalbewegung zu orientieren, die es als Bundesgenossen im Kampf gegen die faschistischen Mächte Deutschland und Italien gewinnen wollte (wie schon im 1. Weltkrieg gegen die Türkei). Dies rief den Protest der Zionisten hervor. Großbritannien versuchte, mit Hilfe eines im Mai 1939 vorgelegten. Weißbuches noch einmal Herr der Situation zu werden. Dieser Schrift zufolge muss die jüdische Einwanderung fünf Jahre lang forciert werden, dann aber von der Zustimmung der arabischen Bevölkerung abhängig gemacht werden. Beide Parteien, Zionisten wie Araber, lehnten diese Konzeption ab. Diese politische Zwickmühle verdeutlicht das Dilemma, in das der britische Imperialismus geraten war. Zum einen versuchte das britische Empire, den Zionismus und seine Führer zur Durchsetzung seiner kolonialen Interessen in Palästina zu benutzen, zum anderen versuchte es jedoch gleichzeitig, feudal-bürgerliche Führer der arabischen Nationalbewegung im Kampf gegen das faschistische Deutsche Reich und Italien zu gewinnen.

Zionistische Terroroganisationen. besonders Irgun und die Stern-Gruppe, organisierten Terroraktionen gegen die Briten, Araber, aber auch gegen jene Juden, die den Zionismus nicht unterstützten. Schließlich kam auf den britischen Imperialismus ein weiterer Konflikt zu. Im internationalen Maßstab begann der aufstrebende US-Imperialismus seinen britischen Rivalen Stück für Stück zu verdrängen, so auch im Nahen Osten. Besonders seit der Entdeckung größerer Erdölvorkommen in Saudi-Arabien setzten auch die US-Führer zunehmend auf die zionistische Lobby und forderten die Ambitionen der zionistischen Führer.

Großbritannien sah jetzt nur noch einen Ausweg: es schaltetet die UNO ein. Am April 1947 brachte es die Palästinafrage vor die UNO-Vollversammlung. Ein Sonderausschuss empfahl durch Mehrheitsbeschluss die Teilung Palästinas und die Gründung sowohl eines jüdischen als auch eines arabischen Staates. Am 29. November 1947

sprach sich die UNO-Vollversammlung in einer Resolution mit 33 gegen 13 (bei zehn Enthaltungen) Stimmen für die Empfehlung aus. Nach diesem Teilungsplan sollte der arabische Staat 42 Prozent Palästinas umfassen, Jerusalem sollte internationales Gebiet werden. Dies, obwohl die palästinensische Bevölkerung zu dieser Zeit eindeutig die Mehrheit bildete (etwa 1 Million Araber gegenüber 675.000 Juden).

Am 14. Mai 1948 erlosch das britische Mandat über Palästina. Noch am selben Tag proklamierte ein "Provisorischer Stadtrat" den Staat Israel, kraft eines "natürlichen und historischen Rechtes" und aufgrund des Beschlusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Die Grenzen des neuen Staates wurden wohlweislich nicht näher bezeichnet, um diese in dem sich bereits abzeichnenden bewaffneten Konflikt mit den Arabern über die von der UNO vorgesehen Grenzen hin erweitern zu können.

Zum Zeitpunkt der Gründung lebten in Israel etwa eine Million Araber und 675.000 Juden. In den ersten vier folgenden Monaten kamen 50.000 jüdische Einwanderer, bis Dezember 1951 weitere ca. 70.000 Einwanderer hinzu. Ungefähr 900.000 Araber wurden gewaltsam vertrieben, so dass die jüdische Bevölkerung 1953 das Übergewicht erlangte. Der Zionismus wurde zur Staatsdoktrin Israels, David Ben Gurion Ministerpräsident. Die von den Zionisten betrieben Politik, mit Hilfe der Kolonialmächte Palästina zu kolonialisieren, wurde fortgesetzt. Von Anfang an wurde mit Terrormethoden Landraub begangen, und die arabische Bevölkerung wurde gewaltsam vertrieben. Gleichzeitig verbündeten sich die Zionisten mit den imperialistischen Staaten, hauptsächlich mit den USA, deren Interessen sie fortan im Nahen Osten betrieben. Die Machthaber in Israel übernahmen Geist und Politik des Kalten Krieges, den die imperialistischen Staaten unter Führung der USA gegen den Sozialismus begonnen hatten. In ihrem Verhältnis zu den arabischen Nachbarn setzten sie auf militärische Stärke und Waffengewalt.

Quelle: "Palästina – Unterdrückung und Widerstand", Hrsg. George Rashmawi/Michael Opperskalski, media pro Köln 1982, S. 12 ff.

Alan Hart: Israels Existenzrecht?

(Deutsche Übersetzung: Freunde der PFLP)

Premierminister Netanjahu eröffnete die Winterperiode der Knesset am Montag, dem 12. Oktober 2009, mit einem Angriff auf den Goldstone Bericht (offen-siv dokumentierte ausführlich), welcher Israel anklagt, Kriegsverbrechen begannen zu haben. Er erklärte, kein Israeli dürfte dafür belangt werden – doch das war nicht seine zentrale Botschaft. Die bestand vielmehr aus einem Appell, der, wie mir scheint, mit einem gewissen Maß an Verzweiflung an die "Palästinenserführung", vermutlich die Führung von "Präsident" Abbas und seine Fatah-Kumpel gerichtet war, an Führer, welche

von vielen, wenn nicht gar den meisten Palästinensern als amerikanisch-israelische Marionetten im besten, als Verräter im schlimmsten Fall gesehen werden.

Netanjahu rief diese Führung wieder einmal dazu auf, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen, da dies der einzige Schlüssel zum Frieden sei und bleibe. Und so weiter und sofort...

"Über 62 Jahre haben die Palästinenser "Nein' zum jüdischen Staat gesagt. Ich rufe unsere palästinensischen Nachbarn einmal mehr auf – sagt "Ja' zum jüdischen Staat. Ohne Anerkennung Israels als Staat der Juden wird es uns nicht möglich sein, Frieden zu erreichen... So eine Anerkennung ist ein Schritt, der den Mut von der palästinensischen Führung erfordert, ihrem Volk die Wahrheit zu sagen – dass es ohne diese Anerkennung keinen Frieden geben kann... es gibt keine Alternative für die Palästinenserführer, als Mut zu zeigen und den jüdischen Staat anzuerkennen. Dies war und bleibt der wahre Schlüssel zum Frieden."

Wie Ha'aretz in ihrem Bericht schreibt, ist Netanjahus Forderung nach einer palästinensischen Anerkennung Israels als jüdischen Staat "seine Art, **Israels Existenzrecht** im Gegensatz zum einfachen Anerkennen Israels sicherzustellen".

Ha'aretz ergänzt, es ist dieses Existenzrecht, das Netanjahu und viele andere Israelis als wahren Kern des israelisch-palästinensischen Konfliktes sehen.

Im Namen des Pragmatismus ist der Wille, Israel "nur anzuerkennen" – also, das friedliche Zusammenleben mit einem Israel in den Grenzen vor Juni 1967 – seit langem eine palästinensische und gesamt-arabische Position. Warum ist es mit der Anerkennung Israels nicht genug, und warum geht es dem Zionismus wirklich so sehr um die Anerkennung dieses Existenzrechtes durch die Palästinenser?

Die Antwort ist Folgende:

Da Geschichte vom Sieger geschrieben wird wurde Israel laut gängiger zionistischer Version mit der UN Teilungsresolution vom 29. November 1947 geboren und legitimiert. Das ist jedoch Propaganda und Unsinn!

Zuerst: **Die UNO hatte** ohne die Zustimmung der Mehrheit des palästinensischen Volkes **nicht das Recht**, Palästina zu teilen oder einen Teil seines Gebietes an eine Minderheit fremder Einwanderer zu verschenken, damit diese daraus ihren eigenen Staat machen würden.

Davon abgesehen hat **die UN-Generalversammlung** – nur mit knapper Mehrheit, nach einer gefälschten Abstimmung – **eine Resolution vorgeschlagen**, nach der Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Teil getrennt würde, wobei Jerusalem keinem Teil gehören sollte.

Doch war diese Resolution eben nur ein Vorschlag – das heißt, sie hatte keine politischen Konsequenzen, solange der Sicherheitsrat nicht zustimmte.

Die Wahrheit ist, dass der Teilungsvorschlag der Generalversammlung **nie zum Sicherheitsrat zur Abstimmung gelangte**. Warum nicht? Weil die USA wussten, dass er im Falle einer Annahme angesichts des Widerstandes der Araber und Muslime nur gewaltsam umgesetzt werden könnte; und Präsident Truman war nicht darauf vorbereitet, Palästina gewaltsam zu zerteilen.

Also wurde der Teilungsplan hinfällig (und ungültig). Die Frage, was zum Teufel mit Palästina geschehen sollte – nachdem die Briten nur Chaos gestiftet und sich, dem zionistischen Terror wirkungsvoll nachgebend, zurückgezogen hatten – kehrte für weitere Debatten in die Generalversammlung der UNO zurück.

Die bevorzugte Option, von den USA vorgeschlagen, war ein zeitweises Mandat für die UNO. Es geschah, während die Generalversammlung über die nächsten Schritte beriet, dass "Israel" sich einseitig selbst als existierend ausrief – dem Willen der organisierten internationalen Gemeinschaft, der Truman Administration mit eingeschlossen, zum Trotz.

Die Wahrheit der Zeit war, dass der zionistische Staat, welcher vor allem als Ergebnis der zuvor geplanten ethnischen Säuberung errichtet wurde, kein Recht hat zu existieren und, um zum Punkt zu kommen, kein Recht haben kann zu existieren AUSSER ... Außer wenn er von denen anerkannt wird, welche ihres Landes während der Erschaffung des zionistischen Staates beraut wurden. Laut internationalem Recht können nur die Palästinenser "Israel" die Legitimität geben, um die sie flehen.

Es war die Legitimation, welche die Zionisten den Palästinensern als Einziges nicht mit Gewalt nehmen konnten und nicht können werden.

Da wundert es nicht, dass Premierminister Netanjahu mehr als nur ein bisschen besorgt ist. Israels Führer haben die hier zusammengefasste Wahrheit immer gekannt. Es ist Zeit, dass es der Rest der Welt erfährt Alan Hart ist ein ehemaliger Auslandskorrespondent für ITN und BBC Panorama. Er berichtete über Kriege und Konflikte, insbesondere aus dem Nahen Osten.

Quelle: http://www.alanhart.net/israel%E2%80%99s-right-or-not-to-exist-the-facts-and-truth

Erster Kongress der palästinensischen Widerstandsbewegung: Nationalcharta des 1. Kongresses der palästinensischen Widerstandsbewegung, Januar 1968

Grundprinzipien:

- 1. Palästina ist ein Bestandteil des arabischen Vaterlandes, das palästinensische Volk ist ein Bestandteil der arabischen Nation, und sein Kampf ist der ihre.
- 2. Das palästinensische Volk ist eine selbständige Personalität, besitzt das Recht auf Selbstbestimmung und auf die absolute Herrschaft über seinen Grund und Boden.
- 3. Das palästinensische Volk ist die Avantgarde der arabischen Nation in der Schicksalsschlacht zur Befreiung seines Landes.
- 4. Der Kampf des palästinensischen Volkes ist ein Bestandteil des gemeinsamen Kampfes aller Völker der Welt gegen den Zionismus, Kolonialismus und den internationalen Imperialismus.
- 5. Die Schlacht zur Befreiung Palästinas ist eine nationale Pflicht, an der die arabische Nation mit allen ihren materiellen und ideellen Möglichkeiten und Kapazitäten teilhat.
- 6. Die Pläne, Abkommen, Beschlüsse, die von der UNO, von irgendeinem Staat oder einer Staatengruppe über die Palästinafrage gefasst wurden oder werden, die aber das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ignorieren, sind für ungültig und nichtig zu erklären.
- 7. Die zionistische Bewegung ist eine rassistische und koloniale Bewegung, die den faschistischen und nazistischen Bewegungen gleichkommt.
- 8. Israel ist ein koloniales Bollwerk und ein Instrument in den Händen des Internationalen Imperialismus.

Ziele:

- 1. Die vollständige Befreiung Palästinas und die Beseitigung des zionistischen Besatzungsstaates politisch, militärisch, sozial und ideell.
- 2. Die Errichtung eines unabhängigen, demokratischen Staates in Palästina, welcher die legitimen Rechte seiner Urbewohner bewahrt, ohne jegliche religiöse oder Glaubensdiskriminierung. Seine Hauptstadt sollte Jerusalem sein.
- 3. Die Errichtung einer progressiven Gesellschaft, die die Menschenrechte und die allgemeinen Freiheiten ihrer Bürger garantiert.

- 4. Die aktive Teilnahme an der Realisierung der Ziele der arabischen Nation In der Befreiung ihrer Länder und der Errichtung einer vereinigten progressiven arabischen Gesellschaft.
- 5. Solidarität mit den unterdrückten Völkern in ihrem Kampf zur Befreiung ihrer Heimatländer und zur Ausübung ihrer Selbstbestimmung für die Errichtung des internationalen Friedens auf gerechten Grundlagen.

Strategie:

- 1. Der bewaffnete Kampf, dessen Vorhut das palästinensische Volk und dessen Solidaritätsfront die arabische Nation ist, ist der Weg zur Befreiung Palästinas.
- 2. Der bewaffnete Kampf stellt keine Taktik dar, sondern eine Strategie der palästinensischen Revolution. Sein Ende kann nur die Befreiung Palästinas sein.
- 3. Das Bemühen, alle nationalen Kräfte in einer Nationalfront zu vereinen, ist nur durch den Kampf auf dem Schlachtfeld zu realisieren.
- 4. Die Arbeit im internationalen Felde muss geführt werden, um die palästinensische Personalität in ihrem kämpferisch-revolutionären Wesen hervorzuheben, ohne dass jedoch ein Widerspruch zwischen dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation entsteht.
- 5. Der Widerstand gegen alle politischen Lösungen, die als Ersatz für die Beseitigung des zionistischen Kolonialapparats in Palästina vorgelegt werden, und gegen alle Pläne, die auf die Liquidierung der Palästinafrage oder deren Internationalisierung hinauslaufen, muss gestärkt werden.
- 6. Die Führung des bewaffneten Kampfes unterhält mit den arabischen Staaten Beziehungen, deren Ziel es ist, die positiven Selten der Haltungen dieser Staaten zum Widerstand zu entwickeln, ohne jedoch die Sicherheit, Kontinuität und den Fortschritt des bewaffneten Kampfes zu beeinträchtigen.
- 7. Die Realisierung der faktischen Bindung zwischen der arabischen Nation und dem palästinensischen Volk ist durch die Einbeziehung der arabischen Massen in den Kampf der Palästinenser durch die arabische Solidaritätsfront zu erreichen.
- 8. Feste Beziehungen zu den Befreiungskämpfen der Welt müssen aufgenommen werden, um den Zionismus und Imperialismus entschieden zu bekämpfen.
- (Quelle: S. Ibrahim, Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882-1972. Sonderdruck 155 aus Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 5/1973. S. 14/15; Auszug)

Dritter Palästinensischer Nationalrat: Politisches Kommuniqué des 3. Palästinensischen Nationalrats

Ausgehend von der Palästinensischen Nationalcharta (von 1968; d. Red.) und den Beschlüssen der vorangegangenen Nationalratstagungen;

bezugnehmend auf die Beschlüsse und politischen Errungenschaften, die die PLO auf arabischer und internationaler Ebene nach der 12. Palästinensischen Nationalratstagung erzielt hat;

in Auswertung der Diskussion und Einschätzung der jüngsten Entwicklungen der Palästinafrage und die erneute Zusicherung der Unterstützung des Vormarsches des nationalen palästinensischen Kampfes durch arabische und internationale Institutionen unterstreichend,

bekräftigt der Palästinensische Nationalrat folgendes:

- 1. Der Rat bekräftigt, dass die Palästinafrage den Kern und die Grundlage des arabisch-zionistischen Konfliktes darstellt und dass die UN-Sicherheitsratsresolution 242 das palästinensische Volk und seine unveräußerlichen Rechte ignoriert, weshalb der Rat seine Ablehnung dieser Resolution und von Verhandlungen auf arabischer oder internationaler Ebene auf der Grundlage dieser Resolution bekräftigt.
- 2. Der Rat bekräftigt die Entschlossenheit der PLO, den bewaffneten Kampf, begleitet von verschiedenen Formen des politischen und Volkskampfes, fortzusetzen, um die unverzichtbaren nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes zu verwirklichen.
- 3. Dass allen Kampformen im besetzten Gebiet den militärischen, den politischen oder die Volksinteressen betreffenden eine zentrale Rolle im Kampfprogramm zukommt. Auf dieser Grundlage kämpft die PLO um die Ausweitung des bewaffneten Kampfes in den besetzten Gebieten ebenso wie aller anderen ihn begleitenden Kampformen, um für die Bereitstellung jeder möglichen moralischen Unterstützung unserer Massen In den besetzten Gebieten zu wirken, um ihren Kampf auszuweiten und ihre Standhaftigkeit zu fördern bis zur Beendigung und Vernichtung der Besatzung.
- 4. Der Rat bekräftigt die Haltung der PLO, alle Spielarten kapitulationistischer amerikanischer Lösungen und Liquidationsvorhaben abzulehnen. Er bekräftigt auch die Entschlossenheit der PLO, jeglichen Lösungen entgegenzutreten, die auf Kosten der unveräußerlichen Rechte unseres Volkes gehen. Er fordert die arabische Nation dazu auf, ihre nationale Verantwortung zu tragen und alle ihre Kräfte zu mobilisieren, um diesen imperialistisch-zionistischen Komplotten zu begegnen.

- 5. Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit und Notwendigkeit der nationalen Einheit sowohl militärisch als auch politisch zwischen allen Parteien der palästinensischen Revolution im Rahmen der PLO, da die nationale Einheit eine grundlegende Voraussetzung für den Sieg ist. Deshalb murr die nationale Einheit auf allen Ebenen gefestigt werden auf der Basis der Verbindlichkeit dieser Beschlüsse und Programme, um die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu garantieren.
- 6. Der Rat bekräftigt das Recht der palästinensischen Revolution auf Präsenz auf dem Boden des brüderlichen Libanon entsprechend dem Kairoer Abkommen (von 1969; d.Verf.) und seiner Zusatzbestimmungen zwischen der PLO und den libanesischen Behörden. Er bekräftigt sein Festhalten an der buchstabengetreuen Durchführung des Abkommens, unter Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit der Revolution und der Sicherheit der palästinensischen Lager. Und er lehnt jegliche einseitige Interpretation dieses Ab-kommens und seiner Zusatzbestimmungen ab, was seine Respektierung der Souveränität und Sicherheit des Libanon zum Ausdruck bringt.
- 7. Der Rat grüßt das heroische libanesische Volk und er bekräftigt, dass die PLO an der Einheit seines Volkes, seiner Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität und an seinem arabischen Charakter festhält. Er drückt seinen Stolz über die Unterstützung aus, die die PLO von diesem heroischen brüderlichen Volk für ihren Kampf um die Wiedergewinnung der nationalen Rechte unseres Volkes in seinem Heimatland und auf das Recht auf Rückkehr In seine Heimat erfährt. Und er bekräftigt entschieden die Notwendigkeit der Vertiefung und Festigung der Einheit zwischen allen nationalen libanesischen Kräften und der palästinensischen Revolution.
- 8. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit der Stärkung der Arabischen Front zur Unterstützung der palästinensischen Revolution und die Vertiefung der Einheit mit allen daran teilhabenden Kräften in den arabischen Ländern. Er bekräftigt auch die Notwendigkeit der Ausweitung des gemeinsamen arabischen Kampfes und des Findens einer Formel zur Unterstützung der palästinensischen Revolution, um den imperialistisch-zionistischen Plänen entgegenzutreten.
- 9. Der Rat beschließt die Forcierung des arabischen Kampfes und der Solidarität auf der Grundlage des antiimperialistischen, antizionistischen Kampfes für die Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete und in Unterstützung der Revolution zur Wiederherstellung der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes, ohne Aussöhnung oder Anerkennung.
- 10. Der Rat bekräftigt das Recht der PLO, ihren kämpferischen Verpflichtungen auf gesamtarabischer Ebene nachzukommen, um das besetzte Land zu befreien.
- 11. Der Rat beschließt die Fortsetzung des Kampfes zur Wiedererlangung der nationalen Rechte unseres Volkes, angeführt von dem Recht auf Rückkehr, auf Ausübung

der Selbstbestimmung und auf die Errichtung seines unabhängigen nationalen Staates auf seinem nationalen Boden.

- 12. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit zur Festigung der Zusammenarbeit und Solidarität mit den sozialistischen Ländern, den nichtpaktgebundenen Staaten, den islamischen Staaten, den afrikanischen Staaten und mit allen nationalen Befreiungsbewegungen der Welt.
- 13. Der Rat begrüßt die Haltung und den Kampf aller Staaten und Kräfte, die Position bezogen gegen den Zionismus als eine Form des Rassismus und gegen seine aggressiven Praktiken.
- 14. Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit der Beziehungen und Koordination mit den jüdischen demokratischen und fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat, die gegen den Zionismus als Ideologie und Praxis kämpfen. Er ruft alle Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit liebenden Kräfte und Staaten der Welt auf, alle Formen der Hilfe für und Zusammenarbeit mit dem rassistisch-zionistischen Regime abzubrechen und jegliche Kontakte mit ihm und seinen Institutionen abzulehnen.
- 15. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Errungenschaften, die auf arabischer und internationaler Ebene seit der 12. Nationalratstagung erzielt wurden und nach Anhörung des politischen Berichtes des Exekutivkomitees, beschließt der Rat folgendes:
- a) Er bekräftigt erneut das Recht der PLO auf Teilnahme in unabhängiger und gleichberechtigter Form an allen internationalen Konferenzen, Foren und Anstrengungen, die sich mit der Palästinafrage und mit dem arabisch-zionistischen Konflikt befassen, um unsere unveräußerlichen nationalen Rechte, die von der UN-Vollversammlung 1974 in der Resolution 3236 bestätigt worden sind, durchzusetzen.
- b) Er erklärt alle Abkommen oder Vereinbarungen, die die Rechte unseres palästinensischen Volkes berühren und in seiner Abwesenheit getroffen werden, grundsätzlich für ungültig.

(Quelle: Palästina, PLO Information Bulletin, Beirut, Nr. 5/1.4.1977, S. 6-7)

Quelle: http://www.pflp-info.de/palastina/existenzrecht-israel, Freunde der PFLP

Zwölfter Palästinensischer Nationalrat: Vorläufiges Politisches Programm des 12. Palästinensischen Nationalrats

Ausgehend von der Palästinensischen Nationalcharta (des Jahres 1968; d. Red.) und dem Politischen Programm der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), das auf der 11. Nationalratstagung vom 6.-12. Januar 1973 beschlossen wurde,

ausgehend von der Überzeugung, dass die Erringung eines dauerhaften und gerechten Friedens in der Region unmöglich ist ohne die Wiedergewinnung der vollständigen Rechte unseres palästinensischen Volkes auf Rückkehr und Selbstbestimmung über sein ganzes nationales Territorium, und im Lichte des Studiums der Politischen Ereignisse, die sich zwischen der vorigen und gegenwärtigen Tagung des Rates ereigneten, beschließt der Palästinensische Nationalrat:

- 1. Die PLO bestätigt ihre frühere Haltung zur Resolution Nr. 242 (des UNO-Sicherheitsrates; d. Red.), die die nationalen Rechte unseres Volkes verwischt und die Frage unseres Volkes als Flüchtlingsproblem handhabt. Deshalb wird das Verfahren mit dieser Resolution sowohl auf arabischer als auch auf internationaler Ebene, einschließlich der Genfer Konferenz, abgelehnt.
- 2. Die PLO kämpft mit allen Mitteln, an deren Spitze der bewaffnete Kampf steht, für die Befreiung des palästinensischen Bodens und die Errichtung einer kämpfenden unabhängigen nationalen Volksherrschaft auf jedem Teilstück des palästinensischen Bodens, das befreit wird. Dazu bedarf es des forcierten Hinwirkens auf die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten unseres Volkes und seines Kampfes.
- 3. Die PLO bekämpft jedes Projekt zur Errichtung einer palästinensischen Existenz, das mit der Anerkennung (des Staates Israel; d. Red.), mit seinem Friedensschluss und der Garantie sicherer Grenzen verbunden wäre, was einem Verzicht auf das nationale Recht und auf die Rechte unseres Volkes zur Rückkehr und Selbstbestimmung in seinem Vaterland gleichkäme.
- 4. Die PLO betrachtet jeden Akt der Befreiung (palästinensischen Territoriums; d. Red.) als einen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer Strategie der Errichtung eines demokratischen palästinensischen Staates; diese Strategie wurde in den früheren Beschlüssen des Nationalrates festgelegt.
- 5. Die PLO kämpft gemeinsam mit den nationalen jordanischen Kräften für die Bildung einer nationalen jordanisch-palästinensischen Front, deren Ziel die Errichtung einer nationalen, demokratischen Herrschaft in Jordanien ist, die sich dem Kampf um die Errichtung einer palästinensischen Existenz anschließt.

- 6. Die PLO kämpft für die Herstellung einer Kampfeinheit zwischen den beiden Völkern (dem jordanischen und dem palästinensischen; d. Verf.) und zwischen allen Kräften der arabischen Befreiungsbewegung, die mit diesem Programm übereinstimmen.
- 7. Im Lichte dieses Programms kämpft die PLO für das Erstarken der nationalen (arabischen; d. Red.) Einheit und für deren Weiterentwicklung auf ein Niveau, das es ermöglicht, ihre nationalen Aufgaben und Pflichten zu erfüllen.
- 8. Die nationale palästinensische Herrschaft kämpft nach ihrer Errichtung für die Vereinigung der Konfrontationsstaaten (Syrien, Ägypten, Jordanien und Libanon; d. Red.), um die Befreiung des gesamten palästinensischen Bodens zu vollenden. Sie betrachtet diesen Kampf als einen Schritt auf dem Wege zur Erringung der umfassenden arabischen Einheit.
- 9. Die PLO kämpft für das Erstarken ihrer Solidarität mit den sozialistischen Staaten und den internationalen Kräften der Emanzipation und des Fortschritts, um damit die zionistischen, reaktionären und imperialistischen Verschwörungen zum Scheitern zu bringen.
- 10. Im Lichte dieses Programms legt die Führung die Taktik fest, die diesen Zielen dient und deren Verwirklichung ermöglicht.

Das Exekutivkomitee ist verpflichtet, dieses Programm in die Praxis umzusetzen. Sollte sich ein schicksalhafter Umstand ergeben, der für die Zukunft des palästinensischen Volkes von Bedeutung ist, dann wird der Nationalrat zu einer Sondersitzung einberufen, um diesen Umstand zu erörtern.

(Quelle: Falastin A/-Thaura. Beirut. Nr. 96/12.6.1974. S. 12/13) Dieses Programm ist für alle Organisationen der PLO gültig

Yassir Arafat: Rede vor der UNO-Vollversammlung auf Ihrer 29. Sitzung in New York, 13. November 1974

Herr Präsident.

ich danke Ihnen für die Einladung an die PLO, an dieser Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung teilzunehmen. Und ich danke allen verehrten Mitgliedern der UNO, die dazu beitrugen, das Palästina-Problem in das Arbeitsprogramm dieser Versammlung aufzunehmen und beschlossen, uns einzuladen, die Sache Palästinas darzulegen.

Die Wiederaufnahme der palästinensischen Frage vor der Institution der Vereinten Nationen ist ein bedeutendes Ereignis. Diesen Schritt betrachten wir als einen Sieg für die Welt-Organisation und die Sache unseres Volkes. Er weist auf eine neue Richtung: die UNO von heute ist nicht die von gestern, da die Welt von heute nicht die von gestern ist. Die UNO repräsentiert heute 138 Staaten und spiegelt ziemlich deutlich den Willen der internationalen Gesellschaft wider. Sie ist fähiger geworden, ihre Charta und die Prinzipien der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte in die Tat umzusetzen. Sie ist auch fähiger geworden, die gerechten und friedvollen Interessen zu unterstützen. Dies ist es, was unser Volk und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas heute spüren. Es trägt dazu bei, der UNO in unseren und der übrigen Völker Augen größere Achtung zu schenken. Die Hoffnungen der Völker dieser Erde auf aktive Teilnahme der UNO in der Unterstützung von Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit wachsen, wie auch die Hoffnungen zunehmen für die Errichtung einer neuen Welt ohne Kolonialismus, Imperialismus, Neo-Kolonialismus und allen Formen des Rassismus, einschließlich des Zionismus.

Herr Präsident.

wir leben in einer Welt, die nach Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit strebt, und die erleben möchte, wie die unterdrückten, unter Kolonialismus und Rassismus leidenden Völker ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben. Diese Welt wünscht, daß die internationalen Beziehungen zwischen allen Staaten auf der Basis der Gleichheit, der friedlichen Koexistenz, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Sicherheit, der nationalen Souveränität, der Einheit und Unabhängigkeit aller Regionen eines Staates stehen, und sie strebt nach gerechten, gleichwertigen, wirtschaftlichen Beziehungen im gegenseitigen Interesse. Sie hofft auch, daß sich das menschliche Streben auf die Bekämpfung der Armut, des Hungers, der Krankheit und der Naturkatastrophen konzentriert. Sie trachtet danach, die produktiven, wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten des Menschen zu entwickeln und zu fördern, seine Schätze zu mehren und die Kluft zwischen den unterentwickelten und hochentwickelten Ländern zu verringern. All dies prallt jedoch auf eine reale Welt, die noch von Unruhen, Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Ausbeutung beherrscht wird und die von wirtschaftlichen Katastrophen, Kriegen und Krisen immer noch bedroht ist.

Es gibt immer noch Völker, wie in Zimbabwe, Namibia, Südafrika, Palästina und andere, die Opfer von Aggression, Unterdrückung und Terror sind. Diese Regionen der Welt erleben eine bewaffnete Auseinandersetzung, die ihnen von den kolonialistischen und rassistischen Kräften auf terroristische Weise aufgezwungen wurde. Diese unterdrückten Völker sind gezwungen, sich dagegen zu wehren. Das ist ein legaler und gerechter Widerstand.

Herr Präsident,

die UNO muß sich für die Unterstützung dieser Völker einsetzen und ihnen helfen, ihr gerechtes Anliegen zum Erfolg zu bringen und ihr Selbstbestimmungsrecht zu erlangen.

Die Völker Indochinas sind immer noch der Aggression ausgesetzt und sehen sich mit Verschwörungen konfrontiert, die sie daran hindern, Frieden in ihrem Land zu schaffen und ihre Ziele zu verwirklichen. Obwohl die Völker dieser Welt das Abkommen von Laos und das Friedensabkommen von Südvietnam gutgeheißen haben, sind diese Abkommen vom wahren Frieden weit entfernt, da die Aggressionskräfte darauf beharren, Vietnam in Unruhe und Krieg zu halten. Und das Volk in Kambodscha ist immer noch militärischen Aggressionen ausgesetzt. Die internationale Organisation, Herr Präsident, muß aktiv an der Unterstützung dieser Völker teilnehmen und den Aggressoren und den Friedensstörern das Handwerk legen.

Die koreanische Sache ist auch von einer gerechten, friedlichen Lösung weit entfernt, obwohl die Demokratische Republik Korea eine positive friedliche Haltung in ihren Vorschlägen zum Ausdruck gebracht hat. Vor Monaten haben wir das Aufflammen der Zypern-Krise miterlebt und teilten ihre Sorgen mit den Völkern der ganzen Welt. Die UNO muß ihre Bemühungen fortsetzen, um eine gerechte Lösung des Problems zu erreichen, die das zypriotische Volk von den Qualen des Krieges befreit und seine Unabhängigkeit bewahrt. Ohne Zweifel gehört die Zypern-Krise zu den Problemen und Sorgen der Länder des Nahen Osten und des Mittelmeers.

Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unterliegen immer noch bestialischen Aggressionen gegen ihren Kampf, der für eine Umwälzung des gegenwärtigen internationalen Wirtschaftssystems in ein neues vernünftiges und gesundes System geführt wird. Das haben jene Länder auf der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz zum Ausdruck gebracht.

Den Plünderungen, Ausbeutungen und dem Aussaugen der Schätze der armen Völker muß ein Ende gemacht werden. Diese Länder dürfen bei ihrem Bestreben nach Entwicklung, nach freier Verfügung über ihre Ressourcen und nach Beseitigung des Preisdiktats für ihre Rohstoffe nicht gehindert werden. Den gerechten Forderungen dieser Länder, die auf der Übersee-Konferenz in Caracas, der Bevölkerungsplanung- und der Welternährungskonferenz gestellt wurden, stehen immer noch Hindernisse im Wege. Die UNO muß sich energisch auf die Seite des Kampfes für grundlegende Änderungen im Weltwirtschaftssystem stellen, da nur diese allein es den unterentwickelten Ländern ermöglichen, sich rascher zu entwickeln. Diese Institution muß sich energisch gegen all jene Kräfte wenden, die versuchen, die Verantwortung für die Weltinflation den Entwicklungsländern, insbesondere den Erdölförderländern, aufzu-

bürden. Sie muß die Drohungen verurteilen, die gegen diese Länder, die nur gerechte Forderungen stellen, gerichtet werden.

Herr Präsident.

der Rüstungswettlauf in der Welt läuft immer noch auf Hochtouren. Diese Tatsache bedroht die Welt, ihre Reichtümer zu vernichten und ihre Kräfte bei diesem Wettlauf zu vergeuden. Darüber hinaus bleibt die Gefahr für bedrohliche, bewaffnete Explosionen bestehen. Der Rüstungswettlauf muß gestoppt, die nuklearen Waffen müssen zerstört werden, die hohen Ausgaben für die militärische Technologie müssen den Bereichen der Entwicklung der Wissenschaften, der Steigerung der Produktion und der Verwirklichung des Wohlstandes der Welt zugeführt werden. Das ist es, was alle Völker von der UNO erwarten.

In unserer Region ist die Unruhe immer noch am stärksten, denn das zionistische Gebilde krallt sich weiterhin an arabischen Gebieten fest, die es besetzt hat. Es setzt seine Aggression gegen uns fort und parallel dazu unternimmt es hektische militärische Vorbereitungen, um einen neuen Aggressionskrieg durchzuführen, der der fünfte in der Kette seiner Aggressionskriege sein wird. Allen Anzeichen nach muß man sich der Gefahr eines nuklearen Krieges bewußt sein, der völlige Vernichtung und Zerstörung mit sich bringt.

Herr Präsident,

die Welt braucht den größten Einsatz all ihrer Kräfte, um ihre Ziele von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Entwicklung zu verwirklichen, um den Kolonialismus, Imperialismus, Neo-Kolonialismus und Rassismus in all seinen Formen, einschließlich des Zionismus, zu bekämpfen, da dies der einzige Weg ist, der zur Erfüllung der Hoffnungen aller Völker führt, einschließlich der Völker jener Staaten, die diesen Weg ablehnen. Es ist der Weg zur Verwirklichung der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustands kann nur dazu führen, daß die Welt der bedrohlichsten bewaffneten Auseinandersetzung und wirtschaftlichen und menschlichen und Naturkatastrophen ausgesetzt ist.

Herr Präsident,

trotz dieser krisenhaften Situation, die in der Welt herrscht, und trotz der in dieser Welt noch vorhandenen ungerechten und primitiven Kräfte, erlebt unsere Welt historische Zeiten. Sie ist Zeuge vom Niedergang der alten Welt, einer Welt des Kolonialismus, Imperialismus, Neo-Kolonialismus und Rassismus in all seinen Formen, insbesondere des Zionismus. Die Welt von heute erlebt, wie die Völker der Erde einen

großen historischen Schritt in eine neue Welt tun, in der die gerechte Sache siegen wird. Wir glauben fest an diesen Sieg.

Herr Präsident.

die palästinensische Sache ist ein wichtiger Bestandteil dieser gerechten Anliegen, für die die unter Kolonialismus und Unterdrückung leidenden Völker kämpfen. Da mir die Gelegenheit gegeben wurde, unser Anliegen hier vorzutragen, möchte ich es nicht versäumen, dafür zu plädieren, daß diese Chance allen kämpfenden Befreiungsbewegungen gegen Rassismus und Kolonialismus auch gewährleistet wird. Im Namen aller, die sich für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzen, appelliere ich an Sie, ihrer wie unserer Sache gleicherweise die volle Aufmerksamkeit zu schenken. Dies bildet eine grundlegende Stütze für die Sicherung des Friedens in der Welt, für die Errichtung einer neuen Welt, in der alle Völker frei von Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Furcht und Ausbeutung leben. Innerhalb dessen und für dieses Ziel trage ich Ihnen unsere Sache vor.

Wenn wir hier vor diesem internationalen Forum zu Ihnen sprechen, so ist dies Ausdruck unserer Überzeugung, daß der politische diplomatische Kampf unseren bewaffneten Kampf ergänzt. Gleichzeitig wollen wir dadurch unseren Respekt für die Rolle der UNO bei der Lösung der internationalen Probleme zum Ausdruck bringen, nachdem sich ihre Struktur gewandelt hat zugunsten der Hoffnungen der Völker und der Lösung unseres Problems, für das dieser internationalen Institution eine besondere Verantwortung zukommt.

Während unser Volk heute hier spricht, blickt es eher in die Zukunft, als daß es sich von den Tragödien der Vergangenheit und den Ketten der Gegenwart gefesselt fühlt. Wenn wir dennoch von der Gegenwart sprechen und in die Vergangenheit zurückblicken, ist es deswegen, weil wir den Weg erklären wollen, den wir im allgemeinen mit allen Völkern der Erde und insbesondere mit den Befreiungsbewegungen in die hoffnungsvolle Zukunft einschlagen werden. Und wenn wir auf die Ursachen unseres Problems eingehen, dann nur deshalb, weil es unter den Anwesenden hier noch welche gibt, die unsere Häuser besetzt halten, unsere Felder abgrasen, die Früchte unserer Bäume ernten und behaupten, daß wir Geister sind, ohne Existenz, ohne Tradition und ohne Zukunft. Und deshalb, weil bei manchen bis vor kurzem und vielleicht noch heute die Vorstellung herrscht, daß unsere Sache ein Flüchtlingsproblem, oder daß der Nahost-Konflikt ein Streitfall um Grenzen zwischen den arabischen Staaten und dem zionistischen Gebilde ist, oder weil sie meinen, daß unser Volk Rechte verlangt, die ihm nicht zustehen, und daß es ohne legalen vernünftigen Grund kämpft, um den Frieden zu stören und andere zu terrorisieren. Und weil auch unter Euch solche sind hier meine ich die USA und andere - die unseren Feind mit Flugzeugen, Bomben und allem möglichen Vernichtungs- und Zerstörungsmaterial ausrüsten, und uns gegenüber eine feindliche Haltung einnehmen und versuchen, das wirkliche Problem zu entstellen. All dies geschieht auf Kosten des amerikanischen Volkes, auf Kosten seines Wohls und auf Kosten der Freundschaft, die wir mit diesem großen Volk anstreben. Ein Volk, für dessen Erfahrung im Kampf für seine Freiheit und die Einheit seines Landes wir große Hochachtung empfinden.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und mich dem amerikanischen Volk zuwenden und vor diesem Forum den Appell an es richten, unserem tapfer kämpfendem Volk, dem Recht und der Gerechtigkeit beizustehen. Es soll sich an seinen Helden George Washington erinnern, der für die Freiheit und die Unabhängigkeit Amerikas kämpfte, an Abraham Lincoln, der die Armen, Unterdrückten und Leidenden unterstützte. Es soll sich an die Vierzehn Punkte Wilsons erinnern, die unser Volk überzeugt von ihren großen humanen Prinzipien übernimmt. Ich wende mich diesem amerikanischen Volk zu und frage:

Sind diese feindlichen Demonstrationen, die jetzt draußen stattfinden, sein wahres Gesicht? Und was für ein Verbrechen hat unser Volk gegen das amerikanische Volk begangen? Warum diese feindliche Haltung? Ist sie im Interesse Amerikas? Ist das im Interesse der amerikanischen Massen? Gewiß nicht! Ich möchte das amerikanische Volk daran erinnern, daß seine Freundschaft mit den arabischen Nationen bedeutungsvoller, wertvoller und von Dauer ist.

Herr Präsident,

die Analyse der Ursachen unseres Problems beruht auf unserer Überzeugung, daß das Zurückgehen auf die Wurzeln der Probleme, die die Welt beschäftigen, dringend notwendig ist, wenn man dafür Lösungen sucht. Dies ist eine Methode, die wir der internationalen Politik zu übernehmen empfehlen, nachdem sie wie die Völker unter den Versuchen litten, die Wurzeln der Probleme zu mißachten, darüber hinwegzugehen, und sie zu ignorieren, weil man vor vollendeten Tatsachen kapituliert.

Die Wurzeln des palästinensischen Problems reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück, mit anderen Worten, bis in die Zeit, die man als die Zeit des Kolonialismus und der Annektion bezeichnet, sie reichen zurück bis in die Übergangszeit des Imperialismus, als der zionistisch-kolonialistische Plan geschmiedet wurde, das Land Palästina mit jüdischen Emigranten aus Europa zu erobern. Dies ist vergleichbar mit dem Siedler-kolonialismus in Afrika. In dieser Epoche wuchs die Tyrannei derjenigen Kolonialisten mächtig an, die aus dem Westen nach Afrika, Asien und Lateinamerika kamen, um Land zu besetzen, zu besiedeln, Kolonien zu errichten und die härtesten Formen der Ausbeutung, Diskriminierung und Plünderung an den Völkern der drei Kontinente zu praktizieren.

Dies ist die Epoche, deren abscheuliche, rassistische Auswirkung wir in Südafrika und Palästina heute noch spüren. Die Kolonialisten und die Einwanderer haben "zivilisatorische" und "kulturelle" Ideen als Vorwand benutzt, ihre Eroberung, Plünderung und Aggression in Afrika und anderswo zu rechtfertigen. Sie benutzten diese Rechtfertigungen, um Palästina mit zionistischen Einwanderungswellen zu überfallen; wie die Kolonialisten und Einwanderer sich der Religion, Hautfarbe, Rasse und der Sprache als Vorwand bedienten, um den Prozeß der Ausbeutung der Völker zu verschleiern, und sie mit Diskriminierung, Apartheit und Terror in Afrika zu unterjochen, so bedienten sie sich auch dieser Methoden, um die palästinensische Heimat gewaltsam zu annektieren, ihr Volk zu diskriminieren und schließlich zu vertreiben. Damals benutzten die Kolonialherren die diskriminierten und ausgebeuteten Habenichtse als Kanonenfutter für ihre Aggression und als Säulen ihrer Kolonie.

Der internationale Kolonialismus und die zionistischen Führer benutzten desgleichen die mittellosen, diskriminierten Juden Europas als Kanonenfutter und als Säulen ihrer Kolonie und der rassistischen Diskriminierung. Die zionistische Ideologie, die gegen unser Volk praktiziert wurde, um Palästina mit den aus dem Westen kommenden Eroberern zu besiedeln, wurde gleichzeitig dazu verwandt, um die Juden aus ihren verschiedenen Heimatländern herauszureißen und von den Nationen zu entfremden. Sie ist eine siedlerkolonialistische, auf Trennung bestehende, rassistische, reaktionäre Ideologie, die sich in ihren Grundlagen mit dem Antisemitismus trifft. Ja sie ist sogar die Kehrseite ein und derselben Medaille. Denn wenn wir sagen, daß Anhänger einer bestimmten Religion - hier das Judentum - gleich in welchem Land, mit dieser Nation nicht identisch sind, und daß sie nicht als gleichberechtigte Bürger mit anderen andersgläubigen Bürgern zusammenleben können, so trifft sich dies direkt mit dem, was Antisemiten vertreten. Und wenn sie sagen, daß die einzige Lösung ihres Problems darin besteht, sich von den Nationen und Gesellschaften, deren Bestandteil sie in langjähriger Geschichte waren, zu lösen, auszuwandern, ein Land, das einem anderen Volk gehört, zu besiedeln und den Platz dieses Volkes mit Gewalt und Terror einzunehmen, vertreten sie die gleiche Haltung wie jene, von denen die Verfechter des Antisemitismus sie einst übernommen hatten.

Hieran wird z.B. der starke Zusammenhang zwischen Cecil Rhodes, als er seinen Siedlerkolonialismus in Südost-Afrika ins Zentrum rückte und Theodor Herzl deutlich, der sich daran machte, seinen Siedlerkolonialismus auf dem Boden Palästinas vorzubereiten und zu entwerfen. Und als Herzl das siedlerkolonialistische Führungszeugnis von Rhodes erhielt, legte er es der Britischen Regierung vor, um von ihr den Unterstützungs- und Beistandsbeschluß zu erhalten. Als Gegenleistung baute er einen Stützpunkt für den Imperialismus auf palästinensischem Boden, der seine Interessen an den wichtigsten strategischen Punkten des Nahen Osten sichert. So startete die

zionistische Bewegung im Pakt mit dem internationalen Kolonialismus ihre Eroberung unseres Landes. Erlauben Sie mir, folgende Tatsachen kurz zu erläutern:

- Zu Beginn der Eroberung im Jahre 1881 und vor der ersten Einwanderungswelle betrug die Einwohnerzahl in Palästina etwa eine halbe Million. Alle sind Araber: Moslems und Christen, darunter 20.000 palästinensische Juden. Sie leben gemeinsam, eingebettet in religiöser Eintracht, für die unsere Tradition bekannt ist.
- Palästina war ein grünes Land, bewohnt vom arabischen Volk, das dort sein Leben gestaltete und seine Kultur besang.
- Die zionistische Bewegung arbeitete mit allen tückischen Mitteln darauf hin, daß in den Jahren von 1882 bis 1917 ca. 50.000 europäische Juden emigrierten und in unser Land verpflanzt wurden. Es gelang ihr, die Balfort-Deklaration von Britannien zu erhalten, und diese Deklaration verkörperte den realen kolonialistisch-zionistischen Pakt. Diese Deklaration brachte das Ausmaß des kolonialistischen Unrechts gegen die Völker zum Ausdruck, da Britannien der zionistischen Bewegung etwas versprach, was es weder besaß noch ein Recht dazu hatte. Der Völkerbund, in seiner alten Gestalt, ließ das arabische Volk im Stich und die Prinzipien Wilsons lösten sich in Luft auf. Uns wurde der britische Kolonialismus in Form eines Mandats mit Gewalt aufgezwungen.

Die vom Völkerbund beschlossene Mandats-Resolution verpflichtete sich, die zionistische Eroberung unseres Landes zu ermöglichen. In den 30 Jahren nach der Bekanntgabe der Balfort-Deklaration gelang es der zionistischen Bewegung mit ihrem kolonialistischen Verbündeten, noch mehr Juden aus Europa umzusiedeln und das arabische Land Palästina gewaltsam zu annektieren. Damit stieg die Zahl der Juden in Palästina im Jahre 1947 auf etwa 600.000, die weniger als 6% des fruchtbaren Bodens in Palästina besaßen. Die Zahl der arabischen Palästinenser betrug zu dieser Zeit etwa 1.250.000.

- Aufgrund des Einvernehmens zwischen Mandatsregierung und zionistischer Bewegung und mit Unterstützung der USA, wurde in der Frühphase der Tätigkeit dieser Organisation von ihr eine Resolution verabschiedet, die die Teilung unserer Heimat Palästina am 29. Nov. 1947 mittels zweifelhafter Aktivitäten und durch massive Erpressung befürwortete.

So teilte sie, was sie gar nicht teilen darf: das Land einer Nation. Wir aber lehnten diesen Beschluß ab, wie die leibhafte Mutter jenes Kindes, die, als eine andere Frau es ihr streitig machte, es ablehnte, daß Salomon ihr Kind in zwei Teile schnitt. Obwohl der Teilungsplan den kolonialistischen Einwanderern 54% des palästinensischen Bodens schenkte, war ihnen dies noch nicht genug. Sie führten daher einen Terrorkrieg gegen die arabische Zivilbevölkerung, besetzten 81% der Gesamtfläche Palästi-

nas und vertrieben 1 Million Araber, raubten somit 524 arabische Dörfer und Städte, zerstörten davon 385 und machten sie dem Erdboden gleich. Sie erbauten ihre Siedlungen und Kolonien auf diesen Ruinen und auf unseren Feldern und Gärten.

Hier liegen die Wurzeln des palästinensischen Problems, das heißt, daß die Grundlagen dieses Problems nicht in religiösen oder nationalistischen Widersprüchen zweier Religionen oder zweier Nationalitäten zu suchen sind, und nicht im Streit um Grenzen zwischen benachbarten Staaten. Es ist das Problem eines Volkes, dessen Land gewaltsam geraubt, das von seinem Boden vertrieben wurde, und dessen Mehrheit in der Verbannung in Zelten lebt.

Es gelang dem zionistischen Gebilde durch die Unterstützung der imperialistischen und kolonialistischen Staaten - an ihrer Spitze die USA - die Vereinten Nationen zu überlisten, daß seine Mitgliedschaft hier akzeptiert wurde, und so gelang es ihm, die Palästinafrage aus ihrem Arbeitsprogramm zu streichen und die internationale Öffentlichkeit irrezuführen, indem es das Problem als Problem von Flüchtlingen darstellte, die das Mitleid der Barmherzigen oder die Integration in andere Länder nötig haben.

Gleichwohl begnügte sich dieser auf Kolonialismus gegründete rassistische Staat nicht mit alledem. Er baute sich vielmehr zu einem Stützpunkt des Imperialismus aus und verwandelte sich in ein Waffenarsenal, um seine Aufgaben bei der Unterdrückung der arabischen Völker und der Aggression gegen sie in seiner Gier nach weiterer Expansion auf palästinensische und arabische Territorien erfüllen zu können. Außer Dutzenden feindlicher Überfälle führte dieser Staat 1956 und 1967 zwei Expansionskriege gegen die arabischen Länder und brachte dadurch in der Tat den Weltfrieden in Gefahr. Ein Ergebnis der zionistischen Aggression vom Juni 1967 war, daß der Feind das ägyptische Sinai bis zum Ufer des Suezkanals, die syrischen Golanhöhen einschließlich den palästinensischen Boden bis zum Jordan besetzte. Damit wurde eine neue Situation in unserem Gebiet, das sogenannte Nah-Ost-Problem geschaffen. Da der Feind auf dauerhafter und wehrhafter Besatzung beharrte, und so die Speerspitze des internationalen Kolonialismus gegen unsere arabische Nation verkörperte, komplizierte sich die Lage immer mehr.

Resolutionen und Aufrufe der UNO und der Weltöffentlichkeit zum Rückzug aus den im Juni 1967 besetzten arabischen Gebieten schlug der Besatzer in den Wind. Alle friedlichen und diplomatischen Bemühungen zur Einstellung seiner expansionistischen Politik waren vergebens. Unserer arabischen Nation, vornab die Staaten Ägypten und Syrien, blieb kein anderer Ausweg, als die sehr anstrengende militärische Vorbereitung zu treffen, um erstens dieser bewaffneten barbarischen Invasion standhaft zu begegnen, und um zweitens, nachdem alle friedlichen Mittel ausgeschöpft waren, diese Gebiete zu befreien sowie die Rechte des palästinensischen Volkes wieder herzustellen. In dieser Konstellation brach der vierte Krieg aus, der Oktoberkrieg,

um dem zionistischen Feind die Fruchtlosigkeit seiner expansionistischen Besatzungspolitik und seiner auf militärische Stärke gegründeten Gesetzmäßigkeit zu beweisen.

Trotz allem sind die Führer des zionistischen Gebildes noch weit davon entfernt, daraus Lehren zu ziehen. Sie schmieden stattdessen die Waffen für einen fünften Krieg, damit sie von neuem zur Politik zurückkehren, mit den Arabern zu reden in der Sprache der militärischen Überlegenheit, der Aggression, des Terrors, der Unterdrückung und des Krieges.

Verehrter Herr Präsident,

es schmerzt unser Volk zutiefst, Propaganda zu hören, die besagt, daß sein Land eine Wüste gewesen sei, die die fremden Siedler urbar gemacht hätten, daß seine Heimat menschenleer gewesen sei und daß das kolonialistische Siedlergebilde keinem Menschen Schaden zugefügt hätte. Nein, Herr Präsident, wir müssen von diesem internationalen Forum aus diese Lügen entlarven. Alle müssen wissen, daß Palästina die Wiege einer der ältesten Kulturen und Zivilisationen war.

Das arabische Volk Palästinas sorgte für die Verbreitung von Grünflächen, dem Bauwesen, von Kultur und Zivilisation jahrtausendelang in seinem Umfeld Es trug die Fahne der religiösen Eintracht hoch, es wurde zum Vorbild für die Glaubensfreiheit und als treuer Bewacher der Heiligtümer aller Religionen in seiner Heimat. Und ich als Sohn unter den Söhnen der heiligen Stadt bewahre für mich und mein Volk die schönsten Erinnerungen und prachtvolle Bilder von der Brüderlichkeit der Religionen, die in unserer heiligen Stadt glänzten, bevor die Katastrophe über sie hereinbrach. Davon ist unser Volk erst dann abgewichen als es den barbarischen zionistischen Invasoren gelang, den Staat Israel zu errichten, und uns zu vertreiben. Trotzdem beharrt unser Volk auf der Kontinuität, auf dem palästinensischen Boden seinen kulturellen und menschlichen Auftrag zu erfüllen.

Unser Volk gestattet nicht, daß dieses Land zu einem Focus der Aggression gegen die Völker oder zu einer rassistischen Festung gegen Kultur, Zivilisation, Fortschritt und Frieden wird. Und deshalb kann unser Volk nicht umhin, die Tradition seiner Vorfahren in der Bekämpfung der Eroberer fortzusetzen und die Verantwortung zu tragen für die Verteidigung seiner Heimat, der arabischen Nation, seiner Kultur und Zivilisation und der Wiege der Religionen.

Es genügt, schnell einen Blick auf die rassistischen Haltungen Israels zu werfen, wie es die OAS in Algerien und die Kolonisten in Afrika - sei es im Kongo, in Angola, Zimbabwe (Rhodesien) oder in Südafrika unterstützte, und wie es dem vietnamesischen Regime gegen die vietnamesische Revolution Beistand leistete, wie es sich nacheinander überall auf Seiten der Kolonialisten, Militaristen und Rassisten stellte;

wie es die Arbeit der Kommission zur Beseitigung des Kolonialismus behinderte, und wie es ablehnte, zugunsten der Unabhängigkeit der Länder Afrikas abzustimmen, wie es sich gegen die Forderungen der Staaten Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und anderer auf den Konferenzen für "Rohstoffe" und "Entwicklung", der "Überseestaaten", der "Bevölkerungsplanung" und der "Welternährung" stellte. All dies bekräftigt zusätzlich das Bild des Feindes, der unser Land gewaltsam geraubt hat und enthüllt die Ehre unseres Kampfes, den wir gegen ihn führen. Wir verteidigen den Traum der Zukunft und er verteidigt die Legenden der Vergangenheit.

Herr Präsident.

über diesen Feind, dem wir begegnen, existiert eine volle Akte, die sich gegen die Juden selbst richtet, denn innerhalb des zionistischen Gebildes gibt es eine abscheuliche rassistische Diskriminierung der orientalischen Juden. Obzwar wir das Hinschlachten der Juden unter dem Naziregime mit unserer ganzen Kraft verurteilen, so waren, wie es scheint, die zionistischen Führer hauptsächlich darum besorgt, dies auszunutzen, um die Auswanderung nach Palästina zu realisieren.

Herr Präsident,

wäre die jüdische Einwanderung nach Palästina mit dem Ziel erfolgt, mit uns als Bürger gleicher Rechte und Pflichten zu leben, hätten wir für sie Raum geschaffen im Rahmen der Möglichkeiten unserer Heimat, wie das mit Zehntausenden von Armeniern und Tscherkessen geschah, die immer unter uns als Brüder und Bürger lebten genau wie wir. Wenn aber das Ziel dieser Einwanderung nichts anderes ist als gewaltsame Annektion unseres Landes, unsere Vertreibung und unsere Verwandlung in Bürger zweiter Klasse - und gerade dies ist geschehen - so kann uns unmöglich jemand raten, dies hinzunehmen oder sich ihm zu beugen. Unsere Revolution fußt deshalb von Anfang an nicht auf Rassismus oder religiösen Fanatismus, sie ist nicht gegen den jüdischen Menschen in seinem Sein gerichtet, sondern sie richtet sich gegen den rassistischen Zionismus und gegen die Aggression. In diesem Sinne ist unsere Revolution auch für den jüdischen Menschen. Wir kämpfen dafür, daß Juden, Christen und Moslems in gleichen Rechten und Pflichten ungeachtet der Rasse und Religion miteinander leben. (Applaus)

- Wir, Herr Präsident, unterscheiden zwischen Judentum und Zionismus. Zur gleichen Zeit, in der wir die zionistische, kolonialistische Bewegung bekämpfen, respektieren wir die jüdische Religion und warnen heute, nachdem ein Jahrhundert seit dem Entstehen der zionistischen Bewegung vergangen ist, daß diese Bewegung eine wachsende Gefahr für die Juden der Welt, für das arabische Volk und für die Sicherheit und den Frieden in der Welt darstellt.

- Der Zionismus besteht immer noch darauf, Juden aus ihren Heimatländern auswandern zu lassen, und für sie eine künstliche Nationalität anstelle ihrer ursprünglichen Nationalitäten zu schaffen. Er verfolgt eben diese ihm eigene zerstörerische Aktivität ungeachtet des sich offenbarenden Scheiterns der von ihm angebotenen Lösung. Das Phänomen der ständigen Auswanderung aus dem israelischen Gebilde seit seinem Entstehen, das sich mit dem Niedergang der Segel des rassistischen Siedlerkolonialismus in der Welt verstärkt. ist der Beweis für dieses Scheitern.
- Wir appellieren an alle Völker und Regierungen der Welt, Widerstand zu leisten gegen die zionistischen Pläne, die darauf abzielen, noch mehr Juden der Welt aus ihren Heimatländern auswandern zu lassen, um unsere Heimat gewaltsam zu rauben. Gleichzeitig appellieren wir an Sie, sich jeglicher Unterdrückung des Menschen aufgrund seiner Religion, Rasse oder Farbe entgegenzustellen.
- Ich frage mich, Herr Präsident, warum soll unser Volk und unsere Heimat die Verantwortung für das Auswanderungsproblem der Juden auf sich nehmen, wenn ein solches Problem in den Köpfen einiger vorhanden ist? Und ich frage, warum die begeisterten Verfechter dieses Auswanderungsproblems wenn es überhaupt existiert nicht selbst die Verantwortung auf sich nehmen, und ihre Länder öffnen, die flächenmäßig größer sind und die die Voraussetzungen besitzen, diese Auswanderer zu absorbieren und ihnen zu helfen?

Herr Präsident.

diejenigen, die unserer Revolution das Attribut Terror geben, tun dies nur, um die Weltöffentlichkeit irrezuführen und die Wahrheit zu verschleiern, nämlich unser Gesicht der Gerechtigkeit und der Selbstverteidigung und ihr Gesicht der Ungerechtigkeit und des Terrors.

Die Seite, an der der Waffenträger steht, unterscheidet den Revolutionär vom Terroristen. Wer auf Seiten einer gerechten Sache steht, wer für die Freiheit seiner Heimat und seine Unabhängigkeit gegen Eroberung, Besatzung und Kolonialismus kämpft, auf den kann in keiner Weise das Attribut Terrorist angewandt werden; sonst wäre ja das amerikanische Volk, als es die Waffe gegen den britischen Kolonialismus trug, terroristisch gewesen, sonst hätte man den europäischen Widerstand gegen das Naziregime als Terror bezeichnen können, sonst könnte man den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Terror bezeichnen.

Nein, Herr Präsident, dies ist der gerechte, legale Kampf für den die Charta der Vereinten Nationen und die Deklaration der Menschenrechte eintritt. Derjenige aber, der die Waffe gegen die gerechte Sache trägt, derjenige, der den Krieg für die Besatzung der Heimatländer anderer, für ihre Beraubung, Ausbeutung und Kolonialisierung führt, der ist der Terrorist, und seine Taten müssen schuldvolle Taten sein für die das

Attribut Kriegsverbrechen gilt, denn die Gerechtigkeit einer Sache ist es, die die Gerechtigkeit der Waffe bestimmt.

Der zionistische Terror, der sich gegen das Recht des palästinensischen Volkes richtete, als es dieses Volk aus seiner Heimat vertrieb und es entwurzelte, ist festgehalten in legalen Dokumenten, die in der UNO zirkulierten. Tausende der Söhne unseres Volkes wurden in ihren Dörfern und Städten hingeschlachtet. Abertausende wurden unter dem Feuer der Gewehre, den Salven der Kanonen und dem Beschuß der Flugzeuge gezwungen, ihre Häuser, und das, was sie in den Boden ihrer Vorväter pflanzten, zu verlassen. Wie zahlreich sind die Wege, auf denen die Söhne, Kinder, Frauen und Greise unseres Volkes geschlagen wurden, ohne Nahrung und Wasser, wo sie gezwungen waren, auf Berge zu klettern und in der Wüste zu irren.

Die Katastrophen, die im Jahre 1948 über Hunderte der Bewohner von Dörfern und Städten, in den Tälern und Höhen in Jerusalem, Jaffa, Lidda, Ramla und Galiläa hereinbrachen, wurden und werden nie vergessen von denen, die jede Sekunde ihrer Grausamkeit durchlitten, nie vergessen, trotz der internationalen Verdunkelung der Information, die diese Grausamkeiten wie die Spuren von 385 palästinensischen Dörfern und Städten, deren Existenz ausgelöscht wurde, damals mit Erfolg verschwieg. Hinzu kommt das Sprengen von 19.000 Häusern innerhalb der letzten sieben Jahre das gleicht dem Äquivalent der totalen Zerstörung von 200 palästinensischen Dörfern und die unermeßliche Zahl derer, die vom Terror und von der Folter gezeichnet wurden, und derer, die im Gefängnis sind - all dies kann unmöglich von der Verdunkelung der Information hinweggelöscht werden.

Ihr Terror erstreckte sich sogar voll Neid auf den Ölbaum (Olivenbaum) in meinem Land, der von ihnen als hohes Mahnmal gesehen wird, das sie an die autochtonen Bewohner dieses Landes erinnert; dieser Baum schreit laut, daß der Boden palästinensisch ist, und so machten sie sich daran, ihn zu entwurzeln oder zu mißachten und ihn zu fällen. Wie soll man den Satz Golda Meirs auffassen, als sie ihre "Beunruhigung" aussprach "über die palästinensischen Kinder, die täglich neu geboren werden"? Sie sehen in dem palästinensischen Kind und dem palästinensischen Baum einen Feind, den man beseitigen muß. Herr Präsident, jahrzehntelang verfolgten sie die kulturellen, politischen, sozialen und künstlerischen Führungskräfte unseres Volkes mit Terror, Vernichtung, Meuchelmord und Vertreibung.

Sie haben unsere Tradition, Kultur und Volkskunst als ihre eigene ausgegeben und haben ihren Terror auf unsere heiligen Stätten in der geliebten Stadt des Friedens Jerusalem ausgeweitet, und sie beabsichtigen, ihren arabischen, christlich-islamischen Charakter zu vernichten durch die Evakuierung ihrer Bewohner und die Einverleibung in ihr Gebilde. Es ist nicht notwendig, ausführlich auf den Brand der Al-Aqsa-Moschee und die Plünderung der Kostbarkeiten der Auferstehungskirche, auf die

Deformation ihres Baustils und ihres kulturellen Charakters einzugehen. Jerusalem mit ihrer Pracht und dem historischen Duft, der sie erfüllt, legt Zeugnis ab für den Wechsel der Generationen, der in ihr erfolgte, Generationen, die in jedem Winkel ihrer Ecken eine unauslöschliche Spur, einen zärtlichen Abdruck, ein kulturelles Mal und einen menschlichen Pulsschlag hinterließen.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich unter ihrem Himmel die drei Religionen umarmen. Sie schreiten in ihrem Gefolge und an ihren Horizonten werfen sie Licht für die Menschheit auf das Schellengeläut der Dornen und Schmerzen. die sie trägt, um ihre Zukunft zu zeichnen mit allem was sie enthält an Hoffnungen, Wünschen und Möglichkeiten. (Applaus)

Die wenigen palästinensischen Araber, die der Feind 1948 nicht vertreiben konnte, sind heute Flüchtlinge auf ihrem Boden und werden vom israelischen Gesetz als Bürger zweiter, ja sogar dritter Klasse behandelt - da die orientalischen Juden die Bürger zweiter Klasse sind - gegen sie wurden alle Formen der rassistischen und terroristischen Diskriminierung angewandt, ihre Länder und ihr Besitztum wurden beschlagnahmt, sie wurden blutig abgeschlachtet wie im Dorf Kafr Kassem, sie wurden aus ihren Dörfern vertrieben und ihre Rückkehr wurde ihnen verwehrt, wie es mit den Einwohnern der Dörfer Kafr Burum und Ikrit geschah. Unsere Leute haben dort 26 Jahre lang unter dem Gesetz des Ausnahmezustands gelebt, sie haben kein Recht zur freien Bewegung von einem Ort zum anderen ohne vorherige Erlaubnis des Militärgouverneurs.

Stellen Sie sich vor, Herr Präsident, zur gleichen Zeit, in der der israelische Gesetzgeber ein Gesetz erläßt, das jedem einwandernden Juden, der unseren Boden betritt, automatisch nationales Recht gewährt, gibt er ein anderes Gesetz heraus, das den in Palästina verbliebenen Palästinensern, die in der Stunde der Besatzung nicht in ihren Dörfern waren, das nationale Recht verweigert.

Herr Präsident,

die Akte der israelischen Herrscher ist voll von Terrormorden, die sich auch auf die Söhne der arabischen Nation erstrecken, die unter der Besatzung im Sinai und den Golanhöhen verblieben sind, und die Erinnerung an das Verbrechen der Zerstörung der Bachr-al-Bakr-Schule und der Fabrik Abu Zabel in Ägypten und die Zerstörung der libyschen zivilen Verkehrsmaschine ist immer noch in unserem Gedächtnis. Die Zerstörung der Stadt Kuneitra legt jedoch immer noch Zeugnis ab für jeden, der die Terrortaten sehen will. Wenn man die Akte des zionistischen Terrors im Südlibanon aufschlagen will, und dies ist ein Terror, der immer noch andauert, wird man physisch erbeben von dem Ausmaß der Grausamkeit, der Piraterie, der Sprengungen und Aggression und was darin an Evakuierung der Zivilisten, Zerstörung der Häuser, Men-

schenentführung und Felderverbrennen enthalten ist, ganz abgesehen von den ständigen Übergriffen auf die libanesische Staatshoheit und abgesehen von der Vorbereitung für den Raub der Gewässer des Flusses Litani.

Erinnern wir uns an die zahlreichen Beschlüsse, die von dieser Organisation gefaßt wurden, die Israel der Aggression gegen die arabischen Staaten und der Aggression gegen die Menschenrechte schuldig befunden haben und auch daran, daß es wegen der Einverleibung Jerusalems und der Änderung ihres Status vor der Besetzung, und daß es wegen wiederholten Verletzung der Paragraphen des Genfer Abkommens im Kriegsfall verurteilt wurde.

Wenn man sich all diese Taten vor Augen hält, kann man sie nicht anders bezeichnen als barbarischen Terrorismus. Trotz alledem besitzen die rassistischen, terroristischen Eroberer die Kühnheit, die gerechten Kämpfe unseres Volkes als terroristische Taten zu bezeichnen – gibt es eine größere Dreistigkeit an Unrecht und Verfälschung, die diese übersteigt? Wir sagen, daß sich jene, die unseren Boden gewaltsam raubten und terroristische Verbrechen und rassistische Diskriminierung begehen, die selbst den Rassismus Südafrikas von damals und heute übertrifft, den Beschluß der Generalversammlung der UNO, den Ausschluß Südafrikas von der Mitgliedschaft vor Augen halten sollten. Denn das ist das zwangsläufige Ende für jeden rassistischen Staat, der die Gesetze des Dschungels anwendet und der die Heimat anderer gewaltsam raubt und sie unterdrückt.

Herr Präsident,

dreißig Jahre lang leistete unser palästinensisches Volk unter der britischen Besatzung und der zionistischen Eroberung Widerstand gegen jegliche Versuche, ihm sein Land zu entreißen, und es kämpfte in sechs Revolutionen, in Dutzenden von Volksaufständen, um die Verschwörung zu vereiteln, damit es auf seinem Boden bleiben und die Souveränität über ihn ausüben kann. Bis 1948 hat es für dieses Ziel dreißigtausend Menschen geopfert (bezieht man diese Zahl auf die amerikanische Bevölkerung, gleicht dies 6 Millionen Amerikanern).

Als seine Mehrheit von dem 1948 besetzten palästinensischen Boden entwurzelt wurde, setzte das Volk seinen Widerstand unter den schwierigsten Bedingungen und trotz Vernichtungsversuchen beharrlich fort. Vergebens versuchte unser Volk auch mit allen Mitteln seinem politischen Kampf für die Verwirklichung seiner Rechte Kontinuität zu geben; es kämpfte um seine Existenz, deshalb studierten seine Söhne in der Emigration und Verbannung und sie arbeiteten hart unter unmöglichen Bedingungen, um weiter existieren zu können. Aus dem palästinensischen Volk gingen tausende Ärzte, Ingenieure, Professoren und Wissenschaftler hervor, sie alle setzten ihre Ar-

beitskraft und ihr Können in den um ihre besetzte Heimat liegenden arabischen Ländern ein.

Sie leisteten ihren Beitrag beim Prozeß des Aufbaus und der Entwicklung dieser Länder; mit dem Einkommen, das sie dabei verdienten, unterstützten sie ihre jüngeren und älteren Verwandten, die die Flüchtlingslager nicht verlassen konnten. So half der Bruder dem Bruder, der Schwester und den Eltern und er zog auch noch seine eigenen Kinder groß. Gleichzeitig träumte er in der Tiefe seines Herzens von der Rückkehr nach Palästina, er blieb Palästinenser, er hielt seiner Heimat die Treue ohne Schwanken der Loyalität für sie, sein zielgerichteter Wille und sein Enthusiasmus verloren nicht ihre Kraft. Nichts konnte ihn dazu verführen, seine palästinensische Identität und seine Heimat Palästina preiszugeben. Nein, auch die Zeit hat - wie die Kalkulierer kalkulierten - ihn seine Heimat nicht vergessen lassen. (Applaus)

Als die Hoffnungen unseres Volkes, die es an die internationale Institution knüpfte, die sie vergaß und seine Rechte ignorierte, nicht in Erfüllung gingen, als unserem Volk klar wurde, daß der politische Kampf allein für die Zurückgewinnung auch nur einer Handbreit seiner Heimat nicht ausreichte, da wandte es sich der palästinensischen Revolution zu und gab ihr all seine menschlichen und materiellen Ressourcen und seine besten Söhne. Unser Volk begegnete tapfer dem israelischen Terror, der es von seinem Kampfweg abbringen wollte, einem Terror, der die menschlichen Vorstellungen übersteigt. In der letzten Dekade seines Kampfes opferte unser Volk tausende Märtyrer und ein Vielfaches an Verwundeten, Verstümmelten, Gefangenen und Internierten, um nicht vernichtet und aufgelöst zu werden und um sein Recht auf Selbstbestimmung über seine Heimat und auf Rückkehr in sein Land an sich zu reißen.

Die Massen unseres Volkes leben jetzt unter zionistischer Besatzung mit dem ihnen innewohnenden Stolz und revolutionärem hohen Mut, sie kämpfen - sei es in den Kerkern, den Internierungslagern oder in dem noch größeren Gefängnis, dem "Besatzungskäfig" um ihr Verbleiben und ihre Existenz. Sie kämpfen dafür, daß das Land arabisch bleibt und sie leisten Widerstand gegen die Unterdrückung, die Tyrannei und den Terror in all seiner bedrohlichen und tragischen Gestalt.

Durch die bewaffnete Revolution unseres Volkes kristallisierte sich seine politische Führung und festigten sich seine nationalen Institutionen, und die nationale Befreiungsbewegung, die alle seine Gruppierungen, Organisationen und Fähigkeiten umschließt, die von der PLO verkörpert wird, wurde aufgebaut.

Durch die kämpfende palästinensische nationale Befreiungsbewegung reifte der Kampf unseres Volkes und vervielfältigte seine Mittel, so daß sich dem bewaffneten Kampf der politische und soziale Kampf hinzugesellte. Unsere Organisation machte sich zur Aufgabe, den palästinensischen Menschen nicht nur für die gegenwärtigen

Herausforderungen zu rüsten, sondern ihn für den Aufbau der palästinensischen Zukunft zu formen. Zur gleichen Zeit in der die PLO die bewaffneten Kämpfe führt und der Härte des zionistischen Terrors begegnet, ist sie stolz darauf, daß sie vielfältige kulturelle und zivilisatorische Errungenschaften erzielt hat. Sie errichtete Institutionen wissenschaftlicher Forschung, der landwirtschaftlichen Entwicklung, Institutionen der Gesundheitsfürsorge und der Wiederbelebung der kulturellen Tradition unseres Volkes und der Volkskunst. Aus ihren Reihen gingen viele Dichter, Schriftsteller und Künstler hervor, die zur Entwicklung der arabischen und man kann sogar sagen der internationalen Kultur beitragen. Der Inhalt all dessen trug tiefe menschliche Züge, die bei allen Freunden, die ihn kennen, Begeisterung hervorrief, und somit sind wir das Gegenteil, die Negation unseres Feindes, der sich auf der Zerstörung von Zivilisation und Kultur gründete, indem er kolonialistische, rassistische Ideologien verbreitete und all das, was sich gegen die Völker, den Fortschritt, die Gerechtigkeit, die Demokratie und den Frieden richtet.

Herr Präsident,

die PLO gewann ihre Legalität durch vorbildliche Opferbereitschaft, durch die Führung des Kampfes in all seinen Formen, sie empfing diese Legalität von den palästinensischen Massen, die sie mit der Führung betraute, die diese Führung ganz akzeptierten, sie gewann die Legalität, indem sie alle Verbände, Gewerkschaften, Gruppierungen, sowie alle in ihrer Nationalversammlung und in ihren Masseninstitutionen vorhandenen Kompetenzen vertrat. Diese Legalität wurde durch die Unterstützung der gesamten arabischen Nation bestärkt und diese Unterstützung wurde auf der letzten arabischen Gipfelkonferenz betont als dieser Kongreß das Recht der PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes für die Errichtung einer unabhängigen palästinensischen nationalen Autorität auf allen befreiten Gebieten bekräftigte. Ihre Legalität wurde vertieft durch die Unterstützung der Kampfesbrüder der Befreiungsbewegungen und der solidarischen befreundeten Staaten in der Welt, die sich auf die Seite der Organisation stellten und ihr in ihrem Kampf für die Rechte des palästinensischen Volkes helfend beistanden.

An dieser Stelle möchte ich voll Stolz und Anerkennung den Dank unserer Revolutionäre und unseres Volkes für die aufrechte Haltung der blockfreien, afrikanischen, islamischen, sozialistischen Staaten und der befreundeten Staaten Europas aussprechen, sowie allen Freunden in Asien, Afrika und Lateinamerika danken, die ihren Beistand für den Kampf unseres Volkes leisteten. (Applaus)

Herr Präsident.

die PLO ist die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes und in dieser Eigenschaft bringt sie die Wünsche und Hoffnungen unseres Volkes zum Aus-

druck und als solche trägt sie Euch diese Wünsche und Hoffnungen vor und konfrontiert Euch mit der großen historischen Verantwortung für unsere gerechte Sache in Palästina.

Herr Präsident,

unser Volk ist den Katastrophen des Krieges, der Zerstörung und der jahrelangen Vertreibung ausgesetzt, unser Volk zahlte mit dem unersetzlichen Blut und Leben seiner Söhne, es duldete unter der Besatzung, Vertreibung, der zwangsweisen Emigration und dem Terror was kein anderes Volk erlitten hat. All dies hat aber aus unserem Volk kein haßerfülltes und rachsüchtiges Volk gemacht. Nein, nein ... all dies läßt uns auch nicht in eine rassistische Umkehrung, in die unser Feind verfallen ist, verfallen, es läßt uns auch nicht den richtigen Blick dafür verlieren, zwischen Freunden und Feinden zu unterscheiden.

Wir verurteilen alle Verbrechen, die an den Juden begangen wurden und alle Arten von versteckter und offener Diskriminierung, die Angehörige des jüdischen Glaubens erlitten haben.

Herr Präsident.

ich bin Revolutionär der Freiheit wegen. Und ich weiß, daß viele unter den Anwesenden hier in diesem Saale sich in ähnlichen Kampfsituationen befanden, in denen ich heute kämpfe. Ihnen ist es gelungen, durch ihren Kampf ihre Träume Wirklichkeit werden zu lassen, so teilen sie meine Hoffnung und meinen Traum. Von diesem Platze rufe ich Sie auf, daß wir den gemeinsamen Traum und die gemeinsame Hoffnung für eine Zukunft des Friedens in dem heiligen palästinensischen Land zur strahlenden und gesicherten Wirklichkeit werden lassen.

Der jüdische Kämpfer Ahod Adif stand vor dem israelischen Militärgericht und sagte: "Ich bin kein Terrorist. Ich bin einer von denen, die von der Errichtung des demokratischen Staates in diesem Lande überzeugt sind." Er sitzt mit anderen Kameraden im dunkelsten Kerker der militaristischen zionistischen Clique.

Gestatten Sie mir, sie von diesem Forum aus in ihren Gefängnissen zu grüßen. Vor denselben Gerichten steht heute auch der tapfere Erzbischof der orthodoxen Kirche Capucci, er erhebt seine Hand mit dem Siegeszeichen unserer Revolutionäre und sagt: "Ich arbeite für den Frieden in Palästina, damit alle in dem Friedensland in Frieden leben." Diesen Erzbischof erwartet das gleiche Schicksal in denselben Kerkern. Gestatten Sie mir, auch ihm in das Dunkel seines Kerkers die herzlichsten Grüße zu schicken.

Warum soll ich nicht träumen und hoffen, Herr Präsident, die Revolution ist zugleich Schöpfung und Verwirklichung von Träumen und Hoffnungen. Laßt uns Traum und Hoffnung miteinander verwirklichen, daß ich mit meinem Volk aus der Verbannung zurückkehren kann und wir gemeinsam mit diesem jüdischen Kämpfer und seinen Kameraden, gemeinsam mit diesem christlichen Erzbischof und seinen Brüdern in ein und demselben demokratischen progressiven Staat, in dem Christ, Jude und Moslem unter gleichen Rechten, in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit miteinander leben können

Verdient es dieses hochstehende menschliche Ziel nicht, daß ich mit allen Aufrechten der Welt für seine Verwirklichung kämpfe? Und was dieses Ziel auszeichnet, ist, daß es sich richtet auf das Land Palästina, das Land der Heiligtümer, der Opferbereitschaft, der Tapferkeit, der Geschichte und des Friedens. (Starker Applaus)

Herr Präsident.

vormals kämpften die Juden in Europa und hier in Amerika für die Trennung von Kirche und Staat und gegen die Diskriminierung aufgrund der Religion, wie können sie heute diese ehrenhafte Form des menschlichen Zusammenlebens im heiligen Land des Friedens und der Gleichberechtigung ablehnen? Und wie können sie weiterhin einen Staat unterstützen, der in dieser Welt am stärksten durch Isolierung, Diskriminierung und Fanatismus gekennzeichnet ist?

Ich erkläre hiermit vor Euch als Vorsitzender der PLO und als Führer der palästinensischen Revolution, daß, wenn wir von unseren gemeinsamen Hoffnungen für das Palästina von morgen sprechen, wir in unser Bestreben, alle Juden mit einschließen, die heute in Palästina leben und die mit uns gemeinsam auf dem palästinensischen Boden ohne Diskriminierung leben wollen. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der PLO und als Führer der Streitkräfte der palästinensischen Revolution rufe ich jeden einzelnen Juden dazu auf, noch einmal den Weg des Untergangs zu überprüfen, auf den sie der Zionismus und die israelische Führung leitete, die ihnen nichts anderes bot als ständiges Verbluten und Kriege, in denen sie als Kanonenfutter benutzt wurden.

Wir rufen Euch auf, herauszutreten in freier Entscheidung und weiten Abstand zu nehmen von den Versuchen Eurer Führung, Euch einen Massada-Komplex einzureden und Euch dies als Euer Schicksal zu oktroyieren. Wir machen Euch ein menschenwürdiges Angebot, daß wir innerhalb eines friedlichen und gerechten Rahmens in unserem demokratischen Palästina gemeinsam leben. (Applaus)

Als Vorsitzender der PLO und als Führer der Palästinensischen Revolution erkläre ich hier, daß wir keinen einzigen Tropfen jüdischen oder arabischen Blutes vergießen wollen und daß wir uns auch nicht eine Minute lang über die Fortdauer des Krieges freuen werden, wenn ein gerechter Friede herrscht, der auf den nationalen Rechten, Bestrebungen und Hoffnungen unseres Volkes aufbaut.

Als Vorsitzender der PLO und als Führer der palästinensischen Revolution appelliere ich an Euch, Euch auf die Seite des Kampfes unseres Volkes für die Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts zu stellen, eines Rechts, das in der Charta Eurer Organisation festgelegt und das Eure Generalversammlung bei verschiedenen Gelegenheiten bestätigt hat, und ich appelliere an Euch, daß Ihr auch die Rückkehr unseres Volkes aus seiner zwangsweisen Verbannung ermöglicht, in die es mit den Bajonetten der Gewehre, durch Unterdrückung und Ungerechtigkeit gedrängt wurde, daß es zurückkehrt in seine Heimat, und seine Häuser, um unter dem Schatten der Bäume seiner Felder alle seine nationalen Rechte zu genießen und frei zu leben, damit es teilnimmt an dem Prozeß der menschlichen Zivilisation und seinen Beitrag in allen Bereichen der menschlichen Schöpferkraft mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Fähigkeiten leistet. Ich appelliere an Euch, daß Ihr es ermöglicht, daß unser Volk sein geliebtes Jerusalem schützt, so wie es dies jahrhundertelang getan hat, damit es frei von Terror und Unterdrückung eine Pilgerstätte für alle Religionen bleibt.

Ich appelliere an Euch, unserem Volk die Errichtung seiner unabhängigen nationalen Autorität und seiner nationalen Existenz auf seinem eigenen Boden zu ermöglichen.

Herr Präsident,

heute kam ich zu Euch, in einer Hand den Ölzweig und in der anderen Hand das Gewehr der Revolution, laßt den grünen Zweig nicht aus meiner Hand fallen ... laßt den grünen Zweig nicht aus meiner Hand fallen ... laßt den grünen Zweig nicht aus meiner Hand fallen! (Starker Applaus)

Herr Präsident.

von Palästina flammt der Krieg auf und von Palästina aus nimmt der Frieden seinen Anfang.

Danke.

(Starker und lang anhaltender Applaus)

Syrien

Redaktion GEHEIM: Bis zur Übernahme erdrosseln

Die westliche Welt hat alles aufgefahren, was in ihren Köchern steckt, um Damaskus sturmreif zu destabilisieren: Desinformations- offene Lügenkampagnen in allen Medien (so dass man durchaus sagen kann, dass kaum etwas stimmt, was aus Syrien berichtet wird), immer offenere Unterstützung für die so genannte Opposition (auch die bewaffnete), ökonomische Sanktionen aller Kaliber sowie politische Isolationsmaßnahmen. Gleichzeitig bastelt man am Aufbau immer besser ausgebildeter und ausgerüsteter Rebellenkräfte, die von der Türkei und auch von Jordanien aus einen eskalierenden Untergrundkrieg zu führen haben. Ganz aktuell sind nun US-Marines und nordamerikanische Ausbilder im Norden des Nachbarlands Jordanien angekommen, um noch direkter eingreifen zu können – in welcher Form auch immer. Und wie im Fall des Verbündeten Iran riecht es auch über Syrien nach offenem Krieg. GEHEIM hat die Destabilisierungsstrategie gegen Syrien schon mehrfach analysiert und enthüllt. Wir veröffentlichen deshalb nachfolgende Berichte, um auch auf dieser Ebene journalistisch "am Ball" zu bleiben...

die Redaktion GEHEIM

Friedenspolitische Mitteilungen: Großbritannien führt Geheimgespräche mit syrischen Rebellen

Großbritannien führt bereits offizielle Gespräche mit syrischen Oppositionellen, die zur baldigen Anerkennung einer Exilregierung führen könnten

Während der internationale Druck auf das angeschlagene Regime des (syrischen) Präsidenten Bashar al-Assad zunimmt, hat Großbritannien offizielle Gespräche mit der syrischen Oppositionsbewegung aufgenommen. Frances Guy, die frühere (britische) Botschafterin im Libanon, traf gestern in Paris mit im Exil befindlichen Mitgliedern der syrischen Opposition zusammen. Nächste Woche will der (britische) Außenminister William Hague Mitglieder der syrischen Opposition in London empfangen, wo sie auch Gespräche mit führenden Offiziellen in der Downing Street führen werden.

Obwohl Großbritannien zusammen mit anderen westlichen Staaten wie Frankreich – das gestern die Vereinten Nationen zu härteren Sanktionen (gegen Syrien) aufgefordert hat – seit drei Monaten informelle Kontakte zu der (syrischen) Opposition unter - hält, eröffnet der Fortschritt bei den Arbeitsbeziehungen den Rebellen die Chance,

bald als offizielle Vertretung Syriens anerkannt zu werden und an die Stelle des Assad-Regimes zu treten. Dem Eingreifen des Westens in Libyen gingen zwar ähnliche Kontakte zu den libyschen Revolutionären voraus, führende Diplomaten warnten aber davor, daraus Parallelen abzuleiten. "Das bedeutet nicht, dass wir sie (die Vertreter der syrischen Opposition) bereits als Regierung anerkennen – das ist nicht der Fall", erklärte ein höherer Diplomat. "Der Unterschied zur Situation in Libyen besteht darin, dass der libysche Nationale Übergangsrat bereits Teile Libyens kontrollierte. Wir haben der syrischen Opposition empfohlen, sich zu organisieren und eine einheitliche Politik zu betreiben." Der Syrische Nationalrat und das Nationale Koordinationskomitee für einen demokratischen Wandel gehören zu den Gruppen, deren Führer an den Gesprächen beteiligt waren.

Diese Entwicklung ist eingetreten, weil auch Frankreich erklärt hat, dass es zur Zusammenarbeit mit der syrischen Opposition bereit sei, nachdem es das Assad-Regime versäumt habe, die (versprochenen) Reformen durchzuführen.

Die Opposition der Veto-Mächte Russland und China hat den UN-Sicherheitsrat bisher davon abgehalten, auf das scharfe Vorgehen des Assad-Regimes gegen den bereits acht Monate andauernden Aufstand zu reagieren. Nach Gesprächen, die er gestern in der Türkei geführt hat, sagte der französische Außenminister Alain Juppé, weil die Situation "unerträglich" geworden sei, müssten die Vereinten Nationen jetzt handeln.

"Es ist nicht normal, dass der Sicherheitsrat noch nicht eingegriffen hat", erklärte Juppé vor Reportern. "Ich hoffe, dass diejenigen, die bisher jede Resolution abgeblockt haben, endlich erkennen, wie ernst die Lage ist." Auch der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu rief zum Handeln auf; es müsse etwas getan werden, um das "Massaker" zu stoppen.

Weil der internationale Druck auf Syrien wächst, erklärte sich Damaskus bereit, einer Forderung der Arabischen Liga nachzukommen und erstmals Beobachter ins Land zu lassen, um die Durchführung eines Friedensplanes zur Beendigung des Blutvergießens überwachen zu lassen.

Gestern gab es aber noch kaum Anzeichen für einen Rückgang der Gewalt; nach Berichten wurden wieder mindesten zwölf Menschen, darunter auch zwei Kinder, getötet, als Sicherheitskräfte nach dem Freitagsgebet erneut auf Protestierende schossen. Syrien lenkte erst ein, nachdem die Arabische Liga seine Mitgliedschaft ausgesetzt und von ihm verlangt hat, bis zum Ende der Woche einen Friedensplan umzusetzen, in dem das Regime aufgefordert wird, seine Streitkräfte aus den Städten abzuziehen und die Gewalt zu beenden. Seit Syrien diesen Friedensplan vor drei Wochen

akzeptiert und gleich wieder ignoriert hat, wurden nochmals Hunderte von Menschen getötet.

Syrische Offizielle haben gestern mitgeteilt, dass sie ausländische Beobachter ins Land lassen wollen, gleichzeitig aber Bedenken gegen die Arabische Liga geäußert. Die Liga, die Damaskus auch mit Sanktionen gedroht hat, will das (syrische) Angebot prüfen (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/gewalt-in-syrien-arabische-liga-stellt-syrien-ultimatum aid 685420.html). Auch (der französische Außenminister) Juppé bleibt skeptisch und zweifelt an Assads Bereitschaft, die Gewalt zu stoppen. "Wir haben von Anfang an nicht geglaubt, dass dieses Regime zu Reformen bereit ist, und jetzt es ist ohnehin zu spät dafür", erklärte er.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen kamen wegen des scharfen Vorgehens der syrischen Regierung seit Beginn des Aufstandes im März mindestens 3.500 Menschen ums Leben. Das Assad-Regime hat vom Ausland unterstützte "bewaffnete Banden von Terroristen" beschuldigt, 1.000 Polizisten und Soldaten umgebracht zu haben. Die hohe Zahl der Todesopfer sollte die internationale Gemeinschaft dazu veranlassen, größeren Druck auf das umstrittene Regime auszuüben. Ein erster Schritt zu Sanktionen könnte ein Antrag sein, mit dem Deutschland, Frankreich und Großbritannien erreichen wollen, dass die UN-Generalversammlung die Gewaltanwendung in Syrien mit einer nicht bindenden Resolution verurteilt. Die Europäische Union hat bereits Sanktionen gegen Syrien verhängt, aber Russland, ein enger Verbündeter Syriens, und China haben weitergehende internationale Maßnahmen unter Beteiligung der Vereinten Nationen bisher verhindert.

Einige der syrischen Demonstranten haben sich wegen des rücksichtslosen Vorgehens des Regimes selbst bewaffnet, um sich verteidigen zu können. In der letzten Woche haben bewaffnete Rebellen der Freien Syrischen Armee, die sich im Juli aus Deserteuren der syrischen Streitkräfte gebildet hat, Angriffe auf Einrichtungen des Regimes – zum Beispiel auf das Hauptquartier des Geheimdienstes der Luftwaffe – durchgeführt, bei denen es auch Tote gab. Diese Gegenangriffe waren die bisher heftigsten und haben die Befürchtung wachsen lassen, dass Syrien in einen bewaffneten Aufstand schlittern wird (Weitere Informationen zu den ausländischen Unterstützen und den Aktivitäten der "Freien Syrischen Armee" sind aufzurufen unter http://wwww.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP 11/LP19711 021111.pdf).

(Wir haben den Artikel, der darauf hindeutet, dass die NATO nach ihrer völkerrechtswidrigen Intervention in Libyen demnächst auch über Syrien herfallen wird, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen) <u>Quelle/Übersetzung:</u> Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein LP 222/11 – 28.11.11, Von Kim Sengupta und Catrina Stewart, THE INDEPENDENT, 19.11.2011,

(http://www.independent.co.uk/news/world/politics/britain-in-secret-talks-with-syrian-re-bels-6264592.html), www.luftpost-kl.de, VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern

Joachim Guillard: Umsturzexport: Das neue libysche Regime schickt Kämpfer nach Syrien - updated

Wie Russia Today, gestützt auf Meldungen ägyptischer und britischer Medien berichtet, hat das neue, von der NATO installierte libysche Regime 600 Kämpfer nach Syrien entsandt, um dort bewaffnet kämpfende Aufständische zu unterstützen (Bomb voyage: 600 Libyans 'already fighting in Syria', RT, November 29, 2011) Der so genannte "Übergangsrat" sammelt offenbar noch weitere kampferprobte Freiwillige, die ihren syrischen Pendants in der "Freien syrischen Armee" dabei helfen sollen, die Assad-Regierung nach libyschen Vorbild zu stürzen.

Die libyschen Kämpfer wurden den ägyptischen Quellen zufolge über die Türkei in Syrien eingeschleust. Ziel ist offensichtlich, die Unruhen in einen bewaffneten Aufstand zu überführen und so wie in Libyen einen Vorwand für eine NATO-Intervention gegen die sich verteidigenden Regierungstruppen zu schaffen. Der Bericht wird erhärtet durch ein Bericht des britischen Daily Telegraph, wonach sich Abdulhakim Belhadj, Chef des "Tripoliser Militärrates" und formal der Oberkommandeur der Rebellenmilizen in der Hauptstadt sich letzte Woche in der Türkei, nahe der syrischen Grenze, mit Führern der "Freien syrischen Armee" traf (Leading Libyan Islamist met Free Syrian Army opposition group, The Daily Telegraph, 27.11.2011).

Der bekannteste Anführer islamistischer Milizen, zuvor Chef der "Libyschen islamischen Kampfgruppe", war seinem Sprecher zufolge auf Anweisung des Chef des Übergangsrates, Mustafa Abdul Jalil hingereist. Die an sich geheime Mission flog unmittelbar auf, weil Belhadj auf dem Tripoliser Flughafen von den rivalisierenden Milizen, die den Flughafen kontrollieren, wegen falscher Papiere festgenommen wurde. Gegenstand der Gespräche sei u.a., so der Telegraph, die Entsendung libyscher Kämpfer gewesen sein. "Die Kommandeure bewaffneter Banden, die immer noch durch die Straßen von Tripolis streifen, sagten gestern, dass 'hunderte' Kämpfer Krieg gegen das Assad-Regime führen wollen."

Vertreter der "Freien syrischen Armee" dementierten zwar die Berichte über das Eindringen libyscher Kämpfer, am Samstag wurden jedoch vier Libyer beim illegalen Grenzübertritt festgenommen.

Quelle: Blog von Joachim Guilliard,

http://jghd.twoday.net/stories/umsturzexport-das-neue-libysche-regime-schickt-kaempfer-nach-syrien/

Friedenspolitische Mitteilungen: Die Türkei ist bereit, in Syrien einzufallen

Die Türkei ist bereit, im Auftrag der USA und der NATO in Syrien einzumarschieren, behauptet der ehemalige indische Diplomat M. K. Bhadrakumar

Die Türkei und ihre westlichen Verbündeten setzen libysche Kämpfer, die sie ausgebildet und bewaffnet haben, um Muammar Gaddafi beseitigen zu lassen, jetzt auch in Syrien ein. Etwa 600 libysche "Freiwillige" sind bereits in Syrien eingetroffen. Die (britische) Zeitung The Daily Telegraph berichtete über geheime Treffen, die am Freitag zwischen Offiziellen der Türkei, Vertretern der syrischen Opposition und libyschen Kämpfern in Istanbul stattgefunden haben [Der Telegraph-Artikel ist aufzurufen unter http://wwww.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/sria/8917265/Libyas-new-rulers-offer-wea- pons-to-Syrian-rebels.html]. Schon seit Monaten werden über die Türkei und Jordanien große Mengen Waffen nach Syrien geschafft, damit dort ein Bürgerkrieg angezettelt wer - den kann, jetzt wurden aber erstmals auch "Freiwillige" eingeschleust.

Diese Maßnahme wurde notwendig, weil es nicht gelungen ist, eine größere Anzahl Soldaten der syrischen Streitkräfte zum Überlaufen zu bewegen – desertiert sind nur ganz wenige. Die Türkei und die Westmächte versuchen verzweifelt den Mythos eines von starken Kräften getragenen "syrischen Aufstandes" zu schaffen, damit ihre eklatante Einmischung nicht zu deutlich wird.

Moskau hat heute mit der Ankündigung reagiert, dem syrischen Regime Waffen liefern zu wollen, damit es sich verteidigen könne [Der RIA Nowosti-Artikel ist aufzurufen unter http://en.rian.ru/russia/20111129/169138657.html] (Der russische) Außenminister Lawrow war kurz davor, jedes Waffenembargo gegen die syrische Regierung als "unfair" anzuprangern. Moskau hat bestätigt, dass eine russische Flugzeugträger-Kampf-gruppe zum syrischen Flottenstützpunkt Tartus im östlichen Mittelmeer in der Nähe der türkischen Grenze mit Syrien unterwegs ist. Lawrow kritisierte die Einmischung des Auslandes in Syrien, ohne die Türkei, Jordanien oder andere Staaten zu nennen.

Alles deutet auf den Ausbruch eines Flächenbrandes hin. Ein weiteres sicheres Anzeichen dafür ist auch die für das Wochenende angekündigte Reise des US-Vizepräsidenten Joseph Biden nach Ankara [s. http://uk.reuters.com/article/2011/11/29/uk-usa-biden-idUKTRE7ASOCD20111129]. Er dürfte der Türkei signalisieren, dass sie in Syrien intervenieren kann – ohne Angst vor einem Einspruch (der USA) haben zu müssen. Der jordanische König Abdullah reiste wieder einmal nach Israel. Er stellt die Verbindung Saudi-Arabiens zu Israel her und ist ein wichtiger Verbündeter der westlichen Geheimdienste in dieser Region.

Die Türkei ist dabei, ihre Zurückhaltung aufzugeben und in dem Syrien-Konflikt offen Partei (für die Aufrührer) zu ergreifen. Der türkische Außenminister Ahmet Davitoglu ließ heute zum ersten Mal durchblicken, dass die Türkei zu einer Invasion Syriens bereit ist, falls sie von ihren westlichen Verbündeten grünes Licht dafür erhält [s. http://archive.hurriyetdailynews.com/n.php?n=turkey-ready-for-scenario-in-syriaturkish-foreign-minister-2011-11-29]. Er sagte das, bevor er zu einem Treffen von EU-Außenministern mit Vertretern der Arabischen Liga – aus Saudi-Arabien und Katar – abreiste.

Der 29. November, der Tag, an dem Davutoglu das sagte, wird als denkwürdiges Datum in der Geschichte der von Kemal Atatürk gegründeten türkischen Republik in Erinnerung bleiben. Die von Atatürk gezogene "rote Linie" bedeutete, dass sich die Türkei niemals wieder in die Angelegenheiten muslimischer Länder im Mittleren Osten einmischen und stattdessen auf ihre eigene "Modernisierung" konzentrieren sollte. Offensichtlich hält die heute (in Ankara) an der Macht befindliche, dem Islam verpflichtete Regierung die Türkei bereits für "modern genug" und glaubt jetzt, das (nach dem Ersten Weltkrieg untergegangene) Osmanische Reich wiederbeleben zu können. Wenn eine türkische Armee in ein arabisches Land einfiele, wäre das ein historischer Wendepunkt – fast ein Jahrhundert, nachdem die Türken durch die "ara-Revolte" vertrieben wurden (s. http://de.wikipedia.org/wiki/ sche_Revolte). Diese Entwicklung entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Die Arabische Revolte gegen die Türken wurde damals von Großbritannien inszeniert. Und obwohl Großbritannien heute eine viel schwächere Macht ist, spielt es wieder eine Schlüsselrolle - nur dass es dieses Mal die Türken dazu ermuntert, wieder mehr Einfluss auf die arabische Welt auszuüben. Vor hundert Jahren hetzten die Briten die Araber erfolgreich gegen die Türken auf. Heute verbünden sich die Türken mit einigen Arabern, die Händel mit anderen Arabern haben.

Botschafter M. K. Bhadrakumar war Karriere-Diplomat im Diplomatischen Dienst Indiens. Er vertrat sein Land in der Sowjetunion, in Südkorea, in Sri Lanka, in Deutschland, in Afghanistan, in Pakistan, in Usbekistan, in Kuwait und in der Türkei. (Wir haben den besorgniserregenden Artikel des erfahrenen indischen Diplomaten,

der sicher noch Kontakte in den Staaten hat, in denen er früher sein Land vertrat, komplett übersetzt und mit Ergänzungen Links in runden Klammern und Hervorhebungen versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt.

<u>Quelle/Übersetzung:</u> Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein LP 227/11 – 04.12.11, von M. K. Bhadrakumar, 01.12.11, (http://www.informationclearinghouse.info/article29859.htm), www.luftpost-kl.de, VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern

Webster Tarpley: Syrien im westlichen Fadenkreuz

Interview von Russia Today mit dem us-amerikanischen Journalisten und Aktivisten Webster Tarpley, der sich schon seit Jahren einen internationalen Namen im Zusammenhang mit Enthüllungen zu den tatsächlichen Hintergründen der Anschläge in den USA am 11. September 2001 macht

Russia Today: Was ist Ihre Haltung dazu? Stimmen Sie damit überein, dass diese Aufrufe des Westens nicht dazu beitragen, die Situation zu stabilisieren?

Webster Tarpley: Das tun sie sicherlich nicht. Ganz bestimmt befindet sich Mr. Lawrow diesbezüglich auf sehr gut begründetem Terrain. Ich habe gerade eine einwöchige Reise beendet, um mehr über die Fakten in Syrien herauszufinden. Ich war in Homs, Tartus, Banjas, ich war im Militärkrankenhaus hier in Damaskus. Und ich kann wiedergeben, was die durchschnittlichen Syrer aller ethnischen Gruppen hier in Syrien, Christen, Alleviten, Sunniten, Schiiten, Drusen, was diese darüber sagen. Sie sagen, dass auf sie geschossen wird von Heckenschützen, besonders in Homs. Die Menschen klagen, dass es terroristische Heckenschützen gibt, die auf Zivilisten schießen, Männer, Frauen und Kinder. Blinder Terrorismus, wahllose Tötungen, einfach mit dem Zweck einer Destabilisierung des Landes. Ich würde dieses niemals einen Bürgerkrieg nennen, das wäre ein Ausdruck, der sehr, sehr in die Irre führt. Warum? Womit wir es hier zu tun haben, sind Todesschwadronen, es handelt sich hier um Terrorkommandos, eine Sache, an die sich jeder erinnert aus Argentinien und Zentralamerika, das ist eine typische CIA-Methode. In diesem Falle ist es eine gemeinschaftliche Arbeit der CIA, MI6, Mossad und dem DGSE der Franzosen, Geld dafür kommt aus Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar. Und es gibt eine Reihe von interessanten Strippenziehern: Der, auf den wir vielleicht am allermeisten deuten müssen, ist ein Bursche, genannt Khaddam. Khaddam war Außenminister seines Landes für einige Jahrzehnte, er ist fast 80 Jahre alt und operiert von Paris aus.

Ich habe von sehr wichtigen religiösen Instanzen hier gehört, dass es hier eine wachsende Bewegung innerhalb der islamischen Bevölkerungsgruppe gibt, die sagt: "Wir wollen Versöhnung, wir wollen Recht und Ordnung, wir wollen gesetzliche Verhält-

nisse, wir wollen hier keine Fanatiker, die die Führung übernehmen." Diese Fanatiker werden von den westlichen Mächten hereingebracht in das Land.

Und eine sehr wichtige Sache ist diese: dies ist die toleranteste Gesellschaft im Mittleren Osten. Dies ist ein Ort, an dem alle möglichen Gruppierungen von Menschen zusammen leben in einer – wie ich meine – bemerkenswerten Harmonie. Und dabei handelt es sich um ein sehr breites Spektrum: Muslime der verschiedensten Arten, Christen der verschiedensten Arten, griechisch-orthodoxe Christen, griechischkatholische Christen, und so weiter, Drusen, Kurden, und so weiter. Dies hier in Syrien ist ein Modell der friedlichen Koexistenz der verschiedenen ethnischen Gruppen.

Und die US-Politik ist im Moment dabei – denke ich – den Mittleren Osten entlang der verschiedenen ethnischen Linien zu zerschmettern und zu zerteilen. In anderen Worten: Man strebt von dort aus eine Teile-und-herrsche-Politik an, die sagt, die Christen werden aus dem Libanon herausgeworfen, und die Christen werden aus Syrien rausgeworfen, so wie sie aus dem Irak rausgeworfen wurden – ironischerweise gingen von diesen viele gerade nach Syrien. Schließlich gibt es eine Situation, in der alle diese Länder tödlich geschwächt sind. Die Art und Weise, wie dies herbeigeführt werden soll, ist diese: Sehen wir uns Syrien an. Die Hauptzentren der Unruhen liegen an der türkischen Grenze sowie an der Grenze Syriens zu Jordanien, dem irakischen Kurdistan und dem Libanon. Und der Libanon, "dank" Saad Hariri, könnte der Hauptpunkt dieser Unruhen sein.

Russia Today: warum nimmt der Westen so eine einseitige Haltung ein, wenn es um Syrien geht?

Webster Tarpley: Nun, dabei handelt es sich um die Praktiken der Demagogie und deren Modulation von der einen Minute zur nächsten. Was wir hier in Syrien haben, ist eine zynische Kampagne der Medien. Ich bin in Homs gewesen, und wenn man nach Homs kommt, und man geht in die Nachbarschaft von Sara, von der gesagt wird, dass es sich dabei um die brenzligste Gegend im ganzen Land handelt, dann findet man Menschen, die für Assad sind. Und wenn man sie fragt, was sind eure Forderungen, dann sagen sie: "Wir wollen, dass die syrische Armee hierhin kommt! Wir möchten, dass die syrische Armee hier Posten bezieht auf den Dächern der Häuser, dazu Hubschrauber und Panzer. Haltet diese Heckenschützen davon ab, uns zu töten. Haltet diese schwarz gekleideten Todesschwadron davon ab, ihr Handwerk zu tun."

Bei letzteren dürfte es sich um Deserteure handeln, vielleicht aus Tschetschenien, sie kommen aus Libyen, aus Afghanistan, Pakistan. Ausländische Kämpfer sind vom CIA hier hereingebracht worden sind – und von den anderen westlichen Geheimdiensten! Das ist es, was hier los ist – das ist ein sehr sehr großer Teil davon. In Homs zum Beispiel, in dem einen Krankenhaus sagten Sie uns, dass es fünf Tote und sieben

Verwundete an einem Tag gegeben hat. Und wodurch? Alles durch Heckenschützen. Nur von diesen Terroristen, die auf die Bevölkerung schießen. Na klar, bei Al Jazeera heißt es dann: diese Toten gehen auf das Konto der syrischen Armee. Das ist völliger Quatsch! Das ist eine große Lügenkampagne nach Goebbelscher Art. Es gibt keinen Bürgerkrieg hier. Es gibt keinen Aufstand der Bevölkerung. Es gibt keine politische Massenbewegung gegen Assad. Eine solche gibt es nur als sehr begrenztes, kleineres und örtlich deutlich begrenztes Phänomen. Dies hier sieht nicht im geringsten nach Libyen aus. Ich weiß wie ein Bürgerkrieg in einem modernen arabischen Land aussieht. Ich war in Libyen im Sommer. Es gibt keinen Bürgerkrieg hier.

Quelle: Magazin GEHEIM (Postfach 270324, 50509 Köln, Tel.: 0221/2839996/5; Fax: 0221/2839997; Mail: redaktion-geheim@geheim-magazin.de: URL: www.geheim-magazin.de), Nr. 4/2011

Michel Chossudovsky: Ein "humanitärer" Krieg gegen Syrien?

Militärische Eskalation in Richtung einer neuen direkten Aggression im Nahen Osten

"Als ich im November 2001 durch den Pentagon ging, hatte einer der Senior Military Staff Officers Zeit für einen Schwatz. Ja, sie seien immer noch auf dem Weg, gegen den Irak vorzugehen, sagte er. Aber da gab es noch mehr. Dies werde diskutiert als Teil eines Planes für eine Fünf-Jahres-Kampagne, sagte er, und davon seien total sieben Länder betroffen, beginnend mit dem Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia und Sudan." General Wesley Clark

Die Entsendung von Todesschwadronen im Irak und in Syrien

Ein ausgedehnter Krieg im Nahen Osten und in Zentralasien ist seit Mitte der 1990er-Jahre auf dem Zeichenbrett des Pentagons gestanden.

Als Teil dieses Szenarios eines ausgedehnten Krieges unternimmt die USA-NATO-Allianz eine militärische Kampagne gegen Syrien, und zwar unter einem durch die UNO geförderten "humanitären Mandat". Die Eskalation ist dabei ein wesentlicher Teil der militärischen Agenda. Destabilisierung von souveränen Staaten durch "Regimewechsel" ist eng mit der militärischen Planung verbunden. Da gibt es einen militärischen Fahrplan, der durch eine Abfolge von US-NATO-Kriegstheatern gekennzeichnet ist.

Die Kriegsvorbereitungen, um Syrien und Iran anzugreifen, haben sich während mehreren Jahren in einem "fortgeschrittenen Stadium der Bereitschaft" befunden. Die

Verordnung von 2003, Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act (Übernahme der Verantwortung in Syrien und Wiederherstellung der Souveränität im Libanon), klassifiziert Syrien unter dem Titel "Schurkenstaat" als ein Land ein, das den Terrorismus unterstützt.

Ein Krieg gegen Syrien wird vom Pentagon als Teil eines ausgedehnteren, gegen den Iran gerichteten Krieges gesehen. Präsident George W. Bush bestätigt in seinen Memoiren, dass er "dem Pentagon befohlen hatte, eine Attacke auf Irans nukleare Einrichtungen zu planen, und dass er eine heimliche Attacke auf Syrien in Betracht gezogen hatte". (George Bush's Memoiren enthüllen, wie er über Angriffe auf Iran und Syrien nachgedacht hatte, "The Guardian", 8. November 2010)

Diese weitere militärische Agenda ist eng verknüpft mit den strategischen Ölreserven und dem Verlauf der Pipeline-Verbindungen. Sie wird von den anglo-amerikanischen Ölgiganten unterstützt.

Die Bombardierungen des Libanons vom Juli 2006 waren Teil eines sorgfältig geplanten "militärischen Fahrplans". Die Ausweitung des "Julikriegs" gegen den Libanon auf Syrien war von den amerikanischen und israelischen Militärplanern in Erwägung gezogen worden. Nach der Niederlage, die den israelischen Bodentruppen durch die Hisbollah beigefügt worden war, nahmen sie davon Abstand.

Der Julikrieg Israels gegen den Libanon von 2006 war auch dazu gedacht gewesen, Israel die Kontrolle über die nordöstliche mediterrane Küstenlinie zu geben, worin die Offshore-Öl- und -Gasreserven in den Territorialgewässern Libanons und Palästinas inbegriffen gewesen wären. Die Pläne zur Invasion des Libanons und von Syrien sind trotz der israelischen Schlappe im Julikrieg von 2003 auf den Zeichenbrettern des Pentagons geblieben: "Im November 2008, kaum einen Monat, bevor Tel Aviv sein Massaker im Gaza-Streifen begann, hielt das israelische Militär Drills ab für einen Zweifrontenkrieg gegen den Libanon und Syrien, genannt Shiluv Zro'ot III. Die militärische Übung beinhaltete eine großangelegte Invasion Syriens und des Libanon" (siehe bei Mahdi Darius Nazemoraya "Israel's Next War: Today the Gaza Strip, Tomorrow Lebanon?" [Israels nächster Krieg: Heute der Gaza-Streifen, Morgen der Libanon?], Global Research, 17. Januar 2009).

Die Straße nach Teheran führt über Damaskus. Ein durch die USA/NATO organisierter Krieg gegen den Iran würde als einen ersten Schritt eine Destabilisierungskampagne gegen die syrische Regierung beinhalten, einschließlich verborgener Geheimdienstoperationen zur Unterstützung von gegen die Regierung gerichteten Rebellentruppen, mit dem Ziel des "Regimewechsels".

Ein gegen Syrien gerichteter "humanitärer Krieg" unter dem Markenzeichen der "Verantwortung, zu beschützen" würde auch zu einer anhaltenden Destabilisierung

des Libanon beitragen. Würde eine militärische Kampagne gegen Syrien geführt, so wäre Israel direkt oder indirekt an militärischen und Geheimdienstoperationen beteiligt.

Ein Krieg gegen Syrien würde zu einer militärischen Eskalation führen

Derzeit gibt es vier verschiedene "Kriegstheater": Afghanistan-Pakistan, Irak, Palästina und Libyen. Eine Attacke auf Syrien würde zu einer Vereinigung dieser getrennten "Kriegstheater" führen und letztendlich zu einem ausgedehnteren Krieg vom Nahen Osten bis Zentralasien – die gesamte Region von Nordafrika über das Mittelmeer bis nach Afghanistan und Pakistan umfassend.

Die anhaltende Protestbewegung ist dazu gedacht, als Vorwand und Rechtfertigung für eine militärische Intervention gegen Syrien zu dienen. Die Existenz eines bewaffneten Aufstandes wird abgestritten. Die westlichen Medien haben die kürzlichen Ereignisse in Syrien im Chor als eine "friedliche Protestbewegung" beschrieben, die gegen die Regierung von Bashar Al-Assad gerichtet sei, wenn es doch als erwiesen gilt, dass es sich um einen bewaffneten Aufruhr handelt, an dem islamistische paramilitärische Gruppen beteiligt sind.

Seit dem Beginn der Protestbewegung Mitte März hat es Feuerwechsel zwischen der Polizei und Armeeangehörigen auf der einen Seite und bewaffneten Männern auf der anderen Seite gegeben. Gegen Regierungsgebäude gerichtete Akte der Brandstiftung sind ebenfalls begangen worden. Ende Juli sind in Hama in öffentlichen Gebäuden wie dem Gerichtsgebäude und der Landwirtschaftsbank Brände gelegt worden. Obwohl sie die Tatsache eines bewaffneten Konflikts von der Hand wiesen, bestätigten israelische Nachrichtenquellen immerhin, dass "es Protestierende gab, die mit schweren Maschinengewehren bewaffnet waren". (DEBKAfile, 1. August 2011, Bericht über Hama)

"Alle Optionen auf dem Tisch"

Im Juni spielte US-Senator Lindsey Graham (der im Militärdienstausschuss des Senats arbeitet) auf die Möglichkeit einer gegen Syrien gerichtete "humanitäre" militärische Intervention mit der Absicht an, "das Leben von Zivilisten zu retten". Graham schlug vor, dass die auf Libyen angewandte "Option" unter der Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates im Falle von Syrien ins Auge gefasst werden sollte:

"Wenn es einen Sinn machte, das libysche Volk vor Ghadaffi zu schützen, und dies tat es, denn sie wären getötet worden, wenn wir nicht die NATO hin gesandt hätten, als er im Außenbereich von Benghazi war, (stellt) sich nun für die Welt die Frage, ob wir diesen Punkt in Syrien erreicht haben (...)

Wir mögen noch nicht dahin gelangt sein, aber wir sind bald sehr nahe daran; wenn es Ihnen also wirklich daran gelegen ist, das syrische Volk vor einem Massaker zu schützen, dann ist es jetzt Zeit, Assad wissen zu lassen, dass alle Optionen auf dem Tisch sind", (CBS, "Face The Nation", 12. Juni 2011).

Indem es der Annahme des Statements des UNO-Sicherheitsrates betreffend Syrien folgte, rief das Weiße Haus in unmissverständlicher Weise zu einem "Regimewechsel" in Syrien und zur Amtsenthebung von Präsident Bashar Al-Assad auf:

- + "Im Interesse von Syriens Stabilität wollen wir ihn nicht im Amt bleiben sehen, wir betrachten ihn vielmehr als die Ursache der Instabilität in Syrien", sagte der Sprecher des Weissen Hauses Jay Carney zu Reportern am Mittwoch.
- + "Und wir denken offen gesagt, dass es vorsichtig ist, zu sagen, dass Syrien ohne Präsident Assad ein besserer Ort sein würde", (zitiert in Syrien: Aufruf der USA für einen Regimewechsel kommt näher, IPS, 4. August 2011.)

Weitreichende wirtschaftliche Sanktionen sind oft der Auftakt zu einer offenen militärischen Intervention. Ein von Senator Lieberman gefördertes Gesetz wurde in den US-Senat eingebracht, in der Absicht auf die Genehmigung umfassender wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber Syrien. In einem Brief an Präsident Obama von Anfang August forderte zudem eine Gruppe von mehr als 60 US-Senatoren die "Umsetzung von zusätzlichen Sanktionen (…) während man es auch dem syrischen Regime klarmachen muss, dass es immer mehr bezahlen müsse für seine empörende Repression."

Diese Sanktionen würden das Blockieren von Bank- und Finanztransaktionen verlangen wie auch ein "Aufkündigen des Bezugs von syrischem Öl und das Einstellen von Investitionen im syrischen Öl- und Gassektor." (Pressure on Obama to get tougher on Syria coming from all sides - Foreign Policy, 3. August 2011)

In der Zwischenzeit hat sich das US-Außenministerium auch mit Mitgliedern der syrischen Opposition im Exil getroffen. Insgeheim wurde zudem Unterstützung an bewaffnete Rebellengruppen geleitet.

Gefährlicher Scheideweg: Krieg gegen Syrien – Brückenkopf für einen Angriff auf den Iran

Im Anschluss an das am 3. August vom Vorsitzenden des UNO-Sicherheitsrates an Syrien gerichtete Statement warnte Moskaus NATO-Gesandter Dimitry Rogozin vor den Gefahren einer militärischen Eskalation:

+ "Die NATO plant eine militärische Aktion gegen Syrien, um dabei zu helfen, das Regierung von Präsident Bashar Al-Assad zu stürzen, und zwar mit dem langfristigen Ziel, einen Brückenkopf für eine Attacke auf den Iran vorzubereiten" (...)

- + "(Dieses Statement) bedeutet, dass die Planung (eines Feldzugs) bereits in vollem Gange ist. Es könnte ein logisches Ergebnis jener Militär- und Propagandaoperationen sein, die gewisse westeuropäische Länder gegen Nordafrika betrieben haben", sagte Rogozin in einem Interview mit der Zeitung "Isvestia". Der russische Diplomat unterstrich die Tatsache, dass die Allianz sich nur bei jenen Regierungen einzumischen beliebt, "deren Gesichtspunkte nicht mit jenen des Westens übereinstimmen".
- + Rogozin stimmte mit der von einigen Experten ausgedrückten Meinung überein, dass Syrien und dann später Jemen die letzten Schritte der NATO auf ihrem Weg sein könnten, eine Attacke auf den Iran zu starten.
- + "Die Schlinge um den Iran zieht sich zusammen. Die militärische Planung gegen den Iran ist im Gang. Und wir sind allerdings besorgt über eine Eskalation eines großangelegten Krieges in dieser riesigen Region", sagte Rogozin.
- + Da es aus der libyschen Lektion gelernt habe, werde Russland "sich weiterhin einer gewaltsamen Lösung der Situation in Syrien widersetzen", sagte er und fügte hinzu, dass die "Konsequenzen eines großflächigen Konflikts in Nordafrika für die ganze Welt zerstörerisch sein würden". (Siehe: "Beachhead for an Attack on Iran: NATO is planning a Military Campaign against Syria" [Brückenkopf für einen Angriff auf den Ian: Die NATO plant einen Feldzug gegen Syrien] , Novosti, 3. August 2011.)

Militärischer Entwurf für einen Angriff auf Syrien

Dimitry Rogozins Warnungen gründen sich auf in militärischen Kreisen bekannten und dokumentierten konkreten Informationen, dass die NATO gegenwärtig eine militärische Kampagne gegen Syrien plant. So ist diesbezüglich ein Szenario eines Angriffs auf Syrien auf dem Zeichenbrett, welches französische, britische und israelische Militärexperten einbezieht. Gemäß dem früheren Kommandeur der französischen Luftwaffe (Chef d'Etat Major de l'Armée de l'air), General Jean Rannou, "ist ein NATO-Angriff, um Syriens Armee außer Gefecht zu setzen, technisch machbar":

- + "Mitgliederländer der NATO würden mit dem Anwenden von Satellitentechnologie beginnen, um Syriens Luftabwehr ausfindig zu machen. Einige Tage später würden Kriegsflugzeuge von der englischen Basis in Zypern starten, aber in grösserer Anzahl als im Falle von Libyen, und etwa 48 Stunden damit verbringen, Syriens Boden-Luftraketen (SAMs) und Jets zu zerstören. Dann würden Flugzeuge der Allianz eine unbefristete Bombardierung von Syriens Tanks und Bodentruppen beginnen."
- + Das Szenario stützt sich auf Analysten des französischen Militärs, von der britischen Fachpublikation "Jane's Defence Weekly" und von der israelischen TV-Station Kanal 10.

- + Es wird gesagt, dass die syrische Luftwaffe eine kleine Bedrohung darstellt. Syrien hat etwa 60 russische MiG-29. Aber der Rest etwa 160 MiG-21, 80 MiG-23, 60 MiG-23BN, 50 Su-22 und 20 Su-24MK ist überaltert.
- + "Ich sehe keine rein militärische Probleme. Syrien hat keine Verteidigung gegen westliche Systeme (...). (Aber) es wäre riskanter als in Libyen. Es wäre eine schwierige militärische Operation", sagte Jean Rannou, der frühere Kommandant der französischen Luftwaffe zu "EUobserver". Er fügte hinzu, dass es ziemlich unwahrscheinlich sei, dass es zu einem Angriff komme, weil Russland von seinem Veto beim UNO-Mandat Gebrauch machen werde, die NATO-Truppen schon stark in Afghanistan und Libyen engagiert seien und die NATO-Länder in der Finanzkrise steckten. (Andrew Rettman: "Blueprint For NATO Attack On Syria Revealed (Entwurf für eine NATO-Attacke auf Syrien enthüllt], Global Research, 11. August 2011)

Der umfassendere militärische Fahrplan

Während Libyen, Syrien und Iran Teil des militärischen Fahrplans sind, würde dieser strategische Einsatz, wenn er denn durchgeführt würde, auch China und Russland bedrohen. Beide Länder haben Investitionen, Handelsabkommen wie auch Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit Syrien und Iran. Iran hat Beobachterstatus in der Shanghai Cooperation Organization (SCO).

Die Eskalation ist Teil der militärischen Agenda. Seit 2005 sind die USA und ihre Verbündeten, einschließlich Amerikas NATO-Partner und Israel, mit der umfassenden Stationierung und Vorratsaufstockung von hochentwickelten Waffensystemen beschäftigt. Die Luftabwehrsysteme der USA, der NATO-Mitgliederländer und Israel sind voll integriert.

Die Rolle von Israel und der Türkei

Ankara und Tel Aviv sind beide daran beteiligt, die bewaffneten Aufstände zu unterstützen. Diese Unternehmungen sind zwischen den beiden Regierungen und ihren Geheimdiensten koordiniert. Es gibt Berichte darüber, dass Israels MOSSAD den radikalen Salafi-Terroristengruppen im Geheimen Unterstützung gewährt hat, welche nach dem Beginn der Protestbewegung in Daraa Mitte März im Süden Syriens aktiv wurden. Es gibt Berichte, die andeuten, dass die Finanzierung des Salafi-Aufstandes von Saudi-Arabien komme. (Siehe: Syrian army closes in on Damascus suburbs [Syrische Armee umkesselt Vorstädte von Damaskus], "The Irish Times", 10. Mai 2011)

Die türkische Regierung von Premierminister Recep Tayyib Erdogan unterstützt nicht nur syrische Oppositionellen-Gruppen im Exil, sondern auch die bewaffneten Rebellen der Moslembruderschaft im Norden Syriens. Die syrische Moslembruderschaft (MB), (deren Führung im Exil in England ist) und die verbotene Hizb-ut-Tahrir (Befreiungspartei) sind beide hinter dem Aufstand. Beide Organisationen werden vom britischen MI6 unterstützt. Das erklärte Ziel beider, des MB und des Hizb-ut-Tahrir, ist es, letztendlich den säkularen Staat Syrien zu destabilisieren. (siehe: Michel Chossudovsky: SYRIA: Who is Behind The Protest Movement? Fabricating a Pretext for a US-NATO "Humanitarian Intervention [Wer ist hinter der Protestbewegung? Das Erschaffen eines Vorwandes für eine "humanitäre Intervention" der USA-NATO], Global Research, 3. Mai 2011)

Im Juni überquerten türkische Soldaten die Grenze zu Nordsyrien, offiziell, um syrischen Flüchtlingen zu Hilfe zu kommen. Die Regierung von Bashar Al-Assad beschuldigte die Türkei, das Eindringen von Rebellentruppen in Nordsyrien direkt zu unterstützen:

- + "Eine Rebelleneinheit von bis zu 500 Kämpfern attackierte am 4. Juni eine Position der syrischen Armee in Nordsyrien. Sie sagten, das Ziel war eine Besatzung des militärischen Geheimdienstes während eines 36 Stunden dauernden Angriffs, bei welchem 72 Soldaten getötet oder gefangen genommen wurden, und zwar in Jisr Al Shoughour, in der Nähe der Grenze zu der Türkei."
- + "Wir stellten fest, dass die Kriminellen [Rebellenkämpfer] aus der Türkei stammende Waffen benutzten und dies ist sehr besorgniserregend", sagte ein syrischer Offizieller.
- + Dies war das erste Mal, dass die Assad-Regierung die Türkei der Unterstützung der Rebellenrevolte beschuldigt hat. Beamte erklärten, die Rebellen hätten die Stellungen der syrischen Armee durchbrochen und dann den Ort eingenommen. Sie sagten, bevor eine weitere Assad-Truppe eingetroffen sei, seien die Regierungsgebäude geplündert und in Brand gesetzt worden.
- + Ein syrischer Offizier, der den Einsatz führte, sagte, die Rebellen in Jisr Al Shoughour hätten diverse türkische Waffen und Munition verwendet. Er beschuldigte aber nicht die Regierung von Ankara, dass diese die Ausrüstung geliefert habe. (Syria's Assad accuses Turkey of Arming rebels [Syrien: Assad beschuldigt die Türkei der Bewaffnung von Rebellen], TR Defence, 25. Juni 2011.)

Zwar wird es von den westlichen Medien bestritten, aber die Unterstützung aus dem Ausland für die islamistischen Aufständischen, welche die "Protestbewegung infiltriert haben", ist nichtsdestotrotz von westlichen Geheimdienstquellen bestätigt worden. So erklärt der frühere MI6-Mitarbeiter Alastair Crooke (und hochgestellter EU-Berater): "Zwei wichtige Kräfte [in Syrien] sind Sunni-Radikale und syrische Exilgruppen in Frankreich und in den USA." Er sagte zudem: "Die Radikalen folgen den Belehrungen von Abu Musab Zarqawi, einem ehemaligen jordanischen Islamisten, der ein Sunni-Emirat in Jordanien, Libanon, Palästina und Syrien zu schaffen anstreb-

te, das Bilad a-Sham heissen sollte. Sie sind erfahrene Stadtguerilleros, die im Irak kämpften und aus dem Ausland finanziert werden. Sie infiltrieren Proteste, um Assads Truppen anzugreifen, wie in Jisr al-Shougour im Juni, wo sie denen schwere Verluste beibrachten." (Andrew Rettman, Blueprint Fot NATO Attack ON Syria Revealed [Plan für eine NATO-Attacke gegen Syrien enthüllt], Global Research, 11. August 2011, Auszeichnungen beigefügt.)

Politische Parteiengruppen im Libanon sind ebenfalls daran beteiligt. Der libanesische Geheimdienst hat die geheime Lieferung von Sturmgewehren und automatischen Waffen an die Salafi-Kämpfer bestätigt. Die Lieferung wurde durch von den Saudis unterstützte libanesische Politiker durchgeführt.

Das israelisch-türkische Abkommen über militärische Zusammenarbeit

Israel und die Türkei haben ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit, welches auf eine sehr direkte Weise Syrien und die strategische libanesisch-syrische Küstenlinie am östlichen Mittelmeer betrifft (einschließlich der Gasreserven Libanons vor der Küste und der da verlaufenden Pipelines):

- + Schon während der Administration Clinton hat sich eine aus drei Parteien bestehende Militärallianz zwischen den USA, Israel und der Türkei ergeben. Diese wird durch die amerikanischen Vereinigten Stabschefs dominierte "Dreierallianz" koordiniert und fasst die militärischen Kommandoentscheidungen zwischen den drei Ländern zusammen, die den Nahen Osten im weiteren Sinne betreffen. Sie basiert auf engen militärischen Verbindungen Israels und respektive der Türkei mit den USA, zusammen mit einer starken bilateralen militärischen Beziehung zwischen Tel Aviv und Ankara.
- + Die Dreierallianz ist zudem seit 2005 mit einem militärischen Kooperationsabkommen zwischen NATO Und Israel verbunden, welches "viele Gebiete von gemeinsamem Interesse einschließt" wie den Kampf gegen den Terrorismus und gemeinsame militärische Übungen. Diese militärischen Beziehungen der Zusammenarbeit werden durch das israelische Militär als ein Mittel betrachtet, "Israels Abschreckungskapazität hinsichtlich potentieller, es bedrohender Feinde zu steigern, hauptsächlich Syrien und Iran". (Siehe Michel Chossudovsky, "Triple Alliance: The US, Turkey, Israel and the War on Lebanon", August 6, 2006 [Dreierallianz: Die USA, Türkei und Israel und der Krieg gegen den Libanon])

Inzwischen haben die Umstrukturierungen innerhalb von "denen da oben" der Türkei die proislamistische Gruppe innerhalb der Armee wieder gestärkt. Ende Juli hat der Oberkommandierende des Heers und Chef der Vereinigten Stabschefs, General Isik Kosaner sein Amt niedergelegt, zusammen mit den Kommandeuren der Marine und der Luftwaffe. General Kosaner vertritt eine mehr säkulare Einstellung innerhalb der

Armee. Als sein Nachfolger als Kommandeur des Heeres und als Armeechef wurde General Needet Ozel bestimmt. Diese Entwicklungen sind von größter Wichtigkeit. Der Tendenz nach unterstützen sie die amerikanischen Interessen. Sie weisen auch auf eine potentielle Verlagerung innerhalb des Militärs zugunsten der Moslembruderschaft hin, einschließlich des bewaffneten Aufstandes in Nordsyrien.

"Die neuen Ernennungen haben Erdogan und die regierende Partei in der Türkei gestärkt (...). Die militärische Führung ist fähig, ehrgeizigere Projekte in der Region durchzuführen. Es wird gesagt, dass im Falle der Anwendung des libyschen Szenarios auf Syrien es möglich sein wird, dass die Türkei sich für eine militärische Intervention entscheiden wird". (New appointments have strengthened Erdogan and the ruling party in Turkey [die neuen Ernennungen haben Erdogan und die Regierungspartei gestärkt]: Öffentliches Radio von Armenien, 6. August 2011)

Die erweiterte militärische NATO-Allianz

Ägypten, die Golfstaaten und Saudi-Arabien (innerhalb der erweiterten militärischen Allianz) sind Partner der NATO, deren Truppen in einem Feldzug gegen Syrien eingesetzt werden könnten. Im Anschluss an ein 2005 unterzeichnetes Abkommen ist Israel de facto Mitglied der NATO.

Der Prozess der militärischen Planung innerhalb der erweiterten NATO umfasst eine Koordination zwischen Pentagon, NATO und Israels Verteidigungsarmee (IDF) wie auch die aktive militärische Beteiligung der arabischen Frontstaaten, einschließlich Saudi-Arabiens, der Golfstaaten und Ägyptens: alles in allem zehn arabische Staaten plus Israel sind Mitglied des "Mittelmeer-Dialogs" und der "Istanbul Kooperationsinitiative".

Wir befinden uns an einem gefährlichen Scheideweg. Die geopolitischen Auswirkungen sind weitreichend. Syrien hat Grenzen mit Jordanien, Israel, Libanon, Türkei und Irak. Es dehnt sich über das Tal des Euphrats aus und auf seinem Territorium befinden sich die Kreuzungen von wichtigen Wasserwegen und Pipelines. Syrien ist ein Alliierter des Iran. Russland hat im Nordwesten von Syrien eine Marinebasis:

- + Die Unterhaltung einer Basis in Tartus und der rasche Fortschritt einer militärischen technologischen Zusammenarbeit mit Damaskus macht aus Syrien Russlands wertvollen Brückenkopf und Bollwerk im Nahen Osten.
- + Damaskus ist ein wichtiger Alliierter des Iran und ein unversöhnlicher Feind von Israel. Es braucht nicht speziell gesagt werden, dass die Existenz einer russischen Militärbasis in der Region mit Sicherheit Korrekturen innerhalb der derzeitigen Korrelation der Kräfte bewirken wird.

+ Russland nimmt Syrien unter seinen Schutz. Das wird mit Bestimmtheit die Beziehungen Russlands mit Israel versauern. Es mag sogar die nicht weit davon gelegene iranische Regierung ermutigen und sie weniger beeinflussbar machen hinsichtlich der Gespräche über das Nuklearprogramm. (Ivan Safronov, Russia to defend its principal Middle East ally: Moscow takes Syria under its protection [Russland muss seinen wichtigsten Alliierten in Nahen Osten verteidigen: Moskau nimmt Syrien unter seinen Schutz], Global Research, 28. Juli 2006)

Szenario eines Dritten Weltkriegs

Während der letzten fünf Jahre hat sich die Region des Nahen Ostens und von Zentralasien auf einem aktiven Marsch in den Krieg befunden.

Syrien verfügt über bedeutende Luftabwehrkapazitäten wie auch Bodentruppen. Syrien hat sein Luftabwehrsystem mit der Lieferung von russischen Pantsir S1 Luftabwehrraketen verstärkt. 2010 lieferte Russland ein Yakhont Raketensystem nach Syrien. Die von Russlands Marinebasis in Tartus aus operierenden Yakhont "sind für den Einsatz auf feindliche Schiffe im Umkreis bis zu 300 km konzipiert". (Bastion missile systems to protect Russian naval base in Syria [Bastion-Raketensystem um russische Marinebasis in Syrien zu schützen], Ria Novosti, 21. September 2010)

Die Struktur der jeweiligen militärischen Allianzen der USA-NATO einerseits und von Syrien-Iran-SCO (Shanghai Cooperation Organization) anderseits, geschweige denn die militärische Teilnahme von Israel, die komplexe Beziehung zwischen Syrien und Libanon, der von der Türkei auf Syriens Nordgrenze ausgeübte Druck, weisen unauslöschlich auf einen gefährlichen Prozess der Eskalation hin.

Jede Form einer von den USA-NATO organisierten und gegen Syrien gerichteten militärischen Intervention würde die gesamte Region destabilisieren; sie könnte zudem möglicherweise zu einer Eskalation über eine riesige geografische Zone führen, die sich vom östlichen Mittelmeer bis zur Grenze von Afghanistan-Pakistan mit Tadschikistan und China ausdehnt.

In der Kleinauflage, im Krieg gegen Libyen, wurden die USA-NATO bereits überstrapaziert, was ihre Kapazitäten betrifft. Während wir die Durchführung einer militärischen Operation seitens der USA-NATO nicht für die nächste Zeit voraussehen, so wird der Prozess der politischen Destabilisierung durch die geheime Unterstützung eines Rebellenaufstandes aller Wahrscheinlichkeit nach weitergehen.

Übersetzung Remo Santini, leicht von der GEHEIM-Redaktion korrigiert (Originalartikel auf Englisch: A "Humanitarian War" on Syria? Military Escalation. Towards a Broader Middle East-Central Asian War?). Quelle: GEHEIM, Nr. 2/2011

Voltaire Netzwerk: Der Vorsitz der arabischen Liga versucht den Bericht ihrer Experten zu verheimlichen

Seit dem Anfang der Syrien überschattenden Ereignisse gibt es zwei gegensätzliche Darstellungen: für den Westen und seine Golfalliierten unterdrückt das Regime im Blut eine populäre Revolution, während für Syrien und seine Verbündeten das Land von aus dem Ausland gekommenen bewaffneten Banden angegriffen wurde.

Um diese Geschehnisse klar zu stellen, hat die arabische Liga eine Untersuchungs-Mission geschaffen, deren Mitglieder aus Personalitäten bestehen, die von jedem Mitgliedsstaat ernannt wurden (mit Ausnahme des Libanon, der nicht daran teilnehmen wollte). Diese Verschiedenheit der Experten garantiert die Unmöglichkeit, die Resultate zu fälschen, ihre Zahl (mehr als 165) und die Dauer der Mission (ein Monat) erlaubt, ein viel breiteres Bild zu bekommen als alles, was zuvor bekannt war. Bis jetzt kann keine andere Institution behaupten, eine so weite und strenge Studie gemacht zu haben, und daher vorgeben, die Lage in Syrien besser zu kennen.

Das mit der arabischen Planüberwachung beauftragte Ministerkomitee der arabischen Liga, das aus fünf der 22 Mitgliedsstaaten besteht (Algerien, Ägypten, Oman, Qatar, Sudan), hat den Bericht der Mission mit 4 gegen 1 Stimme (Qatar) für gültig erklärt und hat beschlossen, die Mission der Beobachter einen Monat zu verlängern.

Das Problem besteht darin, dass der Bericht die Version der syrischen Regierung bestätigt und jene des Westens und der Golfmonarchien entkräftet. Im Besonderen bestätigt er, dass es keine tödliche Repression der pazifischen Demonstrationen gegeben hat und dass die mit Damaskus beschlossenen Abkommen ohne Probleme eingehalten wurden. Er bestätigt auch die kapitale Tatsache, dass das Land von bewaffneten Gruppen destabilisiert wird, welche für hunderte von Zivilistentode und einige tausende Soldatentode sowie für mehrere Hunderte von Terror- und Sabotageaktionen verantwortlich sind.

Dies ist der Grund, warum Qatar jetzt versucht, die Verbreitung des Berichtes mit allen Mitteln zu verhindern. Tatsächlich erweist sich dieser als eine wahre Bombe, die sich gegen ihn und sein Kommunikationssystem richtet.

Qatar nimmt derzeit den Vorsitzt der Liga ein; und zwar nicht, weil es an ihm war vorzusitzen, sondern weil er ihn der palästinensischen Autorität abgekauft hat.

Der Vorsitz der Liga hat daher beschlossen, den Bericht der Mission der Beobachter nicht zu veröffentlichen, ihn nicht zu übersetzen und ihn nicht einmal in seiner Originalversion auf seine Website zu setzen.

Das Risiko für das wahabitische Emirat Quatar ist enorm. Falls das westliche Publikum unglücklicherweise Zugang zum Bericht bekäme, würde es tatsächlich Qatar und seine Handlanger um Rechenschaft heranziehen.

Voltaire Netzwerk, 27.1.2012

Übersetzung: Horst Frohlich, Quelle: http://www.voltairenet.org/Der-Vorsitz-der-arabischen-Liga

Iran

Abou Hassan, Michael Opperskalski, Hamid Soltanpour: Wenn Schah-Anhänger grün tragen...

... und mit verzückten Augen die so genannte Oppositionsbewegung im Iran unterstützen, dann drängt sich zwingend die Frage nach dem tatsächlichen Charakter dieser Bewegung auf, die ja auch, für jeden täglich nachvollziehbar, von jenen herrschenden Medien unterstützt wird, die ansonsten jeder revolutionären Entwicklung oder Bewegung zumindest jegliche Legitimität absprechen oder sogar den Garaus machen möchten. Warum also unterstützen Gefolgsleute eines vor 30 Jahren durch eine mächtige Volksbewegung auf dem Müllhaufen der Geschichte geworfenen faschistischen (Schah-)Regimes die "grüne Welle" des vorgeblichen "Reformers" Mussawi im Iran?

Eine wirklich analytische Antwort auf diese Fragen kann nur sehr vielschichtig, unterschiedliche Hintergrundaspekte der gesellschaftspolitischen, strukturellen, kulturellen, historischen wie auch geostrategischen Dimensionen beleuchtend sein. Ein entscheidender Zugang ist sicherlich die von verschienen wie unterschiedlichen Beobachtern der so genannten Oppositionsbewegung bestätigte Tatsache, dass der Kern – in Qualität und Quantität – dieser Bewegung die oberen Mittelschichten, die Bourgeoisie wie auch die Komprador-Bourgeoisie sowie einige Intellektuelle – mit Schwerpunkt in der Hauptstadt Teheran - des Landes sind. Diese soziale Basis verbindet ganz offensichtlich ihre politischen wie vor allem auch ökonomischen Interessen durch die so genannte Oppositionsbewegung, die im Wesentlichen auf die Durchsetzung eines Turbo-Kapitalismus in Verbindung mit einer strategischen Öffnung zum Westen, insbesondere den USA und Europa, bei formaler Beibehaltung des Systems der Islamischen Republik fordert, vertreten sieht. Dabei ist es zur Zeit sicherlich nicht von entscheidender Bedeutung, dass eine nicht unbedeutende Zahl jener Ele-

mente mit ihren Überzeugungen und Forderungen noch weiter geht, das ganze System sprengen will; Konterrevolution pur...

Vielen dieser gesellschaftspolitischen Fragen können wir an dieser Stelle nicht näher nachgehen, weil wir uns auf einen wichtigen Hintergrund beschränken wollen: die Beeinflussung bzw. Steuerung der so genannten Oppositionsbewegung bzw. wichtiger Teile in ihr durch westliche Geheimdienste sowie deren strategische Hintermänner.

Derzeit scheint der mediale Hype um den Iran nachgelassen zu haben. Dies hat ganz augenscheinlich zwei Gründe. Zum einen haben die von der so genannten Opposition organisierten Straßendemonstrationen nachgelassen und die damit in Berlin, Washington, London oder Paris verbundenen Träume auf einen schnellen, grundlegenden, pro-westlichen Umschwung in Teheran sind vorerst zerstoben, zum anderen sind die Kriegswolken über dem Iran wieder einmal aufgezogen wurden; erneut von Israel. Am 5. Juli 2009 meldeten die Nachrichtenagenturen und zeitgleich Spiegel-Online, dass sich die Streitkräfte des zionistischen Staates auf eine militärische Aggression gegen die Islamische Republik Iran vorbereiteten. Diesmal wurde die israelisch/USamerikanische Komplizenschaft jedoch öffentlich-offenkundig. Das grüne Licht dafür ist in Washington bereits angegangen. In einem Interview mit dem nordamerikanischen Fernsehsender ABC erklärte US-Vizepräsident Biden, wenn Israel glaube, dass wegen des iranischen Atomprogramms ein Militärschlag nötig sei, könnten die USA "einem anderen souveränen Staat nicht sagen, was er zu tun hat. (...) Ob wir zustimmen oder nicht, sie sind berechtigt, dies zu tun". 11 Bereits jetzt wurden notwendige Überflugrechte über Saudi-Arabien, den Irak und/oder Jordanien mit aktiver Unterstützung durch die CIA vom MOSSAD-Chef Meir Dagan persönlich und prophylaktisch in der Frühphase der Vorbereitungen eingeholt. Damit ist das Feuer auf den Iran mit Obamas Unterstützung bereits prinzipiell eröffnet, obwohl diese offene Drohung in der derzeitigen Phase wohl vor allem noch dem Aufbau eines Drohpotenzials dient, um den Druck auf die Islamische Republik drastisch zu verschärfen und wohl auch, um der inneren Opposition im Iran für weitere Destabilisierungsaktionen wieder mehr Luft zu verschaffen. In diesem Zusammenhang ist auch eindeutig die nachfolge des Japaners Jukija Amano an die Spitze der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu werten, der als treuer Gefolgsmann des Westens gewertet wird und für den Kriegsfall eine "Berechtigung" in Form einer wie auch immer zurechtformulierten angeblichen unmittelbaren "Bedrohung" durch das iranische Nuklearprogramm hervorzaubern wird. Es ist also eine Verschärfung eingetreten, die sehr schnell eine im Wortsinn explosive eigendynamische Entwicklung lostreten kann, zumal das für eine mili-

¹¹ zit. Nach "Spiegel-Online", www.spiegel.de, 5. Juli 2009

tärische Aggression notwenige militärische Potenzial und die entsprechende Logistik in der Region wie auch international bereits unter US-Präsident Bush aus- und aufgebaut worden war...

Aus den Westen nichts Neues...

So ein Szenario wurde in jüngster Vergangenheit bereits mehrfach aus den Hüten der Kriegsstrategen gezaubert und die Welt stand unter George Bush mehr als einmal am Rand eines Krieges gegen den Iran. So zum Beispiel am 1. März 2005 hatte die französische Nachrichtenagentur AFP gemeldet, dass die israelische Luftwaffe ein Ausbildungsprogramm absolviere, in dessen Zentrum Bombenangriffe auf weit entfernte Ziele stünden. Nur wenige Tage später wurden entsprechende Berichte noch präziser: "Israel geheime Pläne für kombinierte Luft- und Bodenangriffe gegen Ziele im Iran entwickelt, falls die diplomatischen Bemühungen fehlschlagen, das iranische Nuklearprogramm zu stoppen. Das 'innere Kabinett' von Ariel Sharon, dem israelischen Premierminister, gab während eines Treffen auf seiner Farm in der Negev-Wüste im vergangenen Monat eine ,erste Autorisierung' für einen Angriff. (...) Die Pläne wurden mit amerikanischen offiziellen Stellen diskutiert, die provisorisch angedeutet hätten, dass sie Israel nicht im Wege stünden, falls alle internationalen Pläne, die iranischen Nuklearprojekte zu beenden, fehlschlagen würden."¹² Bereits Ende Januar 2005 hatte der israelische Verteidigungsminister Mofaz während eines England-Besuches betont, dass der Iran angeblich bei der Entwicklung seines Nuklearprogramms einen Punkt erreicht hätte, nach dem es kaum noch ein Zurück gäbe. Er warnte dann, dass Teheran ein eigenes Nuklearprogramm nicht erlaubt werden dürfe und dass sein Land Pläne in der Schublade hätte, diese militärisch zu zerstören. ¹³

Das Auftreten des israelischen Verteidigungsministers in London muss ganz offensichtlich im Zusammenhang mit den zu diesem Zeitpunkt erst wenige Tage alten Enthüllungen des renommierten nordamerikanischen Journalisten Seymour Hersh in der Zeitung "The New Yorker"¹⁴ "Vorige Woche veröffentliche Hersh im "New Yorker", einem ebenso renommierten wie vorsichtigen Blatt, einen Artikel über erste Vorbereitungen auf einen Schlag gegen Iran, der Schockwellen vor allem in Europa

¹² "The Times", London, 13. März 2005

¹³ Siehe dazu: AFP, 28. Januar 2005

¹⁴ Siehe dazu ausführlicher entsprechenden Kasten in diesem Heft sowie u.a.: AFP, 16. Januar 2005; "The New Yorker", 16. Januar 2005; "Neue Züricher Zeitung", 18. Januar 2005; "Junge welt", 18. Januar 2005; "The Australian", 18. Januar 2005; "Al Jazeera", 18. Januar 2005; "Süddeutsche Zeitung", 18. Januar 2005

auslöste. Danach versuchte das Pentagon seit Sommer 2004 mit Hilfe geheimer militärischer Kommandos im Inneren des Landes nukleare wie chemische Arsenale aufzuspüren und auch Raketenfabriken ausfindig zu machen. Der Zweck liegt nahe: Vorbereitung für einen militärischen Angriff, um die Massenvernichtungswaffen zu zerstören. Die Islamische Republik Iran zählt ja bekanntlich seit 2001 für George W. Bush zur "Achse des Bösen" und das eigentliche Ziel des geplanten militärischen Angriffs auf den Iran ist ein Regimewechsel im Sinne der US-Strategen. Dies hat bereits der "Fürst der Finsternis", Richard Perle, ganz offen formuliert: "Wie dem auch sei, das Problem im Iran ist wesentlich größer als das der Waffen. Das Problem ist das terroristische Regime, das nach diesen Waffen trachtet. Dieses Regime muss weg!" 15 Richard Perle war ja bereits schon der Architekt des nordamerikanischen Feldzugs gegen den Irak gewesen, bei dem es vorgeblich um die Vernichtung von nur in der US-Propaganda existierenden - Massenvernichtungswaffen, tatsächlich jedoch um einen Regimewechsel in Bagdad gegangen war, der zum Ziel hatte, die geostrategische Dominanz der USA – auch gegen ihren europäischen und asiatischen Konkurrenten - in der rohstoffreichen Region des Nahen und Mittleren Ostens abzusichern und auszubauen. Perle gehört zur Riege der so genannten Neokonservativen in Washington, deren Kreise fast deckungsgleich mit der pro-israelischen zionistischen Lobby in der USA sind. 16

Alles erinnert an den Vorlauf des Aggressionskrieges gegen den Irak

Auch die schrittweise militärische Eskalation zwischen beiden Ländern ließen die Monate vor dem US-Angriff auf den Irak wieder aktuell erscheinen: "Systematisch dringen Kampfjets der US-Luftwaffe in iranischen Hoheitsgebiet ein. Auf diese Weise sollen die Iraner dazu bewegt werden, ihr Luftabwehrradar sowie die Zielerfassungssysteme zu aktivieren. Das berichtet am Mittwoch der auf Geheimdienste spezialisierte Korrespondent der US-Nachrichtenagentur UPI, Richard Sale. (...) "Wir müssen wissen, welche Ziele wir anzugreifen haben und wie wir sie angreifen müs-

David Frum, Richard Perle: "An End To Evil. How to win the war on terror", Random House (New York, USA) 2003, S.110 ff.. Richard Perle (Spitzname: "Fürst der Finsternis" ist einer der wichtigsten Ideologen und Strategen der so genannten Neokonservativen in den USA. Er war und ist in verschiedenen Funktionen als Berater sowie Politik entwickelnde und/oder umsetzende Führungsfigur der Bush-Administration tätig. In diesem Zusammenhang war Perle einer der Architekten des US-Krieges gegen den Irak, einschließlich der ihm voraus gehenden massiven Desinformationen, die den Angriffskrieg international und national legitimieren sollten

¹⁶ Vgl. dazu ausführlich: GEHEIM, Nr. 3/2004

sen', zitiert der UPI-Korrespondent einen US-Airforce-Mitarbeiter, der berichtete dass US-Kampfjets bereits seit Wochen immer wieder in den iranischen Luftraum eindringen. Für die Planung eines Angriffs seien die daraus möglichen Erkenntnisse von größter Bedeutung. Letztlich ließen sich Umfang und Dauer der ersten US-Luftschläge bestimmen, die notwenig wären, um das iranische Luftabwehsystem auszuschalten."17 Diese Erkenntnisse sind auch dann wichtig, falls die ersten Angriffswellen von israelischen Piloten geflogen würden. Die Auswertung iranischer Reaktionen durch das Pentagon ist wohl auch der Hintergrund eines international kaum beachteten Berichts der britischen Tageszeitung "Daily Telegraph" vom 7. März 2004: "Die US-Streitkräfte versuchen, einen Krieg mit dem Iran zu beginnen und sie wurden bereits dabei erwischt, wie sie versuchten, Großbritannien für die Erledigung der schmutzigen Arbeit auszunutzen. Im Juli des vergangenen Jahres befahlen die US-Kommandeure im Irak Tausenden von britischen Truppen einen Großangriff auf iranische Stellungen an der Grenze zum Irak. Falls die britischen Kommandeure die Kommandolinie nicht durch ein Abblocken dieser Befehle unterbrochen hätten, ist es ziemlich sicher, dass die Alliierten sich jetzt im Krieg mit dem Iran befänden."

"Iran hat gemäß eigenen Angaben in diesem Jahr mehr als zehn Spione aus Israel und den USA verhaftet. Sie hätten im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes CIA und des israelischen MOSSAD das Atomprogramm des Landes ausspioniert, sagte der für den Geheimdienst zuständige Minister Ali Junesi nach Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur Irna. Drei der Männer hätten für die Atomenergiebehörde des Landes gearbeitet. Iran hatte schon im August erklärt, mehrere Duzend ausländische Agenten verhaftet zu haben, aber keine Einzelheiten genannt."¹⁸ Dieser – ebenfalls international kaum beachtete – Bericht wirft im Nachhinein ein Schlaglicht auf den im Januar 2005 erschienenen Enthüllungsartikel von Seymour Hersh, in dem von geheimen US-Kommandos gesprochen wurde, die bereits seit Monaten mit entsprechendem Auftrag im Iran tätig gewesen seien. Die strategisch wichtigen Spionageoperationen werden also bestätigt, wenn auch in einer Einzelheit korrigiert: die im Iran tätigen Agenten sind keine US-Bürger, sondern iranische Kollaborateure und von der CIA bezahlte Dissidenten...

Bereits seit Anfang 2003 existiert eine über 300 Seiten umfassende geheime CIA-Analyse, die alle möglichen Szenarien für den Fall eines geplanten militärischen An-

¹⁷ "junge Welt", 29. Januar 2005

¹⁸ "Neue Züricher Zeitung", 23. Dezember 2004. Vgl. dazu auch: "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23. Dezember 2004

griffs der USA auf den Iran durchspielt.¹⁹ Aus dem gleichen Zeitraum stammt eine Meldung der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": "Amerika will Regime in Iran stürzen – Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre informellen Kontakte zur iranischen Führung abgebrochen und arbeitet nun auf einen Sturz des Regimes in Teheran durch einen Aufstand im Inneren hin. Das berichtet die Tageszeitung Washington Post in ihrer Sonntagsausgabe unter Berufung auf ranghohe Mitarbeiter der Regierung."²⁰ Ganz offensichtlich betrachteten die Strategen in Washington den von ihnen geplanten militärischen Angriff auf den Iran als Initialzündung für einen proamerikanischen Putsch oder Aufstand in der Islamischen Republik.

Auch der Poker um die angeblich von Teheran entwickelten Massenvernichtungswaffen, einschließlich ihrer nuklearen Komponenten, erwies sich damals – wie auch heute noch (!) - sich als Desinformation und propagandistische Kriegsvorbereitung bzw. als propagandistische Abdeckung für einen, mit welchen Mitteln auch immer, erreichten Regimewechsel im Iran.

Der propagandistische Charakter der international verbreiteten Berichte über angeblich existierende Pläne eines iranischen Atomwaffenprogramms wurden zum Beispiel durch eine Meldung der Nachrichtenagentur DPA vom 12. Dezember 2004 (die sich dabei auf Aussagen des Leiters der Internationalen Atomenergie-Organisation, Mohammed el Baradei, stützte) bestätigt: "Nach Worten von El Baradei geht von Iran keine "unmittelbare atomare Bedrohung' aus. Die Zusammenarbeit mit Teheran sei gut, sagte er in einem Interview der spanischen Zeitung "El Pais' (Sonntagsausgabe) (...) "Wir haben keine konkreten Beweise, dass Iran sein Nuklear-Programm in Richtung Atomwaffen-Produktion gelenkt hat." Bestätigt wurde diese Einschätzung auch von el Bardeis Stellvertreter, Jury Sokolov, im März 2005: "Die Internationale Atomenergie-Organisation hat keiner Beweise dafür, dass der Iran sein Atomprogramm für nicht-friedliche Zwecke nutzt."

Iran schon seit Jahrzehnten im Fadenkreuz

CIA-Operationen und US-Interventionen gegen den Iran haben eine lange Tradition und hatten immer zum Ziel, die Ausbeutung der reichen iranischen Rohstoffvorkommen zu sichern und das Land im Rahmen der langfristigen geostrategischen Planungen der USA zu nutzen.

¹⁹ Vgl dazu ausführlich: "Pakistan Tribune", 24. März 2003

²⁰ "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26. Mai 2003

²¹ Vgl. dazu: russische Nachrichtenagentur "Novosti" vom 10. März 2005

Die erste größere CIA-Operation im Iran fand 1953 statt. Damals regierte in Teheran eine vom iranischen Volk gewählte nationale Regierung unter Premierminister Mohammad Mossadegh. In den Augen der US-Administration und anderer westlicher Länder hatte diese Regierung ein Verbrechen begangen: Sie hatte die Erdölindustrie nationalisiert.

Die Reaktion der herrschenden Kreise in USA auf diese Maßnahme war eindeutig: "Das amerikanische Interesse an der Lage ist vielseitig und tief. Wenn diese Expropriation, welche Nationalisierung genannt wird, durchgeht, werden die amerikanischen Investitionen in Saudi-Arabien nicht mehr lange sicher sein. Das ganze schwankende Gleichgewicht im Mittleren Osten wird unwiederbringlich gestört sein ..."²² Der damalige US-Botschafter Grady formulierte offen, welche Strategie die USA einzuschlagen gedachte: "Wenn es uns gelingt, den Iran ordentlich in ein Wirtschaftschaos zu bugsieren, dass wir den Mossadegh loswerden, kommt schon alles zurecht!"²³

Im Sommer 1953 lief die CIA-Operation "Ajax" an. Mit Millionen von Dollar wurden Schlägertrupps mobilisiert, die ein Bürgerkriegsklima schaffen sollten. Der für die Aktion verantwortliche CIA-Agent Kim Roosvelt erinnert sich: "Was die Zahl der Agenten betrifft, bin ich nicht ganz sicher, ob es sechs oder acht Personen waren. Etwa 700 000 oder 800 000 Dollar waren vorhanden. Während der ganzen Operation wurden etwa 10 000 Dollar ausgegeben (…) Nun, einige Iraner haben auch gearbeitet, und was sie brauchten, war praktische Einweisung und Unterstützung (…) So schwer war die Arbeit nicht, denn es gab viele Iraner, die gegen die Regierung waren und bereit, zuzuschlagen. Was sie nötig hatten, war etwas Unterstützung, Hilfe und manchmal geringe Summen Geld (…)"²⁴

Im Schützenpanzer zum Offiziersklub

Der von der CIA gelenkte Putschistenführer war ein gewisser General Zahedi. Dieser fuhr am 19. August 1953 in einem amerikanischen Schützenpanzer zum Offiziersclub. Dort erklärte er die Regierung Mossadegh für abgesetzt, während der Regierungssitz gestürmt, strategisch wichtige Positionen besetzt und die ersten Verhaftungen vorgenommen wurden. Gelenkt von der US-Botschaft in Teheran wurde die Operation »Ajax« ein voller CIA-Erfolg. Der aus dem Iran geflohene Schah konnte seine Heimreise antreten, und der damalige englische Premierminister Eden bemerkte in seinen Memoiren: "Ich schlief diese Nacht ruhig und glücklich!"

²² "Herald Tribune", 18. Mai 1951

²³ Zit nach: G.Neuberger/M.Opperskalski: "CIA im Iran", Bornheim 1982, S. 24

²⁴ Ebenda, S. 25

Der gestürzte Premier Mossadegh wurde vor ein Militärtribunal gestellt. Doch der Angeklagte wurde selbst zum Ankläger: "Meine einzige ungeheure Schuld liegt darin, die Erdölindustrie zu verstaatlichen und dem Einfluss sowie der Ausbeutung durch eines der größten Weltimperien ein Ende zu setzen. Mein Leben und Menschen wie ich haben angesichts des Stolzes von Millionen Iranern keine Bedeutung. Ich bedauere mein Schicksal nicht und bin sicher, dass ich meine historische Aufgabe bis zum Schluss erfüllt habe. Mein und Ihr Leben wird nur eine Weile dauern, aber was bleibt, ist die Existenz eines leidenden Volkes (...), weil ich die Vorbereitungen dieses Prozesses kenne und weiß, das mein Leben in einer Zelle enden wird, nehme ich die Gelegenheit wahr, um meine mutigen und geliebten Landsleute zu beschwören, diesen würdevollen Weg weiter zu beschreiten und sich vor nichts zu fürchten!^{4,25}

Mossadegh wurde zu drei Jahren Kerker verurteilt und stand bis zu seinem Lebensende unter Hausarrest.

Der Iran unter Schah Mohammad Reza Pahlevi wurde zum Protektorat der USA. Der US-Milliardär Rockefeller drückte das in einem vertraulichen Schreiben an den damaligen US-Präsidenten Eisenhower so aus: "Durch die Anwendung wirtschaftlicher Hilfe gelang es uns, Zugang zum iranischen Öl zu bekommen, und wir haben jetzt in der Wirtschaft dieses Landes festen Fuß gefasst. Die Stärkung unserer wirtschaftlichen Position im Iran hat es uns ermöglicht, seine gesamte Außenpolitik unter Kontrolle zu bekommen!"²⁶

Um das iranische Volk in Schach zu halten, unterstützten die CIA und der israelische Geheimdienst MOSSAD das Schah-Regime tatkräftig beim Aufbau seines Geheimdienstes SAVAK. Über die Organisation und personelle Stärke des Schah-Geheimdienstes berichtete 1974 das US-Magazin "Newsweek": "Zwischen 30 000 und 60 000 Personen arbeiten ständig für den SAVAK, aber sie bilden nur das Gerüst für einen weit größeren Apparat. Gemäß Berichten einiger Diplomaten im Iran sind nicht weniger als drei Millionen Iraner-je acht auf einen erwachsenen Bürger- gelegentliche Informanten des SAVAK. In Hotels, Taxis, Schulen, ausländischen Vertretungen und Gesellschaften, in Betrieben und Ämtern, selbst in den Schlafsälen und Automatenrestaurants, wo die iranischen Studenten leben und essen, während sie im Ausland studieren"²⁷

²⁵ Ebenda, S. 26

²⁶ Ebenda, S. 27

²⁷ "Newsweek", 14. Oktober 1974

Die Zusammenarbeit zwischen dem kaiserlichen Geheimdienst und der CIA bestätigt ein Geheimpapier der US-Botschaft in Teheran vom 11. August 1973, das bei der Botschaftsbesetzung im November 1979 gefunden wurde: "(....) da gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen SRF und SAVAK!"²⁸ SRF ist ein Kürzel für CIA und bedeutet möglicherweise "Special Research Facility".

Die Friedhofsruhe, die der Schah, die CIA und der israelische MOSSAD dem Iran gewaltsam und blutig überstülpten, wurde jedoch immer wieder gestört. 1963 kam es zu ersten größeren Demonstrationen gegen die Diktatur, die blutig niedergeschlagen

wurden.

Arbeiter-Streiks und Studenten-Aktivitäten flackerten auf. 1971 begann die linke Organisation der Volksfedajin den bewaffneten Kampf. Im Untergrund formierten sich die außerdem unterschiedlich orientierte politische Oppositionskräfte, unter denen Kräfte des politischen Islam eine bedeutende und zunehmend immer stärkere Rolle spielten. Diese breit gefächerten und unterschiedliche Zielsetzungen verfolgenden Oppositionsgruppen, die sich systematisch verschlechternde ökonomische Situation und die anhaltende grausame politische Unterdrückung waren für den Ausbruch antidiktatorischer Bewegungen, die 1978 begannen und ein Jahr später zum Sturz des Schah führten, die notwendigen Voraussetzungen.

Die antidiktatorische Bewegung wird immer stärker

Auf die wachsenden Protestaktionen der iranischen Bevölkerung 1978 reagierten die US-Strategen und die CIA sehr unterschiedlich. Das beweisen geheime Dokumente, die nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran von revolutionären Studenten gefunden wurden. So heißt es ein Jahr vor dem Sturz der

Pahlevi-Dynastie in einem der Papiere: "Die iranische Monarchie sorgt für Stabilität, die durch demokratische Institutionen und wegen des Fehlens einer langen demokratischen Tradition bei der organisierten Bewältigung politischer Fragen noch nicht erreichbar ist. Sie ist gegenwärtig der einzige Faktor im Lande, der für politische Kontinuität sorgen kann. (...) So bietet der Schah augenblicklich die beste Gewähr für den Schutz unserer elementaren Sicherheitsinteressen im Iran, und er ist die einzige Persönlichkeit auf der politischen Szene, die in der Lage ist, die zur Anarchie neigenden Perser zu führen."²⁹

_

²⁸ Zit nach: G.Neuberger/M.Opperskalski: "CIA im Iran", Bornheim 1982, S. 30

²⁹ Ebenda, S. 59

Dieses Zitat - wie auch andere Geheimdokumente der US-Botschaft - belegen, dass die CIA in jenen stürmischen Monaten nicht in der Lage war, den für das Schah-Regime gefährlichen Charakter der anti-diktatorischen Volksbewegung in ihrer Komplexität einzuschätzen. Das erklärt die ungebrochene US-Unterstützung für den wankenden Pahlevi-Thron bis zuletzt.

Doch es gab auch andere Tendenzen, wenn sie strategisch auch noch nicht zum Tragen kamen. So berichtet am 24. Januar 1978 ein Geheim-Telegramm der US-Botschaft in Teheran nach Washington über "religiöse Unruhen" und betont: "In den kommenden Monaten wird sich die Botschaft bemühen, die naturgemäß schwierige Aufgabe anzugehen, mehr über die religiösen Elemente innerhalb der oppositionellen Bewegung (gegen den Schah) zu erfahren."³⁰ Was die CIA dabei interessierte, wird durch ihre Analyse vom 2. Februar 1978 deutlich: "Die schiitisch-islamische Bewegung unter Ajatollah Chomeini ist weit besser organisiert, aufgeklärter und weit mehr in der Lage, dem Kommunismus zu widerstehen, als ihre Verleumder uns gern glauben machen möchten."31 Mit anderen Worten, es gab schon damals einige CIA-Analytiker, die gedanklich daran bastelten, nicht nur die Kräfte des politischen Islam - und damit die Volksbewegung gegen das Schah-Regime - zu spalten, sondern, mehr noch, innerhalb dieser Kreise Verbündete zu suchen, mit denen sich eine proamerikanische oder zumindest von den USA beeinflusste "islamische Front" gegen linke, revolutionär-islamische und nationalistische Kräfte im Lande und darüber hinaus in der gesamten Region aufbauen ließe.

Diese strategische Konzeption kam jedoch erst in Afghanistan nach 1980 zum Tragen, als die USA und ihr CIA die so genannten Mudjahedin in ihrem Krieg gegen das Land am Hindukusch und die Sowjetunion mit massivster materieller und ideologischer Hilfe aufbauten. Damit hatte Langley "Gotteskrieger à la USA" geschaffen, um sie entsprechend eigener strategischer Planungen einzusetzen…

In den Revolutionsmonaten von 1978 wurden solche Gedanken im Iran jedoch noch nicht Realität. Man hielt in Washington an der Unterstützung des Schah-Regimes fest, wenn auch zeitweilig mit dem Gedanken gespielt wurde, die wankende Monarchie als Verteidigerin des "Islam gegen den Kommunismus" zu profilieren und einige islamische Führungspersönlichkeiten mit dem Schah zu versöhnen. So heißt es in einem geheimen CIA-Bericht vom Mai 1978: "Wir wissen, dass es hinter den Kulissen Bemühungen gibt, den Dialog mit den religiösen Konservativen in Gang zu bringen und sie, wenn möglich, von Chomeini abzuspalten. Da viele dieser religiösen Führer die

³⁰ Ebenda, S. 60

³¹ Ebenda, S. 61

Monarchie als eine notwendige Institution ansehen, die den Islam gegen die Herausforderung des Kommunismus verteidigen hilft, und da eine Alternative zum Schah nicht in Sicht ist, werden sie vielleicht vernünftig sein und sich zu einer rationalen, verständnisvollen Haltung gegenüber der Regierung entschließen, ohne größere Änderungen in den Institutionen."32

Alle diese Strategien fruchteten nichts mehr; die Massenbewegungen gegen das Schah-Regime hatten ihre Eigendynamik entwickelt, und es gab keinen Raum mehr für Kompromisse.

Schließlich ging nahezu das gesamte iranische Volk auf die Straße. Als letzte Rettung zur Sicherung ihrer gefährdeten Positionen sahen die US-Strategen die Errichtung einer sogenannten konstitutionellen Monarchie unter Regierungschef Schapur Bachtiar, der schließlich am 1. Januar 1979 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Doch das iranische Volk gab keine Ruhe mehr, es akzeptierte keine Scheinlösungen.

US-General Huyser wurde nach Teheran geschickt, um dem bedrängten Regime Bachtiars unter die Arme zu greifen. Huyser berichtete nach Washington:

"Die Aktionen, die ich vorantreibe, sind Streikbruch, Einsatz von Militär beim Zoll, bei der Ölförderung, bei den Banken. Auf allen drei Gebieten haben wir Fortschritte gemacht (…) ich habe Bachtiar ermutigt, diese Schritte zu unternehmen. Er hat Bereitschaft gezeigt, aber ich würde das Tempo beschleunigen. Wenn das nicht klappt, müssen wir zu einer direkten militärischen Übernahme kommen. Wie Du siehst, ist die Planung die gleiche, welchen Weg wir auch einschlagen (…) Der Punkt, den ich in Washington klarmachen möchte, ist, dass das Militär die Fähigkeiten hat, eine fähige (sophisticated) Regierung aufzubauen und zu leiten, dass viele Elemente außerhalb der Regierung hier einen richtigen Bürgerkrieg wünschen. Eine gute Gelegenheit, das zu starten, wäre, Chomeini zurückkehren und ermorden zu lassen."³³

Das war die vorerst letzte Fehlkalkulation der USA. Am 16. Januar 1979 verließ der Schah das Land, und etwa drei Wochen später war auch die Regierung Bachtiar gestürzt.

1979 scheiterte die bisherige US-Strategie im Iran

Der Zusammenbruch der Pahlevi-Dynastie bedeutete nicht nur das Scheitern der bisherigen US-Strategie im Iran, er machte zudem für die CIA-Operationen eine drastische Umstrukturierung notwendig. Zunächst wurden einige der alten SAVAK-

³² Ebenda, S. 67

^{33 &}quot;Konkret", Juli 1980

Freunde in die sicheren USA oder befreundete Länder geschleust, allerdings nur jene Schah-Geheimdienstler, die später noch einmal von Nutzen sein könnten.

In der besetzten US-Botschaft wurde ein Geheim-Telegramm gefunden, das dementsprechend klare Anweisungen gibt: "Betrifft: Visaausfertigung für Mitglieder des alten Regimes (...) Einreise- oder Flüchtlingsstatus für Mitglieder des Diplomatischen Korps (des Schah-Regimes, d. Verf.) oder SAVAK-Mitglieder (...)³⁴ Wer in den Genuss dieser Visa kommen sollte, wurde in einem "Nützlichkeitsdialog" festgelegt: "A. Offiziere der iranischen Armee, Gendarmerie und Polizei (...), B. Beamte der zivilen Luftfahrtgesellschaft und C. höhere iranische oder ausländische Beamte des Diplomatischen Dienstes, die mit dem Defence-Attaché-Büro in Verbindung stehen (...) Visa werden nur, ich wiederhole, nur ausgestellt, um Informationen aus dem Sicherheitsbereich zu erhalten, die für die US-Regierung wichtig sind (...)."³⁵

Spezialisten der CIA und "diplomatische Krisenmanager" wurden als "Diplomaten" nach Teheran geschickt, um die Mannschaft vor Ort zu verstärken. So Bruce Laingen, seit Juni 1979 US-Botschafter im Iran. Laingens Stellvertreter wurde Victor Thomseth, der bereits seit 1975 den Rang eines "Politischen Konsuls" bekleidet hatte und mit Schah-Vertrauten, Generalen und SAVAK-Offizieren freundschaftlich verkehrte. Im August wurden zur Unterstützung die CIA-Agenten Malcolm Kalb und William Daugherty eingeflogen. Chef der CIA-Station wurde Thomas Leo Ahern; seine Tarnfunktion dort war der Job eines mit der Rauschgiftbekämpfung beschäftigten Beamten. "Show to Tom A" - dieser Vermerk auf allen wichtigen Geheimdokumenten belegt, dass alle entscheidenden CIA-Operationen über den Schreibtisch von Thomas Ahern liefen. Als sich die anti-amerikanische Stimmung immer mehr zuspitzte, bekam er von der technischen Abteilung der CIA "Eznova" einen falschen belgischen Pass auf den Namen "Paul Timmermans" ausgestellt.

Auch ein zweiter CIA-Mann wurde mit falschen Papieren versorgt, diesmal mit einem bundesdeutschen Reisepass, Personalausweis und Führerschein. Der Geheimdienstmann George O'Keefe wurde auf diese Weise zu Josef Markus Schneider, geboren am 8. Juli 1942 in Freiburg im Breisgau. Sein Tarnname in den CIA-Papieren: Jaumotte.

Am 23. Juni 1979 traf Jaumotte in Teheran ein und wurde als zweiter Sekretär der US-Botschaft akkreditiert. Seine Geheimaufgaben beschreiben mehrere in der besetzten US-Botschaft gefundene Telegramme, die belegen, dass es der CIA nach dem Sturz des Schah-Regimes recht schnell wieder gelang, ein Agentennetz aufzubauen

³⁴ Zit nach: G.Neuberger/M.Opperskalski: "CIA im Iran", Bornheim 1982, S. 143

³⁵ Ebenda

bzw. alte Kontakte zu reorganisieren und Geheim-Operationen zu entwickeln. Dabei stützte sich die CIA nicht nur auf die im Iran verbliebenen "alten" Freunde aus den Zeiten des Schah, sondern auch auf neue Kontakte aus den Kreisen der islamischen Revolutionäre. Ein Telex vom CIA-Hauptquartier in Langley (Virgina) an das CIA-Büro in New York wurde auch an die CIA-Station in der Teheraner US-Botschaft geschickt. Es kündigte die Ankunft von Jaumotte für den 31. Oktober 1979 in New York an, um einen iranischen Agenten zu treffen, dessen internes Skriptonym SDPLAYER/1 lautet. Dort angekommen, bildete er den iranischen Agenten gemeinsam mit einem anderen CIA-Mann aus, der unter der Tarnung Quaranta lief.

CIA-Operationen auf Hochtouren

In einem anderen Telegramm wurde ein erstes Treffen zwischen Jaumotte und dem Anfang November 1979 in den Iran zurückgekehrten iranischen Agenten für den 17. November festgemacht. Zu diesem Treffen sollte es jedoch nicht mehr kommen. Am 4. November 1979 besetzten Studenten die US-Botschaft in Teheran und veröffentlichten in den folgenden Monaten eine Unzahl geheimer US-Dokumente.

1979 stand die CIA auch in Kontakt mit einer iranischen Terrorgruppe namens Forghan. Der brisante Aspekt dieser Organisation war, dass sie unter der Maske des politischen Islam operierte. An diesem Punkt ergibt sich eine hochinteressante, strategische Parallele zu CIA-Operationen, die ganz aktuell ablaufen; hierzu jedoch später mehr..

Das alles belegen zwei Schreiben des CIA-»Diplomaten« Victor Tomseth: "Am 8. August (1979, d.Verf.) bat Ferydon Afschar den politischen Konsul der Botschaft um Hilfe, eine militärische Kraft in Aserbaidschan aufzubauen, die dazu eingesetzt werden könnte, die Macht der islamischen Bewegung zu schwächen (…) Er sagte, es sei ein leichtes, eine Gruppe von 20 000 bis 30 000 Leuten zusammenzustellen, und dass wir sie in Kurdistan ausbilden können, wo es keine Kontrolle gibt, und sie in den Nordwesten schicken könnten (…) Afschar sagte implizit, dass er Hilfe braucht, um seinen Plan weiterzuführen. Unterstützung in Form von Waffen und Ausbildung wäre nützlich (…) Es scheint, als hätte er die schwachen Punkte des Feindes präzise einkalkuliert. Ob er in der Lage ist, eine derartige Kraft aufzustellen, ist nicht klar. Aber wenn eine solche Truppe aufgestellt wird, wird wahrscheinlich eine Person wie Afschar diese Aufgabe besser erfüllen als ein hoher Offizier (…)."

"Einer der alten Freunde des politischen Offiziers, der seit Jahren religiöse Studien treibt und dessen Haus im letzten Jahr ein Zentrum für religiöse Diskussionen seiner Studenten war, gab einen Einblick in die Forghan-Gruppe. Elf Studenten dieser Gruppe sind Mitglieder der Forghan-Gruppe in Teheran, die etwa 40 bis 50 Leute umfasst (...) Einer der Forghan-Mitglieder war stolz darauf, das sie die Absicht haben, die

Sabotage mit dem Mord eines Geistlichen pro Woche zu beginnen und dies fortzuführen, bis sie erfolgreich sind.. ."³⁶

Zugleich intensivierte die CIA jedoch auch ihre Operationen, die darauf abzielten, führende Persönlichkeiten aus den Kreisen des politischen Islam im Iran zu gewinnen, die den Schah vom Pfauenthron gestoßen hatten, zu gewinnen. Zu den bedeutendsten dieser CIA-Operationen gehörten:

Die versuchte Rekrutierung von Abulhassan Bani Sadr. Als die CIA-Operation begann, war Bani Sadr noch ein enger Berater des im Pariser Exil lebenden Ajatollah Chomeini; später sollte er der erste Präsident der Islamischen Republik Iran werden. Heute lebt er erneut im Exil. Im Januar 1979 wurde Bani Sadr von einem als amerikanischen Geschäftsmann namens Rutherford getarnten Agenten aufgesucht, der den Auftrag hatte, CIA-Kontakte innerhalb der islamischen Bewegung herzustellen. In mehreren Gesprächen gelang es dem CIA-Mann, Bani Sadrs Vertrauen zu gewinnen, und man vereinbarte, sich später in Teheran wieder zu treffen. Bani Sadr bekam in den geheimen CIA-Akten die Codebezeichnung SD Lure/1. 37

"Es ist das normale Vorgehen der CIA, freundliche Beziehungen zu Führern gemäßigter Oppositionsparteien zu unterhalten, die gezwungenermaßen im Exil leben (…) Das hat den Zweck, reiche Ernte zu halten, wenn solche Politiker nach Hause zurückkehren. Oft werden bezahlte Agenten in solche Exilgruppen eingeschleust, um zusätzliche Informationen zu erhalten", so beschreibt der ehemalige CIA-Agent Philip Agee eine der üblichen Taktiken der CIA. 38

Nachdem der Schah gestürzt und Bani Sadr gemeinsam mit Chomeini in den Iran zurückgekehrt war, reiste der CIA-Mann Rutherford seinem Operationsziel, wie vereinbart, nach. Im August und September 1979 trafen sie sich dreimal. Wie die CIA-Dokumente über diese Operationen belegen, gab Bani Sadr dabei seinem Gesprächspartner internste Informationen preis, die zu jener Zeit nicht öffentlich waren. ³⁹

³⁶ Ebenda, S. 45

³⁷ Ebenda, S. 101

³⁸ P.Agee/l.Wolff: "Dirty Work, CIA in Western Europe", New York 1978, S. 68

³⁹ Vgl dazu ausführlicher:: G.Neuberger/M.Opperskalski:"CIA im Iran", Bornheim 1982, S. 101 ff.

Wesentlich enger gestaltete sich die CIA-Beziehung zu einem Iraner namens Amir Entesam. ⁴⁰ Er war Mitglied im Zentralkomitee der "Iranischen Befreiungsbewegung" (LMI). Die LMI war eine der wichtigsten bürgerlich-liberalen Oppositionsgruppen, die sich zur "Nationalen Front" zusammengeschlossen hatten. Ihr Vorsitzender war Mehdi Basargan, der erster Ministerpräsident im nachrevolutionären Iran werden sollte. Unter Basargan wurde Entesam zunächst stellvertretender Ministerpräsident und Regierungssprecher, später Botschafter der Islamischen Republik Iran in Schweden.

Entesam bekam in den geheimen CIA-Dokumenten den Decknamen SD PLD/1 zugeteilt. Er war der CIA äußerst behilflich, nicht nur was Informationen angeht. Da gab es zum Beispiel im Norden Irans den gegen die Sowjetunion gerichteten CIA-Horchposten Kapkan. Er war im Februar 1979 von Revolutionären dichtgemacht worden. Die Besatzung, 22 CIA-Spezialisten, war in Schutzhaft genommen worden, weil die Bewohner der umliegenden Dörfer eine drohende Haltung ihnen gegenüber eingenommen hatten. Am 27. Februar machten sich der US-Militärattaché T.E. Schaefer und der US-Luftwaffen-Attache H. F. Johnson nach Kapkan auf, um die 22 Abhörspezialisten herauszuholen. Ohne die hilfreiche Unterstützung zweier Entesam-Vertrauter hätte diese Operation nicht erfolgreich beendet werden können. In einem Brief vom 13. März 1979 bittet der damalige US-Botschafter William H. Sullivan Entesam um Hilfe, damit das CIA-Horchgerät in Kapkan und in Behshahr, einer ähnlichen Einrichtung, vor Beschädigung geschützt und funktionsfähig erhalten werden könne.

Aufbau einer Exilantenfront

Gleichzeitig bemühte sich die CIA um eine Zusammenarbeit mit iranischen Exil-Gruppen, die sich bereits kurz nach dem Sturz des Schah im westlichen Ausland gebildet hatten. "Die Vereinigten Staaten unterstützen insgeheim iranische paramilitärische und politische Exilgruppen und strahlen Radiopropaganda nach Iran aus", recherchierte 1982 der US-amerikanische Journalist Leslie H. Gelb⁴¹. "Das Ziel dieses Programmes, das von der CIA organisiert wird, ist, eine Koalition von Exilgruppen und ihren Unterstützern in Iran zusammenzubringen, damit diese - falls die Möglichkeit auftaucht - ein entscheidender Faktor bei der Gestaltung der Zukunft des Iran werden können. ⁴²

⁴⁰ Ebenda, S. 111 ff.

⁴¹ "International Herald Tribune", 8. März 1982

⁴² Ebenda

So entwickelte die CIA zu jener Zeit eine enge Zusammenarbeit mit zwei paramilitärischen iranischen Gruppierungen, die im Osten der Türkei stationiert waren. Die eine Gruppe, geführt vom ehemaligen Marine-Admiral Ahmad Madani, verfügte über 6 000 bis 8 000 Männer. Madani war während der Schah-Diktatur Oberbefehlshaber der iranischen Marine, nach der Revolution wurde er Verteidigungsminister der ersten Chomeini-Regierung Bazargan, bis er sich mit dem Regime überwarf und ins westliche Exil ging. Chef der zweiten paramilitärischen Gruppe, etwa 2 000 Mann stark, war der ehemalige Schah-General Bahram Aryana. Beide Gruppen operierten vor allem in Iranisch-Kurdistan. Das hatte zwei Gründe: Zum einen Unruhe gegen das neue Regime in Teheran zu schüren, zum anderen den in Iranisch-Kurdistan starken Einfluss der linken "Demokratischen Partei Kurdistans" zu brechen. Die CIA lieferte diesen Gruppen Waffen und unterstützte sie logistisch und mit Beratern.

CIA-Gelder flossen auch an verschiedene iranische Exilgruppen von Schah-Anhängern im Westen. "Seit 1982 unterstützte die CIA die wichtigste Chomeinifeindliche Exilbewegung, die in Paris ansässige Iranische Befreiungsfront (FLI), mit monatlich 100 000 Dollar. Casey rechnete zwar nie ernsthaft damit, dass der Gruppe ein Putsch gelingen könnte, aber ihre Kontakte verschafften ihm wenigstens spärliche Informationen über die Verhältnisse im Iran. Mit weiteren 20 000 bis 30 000 Dollar im Monat unterstützte man den Sender Radio Liberation, der von Ägypten aus vier Stunden täglich Programme in den Iran ausstrahlte, in denen Chomeini attackiert wurde (...) Vor einem Monat, im September (1986, d. Verf.), hatte die CIA einen miniaturisierten Fernsehsender zur Verfügung gestellt. Auf der Frequenz des iranischen Fernsehens wurde eine elfminütige Sendung mit Reza Pahlevi, dem Sohn des letzten Schah, in den Iran ausgestrahlt. Baby-Schah, wie ihn seine Kritiker nennen, hatte darin erklärt: "Ich werde zurückkehren!"

1980 glaubten die US-Strategen, einen direkten Putsch-Versuch in Iran wagen zu können. Offiziell wurde diese Aktion als Befreiung der US-Diplomaten ausgegeben, die seit der Botschaftsbesetzung im November 1979 von revolutionären Studenten als Geiseln gefangen gehalten wurden. "Am 25. April 1980 scheiterte dann die amerikanische Aktion zur Befreiung der Geiseln, wobei als Begründung technische Mängel und das Fehlen von Staubfiltern an den Hubschraubermotoren angegeben wurde. Dies war nie glaubhaft (...) Beteiligt an dem Unternehmen waren nicht nur die Hubschrauber des Flugzeugträgers NIMITZ (...), sondern auch eine Bodenstreitkraft von über 2 000 Exiliranern und Amerikanern, die am 25. April in der Nähe von Teheran bereits Stellung bezogen hatten, sowie zahlreiche Kommandoeinheiten innerhalb Teherans,

⁴³ Bob Woodward: "Reagan und die geheimen kriege der CIA", München 1987, S. 620/21

die strategisch wichtige Positionen besetzt, die Botschaft abgeschirmt und anderswo in der Stadt Ablenkungsmanöver geführt hätten (...)"⁴⁴ Im Zuge der Vorbereitung dieser Operation hatte die CIA mit Hilfe des ehemaligen Schah-Botschafters in den USA und SAVAK-Führers Zahedi und des Schah-Generals Palisban einen Plan ausgearbeitet, Ajatollah Chomeini zu ermorden.

Das Scheitern der Intervention in der iranischen Wüste Tabas im April 1980 forcierte die Erkenntnis, dass man die Kontakte innerhalb der in Iran regierenden Kreise intensivieren müsse, um auf diesem Weg eine Beeinflussung der Entwicklung zu garantieren.

Fortschritte an der "inneren Front"

Es gelang der CIA 1981/82, ihren Kontakt zu Generalmajor Fardust wiederherzustellen, der in den unmittelbaren Wirren kurz vor und nach dem Sturz des Schah abgebrochen war. Während der Pahlevi-Diktatur war der SAVAK-Funktionär Fardust Chef des kaiserlichen Kontrollamtes sowie für so genannte "Anti-Terror-Aktivitäten" des Schah-Geheimdienstes zuständig gewesen. Aus dieser Zeit erklären sich seine Kontakte zum nordamerikanischen Geheimdienst. Nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Herrscherhauses gelang es Fardust, im neuen Geheimdienstes SAWAMA Fuß zu fassen. Regelmäßig versorgte die CIA "ihren Mann" Fardust mit Informationen über angebliche sowietische Aktivitäten und Agenten im Iran. Diese Operation hatte zum Ziel, linke und progressiv-nationalistische Aktivitäten auszuschalten, aber auch Spaltungen innerhalb der unterschiedlichen Kräfte des politischen Islam herbeizuführen. So übermittelte die CIA dem SAWAMA über Fardust eine Liste von mehreren hundert Mitgliedern der Volks-Fedajin, der Tudeh-Partei, aber auch der Revolutionsmilizen (Pasdaran) sowie Anhängern des regierenden islamischen Kräfte, die angeblich "KGB-Spione" seien. Unterfüttert wurden diese Listen mit in Langley frisierten "Beweisen" und "Dokumenten". Das Ergebnis war eine Verhaftungs- und Repressionswelle, Hinrichtungen und Säuberungen im Iran. 45

Der CIA war jedoch noch ein weiterer Coup gelungen: die Rekrutierung des ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in Teheran, der sich 1982 über London in die USA abgesetzt hatte. Die Propaganda-Maschinerie der CIA verbreitete die "Aussagen" des geflohenen Sowjet-Diplomaten über angebliche sowjetische Geheimoperationen und "KGB-Agenten" im Iran in der ganzen Welt und heizte auf diese Weise die Verfolgungen, Säuberungen sowie die Repression und Unterdrückung, vor allem

^{44 &}quot;Epoche", Nr. 4/1981

^{45 &}quot;International Herald Tribune", 20. November 1986

jedoch auch das Misstrauen innerhalb der Kreise des politischen Islam, im Iran weiter an.

Keine harmlosen Geschäftsleute

Da die USA seit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen über keine Botschaft im Iran mehr verfügten, hatte die CIA auch keine diplomatischen Institutionen zur Tarnung ihrer Agenten und ihrer Station in der islamischen Republik. Die CIA bediente sich deshalb einer "alten" Methode, nämlich Agenten als harmlose Geschäftsleute getarnt in das Operationsziel zu schicken. Ein Beispiel hierfür ist Mr. Pattis aus Aiken, South Carolina (USA). Er erhielt einen italienischen Pass auf den Namen "Giovanni Pattis" und war bei der US-Firma Cosmos Ingineers beschäftigt.

Mit dem Ausbruch des iranisch/irakischen Krieges 1980 ergaben sich für die CIA neue Möglichkeiten: eine ungeheuer gesteigerte Militär- und Geheimdienst-Präsenz in der Golf-Region. Auch Israel profitierte von diesem Schlachten. Der israelische

Verteidigungsminister Rabin bestätigte dies in einer Rede vor ausländischen Journalisten. "Der Verteidigungsminister hat hinzugefügt, Iran sei Israels bester Freund. "Das Chomeini-Regime", sagte Rabin, "wird es nicht immer geben, daher haben wir nicht die Absicht, unsere Haltung gegenüber Teheran zu ändern." Der iranisch/irakische Krieg, sagte Rabin, habe "die irakische Bedrohung von Israel genommen und habe die Front der arabischen Länder gegen Ägypten und den Frieden mit Israel durchbrochen"

Wer Krieg führt, braucht Waffen. Teheran bediente sich in besonderem Maße aus den dunklen Quellen des schwarzen Waffenmarktes, da ihm die offiziellen Wege zum Waffenkauf zunehmend verschlossen oder verkompliziert wurden (auch hier hatte die CIA einen nicht unbedeutenden Einfluss, den dringend notwendigen Waffennachschub in den Iran drastisch zu behindern); die iranische Regierung hatte deshalb ein Netz von Kontakten zu internationalen Waffenhändlern aufgebaut. Viele dieser Waffenhändler waren früher fest bei der CIA angestellte Agenten und haben nach ihrem Ausscheiden den Kontakt zu ihrem früheren Arbeitgeber nie abgebrochen; wieder andere sind über ihren Job in ein Arbeitsverhältnis mit dem amerikanischen Geheimdienst gekommen. Als Beispiel für letzteres sei der Chef der internationalen Waffenfirma Interarms, der Brite Samuel Cummings, genannt, der unter anderem Waffen für den CIA-Coup in Guatemala 1954 geliefert hatte. Während des iranisch/irakischen

^{46 &}quot;International Herald Tribune", 15. Oktober 1986

⁴⁷ "Sender der israelischen Streitkräfte", 29. Oktober 1987, 6.00 Uhr (GMT)

Krieges verfügte er über beste Beziehungen nach Teheran. "Sie (die Waffenhändler, d.Verf.) haben die US-Geheimdienste und ihre Schein-Firmen dabei unterstützt, Rebellen in Nicaragua, Angola und Afghanistan zu beliefern (...)"⁴⁸

1980 knüpfte der ehemalige französische Marineflieger und spätere Waffenhändler Bernard Veuillot erste geschäftliche Kontakte nach Teheran. Der französische "Händler des Todes" war für die CIA ein alter Bekannter.

1981 wurde im Pentagon das "Amt für Sonderoperation" aus der Taufe gehoben. Es arbeitet eng mit der CIA und dem militärischen Geheimdienst DIA zusammen. Aufgabe dieses Amtes ist die Organisierung direkter oder- zum Beispiel über die Internationale der Waffenhändler - indirekter Lieferungen von Waffen und anderer militärischer Ausrüstung.

In Kooperation mit dieser Sonder-Abteilung des Pentagon griffen CIA und DIA die Kontakte von Bernard Veuillot auf und bauten sie aus. Über das "Projekt Demavand" wurden unter anderem in den Iran geliefert: 39 F-4-Flugzeuge, 50 Panzer vom Typ M-48, 25 Kampfhubschrauber, 200 moderne Phoenix-Luft-Raketen zu einem Stückpreis von einer Million Dollar, 12 000 Anti-Panzer-Raketen und anderes militärisches Material. Der Gesamtwert der Lieferungen betrug mehr als zwei Milliarden Dollar. ⁴⁹ Für die Abwicklung der Waffenlieferungen gründeten die französischen Waffenhändler Veuillot und Lang in Panama die Gesellschaft Daloa Finance. Organisiert wurde dieses Rüstungsgeschäft unter anderem über Ägypten und die Türkei, finanziert wurde es mittels eines Netzes europäischer Banken.

Die CIA-Ziele hinter diesen Waffenlieferungen waren klar: Der iranisch/irakische Krieg sollte im strategischen Interesse Washingtons und Israels verlängert sowie der CIA die Möglichkeit zum Auf- und Ausbau eines Netzes von Kontakten im Iran verschafft werden.

"Iran-Gate"

Genau das ist auch der Hintergrund für jene Operationen, die monatelang als "Iran-Gate" durch die Weltpresse gingen. Nachdem die Strategie des offenen Umsturzes 1980 in der Wüste von Tabas gescheitert war, konnte die CIA-Politik gegenüber Iran bis 1984 drei Erfolge erzielen:

⁴⁸ "International Herald Tribune", 5. Dezember 1986

⁴⁹ Vgl. dazu: "die tageszeitung", 4. Dezember 1987 sowie "Neue Zeit" (Moskau), Nr. 32/1987

- Nach dem Sturz des Schah den Aufbau von Kontakten, insbesondere zu Kreisen innerhalb der regierenden Kräfte des politischen Islam.
- Kontrollierte Waffenverkäufe an den Iran, um den iranisch/irakischen Krieg zu verlängern;
- Ausschaltung linker, progressiv-nationalistischer, aber auch anderer revolutionärer Kräfte bis tief in Kreise des politischen Islam hinein, vor allem durch gezielt gestreute Desinformationen;

"Iran-Gate" sollte vor allem jedoch gezielt jene Kräfte der Islamischen Republik Iran stärken, die nach Ansicht der US-Strategen an einer Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert waren. Damit wollten die Strategie-Planer in Washington ihre Karten für einen möglichen Tod Chomeinis neu mischen, wohl wissend, dass dies in jener Zeit angesichts der starken anti-amerikanischen Stimmung der iranischen Bevölkerung nur im geheimen geschehen konnte. Beschleunigt wurden die Operationen durch das Problem der US-amerikanischen Geiseln im Libanon, die man mit Hilfe des Iran befreien wollte.

"Israel hatte ein seit langer Zeit bestehendes Interesse an Beziehungen mit dem Iran und an einer Ausweitung seiner Waffenexportindustrie. Waffenverkäufer im Iran konnten beiden Zielen förderlich sein. Sie boten auch eine Möglichkeit, den Iran gegenüber Israels altem Feind Irak zu stärken (...) Der Iran benötigte dringend, was Israel ihm bieten konnte. Die Vereinigten Staaten waren der Hauptlieferant des Schah gewesen, doch nun waren US-Lieferungen durch das Embargo untersagt. Der Iran brauchte äußerst dringend in den Vereinigten Staaten hergestellte TOW-und HAWK-Raketen, um dem Irak auf den Gebieten, auf denen er die größte Überlegenheit besaß - Panzer und Luftwaffe -, begegnen zu können. Da Israel über solche Waffen in seinen Beständen verfügte, kam es als alternative Nachschubquelle in Betracht. Israel war mehr als bereit, dem Iran diese Waffen zu liefern, allerdings nur, wenn die Vereinigten Staaten die Lieferung billigten und sich bereit erklärten, die Waffen zu ersetzen. Das iranische Interesse an diesen Waffen war in Waffenhändlerkreisen bekannt (...)."

Nun traten - in Kooperation - der amerikanische Geheimdienst CIA und der israelische Geheimdienst MOSSAD auf den Plan. Zudem wurde auch Saudi-Arabien über den saudischen Geschäftsmann Adnan Khashoggi ("ein Mann mit guten Beziehungen im Mittleren Osten und besonderen Beziehungen zu israelischen Beamten in Schlüs-

_

⁵⁰ Zit. Nach: "Tower-Report" aus: Konrad Ege (Hrg.): "Iran-Gate", Köln 1987, S. 34 ff.

selpositionen"⁵¹) eingeschaltet. Die entscheidenden Kontakte zu Teheran sollte Manucher Ghorbanifar, ein in Frankreich lebender iranischer Geschäftsmann mit guten Beziehungen im Iran, der bereits für den Schah-Geheimdienst SAVAK gearbeitet hatte, entwickeln. Auf israelischer Seite waren es die MOSSAD-Spezialisten und Waffenhändler Adolph Schwimmer und Jakob Nimrodi. Schwimmer war 1984 auch Berater des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres; Nimrodi gilt als Iran-Kenner, da er von 1961 bis 1975 israelischer Militärattache und zugleich Stationschef des MOSSAD in Teheran war.

"Im April 1982 wurde eine Lieferung im Wert von 200 Millionen Dollar für das Chomeini-Land aufgedeckt. Verteidigungsminister Sharon räumte im US-Fernsehen 'beschränkte Waffengeschäfte mit dem Iran' ein. Drehscheibe für die heimlichen Geschäftsbeziehungen war Irans Botschaft in der Londoner Victoria Street. Sie diente als Kontaktstelle für den saudischen Multimilliardär Adnan Khashoggi und den iranischen Waffenhändler Manucher Ghorbanifar, einem Intimus des iranischen Ministerpräsidenten Mussawi."⁵²

Die Gespräche intensivieren sich

Seit Januar 1985 fanden verschiedene Gespräche zwischen Ghorbanifar, Schwimmer, Nimrodi und Khashoggi statt, an denen auch zuweilen Amiran Nir, MOSSAD-Mann und seit September 1984 Berater von Israels Ministerpräsident Peres in Fragen der Terrorismusbekämpfung, teilnahm. Die Herren berieten die Möglichkeit, bei den Waffengeschäften "mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen": die amerikanischen Geiseln im Libanon frei zu bekommen, den Iran in seinem Krieg gegen den Irak zu stärken (ohne ihn allerdings gewinnen zu lassen) und über entscheidende Kontakte zu den Regierenden in Teheran Einfluss auf die iranische Innenpolitik nehmen zu können. Ghorbanifar signalisierte bei diesen Gesprächen, dass er vom starken Mann Teherans, Rafsandjiani (damals iranischer Parlamentspräsident und bereits damals eine "Schlüsselfigur hinter den Kulissen"), grünes Licht in diese Richtung erhalten hätte. Ghorbanifar, der bereits seit Januar 1980 mit der CIA in Kontakt stand, sandte entsprechende Signale nach Washington. Als Verbindungsglied zwischen Waffenhändlern, CIA und MOSSAD-Kreisen und Rafsandjiani diente der damalige iranische Ministerpräsident (bis 1989) Mir Hossein Mussawi, der heute zum so genannten Oppositionsführer erkoren wurde.

⁵¹ Ebenda, S. 30

⁵² "Der Spiegel", Nr. 49/1986

Am 4. oder 5. Mai 1985 reiste der CIA-Mann Michael Ledeen⁵³ als Berater des Nationalen Sicherheitsrates, mit Wissen des damaligen Reagan-Sicherheitsberaters McFarlane, nach Israel und traf dort mit Ministerpräsident Peres zusammen, um die Möglichkeiten zu sondieren. Am 3. Juli 1985 traf schließlich David Kimche, Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, in Washington ein, um mit McFarlane weiter zu diskutieren. Im Juli 1985 gab Präsident Reagan dann sein Placet für die geplante und diskutierte Operation. Und dann ging alles sehr schnell:

- Im August und September 1985 brachten mindestens vier DC-8-Flugzeuge der CIA-Tarnfirma Southern Air Transport amerikanische Waffen aus Israel nach Teheran und Täbris. An Bord befanden sich vor allem Ersatzteile für F-4-Phantom-Flugzeuge, Artillerie-Munition und Raketen;
- Am 14. September 1985 wurde die US-Geisel Benjamin Weir im Libanon freigelassen;
- Am 4. Dezember trat Sicherheitsberater McFarlane zurück. Doch zwei Tage später reiste er nach London, um sich im Haus von Nimrodi mit der iranisch-israelischen Vermittlergruppe zu treffen und den Fortgang der Kontakte zu besprechen;
- Im Februar 1986 ging eine US-Waffenladung über Israel in den Iran. Am 28. Mai flogen McFarlane, der Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates, Oliver North, und der fließend persisch sprechende CIA-Agent George Cave mit einer CIA-Maschine der Southern Air Transport nach Teheran zu direkten Diskussionen, das Flugzeug voller Waffen. Dort konferierten sie mit Rafsandjiani, mit dessen Vertrauten Ajatollah Hassan Karubi, mit dem Chef der Revolutionsmilizen "Pasdaran", Mohsen Rezaii, und dem Sohn von Chomeini, Ahmad;
- Am 26. Juli 1986 wurde eine weitere US-Geisel, Lawrence Jenco, freigelassen. Sofort schickte Israel im August eine weitere US-Waffenlieferung in den Iran;
- Anfang September begaben sich McFarlane, North und der CIA-Mann Cave ein zweites Mal in den Iran, um die Geschäfte weiterzuführen.

Insgesamt wurden im Zuge von "Iran-Gate" mindestens 2008 TOW-Panzer-Abwehr-Raketen sowie Ersatzteile und Luft-Abwehr-Raketen für 235 HAWK-Systeme, Artil-

⁵³ Er gehört heute (wieder) zu den neokonservativen, pro-zionistischen Kreisen in Washington, die erneut die Situation zu Gunsten nordamerikanischer strategischer Interessen im Iran zu beeinflussen suchen, diesmal mit Krieg und offener Intervention, vgl. dazu ausführlich: GEHEIM, Nr. 3/2004

lerie-Munition, Flugzeug-Ersatzteile und anderes militärisches High-Tech an den Iran geliefert.

Obwohl die Medien "Iran-Gate" zumeist als großes Desaster darstellten, zeigen die Ergebnisse dennoch einen wichtigen Einschnitt im Sinne der US- und CIA-Strategie gegenüber dem Iran.

Es war der CIA gelungen, bis in höchste Kreise der Regierenden in Teheran vorzustoßen, und dies mit Genehmigung des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjiani. Daher wird es auch verständlich, dass die US-amerikanisch/iranischen Kontakte noch fortgesetzt wurden, als der Skandal um "Iran-Gate" längst die Seiten der US-Presse füllte. Der damalige US-Außenminister Shultz bestätigte ein Treffen mit iranischen Abgesandten am 13. Dezember 1986 im "Park Hotel" in Frankfurt/Main⁵⁴.

Am 8. Juli 1985 hatten sich in Hamburg der Vertraute Rafsandjianis Mehdi Karubi, Ghorbanifar, David Kimche, Jacob Nimrodi, Adolph Schwimmer und der CIA-Agent George Cave getroffen.⁵⁵ Fortgesetzt wurden die Diskussionen im Herbst 1985 während eines Treffens zwischen Ajatollah Karubi und dem CIA-Mann und Berater des Nationalen Sicherheitsrates, Michael Ledeen. 56 Im Frühjahr und Sommer 1986 übergab Karubi – angeblich im Auftrag von Rafsandijani - der versammelten CIA-und MOSSAD-Mannschaft ein Papier, in dem alle jene aufgeführt wurden, die im Iran zum Machtkreis Rafsandjianis gehören. Es wurde offen darüber diskutiert, dass ein Tod Ayatollah Chomeinis den Interessen Rafsandjianis entgegenkäme, im Iran die absolute Macht zu übernehmen und alle Konkurrenten auszuschalten. Dies würde dann die Basis für engere und direktere Kontakte mit den USA bilden, "Er (Karubi, d. Verf.) sagte (...), dass er zu einer politischen Fraktion im Iran gehöre, die daran glaube, dass der Iran Hilfe für seinen Krieg mit dem Irak benötige und dass die Vereinigten Staaten weniger teuflisch als die Sowjetunion seien."⁵⁷ Die Versammelten besprachen die Möglichkeit, Chomeini umzubringen. Ein mit Sprengstoff präparierter Aktenkoffer, der ihm übergeben werden sollte, war bereits vorbereitet. Karubi betonte jedoch mehrfach, dass das Attentat entweder wie ein Anschlag der oppositionellen

⁵⁴ "die tageszeitung", 29. Januar 1987

⁵⁵ "International Herald Tribune", 8. Oktober 1987

⁵⁶ Ebenda

⁵⁷ Ebenda

Volksmodjiahedin oder aber wie ein Unfall aussehen müsse.⁵⁸ Die weltweiten Veröffentlichungen und Enthüllung über "Iran-Gate" und seine Hintermänner verhinderten wohl diesen Plan.

Die iranischen CIA-Einflussagenten bedankten sich bei ihren neuen Freunden in Langley für deren Engagement durch eine geheime Vereinbarung, dass die Offenlegung amerikanischer Geheimdienstarbeit im Nahen und Mittleren Osten verhindern sollte. Das betraf insbesondere jene Informationen, die der in Libanon entführte und in seiner Gefangenschaft verstorbene Stationschef der CIA-Botschaft in Beirut, Buckley, seinen Haftnehmern offenbart hatte. Das Manuskript hierüber soll über vierhundert Seiten betragen. ⁵⁹

"Nach Meinung von Rafsandjiani habe es der US-Präsident mit seinem Entschluss zur Wiederherstellung der Beziehungen mit dem Iran ernst und ehrlich gemeint. Reagan habe erkannt, dass es im Interesse der USA sei, die Beziehung mit der islamischen Republik nicht abgebrochen zu haben."

"Casey war beeindruckt, dass es gelungen war, neue geheime Kontakte zum Iran herzustellen. Einer davon war der Neffe des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjiani, der andere war der Geheimdienstchef der Revolutionswächter in den Amtsräumen des Ministerpräsidenten (...)."61

Zur Übermittlung von "Top-Secret"-Nachrichten an die CIA und den Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates, North, benutzten die genannten eine geheime Fernmeldeeinrichtung israelischer Herkunft.

In Kooperation mit der CIA wurden einst stillgelegte ehemalige Spionageeinrichtungen der USA im Iran entlang der Grenze zur Sowjetunion im Norden des Landes wieder in Betrieb genommen.

Die USA an einer Verlängerung des Golfkrieges interessiert

Wie sehr die CIA an einer Verlängerung des Golf-Krieges zwischen dem Iran und dem Irak interessiert war, belegt die Tatsache, dass sie beiden Seiten präparierte sowie manipulierte Informationen über die jeweilige Gegenseite lieferte, mit dem ein-

⁵⁸ Vgl. dazu: "Express" (Köln), 22. Juni 1987

⁵⁹ "Kölner Stadt-Anzeiger", 5. September 1987

⁶⁰ Zit. Nach: IRNA (Iranische Nachrichtenagentur), 29. Januar 1987

⁶¹ Bob Woodward: "Reagan und die geheimen Kriege der CIA", München 1987, S. 621

deutigen Ziel, das Kriegsgeschehen zu beeinflussen und beide Seiten von einer Beendigung abzuhalten. $^{62}\,$

Aus den publizistischen Scherben von "Iran-Gate" schält sich also mit anderen Worten ein eindeutiges Fazit heraus: Trotz aller Widersprüche, trotz des Rückschlages der Veröffentlichung, trotz mancher Widerstände in den USA und vor allem auch im Iran gegen den Deal, trotz der anhaltenden anti-iranischen Rhetorik in Washington und der starken anti-amerikanischen Propaganda wie auch Stimmung in der iranischen Bevölkerung und revolutionären Kräften des politischen Islam - der CIA war es gelungen, in den Jahren nach dem Sturz des Schah im Iran wieder einen begrenzten und daher nicht widerspruchsfreien Einfluss zu gewinnen, Kontakte und Netzwerke auf- und auszubauen – bis in höchste Kreise hinein.

Diese Kontakte sollten sich nicht nur bei der Unterstützung der so genannten Mudjahedin in Afghanistan und später beim Sturz der Taliban in Kabul bewähren, sie wurden zunächst sogar hinsichtlich der Strategie Washingtons, die irakische Regierung unter Saddam Hussein zu stürzen und ein pro-amerikanisches Regime in Bagdad zu errichten, noch intensiviert. Eine Schlüsselrolle spielten dabei sowohl der irakische Exil-Politiker und CIA-Agent Ahmed Chalabi als auch der irakische Kurdenführer Talebani, der ebenfalls schon seit Jahrzehnten beste Beziehungen nach Washington pflegte. 63

Einen neuen Boom erreichten die nordamerikanisch/iranischen Annäherungen, als Mohammad Chatami 1997 Kandidat zur Präsidentschaft und schließlich gewählter Präsident der Islamischen Republik Iran wurde. Unter ihm kamen zunächst jene politischen Kräfte in Teheran an die Öffentlichkeit, die für eine enge Kooperation mit den USA auf allen strategischen Ebenen eintraten (und auch heute noch eintreten), jedoch von den USA eine endgültige Akzeptanz der Grundlagen des politisches Systems im Iran "als Gegenzug" einforderten. Vor Chatami waren sie noch vielfach gezwungen gewesen, aus dem Hintergrund heraus verdeckt zu arbeiten.

Das Blatt wendet sich

Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden in den USA jedoch jene Kräfte in den USA dominant, die – nicht nur im Iran – auf grundlegenden Systemwechsel orientieren, jede flexiblere Form der Diversion gerade in der Region des Nahen und Mittlern Ostens vehement ablehnten. Die "Achse des Bösen" und der

⁶² "Neue Züricher Zeitung", 15. Januar 1987; "Süddeutsche Zeitung", 17. Dezember 1986

⁶³ Vgl. dazu ausführlich: Robert Baer: "See No Evil", New York 2002

"internationale Kampf gegen den Terrorismus" wurden geboren. Da gab es dann keinen Raum mehr für Flexibilität und Kompromisse (erst gegen Ende der Bush-Administration wurde diese "harte Linie" durch mehr operationelle Flexibilität ergänzt, was es den neuen Präsidenten Obama ermöglicht, an diese Linie anzuknüpfen und diese sogar auszubauen, ohne die "harte Linie" aus einer Mischung von Sabotage, ökonomischem Krieg oder militärischen Aggressionsvorbereitung in Richtung prinzipiellem "regime change" zu vernachlässigen). Erste Konsequenz nach dem 11. September: "Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre informellen Kontakte zur iranischen Führung abgebrochen und arbeitet nun auf den Sturz des Regimes in Teheran durch einen Aufstand im Inneren hin. Das berichtet die Tageszeitung "Washington Post' in ihrer Sonntagsausgabe."

Diesen Umschwung hat der gut informierte Hintergrundinformationsdienst "Janes Intelligence Digest" im Juli 2003 sehr anschaulich beschrieben: "Die Spannung zwischen dem Iran und den USA verschärft sich. Die Sackgasse, die seit Präsident Bush die Islamische Republik als Teil der 'Achse des Bösen' gebrandmarkt hat, existiert, verändert sich langsam zu einer großen Krise und die Falken in Washington intensivieren ihren Ruf nach einem Regimewechsel in Iran. (...) In den vergangen Wochen hat sich die US-Administration aus geheimen Gesprächen mit hohen iranischen Offiziellen zurückgezogen. Die iranische Zusammenarbeit gegen Al-Qaida wird jetzt als "ungenügend' beschrieben und der Druck bezüglich des iranischen Atomprogramms wurde erheblich verstärkt. (...) Es besteht bereits ein breiter Konsens innerhalb der Bush-Administration, dass das derzeitige Regime in Teheran verändert werden muss, es gibt iedoch noch signifikante Differenzen darüber, wie dies geschehen soll. Neokonservative in Pentagon und im Weißen Haus drücken in Richtung konkreter Maßnahmen, einschließlich des Einsatzes von militärischen Mitteln, während Beamte im Außenministerium an dem Versuch eines diplomatischen Wegs festhalten. (...) Obwohl die Bush-Administration unmittelbare Maßnahmen gegen den Iran aufgeschoben hat, intensiviert Washington bereits den nicht-militärischen Druck. (...) Wie vorherzusehen, bleiben die Neokonservativen höchst skeptisch hinsichtlich der Effizienz von Diplomatie bei der Begegnung der Bedrohung, die ihnen zufolge von Teheran für den internationalen Frieden und die Sicherheit ausgeht. (...) Was die Neokonservativen angeht, so gibt es keine wirklich wirksame Alternative als die Anwendung von Gewalt."65

^{64 &}quot;Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26. Mai 2003

Aus: Jane's Intelligence Digest (JID), 6.06.03. Dieser so genannte Hintergrunddienst verfügt traditionell über ausgezeichnete Kontakte zur britischen sowie nordamerikanischen Geheimdienstgemeinde

"Die Mullahs streben nach einer Bombe. Unsere allgemein akzeptierte Idee ist, sie daran zu hindern. (...) Auf Basis unserer derzeitigen Informationen ist es klar, dass wir nicht in der Lage sind, sie zu stoppen, indem wir ihre Atomanlagen bombardieren. (...) Wie dem auch sei, dass Problem im Iran ist wesentlich größer als das der Waffen. Das Problem ist das terroristische Regime, das nach diesen Waffen trachtet. Dieses Regime muss weg! Dies ist nicht nur die Meinung der Autoren dieses Buches. Es ist die Meinung der überwiegenden Mehrheit der iranischen Bevölkerung. Seit 1999 haben sich die Straßen im Iran mit immer größer werdenden Demonstrationen von Studenten, Arbeitern und ganz normalen Menschen gefüllt, die die Freiheit wollen, Fernsehen zu schauen, Lippenstifte zu benutzen, die Kleidung ihrer Wahl zu tragen, die Arbeit und andere Lebensmöglichkeiten, vor allem jedoch eine Regierung ihrer Wahl, wollen. (...) Sie Riefen Parolen wie: ,Tod den Taliban in Kabul und Teheran!' Und sie schwenkten amerikanische Fahnen... (...) Die iranischen Dissidenten des Jahres 2003 benötigen von uns die gleichen Dinge die die polnischen Dissidenten in den 80er Jahren brauchten. Sie benötigen Kommunikationseinrichtungen, damit die Dissidenten akkurate Informationen aus dem Land herausschicken, aber auch Informationen in das Land hineinholen können. Sie benötigen Geld, um die Familien von streikenden Arbeitern zu unterstützen. Sie brauchen Computer und Drucker, um ihre Pamphlete veröffentlichen und Mails austauschen zu können. Sie benötigen das Wissen westlicher Regierungen um ihre Namen und deren Sorge um ihr Schicksal, damit die iranische Regierung versteht, dass sie zur Verantwortung gezogen wird, falls sie sie verschwinden lassen."66 Die von Perle eingeforderte logistische und materielle Unterstützung für oppositionelle Kräfte im Iran war bereits angelaufen, als sein Buch noch nicht gedruckt war.

Für ein pro-amerikanisches Regime in Teheran

Es gab sie bereits in diesen Tagen im Iran jene politischen Kräfte, die für ein proamerikanisches Regime in Teheran eintreten, sie bildeten (bilden) jedoch nicht die Mehrheit des Volkes, sondern lediglich ein, wenn auch starkes, Segment der Gesellschaft, vor allem unter den Intellektuellen sowie den oberen, ökonomisch einflussreichen Schichten des Landes.

Aus: David Frum, Richard Perle: "An End To Evil. How to win the war on terror", Random House (New York, USA) 2003, S. 110 ff. Richard Perle (Spitzname: "Fürst der Finsternis") ist einer der wichtigsten Ideologen und Strategen des so genannten Neokonservativen in den USA. Er war und ist in verschiedenen Funktionen als Berater sowie Politik entwickelnde und/oder umsetzende Führungsfigur der Bush-Administration tätig. Er war einer der Architekten des Aggressionskrieges gegen den Irak.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Interview des "Spiegel" mit einem iranischen Studentenführer aus dem Jahr 2003: "'Wir überwinden unsere Angst'. Der Mitbegründer der Studentenbewegung, Heschmatollah Tabarsadi, über die Unruhen, den Einfluss der USA auf die Reformer und die Zukunft des Mullah-Staates. (...) SPIEGEL: Mit Ihrem Aufstand haben Sie sogar bei US-Präsident George W. Bush Begeisterung geweckt. Freuen Sie sich über die Solidaritätsadressen des 'Großen Satans' im Weißen Haus? Tabarsadi: Ich kann dieses Gerede vom 'Großen Satan' nicht mehr hören. Das iranische Volk verteufelt die USA nicht. Wir betrachten die Amerikaner und auch die US-Regierung als Freund. Und über Unterstützung und Anerkennung von Freunden freut man sich. SPIEGEL: Das Präsidentenlob für Ihre Aktionen ist verbunden mit scharfen Angriffen auf das Atomprogramm Teherans. Hilft dieser Druck von außen Ihrer Bewegung? Tabarsadi: Als friedliebendes Volks brauchen wir keine Nuklearwaffen. Darüber hinaus begrüßen wir jede Art von Druck auf das Regime, auch aus Europa. (...) Auch wirtschaftliche Sanktionen, selbst wenn wir jetzt darunter leiden, sind letztlich in unserem Sinne. (...) In der Außenpolitik setzen wir auf freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zu den USA (...)."⁶⁷

Eine weitere Schüsselfigur ist der im irakischen Exil lebende Enkel Ajatollah Chomeinis, Hossein Chomeini, über ihn und seinen immer noch im Iran zugkräftigen Namen, erhoffen sich die Strategen in Washington Schlüsselkontakte innerhalb der offiziellen Strukturen der Islamischen Republik Iran, vor allem ihrer Sicherheitsorgane, der Revolutionsmiliz ("Pasdaran") und Armee aufbauen zu können, die den angestrebten "Regimewechsel" im Iran unterstützen, absichern, zumindest jedoch tolerieren würden. Zu diesem Zweck wurde der von der CIA kontrollierte Chomeini-Enkel, der den US-Aggressionskrieg gegen den Irak offen und lauthals unterstützt, vom nordamerikanischen Geheimdienst mit Geld, modernster Kommunikationsausrüstung sowie anderer Logistik ausgestattet. 68

Logistisch und materiell von der CIA unterstützt wurden auch die vor allem in den USA ansässigen iranischen Monarchisten und besonders die Strukturen des Schah-Sohnes. Dies gilt insbesondere für Fernsehsender, dessen technische Kapazitäten mit Hilfe modernster Satellitentechnik dermaßen "aufgeblasen" werden, dass die proamerikanische "Regimewechsel"-Propaganda auch im Iran zu empfangen ist.

^{67 &}quot;Der Spiegel", 23. Juni 2003 (Nr. 26/2003)

 $^{^{68}}$ Vgl. dazu auch: "International Herald Tribune", 6. August 2003 sowie "Süddeutsche Zeitung", 7. August 2003

Gleichzeitig begannen Washington und ihr CIA damit, analog ihrer Strategie vor dem Aggressionskrieg gegen den Irak, die zersplitterte iranische Exil-Opposition zusammenzubringen, um nach Möglichkeit eine gemeinsame politische Plattform zu bilden, die als politische Alternative zu den derzeit im Iran Herrschenden international angesehen und verankert werden kann als Vorstufe zum "Regimewechsel". Im Rahmen dieser Strategie baute der nordamerikanische Geheimdienst CIA, auch mit Unterstützung seines Partners in Israel, dem MOSSAD, auch auf die Rolle vorgeblich "linker" Organisationen wie der Gruppe "Rahe Kargar" ("Weg der Arbeiter"), der so genannten "Arbeiterkommunistischen Partei des Iran"⁶⁹, der Gruppe "Komeleh" oder der "Organisation der Volksfedajin (Mehrheit)".

Nicht zu vergessen sind dabei auch die 3000 bis 5000 im Irak stationierten Anhänger der Volksmodjiahedin, die mit allen Mitteln das iranische Regierungssystem stürzen wollen. Sie verfügen um eine gut ausgebildete militärische Truppe. Nach der Besetzung des Irak durch die USA wurden die Lager der Volksmodjiahedin von den Okkupanten nicht aufgelöst. Ihre militärisch erfahrendsten Kader werden inzwischen von der CIA für aktive terroristische Destabilisierungsoperationen im Iran genutzt.

Terroristische Optionen offen halten

Dem nordamerikanischen Geheimdienst, aber auch dem MOSSAD, stehen für terroristische Destabilisierungsoperationen im Iran – neben lokal operierenden Banden aus Schmugglern und Drogenhändlern, die zumeist aus Pakistan, Aserbaidschan oder auch der Türkei in das Land einsickern – noch folgende Organisationen zur Verfügung:

"Jundallah" – eine Organisation, die unter der Maske wahabitisch-islamististischer Parolen und Sprache à la Al-Quaida auftritt und von Pakistan in der Iran einsickert. Hinter dieser Organisation steht jedoch der nordamerikanische Geheimdienst CIA, der über sein Netzwerk in Pakistan, das Elemente des pakistanischen militärischen Geheimdienstes ISI mit einschließt, "Jundallah" trainiert und ausrüstet. Diese Truppe hat seit Beginn dieses Jahres ihre Anschläge im Iran intensiviert, vor allem im Vorfeld der vor kurzem abgehaltenen Präsidentschaftswahlen. Das diese Organisation keine Fiktion ist, mussten sogar westliche Medien vermelden, die verschiedentlich über solche Anschläge berichten mussten⁷⁰;

⁶⁹ Die so genannte "Arbeiterkommunistische Partei des Iran" wird vor allem vom israelischen Geheimdienst MOSSAD beeinflusst und/oder gesteuert

⁷⁰ vgl. dazu u.a.: "Süddeutsche Zeitung", 2. Juni 2009

"PJAK" – eine kurdische Organisation ganz offensichtlich mit engen Verbindungen zur kurdisch-türkischen Organisation PKK. "PJAK" kooperiert auf das engste mit der CIA, aber auch mit dem bundesdeutschen BND; der Vorsitzende dieser Organisation lebt in Köln, reist jedoch regelmäßig in die USA und in den kurdischen Teil des Irak. Die logistische Unterstützung für PJAK vor allem an Waffen und Kommunikationstechnik sowie Ausbildungsprogramme werden von der CIA, aber auch dem MOSSAD, vor allem über das kurdische Gebiet im Irak abgewickelt. Dies geschieht mit Duldung, Wissen und Abdeckung des irakischen Präsidenten Talebani sowie dem irakischen Kurdenführer Barzani. Beide sind seit Jahren in engster Zusammenarbeit mit den USA sowie der CIA und lassen zudem den israelischen Geheimdienst MOSSAD in dem von ihnen kontrollierte Gebiet freie Hand, vor allem auch für Aktionen gegen den Iran;

Kleine monarchistische Grüppchen von Schah-Anhängern, die unter wechselnden Namen aktiv wurden, vor allem kurz vor und nach den Wahlen während der Demonstrationen, die von der so genannten Opposition organisiert wurden. Sie wie auch von der CIA gesteuerte Kader der "Volksmodjahedin" heizten diese Demonstrationen gezielt an, organisierten gewaltsame Angriffe auf Polizisten, Einrichtungen der Freiwilligenmiliz Bassidj oder staatliche Institutionen. Eine perfide Methode war es, in Uniformen der Bassidj mit Waffen gegen Demonstranten vorzugehen. Es wurden mehrere dieser Provokateure (samt Waffen und Kommunikationseinrichtungen) verhaftet. In diesem Zusammenhang wird wohl auch der von den westlichen Medien hochgeputschte und der iranischen Regierung angelastete Mord an der Studentin Neda zu werten sein. Zunächst einmal wurde bei diesem Anschlag ein Waffentyp verwendet, der nicht zur Ausrüstung der iranischen Sicherheitskräfte gehört. Selbst der US-amerikanische Fernsehsender CNN berichtete – wenn auch nur kurz – am 28. Juni, dass im iranischen Fernsehen zwei Zeugen des Vorfalls ausgesagt hätten, dass zum Zeitpunkt des Anschlages keine iranischen Sicherheitskräfte auch nur in der Nähe von Neda gewesen seien. Für die Behauptung, Neda sei von einem Basidj-Freiwilligen erschossen worden, gibt es – auch in den westlichen Medien – bisher nur einen einzigen Zeugen, der allerdings inzwischen zugeben musste, dass er dies nur vom Hörensagen erfahren habe. Es ist der Arzt Arash Hejazi, der in England lebt und, wie Wunder, wie viele andere Zehntausende Exil-Iraner zum Zeitpunkt der Wahlen im Iran waren... Gerade die britische BBC, die täglich ein persisch-sprachiges Programm in den Iran sendet, machte jedoch, ohne auf diese Fakten einzugehen, aus dem Mord an Neda eine Propagandaschlacht gegen den Iran. Es ist ganz offensichtlich, nicht nur im Krieg, sondern auch bei Umsturzversuchen, ist die Wahrheit das erste Opfer...

Die Situation eskaliert kurz vor und nach den Wahlen

Die Präsidentenwahlen sollten zu einem Wendepunkt werden. Schon bereits Wochen vor dem eigentlichen Wahltag wurde deutlich, wer für die westlichen Medien sowie die führenden politischen Kreise in Europa wie auch die USA der Wunschsieger sein sollte: der so genannte Oppositionsführer Mir Hussein Mussawi. Als dann eintrat, was nicht eintreten sollte und Mahmoud Ahmadinedjad die Wahlen haushoch gewann, begann die Propagandaschlacht, die Foul und Wahlfälschung rief. Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die vielen Aspekte eingehen, die die westliche Propaganda und ihrer Freunde von der so genannten iranischen Opposition mehr als in Frage stellen. Bei kühlem, logischen Gedanken ist ein so massiver Vorsprung wie 11 Millionen Stimmen schon logistisch kaum fälschbar, ohne das eindeutige Beweise hierfür nach außen sickern würden.

Dennoch: Mussawi erklärte sich noch vor dem Ende der Auszählung zum Sieger und schon bald kursierte ein angebliches Dokument als Originalkopie im Iran, dass diese Aussage bestätigen sollte. ⁷¹ Pech nur, dass es sich bei diesem Dokument um eine ziemlich professionelle CIA-Fälschung handelt, die im Land auf unterschiedliche Art und Weise verbreitet wurde.

Und überhaupt: mit den Wahlen und den Protesten danach eskalierte eine Entwicklung, die in den letzten drei, vier Jahren ganz systematisch vorbereitet worden war. Schon unter dem ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush waren rund 400 (!) Millionen US-Dollar für die unterschiedlichsten Programme zur Destabilisierung der Islamischen Republik Iran ausgegeben worden; diese Programme wurden von seinem Nachfolger Barak Obama nicht gestoppt - im Gegenteil, dieser vorgebliche Hoffnungsträger machte noch in diesem Jahr weitere Dollars locker, no change. So erhöhte der neue US-Präsident entsprechende Budgets für die Organisationen "U.S. Agency for International Development (USAID)" und die "Rear Eastern Regional Democracy Initiative" um 20 bzw. 15 Millionen US Dollar. Beide Organisationen können als von der CIA beeinflusst und genutzt angesehen werden.

Sicherlich ging und geht (unter Bush damals wie heute unter Obama – die Kontinuität lässt grüßen...) ein großes Stück des finanziellen Kuchens an die traditionellen iranischen Exil-Organisationen, von Monarchisten bis hin zu angeblichen "Linken" und dennoch hat sich in den letzten Jahren eine Veränderung herausgeschält. Inzwischen wird ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Unterstützung über jungen, gut ausgebildeten intellektuellen Iranern ausgeschüttet, die in zweiter oder Dritter Generation in Europa oder den USA bzw. Kanada leben und keiner der traditionellen Exilparteien angehören. Diese Kreise sind jedoch sehr gut vernetzt und verfügen über teilweise

220

⁷¹ Vgl. dazu: Robert Fisk in <u>www.belfasttelegraph.co.uk</u>, 18. Juni 2009

ausgezeichnete Kontakte in den Iran, halten sich auch regelmäßig dort auf. Für sie waren in den letzten Jahren eine Reihe von Unterstützungsprogramme über Organisationen wie die "National Endowment for Democracy", das "Woodrow Wilson Center", "Iran Heritage Foundation", PARSA Community Foundation", National Iranian Amewrican Council", "Foundation for Democracy in Iran", Committee on Present Danger", "Freedom House" oder das "Open Society Institute (Soros)" entwickelt worden, wobei sich die Urheber auf Erfahrungen der sogenannten "orangenen (Konter)Revolutionen" in Europa stützten. Damit gelang es zudem, eine nicht geringe Zahl dieser im Ausland lebenden Iraner geheimdienstlich anzubinden, zu nutzen und/oder zu beeinflussen. Das erklärt, warum in den letzten Monaten mehrere Iraner, die in den USA leben (die nordamerikanische wie iranische Staatsbürgerschaft besitzen), sich aber zum Teil für einen längeren Zeitraum im Iran aufgehalten hatten, unter den nachgewiesenen Vorwürfen, im Auftrag dieser Institutionen oppositionelle Strukturen zur Vorbereitung einer "orangenen Revolution" aufgebaut zu haben, verhaftet und verhört wurden; viele von ihnen wurden wenig später entlassen und abgeschoben.⁷² Von westlichen Medien und politischen Institutionen wird dies in der Regel "Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen" genannt. Unterstützt wird die CIA dabei von befreundeten Diensten wie den bundesdeutschen BND, den britischen MI6, den französischen, holländischen oder norwegischen Geheimdienst unterstützt. Für Sonderoperationen stellt der BND MOSSAD-Agenten bundesdeutsche Originalpässe für Tarnidentitäten aus.

Besonderer Schwerpunkt in den Monaten vor der Wahl war der Aufbau alternativer und sicherer Kommunikationsstrukturen im Iran. Hierfür wurde die entsprechende Technologie geliefert und das notwendige Personal hierfür trainiert. Als Abdeckung hierfür dient in den USA das so genannte "International Broadcasting Bureau" (in deren Führungsgremium US-Außenministerin Hillary Clinton sitzt). Im Auftrag dieser Organisation wurde ein sicheres Programm (The Onion Router/ONR) entwickelt und im Iran verbreitet, das es den Usern dort erlaubt, unter Wahrung ihrer Identität und in relativer Sicherheit von Hackern untereinander und mit dem Ausland zu kommunizieren bzw. sich mit Facebook und Twitter zu vernetzen. Wir erinnern uns: diese Ouellen waren dann die Basis für die tägliche Berichterstattung über die Aktivitäten

⁷² vgl. dazu u.a.: "Neue Züricher Zeitung", 24. Juli 2007; ebenda, 30. Mai 2007; AFP, 30. Mai 2007; "Süddeutsche Zeitung", 21. September 2007. Eine entsprechende Rolle spielt in der Bundesrepublik die der Partei "Bündnis 90/Die Grünen" nahe stehende "Heinrich-Böll-Stiftung", die über beste Beziehungen zur so genannten Opposition im Iran verfügt

der so genannten Opposition kurz nach der Wahl. Der Kreis schließt sich, wieder einmal...

Am Gängelband westlicher Strategen und Dienste

In den westlichen Medien wird die so genannte iranische Opposition um die beiden Gegenkandidaten zu Präsident Ahmadinedjad beschrieben: Mir Hussein Mussawi, Ajatollah Karubi sowie Mohsen Rezai. Alle drei Kandidaten haben wir schon im Zusammenhang mit "Iran-Gate" als eng verbündet mit westlichen Strategen und Geheimdiensten, aber auch dem zionistischen MOSSAD kennengelernt. Schauen wir uns die miteinander verknüpften Netzwerke dieser drei Kandidaten noch genauer an, so kann man ohne Übertreibung behaupten, dass alle drei Kandidaten am Gängelband westlicher Geheimdienste und Politikstrategen hängen:

Mir Hussein Moussawi. Die direkten Verbindungen zu politischen, medialen und geheimdienstlichen Kreisen in die USA laufen zum Teil über seine Frau Sahra Rahnaward oder den prominenten iranischen Filmemacher Mohsen Makhmalibaf. Der ehemalige "Genscher-Vertraute" Sadegh Tabatabai hält entsprechende Kontakte in die Bundesrepublik, alte Kanäle nutzend;

Mohsen Rezai ist ein Mann der USA. Die direkten Drähte zur CIA laufen über seinen Sohn Ahmad Rezai, der jahrelang in den USA gelebt und sich dort als Oppositioneller geriert hatte. Er war vor etwa zwei Jahren in den Iran zurückgekehrt und dort als Einflussagent der CIA und Kontakt zu seinem Vater tätig. Zuletzt war Ahmad Rezai beim so genannten Expertenrat (Vorsitzender ist der uns schon bekannte Herr Rafsandjani!), wo er internste Dokumente und Informationen abschöpfte und an seine CIA-Führungsoffiziere ablieferte. Ihm und seinem Vater war zudem ein weiterer Coup gelungen: die Rekrutierung des Pasdaran (Revolutionsmiliz)-Generals Ali Reza Ashgari für die CIA, der schließlich Ende 2007 über Dubai in die USA ausgeschleust wurde. Dank diesem Überläufer ist es der CIA gelungen, internste Informationen aus den Pasdaran zu bekommen, deren ehemaliger Oberkommandierender Mohsen Rezai schließlich einmal war. Damit ist dieser einer der Aktivposten der CIA, um Informationen aus den Sicherheitskräften der Islamischen Republik Iran zu erhalten;

Ajatollah Mehdi Karubi ist ebenfalls als "Iran-Gate"-Zeiten ein alter bekannter der CIA, der inzwischen über seinen so genannten Beraterkreis auch enge Beziehungen zu politischen Strategen und Geheimdienstkreisen in Großbritannien hält.

Auch der ehemalige Botschafter des Iran und frühere Atomunterhändler des Iran Hussein Mussawian ist im Umfeld der sogenannten iranischen Opposition, auch Reformer genannt, zu finden. Er ist ein langjähriger Aktivposten des bundesdeutschen Auslandsgeheimdienstes BND, war 2007 im Iran bereits einmal unter Verdacht, in-

haftiert und nach Interventionen des mächtigen Mannes im Hintergrund Rafsandjani wieder freigelassen worden.

Hinter all diesen oppositionellen Netzwerken steht der starke Mann im Hintergrund, der Vorsitzende des so genannten Expertenrates, Hashemi Rafsandjani. Dieser Mann hat seit dem Sieg der iranischen Revolution durchgängig Schlüsselpositionen inne, die er ausnutzt, um seine persönliche und ökonomische Macht auszubauen. Er gilt als reichster Mann des Iran und steht daher, ganz konsequent, für die Durchsetzung eines Turbokapitalismus und eine scheunentorartige Öffnung zum Westen. Deshalb hat er von Anfang an auf geheimen Wegen Kontakte zu westlichen Strategen und ihren Geheimdiensten aufgebaut; das konnten wir ja schon im Zusammenhang mit "Iran-Gate" belegen. Heute dienen sein Sohn Mohsen als Schlüsselperson für seine Kontakte in den USA und seine Tochter Faiseh unterhält entsprechende Netzwerke nach Großbritannien und Frankreich. Sie scheut sich auch nicht mit monarchistischen Kreisen zusammenzuarbeiten; so veröffentlichte sie in ihrer Frauenzeitung "San" sogar einen Neujahresgruß der Frau des gestürzten Schah, Farah Diba, was wohl nicht anders als eine Homage an das vom iranischen Volk in seiner Revolution auf dem Müllhaufen der Geschichte geworfene faschistische Schah-Regime gewertet werden kann. San ist eine jener pro-westlichen Sumpfblüten, die unter dem im Westen umjubelten ehemaligen Präsidenten Mohammad Chatami entstanden war.

Obwohl wir hier aus Platzgründen nur einiges anreißen und aufzeigen konnten, erscheinen die westlichen politischen, ökonomischen und geheimdienstlichen Interventionen wie eine unendliche Geschichte. Die nächsten Wochen werden zeigen, mit welchen Methoden sie weitergehen werden und ob ein israelischer Angriff mit nordamerikanischer Unterstützung auf den Iran zu Obamas großen Krieg werden wird. Wir werden weiter berichten (müssen)...

(Quelle: Magazin GEHEIM, Postfach 270324, 50509 Köln, Tel.: 0221-2839995/6, Fax: 0221-2839997, Mail: <u>redaktion-geheim@geheim-magazin.de</u>, URL: <u>www.geheim-magazin.de</u>; Ausgabe 02-2009)

Michel Chossudovsky: Der Dritte Weltkrieg könnte mit einem atomaren Präventivkrieg gegen den Iran beginnen

Die Führung eines totalen Krieges gegen den Iran, in dem auch Atomsprengköpfe zum Einsatz kommen sollen, wird seit 2005 auf den Reißbrettern des Pentagons geplant. Wenn es zu diesem Krieg käme, ginge der ganze Mittlere Osten bis nach Zentralasien in Flammen auf und die Menschheit würde in den Dritten Weltkrieg gestürzt.

Der Dritte Weltkrieg ist kein Thema auf den Titelseiten der Zeitungen. Die Mainstream-Medien haben eine gründliche Analyse der Implikationen dieser Kriegspläne und eine Diskussion darüber ganz ausgeklammert. Die Anzettelung des Dritten Weltkrieges – wenn es denn dazu kommt – könnte relativ unauffällig mit der Errichtung einer "Flugverbotszone" – einer Operation mit geringen "Kollateralschäden" – beginnen, die von der NATO mit ihrer "Responsibility to Protect / R2P" (ihrer Verpflichtung zum Schützen) begründet und zunächst in eine "eingeschränkte" Strafaktion – die Bombardierung bestimmter militärischer Ziele – münden würde; als Vorwände würden die "globale Sicherheit" und der Schutz der "Demokratie" und der "Menschenrechte" in dem angegriffenen Land (Iran) dienen.

Die Öffentlichkeit weiß kaum etwas über die schwerwiegenden Auswirkungen dieser Kriegspläne, die ironischerweise den Einsatz von Atomwaffen zur Zerstörung des überhaupt nicht existierendem iranischen Atomwaffenprogramms vorsehen. Außerdem verfügt die Militärtechnologie des 21. Jahrhunderts über eine ganze Reihe (sonstiger) hoch entwickelter Waffensysteme.

Wir steuern auf die größte Krise der Weltgeschichte zu. Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch eine weit fortgeschrittene Kriegsplanung, in der eine furchterregende Militärmacht auch den Einsatz von Atomsprengköpfen vorgesehen hat.

Das Pentagon will die ganze Welt militärisch unterwerfen

Der militärische Aufmarsch der Streitkräfte der USA und der NATO findet in mehrerer Regionen der Welt gleichzeitig statt. Die Militarisierung auf globalem Niveau wird durch eine einheitliche Kommandostruktur der US-Streitkräfte ermöglicht: Unser ganzer Planet ist aufgeteilt in regionale Kampfkommandos, die unter dem Befehl des Pentagons stehen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpostarchiv/LP_09/LP27209_071209.pdf). Nach Aussage des ehemaligen Generals und NATO-Oberbefehlshabers Wesley Clark sieht der militärische Fahrplan des Pen tagons eine ganze Reihe von Kriegen vor: "[Die] auf fünf Jahre angelegte Kampagne [schließt] ... insgesamt sieben Staaten [ein]: erst den Irak, dann Syrien, den Libanon, Liby - en, den Iran, Somalia und den Sudan" (s. dazu auch http://www.luftpostkl.de/luftpost-ar- chiv/LP_11/LP09811_240611.pdf).

Die Militäraktion wird im Namen des "Globalen Krieges gegen den Terrorismus" und der globalen Sicherheit geführt werden, und man wird den Anspruch erheben, "humanitäre" und "pro-demokratische Absichten" zu verfolgen. Man wird behaupten, nach Aussage wissenschaftlicher Experten, die im Dienste des Pentagons stehen, sei das Arsenal der taktischen Atomwaffen des Westens [im Gegensatz zu den nicht existie-

renden der Islamischen Republik Iran] "völlig unschädlich für die Zivilbevölkerung, weil die Explosionen unterirdisch erfolgen".

Verantwortungslose Politiker unterschätzen die Implikationen ihrer Handlungen. Sie glauben ihrer eigenen Kriegspropaganda, die Atomwaffen als Instrumente zur Sicherung des Friedens und der Demokratie verkauft. Der Krieg wird zur friedenserhaltenden Maßnahme erklärt, die (angeblich) von der "internationalen Gemeinschaft" unterstützt wird. Die Opfer des Krieges werden als (potenzielle) Täter verunglimpft. Weil der Iran und Syrien (angeblich) die globale Sicherheit bedrohen, sei eine präventive Militäraktion zu rechtfertigen (eine präventive Maßnahme richtet sich gegen eine Gefahr, die einmal drohen könnte, während eine präventive Maßnahme eine bereits drohende Gefahr abwenden soll).

Globaler Krieg

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestimmt das Konzept des "Long War" (des langen Krieges) die Militärdoktrin der USA. Das große Ziel, das (US-) Imperium durch globale militärische Überlegenheit zu sichern, wurde erstmals Ende der 1940er Jahre zu Beginn des Kalten Krieges unter der Truman-Regierung formuliert.

Wir befassen uns mit einer den ganzen Globus umspannenden militärischen Planung für einen "Globalen Krieg". In dem "Project for the New American Century / PNAC" (Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert) aus dem Jahr 2000, das als Planungsgrundlage der Neokonservativen gilt, wird die "Führung eines Krieges ohne Grenzen" vorhergesagt (s. dazu auch http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm).

Zu den offen erklärten Zielen des PNAC gehört das Erreichen der Fähigkeit, "gleichzeitig auf unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in verschiedenen Regionen der Welt kämpfen und entscheidend siegen zu können", und außerdem stark genug zu werden, um als militärische "Weltpolizei" in allen wichtigen Weltregionen für Sicherheit sorgen zu können. Zu den Aufgaben der Weltpolizeitruppe sollten zusätzlich die militärische Überwachung und (falls erforderlich) Interventionen gehören, die auch verdeckt erfolgen und auf einen "Regimewechsel" abzielen können [s. http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmeri-casDefenses.pdf].

Die Realisierung dieses von den Neokonservativen formulierten teuflischen Militärprojektes wurde auch von der Obama-Administration übernommen und von Beginn an fortgeführt. Mit einem (teilweise) neuen Team militärischer und außenpolitischer Berater war Obama beim Anheizen der militärischen Eskalation viel erfolgreicher als sein Vorgänger im Weißen Haus, der kürzlich vom Kriegsverbrecher-Tribunal in Kuala Lumpur für "Verbrechen gegen den Frieden" verurteilt wurde (s. http://www.seite3.ch/Kriegsverbrecher+Tribunal+Bush+und+Blair+sind+schuldig+/518673/detail.html).

Auch gegenwärtig laufen in verschiedenen Teilen der Welt (damit zusammenhängende) Aktionen des Militärs und der Geheimdienste der USA. Nach bereits vorliegenden Kriegsplänen für die Großregion, die vom Mittleren Osten bis nach Zentralasien reicht, müssten jetzt koordinierte Aktionen gegen den Iran, Syrien und Pakistan erfolgen, aus denen ein zusammenhängender regionaler Kriegsschauplatz entstünde. Die drei bereits vorhandenen Kriegsschauplätze Irak, Afghanistan und Palästina würden mit (den neuen Brennpunkten) zu einem großen Kriegsschauplatz verschmelzen, der von der syrisch-libanesischen Mittelmeerküste bis zur Grenze Afghanistans und Pakistans mit China reicht. Auch Israel, der Libanon und die Türkei würden in den Konflikt hineingezogen.

Es ist wichtig, die Geschichte dieser militärischen Agenda zu untersuchen - einschließlich der darin für Israel vorgesehen Rolle. Die (Streitkräfte der) wichtigsten Partner der Kriegskoalition – USA, Großbritannien, Israel und Türkei – befinden seit 2005 in "erhöhter Alarmbereitschaft". Das Kommando über einen Militäreinsatz gegen den Iran wurde zentralisiert und liegt beim Pentagon. Bereits 2005 wurde USSTRATCOM (das Kommando der USA. Strategische http://de.wikipedia.org/wiki/United States Strategic Command) zum "führenden Kampfkommando für die Integration und Synchronisation von Maßnahmen des US-Verteidigungsministeriums gegen Massenvernichtungswaffen" bestimmt. Dieses Kampfkommando ist auch zuständig für die Zusammenarbeit mit den Verbündeten der USA in der NATO, mit Israel und mit mehreren arabischen Staaten in vorderster Mediterranean Dialogue NATO (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Mediterranean Dialogue) angehören.

Das USSTRATCOM hat zur Durchführung seines Auftrages eine eigene Kommandoeinheit eingerichtet, das "Joint Functional Component Command Space and Global Strike / JFCCSGS" (die Komponente des Kommandos für den Weltraum und den globalen Krieg, das für gemeinsame Operationen zuständig ist, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Joint_Functional_Component_Command_for_Space_and_Global_Strike).

Das JFCCSGS erhielt den Auftrag, einen Atomangriff auf den Iran vorzubereiten – in Übereinstimmung mit dem Nuclear Posture Review / NPR 2002 (dem Prüfbericht zur atomaren Lage), der im gleichen Jahr auch vom US-Kongress gebilligt wurde (s. http://fpc.-state.gov/documents/organization/8039.pdf). Der NPR sieht den Einsatz von Atomwaffen nicht nur gegen Schurkenstaaten [wie den Iran], sondern auch gegen Russland und China vor. Die praktische Durchführung des "Global Strike" (des globalen Atomkrieges) wird im CONPLAN 8022 (im Konzeptplan 8022) skizziert. Die-

ser Plan wird als "Handlungsanweisung" beschrieben, "aus der Navy und Air Force Einsatzpläne für ihre Atom-U-Boote und Atombomber entwickeln sollen". CONPLAN 8022 ist der Rahmenplan für alle strategischen Szenarien, die den Einsatz von Atomwaffen vorsehen

Baut eine neue Antikriegsbewegung auf! SAGT NEIN zum Dritten Weltkrieg!

Die Antikriegsbewegung ist in einer Krise: In ihr aktive zivile Organisation sind falsch informiert, werden manipuliert oder vereinnahmt. Viele progressive Menschen fallen auf den Anspruch der NATO herein, "Verantwortung zum Schützen" zu tragen und "humanitäre Absichten" zu verfolgen, sodass diese ihre Kriegspläne mit (weitgehender) Billigung der Zivilgesellschaft umsetzen kann. Es ist unbedingt erforderlich, die Antikriegsbewegung auf einer völlig neuen Basis wieder aufzubauen. Massendemonstrationen und Antikriegsproteste sind nicht genug. Wir müssen ein breit angelegtes, gut organisiertes nationales und internationales Graswurzel-Friedensnetzwerk aufbauen, das gegen die Herrschaftsstrukturen der Mächtigen aufbegehrt. Die Menschen müssen nicht nur gegen die militärischen Pläne mobilisiert werden, sie müssen sich auch gegen die Autorität des Staates und seiner Diener auflehnen.

Wenn wir die Kriegsvorbereitungen stoppen wollen, müssen wir der Medienkampagne entgegentreten, die sie in den Augen der Öffentlichkeit rechtfertigt. Vor allem müssen wir über die Vertauschung der Rollen aufklären, die Täter zu Opfern macht. Die Menschen müssen erkennen, dass nicht nur die Behauptung, "wir müssen das Böse in all seinen Formen bekämpfen, um den westlichen Lebensstil zu retten", eine Lüge ist.

Wir müssen vor allem die "große Lüge" entlarven, die Krieg als ein "humanitäres Unter- nehmen" darstellt, wenn wir das kriminelle Projekt der globalen Zerstörung noch stoppen wollen, das nur der Profitmaximierung (der Rüstungsindustrie) dient. Diese nur auf Profit ausgerichtete militärische Agenda zerstört alle menschlichen Werte und macht die Menschen zu gefühllosen Zombies. Es muss verstanden werden, dass jeder Krieg, unabhängig von seiner Rechtfertigung, nach den Kriterien des Nürnberger Prozesses (gegen fiihrende Nazis. http://de.wikipe-S. dia.org/wiki/N%C3%BCrnberger_Prozess_gegen_die_Hauptkriegsverbrecher) ein "Verbrechen gegen den Frieden" ist.

George W. Bush und Anthony L. Blair wurden vom Kriegsverbrecher-Tribunal in Kuala Lumpur verurteilt, weil sie einen verbrecherischen Angriffskrieg gegen den Irak geführt haben. Kriegsverbrechen haben jedoch nicht nur der ehemalige US-Präsident und der britische Premierminister begangen. Es gibt auch viele neue Kriegsverbrecher – zum Beispiel Barack Hussein Obama, den (heutigen) Präsidenten der USA.

Alle Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Staaten, die unter dem Vorwand, "Verantwortung zum Schützen" zu tragen, die Angriffskriege der USA, der NATO und Israels unterstützen, sind nach dem Völkerrecht Kriegsverbrecher. Die Forderung nach Absetzung (und Bestrafung) der Kriegsverbrecher in höchsten Staatsämtern muss zum zentralen Anliegen einer neuen, wirksameren Antikriegsbewegung werden.

Der Dritte Weltkrieg kann nur verhindert werden, wenn die Bürger gegen ihre Regierungen aufstehen, ihnen ihre Kriegsverbrechen vorhalten, ihre gewählten Vertreter unter Druck setzen und sich auf lokaler Ebene in Dörfern, Stadtteilen und Städten zusammenschließen, um ihre Mitbürger über die verheerenden Auswirkungen eines globalen Krieges aufzuklären und Diskussionen in den Streitkräften anzustoßen.

Ein Atomkrieg gegen den Iran

Es folgen Auszüge aus meinem Artikel "Nuclear War against Iran" (Atomkrieg gegen den Iran), der bereits im Januar 2006 erschienen ist und sich mit dem militärischen Aufmarsch gegen den Iran und dem möglichen Einsatz von Atomwaffen befasst. Der komplette Artikel ist aufzurufen unter http://globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=1714. Eine ausführlichere Analyse habe ich in meinem Buch "Towards a World War III Scenario" (Auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg) vorgenommen, das über http://globalresearch.ca/index.php?context=section§ionName=store bestellt werden kann.

Seit Beginn des Jahres 2005 haben bereits verschiedene militärische Übungen (der US-Streitkräfte) stattgefunden. In Erwartung eines von den US-Streitkräften unter stützten Angriffs haben auch die iranischen Streitkräfte im Dezember große Militärmanöver im Persischen Golf durchgeführt.

Seit Anfang 2005 gibt es einen intensiven diplomatischen Pendelverkehr zwischen Washington, Tel Aviv, Ankara und dem NATO-Hauptquartier in Brüssel. Ende 2005 hat CIA Direktor Porter Goss bei einem Besuch in Ankara den türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan "um politische und logistische Unterstützung für Luftangriffe gegen atomare und militärische Ziele im Iran" gebeten. Nach einer Meldung des Deutschen Depeschen-Dienstes / DDP vom 30. Dezember 2005 hat Goss "den türkischen Geheimdienst um eine intensive Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Überwachung der Operation ersucht".

Gleichzeitig hat der (israelische) Premierminister Ariel Sharon den israelischen Streitkräften grünes Licht für Angriffe (auf den Iran) Ende März [2006] gegeben. Alle israelischen Spitzenleute haben sich für einen Ende März 2006 beginnenden Angriff auf den Iran ausgesprochen. (...) Ende März wird auch der IAEA-Bericht über das iranische Atomprogramm an die UNO erwartet. Israelische Politiker hoffen, mit ihren Drohungen den Bericht beeinflussen oder wenigstens zweideutige Aussagen erzwin-

gen zu können, die es ihren ausländischen Unterstützern ermöglichen, im UN-Sicherheitsrat Sanktionen (gegen den Iran) durchzusetzen oder mit denen sich israelische Militäraktionen rechtfertigen lassen [James Petras: Israel's War Deadline: Iran in the Crosshairs (Iraels Angriffstermin: Der Iran im Fadenkreuz), aufzurufen unter http://www.globalresearch.ca/index.--php?context=va&aid=1635].

Der von den USA unterstützte Angriffsplan wurde auch von der NATO gebilligt, zum jetzigen Zeitpunkt [Dezember 2005] ist aber noch nicht klar, in welcher Form sie sich an den geplanten Luftangriffen beteiligen wird.

"Schock und Entsetzen"

Die verschiedenen Komponenten des Militäreinsatzes stehen unter US-Kommando und werden vom Pentagon und vom USSTRATCOM auf der Offutt Air Base in Nebraska [s. http://www.globalsecurity.org/wmd/facility/offutt.htm] koordiniert. Die von Israel angekündigten Aktionen werden in enger Koordination mit dem Pentagon durchgeführt. Die Kommandostruktur der Operation wird zentralisiert und der Startschuss für die Militäroperation bleibt Washington vorbehalten. Militärische US-Quellen haben bestätigt, dass ein Luftkrieg gegen den Iran mit voller Wucht erfolgen soll, vergleichbar mit den unter der Parole "Shock and Awe" (Schock und Entsetzen) durchgeführten zahlreichen Bombenangriffen auf den Irak im März 2003: Amerikanische Luftangriffe auf den Iran würden das Ausmaß des 1981 durchge - führten israeli-Atomreaktor Angriffs auf den irakischen Osirak (s. schen http://de.wikipedia.org/wiki/Osirak) weit übertreffen, und eher den Anfangstagen des 2003 geführten Luftkriegs gegen den Irak ähneln. Auf der Insel Diego Garcia (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Diego Garcia) oder direkt in den USA startende B-2-Tarnkappenbomber (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Northrop_B-2), vielleicht unterstützt von in Al Udeid in Katar oder von anderen Flugplätzen in der Region aufsteigenden Tarnkappen-Kampfflugzeugen F-117 (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Lockheed F-117), würden die zwei Dutzend verdächtigen Atomanlagen ins Visier nehmen.

Die Militärplaner könnten ihre Zielliste auf die wichtigsten Atomanlagen beschränken (...) oder, wenn die US-Regierung das wünscht, auch eine umfassende Bombardierung aller mit Massenvernichtungswaffen in Verbindung zu bringenden Einrichtungen und aller iranischen Streitkräfte vorsehen, die den US-Streitkräften im Irak gefährlich werden könnten [s. http://www.globalsecurity.org/military/ops/iran-strikes.htm].

Im November [2005] führte das Strategic Command der USA ein großes Manöver durch, um den Plan für einen globalen Krieg zu testen. Die Übung lief unter dem Co-de-Namen "Global Lightening" (Globales Leuchten). Dabei wurde ein Angriff auf einen "fiktiven Feind" mit konventionellen und atomaren Waffen geübt. Nach dem

Manöver "Global Lightening" versetzte das Strategic Command die US- Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft.

Allgemeine Zustimmung zu einem Atomkrieg

Aus der Europäischen Union erhob sich kein Widerspruch. Es gibt ständig Beratungen zwischen Washington, Paris und Berlin. Im Gegensatz zu dem Überfall auf den Irak, dem Frankreich und Deutschland auf diplomatischer Ebene widersprachen, ist es Washington gelungen, sowohl in der NATO als auch im UN- Sicherheitsrat "Einigkeit" zu erzielen. Dadurch fühlt es sich zu einem Atomkrieg ermächtigt, unter dessen Auswirkungen große Teile des Mittleren Ostens und Zentralasiens zu leiden hätten.

Außerdem sind mehrere arabische Frontstaaten [die Arabische Liga] stillschweigend zu Partnern bei dem militärischen Projekt der USA und Israels geworden. Vor einem Jahr – im November 2004 – trafen sich im NATO-Hauptquartier in Brüssel führende israelische Militärs mit führenden Militärs aus sechs Anrainerstaaten des Mittelmeeres – aus Ägypten, Jordanien, Tunesien, Marokko, Algerien und Mauretanien. [Die Arabische Liga und Israel arbeiten mittlerweile Hand in Hand.] Die NATO und Israel haben ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet. Im Anschluss an dieses Treffen wurde vor der Küste Syriens ein gemeinsames Manöver abgehalten, an dem die USA, Israel und die Türkei beteiligt waren [s. http://forum.keypublishing.com/showthread.php?t=37245] und im Februar 2005 nahm Israel zusammen mit mehreren arabischen Staaten an militärischen Übungen und "Antiterrormanövern" teil. In fast allen Medien wird der Iran als "Bedrohung für den Weltfrieden" dargestellt.

Die Antikriegsbewegung hat die Medienlügen einfach geschluckt. Die Tatsache, dass die USA und Israel einen atomaren Holocaust im Mittleren Osten planen, steht nicht auf der Tagesordnung der Kriegs- und Globalisierungsgegner. Die "chirurgischen Eingriffe" (mit bunkerbrechenden Atomwaffen) werden der Weltöffentlichkeit als einziges Mittel verkauft, mit dem der Iran an der Entwicklung von Atomwaffen gehindert werden kann. Uns sagt man, es handle sich nicht um einen Krieg, sondern um eine friedenserhaltende Militäroperation, zu der eben Luftangriffe auf die Atomanlagen des Irans not - wendig seien.

Mini-Atombomben: "Unschädlich für Zivilisten"

Die Presseberichte über bestimmte Aspekte der geplanten Militäroperation dienen vor allem dazu, ihr tatsächliches Ausmaß zu verbergen und den geplanten Einsatz von taktischen Atomwaffen zu verschleiern. Der Kriegsplan beruht auf der "Doktrin vom präventiven Atomkrieg" der Bush-Administration aus dem Nuclear Posture Review von 2002. Die Medien haben durch Desinformation alles versucht, um die verheerenden Folgen einer Militäroperation zu verbergen, die den Einsatz von Atomsprengköpfen gegen den Iran vorsieht. Über die Tatsache, dass bei den geplanten "chirurgischen

Eingriffen" neben konventionellen Bomben auch Atomwaffen verwendet werden sollen, wird nicht (informiert und) diskutiert.

Nach einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 2003 gelten die neuem taktischen Atomwaffen als "Mini-Nukes" (Mini-Atombomben) mit geringer Sprengkraft; obwohl sie die bis zu sechsfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe haben, sollen sie "unschädlich für Zivilisten" sein, weil sie erst tief im Boden explodieren.

(Wir haben den aktuellen Artikel und die angehängten Auszüge aus dem älteren Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Er- gänzungen und Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Wenn es den friedensbewegten Menschen im Westen nicht gelingt, den herrschenden Kräften in den USA, in den NATO-Ländern und in Israel noch rechtzeitig Einhalt zu gebieten, werden die - se den Dritten Weltkrieg provozieren, der unseren Planeten in eine radioaktiv verstrahlte, unbewohnbare Trümmerwüste verwandeln wird.

Informationen über den Autor sind abzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/Michel Chossudovsky. Der Text wurde leicht von der GEHEIM-Redaktion gekürzt und von der Redaktion offen-siv übernommen)

<u>Quelle/Übersetzung:</u> Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein LP 234/11 – 12.12.11, www.luftpost-kl.de, VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern

Hugo Chávez, Mahmud Ahmadinedschad: Pressekonferenz in Venezuela, 5. August 2011

<u>Chávez:</u> Die Presse ist hier und ich möchte alle Medien begrüßen.

Wie kann der Großteil der westlichen Medien meinen Freund hier (zeigt auf Ahmadinedschad) angreifen? Vor kurzem ist der israelische Präsident nach Südamerika gekommen und er hat nichts Geringeres gesagt, als dass Ahmadinedschad und Chávez bald verschwinden werden. Doch die großen Medien erwähnen das nicht.

Das ist eine Drohung. Und wir wissen, was der israelische Staat darstellt: einen mörderischen Arm des Yankee-Imperialismus. Dich (zweigt auf Ahmadinedschad) beschuldigen sie, ein Kriegstreiber zu sein, obwohl sie die Aggressoren sind.

Und das Gleiche geschieht mit mir, mein Bruder. Da, nebenan, bei unserer Schwester Kolumbien, installiert das Yankee-Imperium sieben Militärstützpunkte. Aber ich soll der Kriegstreiber sein.

Wir sollen die Bedrohung sein, obwohl wir bedroht werden.

Zurück zu dem, was der Präsident Israels gesagt hat, - wir nehmen es als das, was es ist: eine Bedrohung. Wir werden entsprechend handeln. Hier wird sich jetzt der Frieden einstellen. (Zu Ahmadinedschad gewandt:) Wenn Du sprichst, dann betest Du zugleich. Und wir bitten Gott, dass er allen ein langes Leben schenke. Frieden! Glück! Allen Völkern dieser Erde!

Und was deshalb hier und jetzt verschwinden wird, das werde ich Euch sagen; verschwinden wird der Imperialismus. Er ist gerade dabei zu verschwinden, und er wird verschwinden.

Ich habe gestern einen Blitzbesuch nach Cuba gemacht. Ich habe gestern sieben Stunden mit Fidel verbracht, um verschiedene Themen durchzugehen, was wir recht häufig machen. (Zu Ahmadinedschad gewandt:) Da Du vorhin von Cuba gesprochen hast: Fidel hat mir gesagt – als Du hier angekommen bist, warst Du in Cuba im Fernsehen zu sehen, Nicolas hat Dich empfangen – und Fidel hat gesagt: "Ahmadinedschad ist angekommen". Und kurz danach bin ich weggegangen und habe bis nach Mitternacht mit Raúl gesprochen, wir sind bis in den Morgen hinein gekommen. Beide haben mich gebeten, Dich an ihrer Stelle zu umarmen. Und Fidel hat mir folgendes aufgetragen: "Sag Ahmadinedschad, nach Venezuela zu kommen, das ist wie nach Cuba zu kommen, denn es ist ein und dieselbe Heimat." Deshalb begrüße ich Dich hier in Venezuela und damit auch auf Cuba. Sei gegrüßt, mein Freund!

Ahmadinedschad: Ich werde einiges zu dem hinzufügen, was mein Freund Hugo Chávez gesagt hat. Ich möchte erklären, was die Unterschiede sind in den Funktionen der Handhabung des Imperialismus – im Vergleich zu den Führern, die die Freiheit der Welt erstreben. In Lateinamerika gibt der Präsident Chávez (ergreift demonstrativ die Hand des Präsidenten Chávez) den Völkern Bauernhöfe, Industrien, alles Notwendige zum Wohlergehen des Volkes. Er strebt das Wohlergehen und den Frieden aller Völker an.

Nun, diejenigen, die vorgeben, die Chorknaben zu sein, die von Frieden und Menschenrechten reden, die richten in der Region Militärstützpunkte ein. Sie exportieren Munition und Kriegsausrüstung in die Region. Vielleicht suchen sie ja mit ihren Waffen das Wohlergehen der Völker zu mehren?!

Das ist der Unterschied, der, der die Erde vom Himmel trennt. Das ist der Unterschied zwischen den Volksführern, den sehr guten Führern, und den imperialistischen und arroganten Führern. Und Gott sagt: Die Führer, die die Freiheit und die Gerechtigkeit suchen, das werden diejenigen sein, die obsiegen werden.

Heute werden die Waffen und die Munitionen den imperialistischen Führern nichts mehr nutzen: niemand kann den Völkern seinen Willen durch Waffen aufzwingen.

Diese Logik ist seit einer längeren Zeit zum Scheitern verurteilt. Und das kündigt das Scheitern der militaristischen Politik an. Die Führer Latein- und Südamerikas werden es nicht zulassen, dass sich wieder eine Epoche des Kolonialismus einstellen soll. Die Imperialisten sind dabei, ihr Geld für nichts und wieder nichts auszugeben. Dabei setzen sie ihre Ehre aufs Spiel.

Wir werden vereint sein. Und wenn Gott es will, wird der Sieg unser sein. (Erhebt mit seiner Hand die Hand des Präsidenten Hugo Chávez.) Wir werden gewinnen! Amen.

Hochgeladen von viennapoolriders am 5. 8. 2011

Mahmud Ahmadinedschad: Rede vor der 66. UN-Generalversammlung am 22. September 2011

Im Namen Gottes, des Mitleidsvollen und Barmherzigen:

Gelobt sei Allah, der Herr des Universums, und Frieden und Segen für unseren Herrn und Propheten Mohammed, seinen ganzen Hausstand, seine hochgesinnten Gefährten und für alle Gottesboten.

Oh Gott, beschleunige die Ankunft des Imams al-Mahdi, gewähre ihm gute Gesundheit und den Sieg, und mache uns und alle diejenigen, die seine Gerechtigkeit bezeugen, zu seinen Anhängern.

Herr Präsident, Exzellenzen, meine Damen und Herren,

ich bin Allah, dem Allmächtigen, dankbar dafür, dass er mir erneut die Gelegenheit gewährte, vor dieser UN-Generalversammlung zu erscheinen. Es freut mich, Seiner Exzellenz Joseph Deiss, dem Präsidenten der 65. Sitzung, aufrichtig für seine enormen Anstrengungen während seiner Amtszeit danken zu können. Ich möchte auch Seiner Exzellenz Nassir Abdulaziz Al-Nasser zu seiner Wahl zum Präsidenten der 66. Sitzung der Vereinten Nationen gratulieren und ihm viel Erfolg wünschen.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit aller gedenken, die im vergangenen Jahr ihr Leben verloren haben, besonders der Opfer der tragischen Hungersnot in Somalia und der verheerenden Überschwemmung in Pakistan. Ich appelliere an alle, ihre Unterstützung und Hilfe für die Bevölkerung dieser betroffenen Länder zu verstärken.

Im Laufe der letzten Jahre habe ich über verschiedene globale Probleme und die Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderungen in der gegenwärtigen Weltordnung gesprochen.

Heute möchte ich versuchen, die internationalen Entwicklungen und die gegenwärtige Situation unter einem anderen Blickwinkel zu analysieren.

Wie Sie alle wissen, gehören die Dominanz und die Überlegenheit der Menschen über andere Kreaturen zum wahren Wesen des Menschen, das ein Geschenk Gottes ist und seinen göttlichen Geist verkörpert durch:

- den Glauben an Gott, den ewigen Schöpfer und Planer des ganzen Universums,
- den mitfühlenden Umgang mit anderen, durch Großzügigkeit, Streben nach Gerechtigkeit und die Übereinstimmung von Worten und Taten,
- das Streben nach Würde, immer größerer körperlicher und geistiger Vollkommenheit und Freiheit,
- die Auflehnung gegen Unterdrückung, Korruption und Diskriminierung und die Unterstützung der Unterdrückten,
- das Streben nach Glück, anhaltendem Wohlstand und Sicherheit, die allen zugute kommt.

Das sind einige der göttlichen Eigenschaften, die Gott dem Menschen verliehen hat; sie sind in den Sehnsüchten der Menschen zu erkennen, die sich in der Geschichte der (bildenden) Kunst und der Literatur – in Prosa und Lyrik – und in der Entwicklung der soziokulturellen und politischen Bewegungen von Menschen widerspiegeln. Alle Propheten Gottes und alle Sozialreformer haben die Menschen eingeladen, den Weg der Rechtschaffenheit einzuschlagen. Gott hat den Menschen die Würde verliehen, ihn dadurch zu ehren, dass sie auf Erden nach seinem Vorbild leben.

Liebe Kollegen und Freunde,

es ist offensichtlich, dass trotz aller historischen Anstrengungen – einschließlich der Schaffung der Vereinten Nationen, die ein Produkt unermüdlicher Kämpfe und Bemühungen freiheitlich gesinnter und nach Gerechtigkeit strebender Persönlichkeiten und internationaler Zusammenarbeit sind – die menschliche Gesellschaft noch weit von der Erfüllung ihrer hochgesteckten Ziele und Sehnsüchte entfernt ist.

Die meisten Nationen der Welt sind mit den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen unzufrieden.

Und trotz der allgemeinen Sehnsucht und des Verlangens nach Frieden, Fortschritt und Brüderlichkeit sind die Rechte und die Souveränität von Staaten durch Kriege, Massenmord, weit verbreitete Armut, und sozioökonomische und politische Krisen bedroht, die weltweit irreparable Schäden anrichten.

Etwa drei Milliarden Menschen auf der Welt müssen mit weniger als 2,5 Dollar pro Tag, auskommen, und mehr als eine Milliarde Menschen können sich noch nicht einmal eine sättigende Mahlzeit am Tag leisten.

40 Prozent der Ärmsten der Welt müssen von nur 5 Prozent des globalen Einkommens leben, während 20 Prozent der reichsten Personen 75 Prozent des globalen Gesamteinkommens unter sich aufteilen.

Weltweit sterben täglich mehr als 20.000 unterversorgte Kinder, weil ihre Eltern zu arm sind.

80 Prozent der finanziellen Ressourcen der USA werden von 10 Prozent ihrer Bevölkerung kontrolliert, während nur 20 Prozent dieser Mittel den anderen 90 Prozent der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Was sind die Ursachen und die Gründe für diese Ungleichheit? Wie kann diese Ungerechtigkeit beseitigt werden?

Diejenigen, welche die Zentren der globalen Weltwirtschaft beherrschen und betreiben, schieben die Schuld (an deren Krisen) auf die Anhänger von Religionen, die dem Weg folgen, den die Propheten Gottes gewiesen haben, oder auf die (wirtschaftliche) Schwäche von Staaten und das Versagen einer Reihe von Gruppen oder Einzelpersonen. Sie bestehen darauf, dass nur ihre Ansichten, Methoden oder Rezepte die Menschheit und die Weltwirtschaft retten können.

Liebe Kollegen und Freunde, denken Sie nicht auch, dass die Hauptursache unserer Probleme in der gegenwärtig herrschenden Weltordnung oder der Art gesucht werden muss, wie die Welt regiert wird?

Ich möchte gern Ihre geschätzte Aufmerksamkeit auf die folgenden Fragen lenken:

- Wer hat w\u00e4hrend der dunklen Periode der Sklaverei Millionen Menschen aus ihren Siedlungsgebieten in Afrika und anderen Regionen verschleppt und sie zu Opfern materieller Habgier gemacht?
- Wer betreibt in dieser Welt seit über vier Jahrhunderten Kolonialpolitik? Wer besetzte andere Länder und plünderte ihre Ressourcen aus, zerstörte ihre Fähigkeiten,

entfremdete die Menschen ihrer Sprachen und Kulturen und zerstörte die Identität von Nationen?

- Wer hat den Ersten und den Zweiten Weltkriege ausgelöst, in denen über siebzig Millionen Menschen getötet und Hunderte von Millionen verletzt oder vertrieben wurden? Wer hat die Kriege auf der koreanischen Halbinsel und in Vietnam angezettelt?
- Wer hat durch Täuschungen und Heuchelei den Palästinensern und anderen Ländern der Region die Zionisten aufgezwungen und mehr als sechzig Jahre Krieg, Vertreibung, Terror und Massenmord zu verantworten?
- Wer errichtete und unterstützte jahrzehntelang Militärdiktaturen und totalitäre Regime, die Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika unterdrückten?
- Wer setzte Atombomben gegen wehrlose Menschen ein und lagerte Tausende von (atomaren) Sprengköpfen in Arsenalen ein?
- Die Wirtschaft welcher Staaten ist auf das Führen von Kriegen und den Verkauf von Waffen aufgebaut?
- Wer hat Saddam Hussein dazu angestiftet, einen achtjährigen Krieg gegen den Iran anzuzetteln, und wer hat ihm das Giftgas geliefert, das er gegen unsere Städte und ihre Einwohner eingesetzt hat?
- Wer hat die mysteriösen Anschläge am 11. September (2001) als Vorwand für Angriffe auf Afghanistan und auf den Irak benutzt und in beiden Ländern Millionen Menschen getötet, verletzt oder vertrieben mit der einzigen Absicht, den Mittleren Osten und seine Ölvorräte unter seine Kontrolle zu bringen?
- Wer schaffte das Bretton-Woods-System ab, druckte danach Billionen Dollars, die nicht mehr durch Goldreserven oder eine gleichwertige Währung gedeckt waren und löste damit eine weltweite Inflation aus, um anderen Staaten den Ertrag ihrer Wirtschaft abzujagen?
- Die Militärausgaben welchen Staates übersteigen j\u00e4hrlich 1.000 Milliarden Dollar und sind damit h\u00f6her als die Summe aller Milit\u00e4rausgaben aller anderen Staaten der Welt?
- Welche Regierungen sind die am höchsten verschuldeten in der Welt?
- Wer beherrscht die entscheidenden Instrumente der Weltwirtschaft?
- Wer ist verantwortlich für die Krise der Weltwirtschaft und versucht ihre Folgen auf ganz Amerika, Europa und die übrige Welt abzuwälzen?

- Welche Regierungen sind immer bereit, Tausende von Bomben auf andere Staaten abwerfen zu lassen, kommen aber ins Grübeln und Zögern, wenn sie den hungernden Menschen in Somalia oder in anderen Ländern ein paar Nahrungsmittel spenden sollen?
- Wer beherrscht den UN-Sicherheitsrat, der sich eigentlich für die Sicherheit aller Staaten einsetzen müsste?

Es gibt natürlich noch zahlreiche ähnliche Fragen, die genau so klar zu beantworten sind.

Die Mehrheit der Staaten und Regierungen der Welt hat keinen Einfluss auf die Entstehung der gegenwärtigen Krise der Weltwirtschaft und gehört trotzdem zu ihren Opfern.

Es ist sonnenklar, dass die gleichen Sklavenhalter und Kolonialmächte, die beide Weltkriege angezettelt haben, auch für das Elend und die Unordnung mit ihren weitreichenden Auswirkungen verantwortlich sind, unter denen die Welt seither leidet.

Liebe Kollegen und Freunde,

Haben diese arroganten Mächte wirklich die Kompetenz und die Fähigkeit, die Welt zu ordnen oder zu regieren, und müssen wir es wirklich hinnehmen, dass sie sich als alleinige Verteidiger der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte aufspielen, während ihr Militär andere Länder überfällt und besetzt?

Kann die Blume der Demokratie unter Raketen, Bomben oder Geschossen der NATO erblühen?

Meine Damen und Herren,

wenn einige europäische Staaten auch nach sechs Jahrzehnten den Holocaust immer noch als Entschuldigung dafür benutzen, dass sie den Zionisten Straf- oder Lösegelder zahlen, wären die Sklavenhalter und Kolonialmächte dann nicht auch dazu verpflichtet, den von ihnen geschädigten Staaten Reparationen zu bezahlen?

- Wenn der Schaden und die Verluste aus den Perioden der Sklaverei und der Kolonialpolitik tatsächlich ersetzt würden, wären die manipulierenden und im Hintergrund operierenden politischen Kräfte in den USA und in Europa dann etwa bankrott? Gäbe es dann noch irgendein Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden?
- Wenn nur die Hälfte der Militärausgaben der USA und ihrer NATO-Verbündeten dafür verwendet würden, die Wirtschaftsprobleme in ihren eigenen Staaten zu beheben, gäbe es dann noch irgendwelche Symptome einer Wirtschaftskrise?
- Was könnte geschehen, wenn die armen Nationen den gleichen Betrag erhielten?

- Womit sind die Hunderte von Basen des Militärs und der Geheimdienste der USA in allen Teilen der Welt zu rechtfertigen die 268 Basen in Deutschland, die 124 in Japan, die 87 in Südkorea, die 83 in Italien, die 45 in Großbritannien und die 21 in Portugal? Dienen sie etwa nicht der militärischen Besetzung (dieser Staaten)?
- Untergraben die in den genannten Basen gelagerten Bomben nicht auch die Sicherheit anderer Staaten?

Meine Damen und Herren.

die Kernfrage, die beantwortet werden muss, ist die Frage nach den Gründen für diese Entwicklungen.

Der Hauptgrund ist in den Ansichten und Haltungen des Establishments (der westlichen Industriestaaten) zu suchen.

Menschen, die im Widerspruch mit inneren menschlichen Anlagen und Werten leben, nicht an Gott glauben und den von den Propheten gewiesenen Weg verlassen haben, streben nur nach Macht, materiellem Besitz und traumhaftem Reichtum. Für sie zählen nur Macht und Besitz, und bei allem, was sie unternehmen, stehen ihre unheilvollen Absichten im Mittelpunkt.

Unterdrückte Nationen haben keine Chance, ihre legitimen Rechte gegen diese Kräfte durchzusetzen.

Diese Kräfte verschaffen sich ihre Vorteile, ihren Wohlstand und ihre Überlegenheit auf Kosten der Armut, Erniedrigung und Vernichtung anderer.

Sie halten sich für auserwählt, und beanspruchen besondere Privilegien und Zugeständnisse von allen anderen Menschen. Sie begegnen anderen nicht mit Respekt und setzen sich leichtfertig über die Rechte aller anderen Staaten und Regierungen hinweg.

Durch Einschüchterung, Drohung, Verletzung internationaler Abkommen und Gewaltanwendung verschaffen sie sich die unangefochtene Herrschaft über andere Regierungen und Staaten.

- Sie beharren darauf, ihre Lebensart und ihren Glauben anderen aufzuzwingen.
- Sie sind offen rassistisch.
- Sie schwächen Staaten durch Militärinterventionen, zerstören ihre Infrastruktur und machen sie von sich abhängig, um sie besser ausplündern zu können.

- Sie säen die Samen des Hasses und der Feindschaft unter Staaten und Menschen mit anderen Zielsetzungen, um sie davon abzuhalten, ihre Entwicklungsvorhaben umzusetzen und am Fortschritt teilzuhaben.
- Bei der Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruchs nehmen sie keine Rücksicht auf andere Kulturen, (nationale) Identitäten, andere Lebensstile und andere Wertvorstellungen über die Frau, die Jugend und die Familie; sie rauben die Familien und die Staaten aus und versuchen alle zu unterwerfen und zu versklaven.
- Sie bedienen sich der Heuchelei und der Täuschung, um ihre Interessen und imperialistischen Absichten durchzusetzen. Auch vor dem Handel mit Drogen und der Ermordung unschuldiger Menschen schrecken sie bei der Verfolgung ihrer teuflischen Ziele nicht zurück. Während der Anwesenheit der NATO im besetzten Afghanistan hat es dort eine dramatische Steigerung der Produktion illegaler Rauschgifte gegeben.
- Sie dulden weder Fragen noch Kritik, und anstatt wenigstens Gründe für ihre Gesetzesübertretungen anzugeben, klagen sie immer nur selbst an.
- Mit ihrem imperialistischen Medien-Netzwerk, das ihre (heutige) Kolonialpolitik unterstützt, fallen sie über jeden her, der den Holocaust oder den 11. September hinterfragt, und bedrohen ihn dann mit Sanktionen und Militärinterventionen.

Als ich im letzten Jahr gefordert habe, alle ungeklärten Fragen zu den Anschlägen am 11. September an Hand von Fakten von einem Untersuchungsteam überprüfen zu lassen – eine Forderung, die auch von anderen unabhängigen Regierungen und Staaten und von der Mehrheit der US-Bevölkerung unterstützt wird – wurden mein Land und ich selbst von der Regierung der USA unter Druck gesetzt und bedroht.

- Anstatt ein Untersuchungsteam einzusetzen, ließen sie den (angeblichen) Haupttäter umbringen und seinen Körper ins Meer werfen.
- Wäre es nicht vernünftiger gewesen, ihn vor Gericht zu stellen, um aufzuklären, wie er es geschafft hat, in einem so gut gesicherten Luftraum die Zwillingstürme des World Trade Centers mit Flugzeugen angreifen zu lassen?
- Warum wurde ihm nicht der Prozess gemacht, in dem man diejenigen hätte herausfinden können, die Terrorgruppen gegründet und Kriege und anderes Elend über die Region gebracht haben?
- Gibt es irgendwelche Geheimnisse, die gewahrt werden müssen?

Diese Kräfte betrachten den Zionismus als unantastbare Religion oder Ideologie, und jede Frage nach seinem wirklichen Ursprung und seiner Geschichte wird als unverzeihliche Sünde gebrandmarkt. Gleichzeitig begrüßen und erlauben sie die Schändung und Beleidigung des Glaubens anderer Religionsgemeinschaften.

Liebe Kollegen und Freunde,

alle Nationen haben Anspruch auf wirkliche Freiheit, Gerechtigkeit, Achtung der Menschenwürde und anhaltende Sicherheit.

Diese Werte können weder von der gegenwärtigen wirkungslosen Weltordnung, noch durch das Eingreifen arroganter Weltmächte oder durch die Gewehrläufe der NATO-Streitkräfte garantiert werden. Diese Werte konnten nur durch die Anerkennung der Unabhängigkeit und der Rechte anderer Staaten und durch harmonische Zusammenarbeit realisiert werden.

Gibt es einen Weg, die Probleme und Herausforderungen, welche die Welt bedrängen, mit den gegenwärtig vorherrschenden internationalen Mechanismen und Maßnahmen zu bewältigen, um der Menschheit bei ihrem langjährigen Streben nach Frieden, Sicherheit und Gleichheit zu helfen?

Alle Versuche, im Rahmen der bestehenden Normen und Tendenzen Reformen durchzuführen, sind gescheitert. Sowohl die wertvollen Bemühungen der Bewegung der Blockfrei - en und der G 77 und G 15 als auch die Vorschläge einiger angesehener Einzelpersonen konnten keine grundsätzliche Änderung herbeiführen.

Zur Neuordnung und zum Management der Welt sind grundlegende Reformen notwendig. Was muss jetzt getan werden?

Liebe Kollegen und Freunde,

auf der Grundlage von Prinzipien und universalen menschlichen Werten wie Monotheismus, Gerechtigkeit, Freiheit, Liebe und dem Streben nach Glück müssen wir in entschlossener Zusammenarbeit einen neuen Plan entwickeln.

- Die Schaffung der Vereinten Nationen bleibt eine große, historische Tat der Menschheit. Die UNO hat nichts an Bedeutung verloren, und wir müssen ihre Möglichkeiten für die Durchsetzung unserer hochgesteckten Ziele voll ausschöpfen.
- Wir sollten nicht zulassen, dass diese Organisation, die den kollektiven Willen und die gemeinsamen Hoffnungen aller Staaten der Welt verkörpern soll, von ihrem vorgesehenen Kurs abweicht und nur noch den Weltmächten in die Hände spielt.
- Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich alle Staaten gemeinsam an den Bemühungen zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens und anhaltender Sicherheit beteiligen können.
- Wir müssen zu einem tatsächlich anteiligen kollektiven Management der Welt kommen, das auf den Grundsätzen des Völkerrechts beruht; dabei muss die Gerechtigkeit das Hauptkriterium und die Basis für alle internationalen Entscheidungen oder

Aktionen sein.

- Wir alle sollten die Tatsache anerkennen, dass es keinen anderen Weg gibt als das anteilige kollektive Management der Welt, um mit dem gegenwärtigen weltweiten Chaos, der Tyrannei (einiger Staaten) und der Diskriminierung (aller anderen Staaten) Schluss zu machen.

Das ist tatsächlich der einzige Weg zum Wohlstand und zur Befriedung der menschlichen Gesellschaft, und an diese unbestreitbare Wahrheit müssen wir uns halten. Es genügt aber nicht, diese Wahrheit nur zur Kenntnis zu nehmen, wir müssen auch fest daran glauben und dürfen keine Mühen scheuen, um sie durchzusetzen.

Liebe Kollegen und Freunde,

das anteilige kollektive Management der Welt ist das legitime Recht aller Staaten, und als ihre Vertreter haben wir die Verpflichtung, dieses Recht zu verteidigen. Weil einige Mächte unaufhörlich versuchen, alle internationalen Bemühungen zur Zusammenarbeit zu vereiteln, müssen wir unsere Bemühungen zur Durchsetzung eines anteiligen kollektiven Managements verstärken, wenn wir die großen Probleme der Welt lösen wollen.

Die Vereinten Nationen wurden geschaffen, um allen Staaten eine wirksame Teilnahme an internationalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Wir alle wissen, dass dieses Ziel wegen der ungerechten Machtverteilung in den gegenwärtigen Entscheidungsstrukturen und Mechanismen der Vereinten Nationen noch nicht erreicht worden ist.

Die Zusammensetzung des Sicherheitsrates ist ungerecht und unausgewogen. Deshalb muss die Generalversammlung eine grundlegende Änderung der Entscheidungsstrukturen der Vereinten Nationen beschließen.

Bereits während der letztjährigen Sitzung habe ich die Bedeutung dieses Problems hervorgehoben und vorgeschlagen, noch im laufenden Jahrzehnt ein anteiliges kollektives Weltmanagement zu installieren.

Ich möchte meinen Vorschlag noch einmal wiederholen, und ich bin sicher, dass es durch die Zusammenarbeit von engagierten Regierungen und führenden Politikern und durch das Beharren auf der Gerechtigkeit gelingen wird, mit der Unterstützung aller anderen Nationen ein Gebäude zu errichten, das uns eine gemeinsame glänzende Zukunft ermöglicht.

Wenn wir uns in diese Richtung bewegen, befinden wir uns ganz sicher auf dem richtigen Weg in eine vielverspechende Zukunft der Menschheit. Diese Zukunft wird sich einstellen, wenn die Menschheit dem Weg folgt, den die Propheten und die Rechtschaffenen gewiesen haben und auf dem sie der Imam al-Mahdi, der Retter der

Menschheit und Erbe aller Gottesboten, aller Führer und der reinen Generation unseres großen Propheten, führen wird.

Nach der Ankunft dieses vollkommenen Menschen, der alle Menschen aufrichtig liebt, wird die höchstentwickelte, ideale Gesellschaft entstehen, die uns Allah versprochen hat. Er wird zusammen mit Jesus Christus kommen, um mit den Menschen, welche die Freiheit und die Gerechtigkeit lieben, die Tyrannei und die Diskriminierung zu beseitigen und der Welt die Erkenntnis, den Frieden, die Gerechtigkeit, die Freiheit und die Nächstenliebe zu bringen. Er wird jedem Einzelnen alle Schönheiten der Welt und alle guten Dinge offenbaren, die der Menschheit das Glück bringen.

Die Nationen sind endlich aufgewacht und wegen der Zunahme des öffentlichen Bewusstseins nehmen sie die Unterdrückung und Diskriminierung nicht mehr einfach hin.

Die Welt wird gerade Zeuge eines allgemeinen Erwachens in den islamischen Ländern, in Asien, in Europa, und in Amerika. Der Geist und der Einfluss dieser Bewegungen breiten sich täglich weiter aus und werden zu mehr Gerechtigkeit, Freiheit und einem besseren Morgen führen.

Unsere große Nation ist bereit, Hand in Hand mit anderen Nationen und in Übereinstimmung mit den Sehnsüchten der Menschheit den Weg zu einem harmonischen Zusammenleben einzuschlagen.

Lassen Sie uns die Liebe, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Erkenntnis und die glänzende Zukunft preisen, der die Menschheit entgegengeht.

Mahmud Ahmadinedschad, New York, 22.9.2011

Übersetzung: Wolfgang Jung (LuftPost) Quelle: http://www.voltairenet.org/Statement-von-Mahmud

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover Postvertriebsstück, DPAG, H 14360 Entgelt bezahlt